

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1986

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Andreas Wirsching

Mitherausgeber
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland
1986

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1986

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Matthias Peter und Daniela Taschler

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-048683-4
e-ISBN (PDF) 978-3-11-049007-7
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-048724-4
ISSN 2192-2454

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

© 2017 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

♻ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis.....	XVII
Literaturverzeichnis.....	LXXXI
Abkürzungsverzeichnis.....	LXXXVIII
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–181).....	3
Band II (Dokumente 182–377).....	953
Register	1983
Personenregister	1983
Sachregister.....	2059
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1986	

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1986 wird zum vierundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv und seiner neuen Leiterin Professor Dr. Elke Freifrau von Boeselager. Gleichmaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl danke ich für die Genehmigung zur Einsichtnahme in wichtige und die amtliche Überlieferung ergänzende Schriftstücke aus seinem Privatbesitz.

Die beiden vorliegenden Bände markieren zugleich einen personellen Einschnitt im Herausbergremium. Seit 1993 war Professor Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller einer der Herausgeber, seit 2005 in der Nachfolge von Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schwarz Hauptherausgeber der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 2015 ist er nach Erreichen der Altersgrenze ausgeschieden. Er hat zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik wissenschaftlich begleitet und maßgeblich dazu beigetragen, daß sie aus den Akten heraus greifbar wird. Herausgeber und Bearbeiter schulden Horst Möller großen Dank für seine unermüdliche und so ertragreiche Arbeit an den AAPD.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausbergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit beeindruckender Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei schließlich auch dem präzise arbeitenden Verlag De Gruyter Oldenbourg sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts für Zeitgeschichte Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Matthias Peter und Frau Dr. Daniela Taschler, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Jens Hofmann durch das Erstellen des Personenregisters, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz, M.A., durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Frau Kathrin Meißner, M.A., und Frau Sara Stammnitz.

Berlin, den 1. November 2016

Andreas Wirsching

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1986“ (Kurztitel: AAPD 1986) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Mai 1986.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1986“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlussachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden, ergänzt durch eine Auswahl von im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zum überwiegenden Teil unterlagen sie als Verschlussachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlussachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1986 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassi-

fizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 377 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolummentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der

Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amtes (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung.

In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, bleiben in der Regel unberücksichtigt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche

Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der

Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Dokumentationen und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (24.10.2016) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Abkürzungen vor Firmen und Medien werden dagegen im Sachregister unter den Schlagwörtern „Wirtschaftsunternehmen“ bzw. „Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen angeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzel-

nen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Mai 1986 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- 1** 06.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 3
- Braunmühl befaßt sich mit den Reaktionen der UdSSR auf die Entscheidung der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985, mit den USA Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung aufzunehmen.
- 2** 07.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris S. 7
- Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und ein gemeinsames Auftreten bei der KVAE in Stockholm. Erörtert werden ferner das Verhältnis der EG- zu den RGW-Mitgliedstaaten, schließlich das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen, EUREKA, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Fragen der bilateralen industriellen Kooperation.
- 3** 08.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt S. 16
- Oesterhelt resümiert den Stand der Bemühungen um eine Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij und weiterer Personen sowie von drei in der UdSSR inhaftierten Geschäftsleuten aus der Bundesrepublik im Austausch gegen fünf für östliche Geheimdienste tätige Agenten.
- 4** 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 19
- Braunmühl bewertet eine auf die DDR zurückgehende Initiative, der zufolge beide deutsche Staaten die Ausreise von Andrej Sacharow im Gegenzug zur Freilassung des in Südafrika inhaftierten Nelson Mandela vermitteln sollten.
- 5** 10.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bangladeschischen Außenminister Choudhury S. 23
- Choudhury berichtet vom Außenminister-Treffen der Organisation der Islamischen Konferenz in Fes. Weitere Themen sind die regionale Zusammenarbeit südasiatischer Staaten im Rahmen der SAARC und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften, ferner Libyen, die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die Nord-Süd-Beziehungen sowie bilaterale Fragen.
- 6** 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 33
- Jelonek resümiert den Erkenntnisstand hinsichtlich der Lieferung von zur Herstellung chemischer Kampfstoffe geeigneten

- Produkten an Syrien durch Firmen aus der Bundesrepublik und unterbreitet einen Vorschlag für das weitere Vorgehen.
- 7** 10.01. Ministerialdirigent von Ploetz an die Botschaft in Washington S. 36
- Ploetz informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burt. Thema war die Unterstützung der amerikanischen Sanktionen gegen Libyen nach den Anschlägen auf die Flughäfen in Rom und Wien.
- 8** 15.01. Aufzeichnung des Botschafters Citron, z.Z. Bonn S. 40
- Citron faßt den Verlauf von KVAE-Gesprächen mit Frankreich, Großbritannien und den USA zusammen. Erörtert wurden ein Text über den Gewaltverzicht sowie die weitere Verhandlungsstrategie.
- 9** 15.01. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 46
- Van Well rekapituliert den Fall des Iwan (John) Demjanjuk, der in Israel wegen der Beteiligung an NS-Verbrechen unter Anklage gestellt werden sollte, und äußert sich zum Ersuchen der Verteidigung um Mithilfe bei der Beschaffung von Entlastungsmaterial.
- 10** 16.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Baden-Baden S. 48
- Hauptthemen sind die Erweiterung der Produktlinie des Airbus, die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik und in Frankreich, die militärisch-strategische Zusammenarbeit, SDI, die Teilnahme der Bundesrepublik am Bau der Raumfähre „Hermes“ und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.
- 11** 16.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 56
- Ausgehend vom Wunsch der Türkei nach Wiederbelebung der Assoziationsbeziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften legt Trumpf die Interessen der Bundesrepublik in den Fragen der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer, der Deblockierung des Finanzprotokolls und eines möglichen EG-Beitritts der Türkei dar.
- 12** 20.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead S. 62
- Themen sind die amerikanischen Sanktionen gegen Libyen und die Frage, wie die Bundesrepublik diese trotz bestehender Vorbehalte durch eigene Maßnahmen unterstützen könnte.

- 13** 20.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević S. 71
- Die Gesprächspartner erörtern die bilateralen Handelsbeziehungen und die Rückzahlung der Kapitalhilfe aus den 1970er Jahren, die Beziehungen Jugoslawiens zu den Europäischen Gemeinschaften und den jugoslawischen Wunsch nach Umschuldung der internationalen Verbindlichkeiten. Sie widmen sich ferner bilateralen Themen, darunter der Situation jugoslawischer Arbeitnehmer und den Aktivitäten von Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik sowie Rechts- und Konsularfragen.
- 14** 21.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević S. 80
- Im Mittelpunkt stehen die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, SDI, die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, Technologie und Kultur sowie der KSZE-Prozeß.
- 15** 21.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 85
- Braunmühl rekapituliert den Stand der Bemühungen, in der NATO Konsultationen zum Thema der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Auswirkungen von SDI einzuleiten. Er erläutert das Interesse der Bundesregierung, diese Fragen auch im bilateralen Rahmen und in der WEU zu erörtern.
- 16** 22.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij S. 89
- Erörtert werden die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar, insbesondere der Stufenplan zur Abschaffung aller Atomwaffen und die Frage der Friedenssicherung danach.
- 17** 22.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe S. 96
- Abe unterrichtet über den Stand der Beziehungen zur UdSSR nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in Japan. Weitere Themen sind die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar, die Beteiligung der Bundesrepublik und von Japan an der SDI-Forschung sowie die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio.
- 18** 24.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman S. 106
- Themen sind die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie die weitere Behandlung der Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU,

- Gorbatschow, vom 15. Januar, vor allem hinsichtlich eines INF-Zwischenabkommens und eines nuklearen Teststopps.
- 19** 24.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 113
- Ruth analysiert die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar. Er beschreibt Möglichkeiten, einige Elemente der Vorschläge aufzugreifen, ohne die Friedenssicherung in Europa zu gefährden.
- 20** 24.01. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz S. 122
- Auf amerikanische Bitte äußert sich Genscher zu den Aussichten, die Menschenrechtslage in Rumänien zu verbessern und hierzu die von den USA gewährte Meistbegünstigung für rumänische Exporte als Hebel zu benutzen.
- 21** 24.01. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 124
- Hansen berichtet von einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den KVAE-Delegationsleitern der NATO-Mitgliedstaaten zum Verhandlungsstand in Stockholm. Erörtert wurden die bevorstehenden Redaktionsarbeiten an einem Schlußdokument, die Haltung zu einem Text über den Gewaltverzicht sowie die Zusammenarbeit zwischen den Delegationen und den NATO-Gremien in Brüssel.
- 22** 26.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 130
- Jelonek analysiert den Stand der internationalen Bemühungen, die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer zu überwinden, und erörtert die Möglichkeiten der Bundesrepublik, hierzu Beiträge zu leisten.
- 23** 29.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 146
- Braunmühl legt dar, daß der amerikanische Kongreß die Produktion binärer chemischer Waffen unter der Bedingung gebilligt habe, daß die NATO in die Ziel- und Stationierungsplanung eingebunden werde. Er legt die Interessen der Bundesrepublik dar und unterbreitet Vorschläge für die Bündniskonsultationen.
- 24** 29.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Blankenstein S. 152
- Blankenstein informiert über den Absturz der amerikanischen Raumfähre „Challenger“ und stellt Überlegungen zu den Folgen für die amerikanische und europäische Raumfahrt an.

-
- 25** 30.01. Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem amerikanischen Botschafter Burt S. 154
- Im Mittelpunkt steht die mögliche Ausreise des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij im Rahmen eines Agentenaustauschs und die Freilassung von drei in der UdSSR inhaftierten Geschäftsleuten aus der Bundesrepublik. Weitere Themen sind die mögliche Freilassung von Andrej Sacharow und Nelson Mandela sowie der geplante Besuch des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Sindermann, in der Bundesrepublik.
- 26** 30.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 160
- Braunmühl setzt sich mit dem Zusammenhang zwischen der vor allem von den USA gewünschten Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Schtscharanskij und der zeitnahen Haftentlassung der drei Geschäftsleute aus der Bundesrepublik durch die UdSSR auseinander.
- 27** 30.01. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 162
- Kohl legt die Haltung der Bundesrepublik zu den sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie zum nuklearen Teststopp, zum Verbot chemischer Waffen, zu MBFR und zur KVAE dar.
- 28** 30.01. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Botschaft in Washington S. 169
- Als Antwort auf die beim Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead am 20./21. Januar aufgeworfenen Fragen erläutert Braunmühl die von der Bundesregierung unilateral sowie im Rahmen der EPZ ergriffenen Maßnahmen gegen Libyen.
- 29** 31.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak S. 173
- Mubarak äußert sich zum Stand des Friedensprozesses im Nahen Osten und geht dabei auf die Rolle von Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien und der PLO ein. Weitere Themen sind der irakisch-iranische Krieg und die amerikanischen Maßnahmen gegen Libyen.
- 30** 03.02. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 176
- Kohl äußert sich zur zukünftigen Rüstungskontrollpolitik nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen 1985 in Genf. Er betont die Bedeutung eines geschlossenen Auftretens der NATO-Mitgliedstaaten.

- 31** 07.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 182
Die Gesprächspartner befassen sich mit den Abrüstungsvorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar und erörtern Aspekte einer möglichen amerikanischen Antwort.
- 32** 07.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 189
Pleuger informiert über den Besuch des Bundesministers Genscher in der CSSR. Im Mittelpunkt standen bilaterale Fragen, auch im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, sowie der Stand der Ost-West-Beziehungen nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen 1985 in Genf.
- 33** 08.02. Gespräch des Botschafters Ruth mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 194
Ruth und Nitze erörtern die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar und die mögliche amerikanische Antwort hierauf. Außerdem wird der Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen besprochen. Die Gesprächspartner befassen sich zudem mit der SRINF-Problematik.
- 34** 09.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Bhagat S. 205
Themen sind die indischen Beziehungen zu den USA, der UdSSR, Pakistan und der Volksrepublik China, der Afghanistan-Krieg, die Ost-West-Beziehungen, die internationale Verschuldungskrise und der Nord-Süd-Dialog sowie bilaterale Fragen, besonders die Aktivitäten von Sikhs in der Bundesrepublik.
- 35** 10.02. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 212
Citron berichtet über ein Gespräch mit der amerikanischen, britischen und französischen KVAE-Delegation zum weiteren Vorgehen beim Thema Gewaltverzicht und informiert über die französische Absicht, einen eigenen Textvorschlag einzubringen.
- 36** 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 215
Ploetz informiert über Truppenstärke, Zusammensetzung und Bewaffnung der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte sowie der Nationalen Volksarmee und analysiert deren Angriffspotential.
- 37** 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma S. 219
Sulimma erörtert die Haltung der verschiedenen Konfliktparteien im Nahen Osten sowie der USA, der UdSSR und der EG-

- Mitgliedstaaten zur Frage einer internationalen Nahostkonferenz und wägt die Erfolgsaussichten ab.
- 38** 12.02. Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 227
- Ruth berichtet von der Diskussion in der Special Consultative Group (SCG) der NATO über eine Antwort auf die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar. Erörtert wurden insbesondere die Implikationen einer modifizierten Null-Lösung.
- 39** 13.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 231
- Jelonek gibt einen Sachstand zur Frage der Ausführungsgenehmigung für Komponenten zum Weiterbau des geplanten Kernkraftwerks in Bushehr. Er legt die Handlungsoptionen der Bundesregierung dar und geht auf mögliche Auswirkungen auf die Beziehungen zum Iran ein.
- 40** 14.02. Vortragender Legationsrat Weiß an die Botschaft in S. 236
Warschau
- Weiß informiert über Erkenntnisse, wonach es in der polnischen Regierung Meinungsverschiedenheiten wegen der anhaltenden Revanchismusvorwürfe gegenüber der Bundesrepublik und deren Folgen für die bilateralen Beziehungen gebe.
- 41** 14.02. Ministerialdirektor Jelonek an Bundesminister S. 238
Genscher, z.Z. Tunis
- Jelonek berichtet über den Stand der Verhandlungen mit den USA über eine Beteiligung an der SDI-Forschung und skizziert die Haltung der einzelnen Ressorts bezüglich der den USA zu übergebenden Abkommensentwürfe.
- 42** 14.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 243
Pleuger
- Pleuger unterrichtet über die Internationale Konferenz zum Schutz von Baum und Wald („Silva“) in Paris und würdigt die Ergebnisse.
- 43** 15.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 247
Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, in Tunis
- Im Mittelpunkt stehen der irakisch-iranische Krieg und dessen Auswirkungen auf die Golf-Region, ferner der internationale Terrorismus, der Nahost-Konflikt, die Belebung des Europäischen-Arabischen Dialogs sowie eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den EG-Mitgliedstaaten und dem Golf-Kooperationsrat.

- 44** 15.02. Botschafter Montfort, Rabat, an das Auswärtige Amt S. 250
Montfort berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Hassan II. Themen waren die wirtschaftlichen Beziehungen Marokkos zur Bundesrepublik und zu den Europäischen Gemeinschaften sowie der Nahost-Konflikt.
- 45** 17.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt S. 256
Teltschik resümiert ein Gespräch mit dem ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai. Im Mittelpunkt standen die wirtschaftliche Lage Ungarns und die Bemühungen um engere Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften, ferner die Kontakte zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW.
- 46** 17.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 258
Jelonek befaßt sich mit einem Antrag der Kraftwerk Union AG auf Ausfuhrgenehmigung für abgereichertes Uran in den Iran und erläutert die zivile bzw. militärische Verwendbarkeit des Materials sowie die Nichtverbreitungsaspekte. Außerdem legt er die Haltung anderer Staaten und rechtliche Aspekte dar.
- 47** 17.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schlagintweit S. 264
Schlagintweit resümiert ein Gespräch mit einem für Außenpolitik zuständigen Vertreter der PLO in Tunis zum Nahost-Konflikt. Erörtert wurden vor allem eine internationale Friedenskonferenz und die Rolle der EG-Mitgliedstaaten.
- 48** 19.02. Botschafter Bente, Tunis, an das Auswärtige Amt S. 266
Bente berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tunesischen Außenminister Essebsi. Thema waren die außenpolitischen Ziele Tunesiens in der Region vor dem Hintergrund der Politik Libyens und der Westsahara-Frage. Darüber hinaus wurden die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den Maghreb-Staaten, der internationale Terrorismus sowie der Nahost-Konflikt und die Lage in Südafrika erörtert.
- 49** 20.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi S. 273
Besprochen werden die Beteiligung Italiens an währungspolitischen Beratungen („Fünfergruppe“), der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio, die Erweiterung des Airbus-Programms und die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Weitere Themen sind die Ost-West-Beziehungen, Rüstungskontrollfragen, die Beteiligung der Bundesrepublik bzw. Italiens an der SDI-Forschung, die Einheitliche Europäische Akte, der Status Spaniens in der NATO sowie die Spannungen zwischen den USA und Libyen.

-
- 50** 20.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti S. 283
- Themen sind die Beziehungen Italiens und der Bundesrepublik zu den Warschauer-Pakt-Staaten, MBFR, die KVAE und die KSZE-Folgekonferenz in Wien. Behandelt werden außerdem die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar und mögliche Reaktionen darauf, der irakisch-iranische Krieg sowie die amerikanische Politik gegenüber Libyen.
- 51** 20.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 290
- Braunmühl befaßt sich mit deutsch-französischen Überlegungen hinsichtlich einer Bewertung des SDI-Konzepts und weist auf grundlegende Auffassungsunterschiede zu Frankreich, aber auch zum Bundesministerium der Verteidigung hin.
- 52** 23.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 293
- Ruth bewertet die Antwort des Präsidenten Reagan auf die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar und geht dabei insbesondere auf die Aussagen zu LRINF ein.
- 53** 24.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Fernández Ordóñez S. 296
- Im Mittelpunkt stehen das Referendum zur Mitgliedschaft Spaniens in der NATO, die Entwicklung auf den Philippinen, die Politik gegenüber der Junta in Chile, die künftige Nutzung des Gebäudes der ehemaligen spanischen Botschaft in Berlin, die innerdeutschen Beziehungen sowie die Beziehungen Spaniens zur DDR.
- 54** 24.02. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 302
- Braunmühl erklärt, warum die Bundesregierung eine Diskussion der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI in der NATO für erforderlich hält.
- 55** 25.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 305
- Braunmühl legt den Stand der Beziehungen zu jüdischen Organisationen in den USA nach der Bitburg-Kontroverse von 1985 dar und analysiert die Hintergründe für deren verstärktes Interesse am Dialog mit der Bundesrepublik. Ferner unterbreitet er Vorschläge für eine Förderung der Zusammenarbeit.

- 56** 27.02. Gespräch des Botschafters Ruth mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Tower S. 309
Tower unterrichtet über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf.
- 57** 27.02. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Dumas und Verteidigungsminister Quilès in Paris S. 314
Themen sind die Beratungen über das Vorgehen im Falle eines Einsatzes französischer Nuklearwaffen, die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem Parteitag sowie die Antwort des Präsidenten Reagan auf die sowjetischen Abrüstungsvorschläge vom Januar, insbesondere die Null-Lösung. Besprochen werden außerdem die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung, die Erörterung von SDI im Rahmen der WEU, ein Beitritt Portugals und Spaniens zur WEU, die Zusammenarbeit im Bereich der erweiterten Luftverteidigung, die gemeinsame Ausbildung von Offizieren und die Rüstungszusammenarbeit.
- 58** 28.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 328
Braunmühl analysiert die Auswirkungen einer möglichen Null-Lösung bei INF-Systemen auf die Ziele des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 sowie der Reduzierungs- bzw. Modernisierungsbeschlüsse der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) von 1983 („Montebello-Beschlüsse“) und geht auf Risiken für die sicherheitspolitische Lage in Europa ein.
- 59** 28.02. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 333
Holik bewertet den von den Warschauer-Pakt-Staaten vorgelegten Entwurf für ein erstes MBFR-Abkommen und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen der NATO-Mitgliedstaaten.
- 60** 03.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel S. 336
Vor dem Hintergrund wiederholt vorgetragener Bitten Großbritanniens faßt Nagel den Sachstand in der Frage zusammen, ob die Bundesrepublik die Auslieferung von Torpedos an Argentinien genehmigen solle.
- 61** 03.03. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 338
Schoeller berichtet von der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 28. Februar. Themen waren die Vorbereitung eines „Kultur Gipfels“, die Vertiefung der Zusammenarbeit, einschließlich einer engen Abstimmung der Auslandsvertretungen, die Entwicklung der Devisenmärkte, die interna-

tionale Verschuldungskrise sowie die industrielle, rüstungswirtschaftliche und technologische Kooperation. Schließlich kamen Fragen der Telekommunikation und die Reform der EG-Agrarpolitik zur Sprache.

- 62** 06.03. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 348
- Studnitz faßt das Ergebnis des Vierertreffens der Politischen Direktoren zusammen. Im Mittelpunkt standen das bevorstehende KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern, die KSZE-Folgekonferenz in Wien und die weitere Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Behandelt wurden ferner die Lage in Griechenland, der Türkei, Zypern und Spanien, die Antwortschreiben an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dessen Rüstungskontrollvorschläge vom Januar sowie die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.
- 63** 07.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 358
- Bertele rekapituliert den Stand der Beratungen in den USA über eine Ratifizierung der Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949. Angesichts der ablehnenden Haltung der Vereinigten Stabschefs unterbreitet er Vorschläge für das weitere Vorgehen der Bundesregierung.
- 64** 07.03. Bundeskanzler Kohl an Ministerpräsident Zhao Ziyang S. 361
- Kohl äußert den Wunsch, den bestehenden Meinungs austausch mit der Volksrepublik China auszubauen und regelmäßige Konsultationen über aktuelle Fragen der Weltwirtschaft sowie der Ost-West-Beziehungen und der Rüstungskontrolle durchzuführen.
- 65** 10.03. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 367
- Hinsichtlich der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung legt Kohl die Position der Bundesrepublik zu den noch offenen Fragen einer politischen Bekräftigung des SDI-Projekts und der Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen dar.
- 66** 11.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szalajda S. 370
- Die Gesprächspartner erörtern die bilateralen Beziehungen, zunächst auf dem Gebiet der Wirtschaft, anschließend unter Einbeziehung der beiderseitigen Geschichts- und Erinnerungspolitik.

träge zum VN-Haushalt zu kürzen. Er legt Schlussfolgerungen für das gemeinsame Vorgehen der Bundesrepublik und der übrigen EPZ-Mitgliedstaaten dar.

- 74** 18.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Diouf S. 413
- Gegenstand des Gesprächs sind zunächst bilaterale Themen wie die Unterrichtung der deutschen Sprache im Senegal, Entwicklungshilfeprojekte und die kulturelle Zusammenarbeit. Erörtert werden ferner die Politik gegenüber Südafrika, insbesondere die Frage der Sanktionen, sowie die Lage in Namibia und Angola.
- 75** 18.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 420
- Mit Blick auf die im November beginnende KSZE-Folgekonferenz in Wien entwirft Braunmühl Zielvorstellungen für den Ausbau des zwischenstaatlichen Verhaltenskodexes, die Fortsetzung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa sowie für die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt (Korb II) und den Ausbau der „humanitären Dimension“ (Korb III).
- 76** 18.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 431
- Seitz wägt die Aussichten einer weiteren Nord-Süd-Gipfelkonferenz („Cancún II“) ab und nennt Voraussetzungen für eine Neuorientierung des Nord-Süd-Dialogs.
- 77** 19.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 435
- Braunmühl resümiert den Stand der Vorbereitungen auf das KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte in Bern und legt die Verhandlungslinie für die Delegation der Bundesrepublik dar.
- 78** 19.03. Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Wien, an das Auswärtige Amt S. 441
- Ploetz faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Gratz zusammen. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden KSZE-Folgekonferenz in Wien wird die Vertiefung des KSZE-Prozesses behandelt. Weitere Themen sind das Verhältnis Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften und zur DDR.
- 79** 20.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 448
- Themen sind das Agrément für den künftigen sowjetischen Botschafter Kwizinskij, die sowjetische Außenpolitik nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU, die Rüstungskontrolle, der KSZE-Prozeß sowie die bilateralen Beziehungen, darunter die wirt-

- schaftliche Zusammenarbeit und der Neubau der Botschaftsgebäude in Moskau und Bonn.
- 80** 20.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 456
- Vor dem Hintergrund der wiederholten sowjetischen Forderung nach Beseitigung aller Atomwaffen setzt sich Arnim mit der Frage auseinander, welche militärische und politische Bedeutung die Nuklearfähigkeit für die UdSSR besitzt.
- 81** 21.03. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 459
- Holik bewertet den Stand der MBFR-Verhandlungen in Wien nach Abschluß der 38. Verhandlungsrunde. Er unternimmt einen Ausblick auf die kommende Runde und äußert sich zur Zukunft von MBFR.
- 82** 24.03. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 462
- In der Fortsetzung seines Berichts widmet sich Holik vor allem der Reaktion der Warschauer-Pakt-Staaten auf die Initiative der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom Dezember 1985 und der Ablehnung ihres Konzepts der Verifikation durch den Osten.
- 83** 25.03. Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem libyschen Gesandten Bukhreis S. 466
- Themen sind die militärischen Zwischenfälle während eines amerikanischen Seemanövers in der Großen Syrte sowie die Frage der Ausdehnung der libyschen Hoheitsgewässer über die 12-sm-Zone hinaus.
- 84** 25.03. Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 469
- Schomerus berichtet vom Abschluß der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über eine Beteiligung an der SDI-Forschung, einschließlich der Einigung auf eine Berlin-Klausel und die technische Durchführung der Vereinbarungen.
- 85** 26.03. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 471
- Kastl analysiert den Stand der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR und stellt Überlegungen hinsichtlich einer Fortsetzung der sowjetisch-amerikanischen Gipfeldiplomatie an.
- 86** 27.03. Ministerialdirigent Schlagintweit an die Botschaft in Riad S. 477
- Schlagintweit erläutert die Haltung der Bundesrepublik im irakisch-iranischen Krieg und rekapituliert ihre Bemühungen,

- auf beide Konfliktparteien mit dem Ziel einer Beendigung der Kampfhandlungen einzuwirken.
- 87** 27.03. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 480
- Wallau berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter für Terrorismusbekämpfung, Oakley, über mögliche Anschläge auf amerikanische Einrichtungen in der Bundesrepublik als Reaktion auf den Konflikt zwischen den USA und Libyen in der Großen Syrte. Weiteres Thema ist die Rückkehr von Mitarbeitern amerikanischer Unternehmen nach Libyen.
- 88** 02.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 482
Randermann
- Randermann äußert sich zur Ankündigung der amerikanischen Regierung, als Reaktion auf die Regelungen zum EG-Beitritt Portugals und Spaniens Handelsbeschränkungen im Agrarbereich einzuführen. Er legt die Position der Europäischen Gemeinschaften dar und unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen.
- 89** 04.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 488
- Jelonek analysiert die durch Frankreich erzwungene Neufestsetzung der Paritäten im Europäischen Währungssystem. Er geht auf Konsequenzen für die EG-Agrarpolitik und die Interessenlage der Bundesrepublik ein.
- 90** 04.04. Aufzeichnung der Ministerialdirigentin Finke-Osiander S. 491
- Finke-Osiander befaßt sich mit der Modernisierung amerikanischer Chemiewaffen und legt die Haltung der Bundesregierung zur Frage des Abzugs von Altbeständen und zur Verbringung neuer binärer Chemiewaffen in die Bundesrepublik im Eventualfall dar.
- 91** 07.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 497
polnischen Außenminister Orzechowski
- Die Gesprächspartner erörtern die Ost-West-Beziehungen, insbesondere Rüstungskontrollfragen, die KSZE, die KVAE, MBFR und SDI, ferner die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW sowie die Lage in Afghanistan.
- 92** 07.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 507
Strenziok und des Vortragenden Legationsrats Heldt
- Strenziok und Heldt fassen den Stand der Ermittlungen zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) zusammen und gehen vor allem auf die Rechtslage und die politischen Aspekte einer Urhebererschaft Libyens ein. Ferner erläutern sie die Wirtschaftsinteressen der Bundesrepublik in Liby-

- en und die möglichen Konsequenzen einer von den USA geforderten Schließung des libyschen Volksbüros in Bonn.
- 93** 08.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Orzechowski S. 513
- Thema ist der Vorschlag Orzechowskis für eine deutsch-polnische Stiftung und die von ihm gewünschte Verknüpfung mit der Rückzahlung von Krediten an Polen. Ferner werden die Lage der Deutschstämmigen in Polen und die Ursachen für deren Ausreisewunsch besprochen.
- 94** 10.04. Ministerialdirektor Sudhoff an Botschafter Enders, Tripolis S. 520
- Nach dem Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) übermittelt Sudhoff eine Mitteilung des Bundesministers Genscher an Oberst Gaddafi. Gegenstand sind die Verbindungen Libyens zum internationalen Terrorismus und die Folgen für die bilateralen Beziehungen.
- 95** 12.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in Hannover S. 522
- Genscher und Howe sprechen über die Lage in Südafrika, die Rolle Libyens beim Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) und ein mögliches amerikanisches Vorgehen gegen Libyen. Weitere Themen sind die EG-Agrarpolitik sowie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu den USA, die Ost-West-Beziehungen, vor allem Rüstungskontrollfragen, und die Raumfahrtpolitik.
- 96** 12.04. Botschafter Enders, Tripolis, an das Auswärtige Amt S. 529
- Enders berichtet über ein Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem libyschen Außenminister Mansour über die bilateralen Beziehungen und die Verbindungen Libyens zum internationalen Terrorismus.
- 97** 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters in Wachtberg-Pech S. 532
- Genscher und Walters sprechen über die Entscheidung des Präsidenten Reagan zu einem militärischen Vorgehen gegen Libyen wegen dessen Verbindungen zum internationalen Terrorismus, speziell beim Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West).
- 98** 14.04. Botschafter Haas, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 535
- Haas berichtet über den Aufenthalt des Bundesministers Wörner in Israel und geht dabei auf die Atmosphäre des ersten Besuchs eines Verteidigungsministers der Bundesrepublik in Is-

-
- rael und den Stand der bilateralen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor ein.
- 99** 14.04. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 538
- Rantzau unterrichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten über den Stand der Konferenz in Stockholm und die weitere Vorgehensweise.
- 100** 15.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Cavaco Silva S. 542
- Die Gesprächspartner befassen sich mit der wirtschaftlichen Lage der Europäischen Gemeinschaften, der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen in der Nacht zuvor und dessen Verbindungen zum internationalen Terrorismus, ferner mit den bilateralen Beziehungen sowie der Lage im südlichen Afrika.
- 101** 15.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Regan, in Washington S. 547
- Themen sind die amerikanische Militäraktion gegen Libyen, die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus, der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio sowie die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA.
- 102** 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 550
- Bertele befaßt sich mit den völkerrechtlichen Aspekten der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen, besonders der Frage einer Beistandsleistung der Bundesrepublik.
- 103** 15.04. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 553
- Rantzau berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen, in der der amerikanische NATO-Botschafter Abshire die Beweggründe für dieses Vorgehen darlegte. Des weiteren wird über die Reaktion verschiedener NATO-Mitgliedstaaten informiert.
- 104** 15.04. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 555
- Van Well informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Themen waren die amerikanische Militäraktion gegen Libyen und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

-
- 110** 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva S. 579
Thema ist die bilaterale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem beim Industrieprojekt in Temeschwar.
- 111** 17.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva S. 583
Gegenstand sind die Lage der Deutschstämmigen in Rumänien und ihre Ausreisemöglichkeiten bzw. die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.
- 112** 18.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Văduva S. 586
Genscher und Văduva sprechen über Fragen der Rüstungskontrolle, den KSZE-Prozeß und die bilateralen Beziehungen.
- 113** 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 591
Vor dem Hintergrund der amerikanischen Militäration gegen Libyen stellt Sudhoff Überlegungen an zu einer Intensivierung der bilateralen Kontakte mit verschiedenen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und skizziert deren Stellung in der Region.
- 114** 18.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 598
Hartmann analysiert die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, für eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa und unterbreitet Vorschläge, wie darauf reagiert werden könnte.
- 115** 18.04. Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 603
Pfeffer berichtet über Vorgeschichte und Verlauf eines Gesprächs mit Lech Wałęsa und gibt eine Einschätzung von dessen Persönlichkeit. Besprochen wurden die Aussichten für Reformen in Polen, die Ziele der Gewerkschaft Solidarność, die Lage der polnischen Wirtschaft und die Frage, ob ein Kommuniqué über das Gespräch veröffentlicht werden sollte.
- 116** 18.04. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 614
Rantzau gibt eine Einschätzung der Stellung Spaniens in der NATO nach dem Referendum und äußert sich zur künftigen spanischen Mitarbeit im Bündnis.
- 117** 21.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 618
Braunmühl informiert über eine Demarche des sowjetischen Botschafters Semjonow bei Staatssekretär Ruhfus zur angebli-

chen Beteiligung der Bundesrepublik an einem Raketenabwehrsystem für Westeuropa („Europäische Verteidigungsinitiative“) und stellt dem Überlegungen des Bundesministeriums der Verteidigung zur Erweiterung der Luftverteidigung in Europa gegenüber.

- 118** 21.04. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 623
- Studnitz unterrichtet über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren. Themen waren der KSZE-Prozeß, die jeweiligen bilateralen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, die sowjetische Außenpolitik nach dem Parteitag der KPdSU, der Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die strategischen Aspekte von SDI, der politische Teil des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.
- 119** 22.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Cossiga S. 635
- Genscher und Cossiga sprechen über den internationalen Terrorismus und seine Ursachen sowie die Folgen der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen.
- 120** 22.04. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 639
- Kohl legt seine Haltung bezüglich eines nuklearen Teststopps dar. Er schlägt die Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung und schließliche Einstellung von Nukleartests vor sowie ferner Expertengespräche im Rahmen der NATO über eine Reaktion auf sowjetische Vorschläge.
- 121** 22.04. Runderlaß des Ministerialdirektors Sudhoff S. 641
- Sudhoff erteilt Weisung, gegenüber den Gastregierungen Vorstellungen des Bundesministers Genscher zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und seine Ursachen darzulegen.
- 122** 25.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 644
- Braunmühl resümiert ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Morel, zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und zum diesbezüglichen Verhalten der USA.
- 123** 25.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 645
- Ruth vermerkt ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze. Gegenstand war die weitere Einhaltung der Bestimmungen des SALT-II-Vertrags

- durch die USA und die westliche Reaktion auf die sowjetischen Abrüstungsvorschläge.
- 124** 28.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahimi in Algier S. 649
- Erörtert werden die Lage im Mittelmeerraum nach der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen, der internationale Terrorismus und seine Ursachen sowie eine engere bilaterale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich.
- 125** 30.04. Generalkonsul Sönksen, Kalkutta, an das Auswärtige Amt S. 653
- Sönksen berichtet über ein Gespräch mit Mutter Teresa. Gegenstand waren ihre Eindrücke aus dem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl sowie ihr karitatives Wirken.
- 126** 30.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad in Belgrad S. 655
- Im Mittelpunkt stehen die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Aufnahme von Gesprächen hierüber im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs sowie der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio.
- 127** 30.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Mann S. 660
- Mann rekapituliert den Stand der Erkenntnisse zum Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl. Er geht dabei insbesondere ein auf die Gefährdung durch radioaktive Strahlung, die internationalen Reaktionen, die Bemühungen der Bundesregierung und anderer Regierungen, Aufklärung durch die UdSSR zu erhalten, sowie auf die Lage der Deutschen in dem betroffenen Gebiet.
- 128** 30.04. Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem sowjetischen Gesandten Terechow S. 665
- Thema ist der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl, besonders die aktuelle Informationslage, die Hilfsangebote der Bundesregierung und das Ausmaß der Gefährdung.
- 129** 02.05. Botschafter Schödel, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 668
- Schödel resümiert den Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Indien, in dessen Verlauf zahlreiche Erklärungen zum Ausbau der bilateralen Beziehungen unterzeichnet wurden, darunter zur Ausweitung der finanziellen, wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Zusammenarbeit sowie zum Abschluß eines Auslieferungs- und eines Rechtshilfeabkommens.

- 130** 02.05. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten S. 672
- Braunmühl übermittelt die Ergebnisse der WEU-Ministerrats-
tagung. Im Mittelpunkt standen Abrüstungsfragen, besonders
das Verhältnis zwischen taktischen Nuklearwaffen, Mittel-
streckensystemen und konventioneller Rüstungskontrolle. Fer-
ner wurden die Bekämpfung des internationalen Terrorismus
sowie der Stand der Wiederbelebung der WEU behandelt.
- 131** 02.05. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 677
Auswärtige Amt
- Holik nimmt Stellung zu den Vorschlägen des Generalsekre-
társ des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 18. April über kon-
ventionelle Rüstungskontrolle. Er erörtert die möglichen Fol-
gen für die MBFR-Verhandlungen und für die KVAE und legt
Elemente einer gemeinsamen Haltung der NATO dar.
- 132** 04.05. Gespräch der Außenminister der G 7 in Tokio S. 682
- Hauptthema ist die Bekämpfung des internationalen Terroris-
mus. Ferner erörtern die Minister die Lage in Asien, vor allem
auf den Philippinen, in Korea und der Volksrepublik China, so-
wie die Frage eines Abzugs sowjetischer Truppen aus Afghanis-
tan.
- 133** 05.05. Gespräch der Außenminister der G 7 in Tokio S. 689
- Vor dem Hintergrund wachsender Gewalt in Südafrika erör-
tern die Außenminister die Aussichten für eine Überwindung
der Apartheid. Weitere Themen sind die Lage am Horn von
Afrika, die VN-Sondergeneralversammlung über Afrika sowie
die Entwicklung in Zentralamerika. Schließlich widmen sich
die Außenminister Fragen der Abrüstung und Rüstungskon-
trolle.
- 134** 07.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 700
Ministerpräsident Nakasone in Tokio
- Die Gesprächspartner erörtern die Tendenzen der sowjetischen
Außenpolitik, die japanisch-sowjetischen Beziehungen sowie
bilaterale Themen, darunter die kulturelle Zusammenarbeit
und den möglichen Erwerb von Jagdflugzeugen des Typs „Tor-
nado“ und von Zivilflugzeugen des Typs „Airbus“ durch Japan.
- 135** 08.05. Gespräche des Bundesministers Genscher in Manila S. 705
- Hauptthemen sind die Ankurbelung der philippinischen Wirt-
schaft nach dem Machtwechsel im Februar 1986 und der Vor-
schlag von Genscher, im Herbst ein deutsch-philippinisches
Wirtschaftssymposium durchzuführen.

-
- 136** 09.05. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 710
Kastl analysiert das Krisenverhalten der sowjetischen Regierung nach dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl, namentlich die Informationspolitik gegenüber dem Westen. Er weist ferner auf die möglichen Folgen für das Verhältnis der UdSSR zu den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten und für die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Rüstungskontrollpolitik hin.
- 137** 10.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 715
Pleuger informiert über die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Mai in Tokio. Außenpolitische Themen waren die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, das Ost-West-Verhältnis sowie regionale Krisen in Asien und dem Mittleren Osten. Schwerpunkte im wirtschaftspolitischen Bereich bildeten die Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftsentwicklung, die Verbesserung der Lage in den Entwicklungsländern, eine neue GATT-Runde und der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl.
- 138** 13.05. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow S. 721
Im Zusammenhang mit dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl bittet Kohl um mehr Informationen über die Ursachen und die weitere Entwicklung der Strahlenbelastung. Er kündigt ferner an, eine Sondersitzung des IAEO-Gouverneursrats zu beantragen sowie zu einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit einzuladen.
- 139** 13.05. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 724
Kohl rekapituliert die Absprachen mit den USA über Abzug und Vernichtung der in der Bundesrepublik lagernden Altbestände amerikanischer Chemiewaffen sowie die Verbringung neuer binärer Chemiewaffen im Eventualfall in die Bundesrepublik.
- 140** 16.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Eickhoff S. 727
Eickhoff resümiert eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zu den nachrichtendienstlichen Erkenntnisse über die Hintergründe der Anschläge auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft und auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West).
- 141** 17.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 730
Ploetz resümiert eine Tagung der High Level Group (HLG) der NATO. Themen waren Stand und Perspektiven der Ost-West-Rüstungskontrolle, die amerikanische Haltung zu einem umfassenden nuklearen Teststopp und der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl. Auf deutsch-britische Initiative begannen die Teilnehmer ferner mit der Erörterung der Frage

- möglicher Auswirkungen von Rüstungskontrollvereinbarungen auf die nukleare Verteidigungsfähigkeit der NATO.
- 142** 20.05. Aufzeichnung des Referats 201 S. 737
- Dargelegt werden der Stand der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der Umsetzung der Reduzierungs- bzw. Modernisierungsbeschlüsse der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) von 1983 („Montebello-Beschlüsse“) und der Arbeiten an einer Neufassung der Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO („General Political Guidelines“).
- 143** 21.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 740
Ministerpräsident Martens
- Wichtigste Gesprächsthemen sind die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und Belgien, der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl, dessen Bedeutung für die Umweltbewegungen, der Bau einer Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln und der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio.
- 144** 21.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt S. 748
- Vor dem Hintergrund der Fernsehansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 14. Mai zum Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl analysiert Oesterhelt das Krisenmanagement der sowjetischen Regierung und dessen mögliche Auswirkungen auf die Gesellschaft der UdSSR, deren Wirtschaft, das Verhältnis zu den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten und die Ost-West-Beziehungen. Er zieht Schlüsse für das weitere Vorgehen der Bundesrepublik gegenüber der UdSSR.
- 145** 21.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 753
Auswärtige Amt
- Hansen übermittelt die Bitte der belgischen Regierung, bei der Vernichtung von Resten deutscher chemischer Munition aus dem Ersten Weltkrieg zu helfen, etwa durch Nutzung der Kampfmittelbeseitigungsanlage Munster.
- 146** 22.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 754
französischen Außenminister Raimond
- Mit Blick auf die NATO-Ministerratstagung in Halifax werden die transatlantischen Beziehungen und Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa besprochen, vor allem MBFR, KVAE und die KSZE-Folgekonferenz in Wien. Weitere Themen sind das Verbot chemischer Waffen und der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl.

- 147** 22.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 761
Kaestner
Kaestner bilanziert den Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow. Die behandelten Fragen der internationalen Politik umfaßten u. a. den KSZE-Prozeß, die KVAE, den Nahost-Konflikt und den Reaktorunfall in Tschernobyl. Im Zentrum der bilateralen Themen standen die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus, die Pflege deutscher Kriegsgräber, der Wunsch der Bundesrepublik nach Eröffnung eines Kulturinstituts in Sofia und der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.
- 148** 22.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 766
Auswärtige Amt
Hansen schildert den Verlauf der Ministersitzung der Eurogroup („Eurodinner“), in dessen Mittelpunkt die Frage stand, wie der Wirkung der Rüstungskontrollvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf die Öffentlichkeit begegnet werden könne. Weitere Themen waren die NATO-Streitkräfteziele im Bereich der chemischen Waffen, die Sicherheitspolitik der neuen norwegischen Regierung und die Ausgestaltung künftiger Ministersitzungen der Eurogroup.
- 149** 22.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 770
Auswärtige Amt
Hansen faßt die Aussprache im kleinen Kreis der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zusammen. Themen waren der Aufbau einer erweiterten Luftverteidigung, die Entwicklung des amerikanischen Verteidigungshaushalts und die Mitarbeit Spaniens in der NATO.
- 150** 22.05. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 772
Auswärtige Amt
Hansen berichtet von der Verabschiedung der Streitkräfteziele im Bereich der chemischen Waffen durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO und referiert die Stellungnahmen der Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten.
- 151** 23.05. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), S. 778
an das Auswärtige Amt
Citron gibt einen Überblick über Verlauf und Ergebnisse der zehnten Runde der KVAE in Stockholm. Schwerpunkt war die redaktionelle Arbeit an einem Schlußdokument, die trotz Verabschiedung einiger Texte keine Fortschritte in den Substanzfragen erbrachte.
- 152** 24.05. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 788
Schoeller stellt den Verlauf des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Chirac dar, das der Ver-

tiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit gewidmet war. Erörtert wurden die Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Rüstung und Weltraum sowie die Abstimmung bei der Reform der EG-Agrarpolitik. Weiteres Thema war die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

- 153** 27.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 793
- Braunmühl widmet sich dem Beschluß des amerikanischen Kongresses von 1985 über die Produktion binärer Chemiewaffen durch die amerikanische Regierung und äußert sich zur Frage, ob die geforderten Konsultationen der USA mit den übrigen NATO-Mitgliedstaaten auf Bündnisebene oder bilateral durchgeführt werden sollten.
- 154** 27.05. Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Ankara, an das Auswärtige Amt S. 796
- Ploetz schildert den Verlauf des Gesprächs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Ministerpräsident Özal. Dabei kamen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Türkei, ihre Aussichten auf einen EG-Beitritt, die Frage der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit zur Sprache.
- 155** 28.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen, z. Z. Halifax S. 800
- Jansen faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am Vorabend der NATO-Ministerrats-tagung zusammen. Themen waren die wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Staaten, Fragen der Rüstungskontrolle im nuklearen und konventionellen Bereich sowie die Entscheidung des Präsidenten Reagan hinsichtlich der Weiterbeachtung von SALT II.
- 156** 28.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 806
- Pleuger faßt den Verlauf des KSZE-Expertentreffens über Menschliche Kontakte in Bern zusammen, das trotz Vereinbarung einer Reihe neuer Regelungen ohne Annahme eines Schlußdokuments beendet wurde.
- 157** 28.05. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 811
- Van Well informiert über das Briefing der NATO-Mitgliedstaaten sowie Japans und Australiens im amerikanischen Außenministerium zur Entscheidung des Präsidenten Reagan, sich hinsichtlich der Modernisierung strategischer Waffensysteme

- künftig nicht mehr an die Bestimmungen von SALT II gebunden zu fühlen.
- 158** 30.05. Botschafter Hansen, z. Z. Halifax, an das Auswärtige Amt S. 814
- Hansen berichtet von der NATO-Ministerratstagung im kleinen Kreis. Im Mittelpunkt standen Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und der Stand der transatlantischen Beziehungen. Dabei wurden die Entscheidung des Präsidenten Reagan in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II angesprochen, ferner die amerikanische Militäraktion gegen Libyen und die Wirkung der sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge auf die öffentliche Meinung.
- 159** 30.05. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Halifax, an das Auswärtige Amt S. 821
- Braunmühl resümiert die Aussprache im kleinen Kreis auf der NATO-Ministerratstagung über SDI, den Besuch des Ministerpräsidenten González in der UdSSR und die Einführung neuer Paßvorschriften für den innerstädtischen Berlin-Verkehr durch die DDR.
- 160** 02.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lange S. 825
- Die Gesprächspartner befassen sich mit der sicherheitspolitischen Lage Neuseelands und der Bundesrepublik, Wirtschaftsfragen, den Ost-West-Beziehungen, der französisch-neuseeländischen Kontroverse um den Anschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior“ sowie der Zukunft Neukaledoniens.
- 161** 03.06. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 832
- Ruth notiert Informationen des amerikanischen Außenministers Shultz über sowjetische Vorschläge zur Einhaltung des ABM-Vertrags und zur Reduzierung nuklearer Systeme bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf.
- 162** 04.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 833
- Ploetz faßt ein Gespräch mit dem amerikanischen Gesandten Dobbins zusammen. Themen waren die Modernisierung amerikanischer chemischer Waffen sowie das Scheitern der Bemühungen um ein Abschlufdokument des KSZE-Expertentreffens über Menschliche Kontakte in Bern. Weitere Themen waren der Verlauf der NATO-Ministerratstagung in Halifax, die KVAE, die europäische Einigung, die Lage in Nicaragua, MBFR, der amerikanische Haushalt sowie die Besorgnis der Bundesregierung über eine mögliche Verlagerung der Nachschubwege für amerikanische Streitkräfte von Bremerhaven nach Rotterdam.

-
- 168** 12.06. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, an das Auswärtige Amt S. 874
Wechmar befaßt sich mit den deutsch-britischen Beziehungen und dem Stellenwert beider Staaten für den jeweils anderen im Vergleich zu den Beziehungen zu den USA bzw. Frankreich.
- 169** 13.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang S. 880
Die Gesprächspartner erörtern die bilateralen Beziehungen und die multipolare Weltordnung der Zukunft, insbesondere die Rolle der Volksrepublik China und der Europäischen Gemeinschaften in der Dritten Welt.
- 170** 13.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow S. 884
Karpow erläutert die jüngsten sowjetischen Vorschläge zur Reduzierung strategischer Waffen bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Ferner wird der ABM-Vertrag diskutiert.
- 171** 13.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 890
Vor dem Hintergrund einer amerikanischen Demarche unterrichtet Jelonek über die irakischen bzw. iranischen Schulden in der Bundesrepublik und die Bürgerschaftspraxis gegenüber beiden Staaten. Ferner unterbreitet er Vorschläge zur Beantwortung der Demarche.
- 172** 13.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 894
Jelonek informiert über amerikanische Pläne, die gegen Libyen verhängten Sanktionen auch durch Maßnahmen gegen ausländische Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmen auszuweiten.
- 173** 13.06. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerz S. 897
Gerz informiert über die Einbestellung des südafrikanischen Botschafters Retief durch Bundesminister Genscher und Staatssekretär Meyer-Landrut aus Anlaß der erneuten Verhängung des Ausnahmezustands in Südafrika.
- 174** 16.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 900
Jelonek faßt den Inhalt des Entwurfs für den vierten Bericht des Koordinators für die deutsche Luft- und Raumfahrt zusammen. Dabei geht er auf die Trägerrakete „Ariane“, das Projekt „Columbus“, den Weltraumtransporter „Hermes“, das britische Projekt „HOTOL“ und den von Frankreich geplanten Beobachtungssatelliten ein. Ferner befaßt er sich mit dem „Jäger 90“, dem deutsch-französischen Panzerabwehrhubschrauber sowie der Weiterentwicklung des Airbus.

- 175** 16.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 908
- Hartmann bewertet die jüngsten sowjetischen Vorschläge zur Reduzierung strategischer Waffen bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie Äußerungen des sowjetischen Sonderbotschafters Karpow zu INF und ASAT.
- 176** 17.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Rambouillet S. 915
- Kohl und Mitterrand erörtern die internationale Rolle und wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China, die Lage auf der koreanischen Halbinsel, die Einberufung einer internationalen Konferenz über Reaktorsicherheit und die Landtagswahlen in Niedersachsen. Außerdem werden Fragen der Europapolitik besprochen, insbesondere die Agrarpolitik. Sie befassen sich zudem mit dem deutsch-französischen Panzerabwehrhubschrauber, der bevorstehenden Reise Mitterrands in die UdSSR, den Aussichten für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen sowie der französisch-neuseeländischen Kontroverse um den Anschlag auf das Schiff „Rainbow Warrior“.
- 177** 18.06. Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 924
- Pfeffer berichtet über ein Gespräch mit dem Primas von Polen, Kardinal Glemp. Themen waren die Förderung einer Handwerksschule der Salesianer in Auschwitz, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche sowie ein ähnliches Projekt der Rockefeller-Stiftung, ferner das Machtgefüge in Polen zwischen Kirche, Staat und der Gewerkschaft Solidarność. Außerdem wurden die internationale Lage und die Entwicklung in der UdSSR thematisiert.
- 178** 23.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 931
- Braunmühl faßt den Stand der Arbeiten an der Neufassung der Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO („General Political Guidelines“) zusammen und geht darauf ein, welche Interessen der Bundesrepublik berücksichtigt wurden und wo weitere Beratungen nötig sind.
- 179** 28.06. Hausbesprechung S. 937
- Themen sind die von der NATO eingesetzte High Level Task Force (HLTF) zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa, die Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts („Budapester Appell“) sowie der Fortgang der KVAE in Stockholm.
- 180** 30.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 943
- Trumpf befaßt sich mit dem Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften zur Türkei und geht dabei auf die Einberufung

des Assoziationsrats, die Verwirklichung der Zollunion, die finanzielle Zusammenarbeit und die Regelung der Freizügigkeit ein. Ferner erörtert er die Aussichten für einen EG-Beitritt der Türkei.

- 181** 30.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 949
- Pleuger informiert, daß auf der Tagung des Europäischen Rats in Den Haag die Politik gegenüber Südafrika erörtert wurde, und geht vor allem auf die Frage der Verhängung von Sanktionen ein.
- 182** 03.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Kronprinz Hassan in London S. 953
- Themen sind jordanische Entwicklungspläne für das Westjordanland, die Situation in Ägypten, der irakisch-iranische Krieg, die Beziehungen Jordaniens zu Syrien, zur PLO und zu Israel sowie die Entwicklung in Libyen.
- 183** 03.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunnmühl S. 957
- Vor dem Hintergrund kürzlicher Entscheidungen der amerikanischen Regierung diagnostiziert Braunnmühl Anzeichen eines Unilateralismus der USA in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei geht er auf die Folgen für das europäisch-amerikanische Verhältnis ein und äußert sich zu möglichen Reaktionen der EPZ-Staaten.
- 184** 04.07. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 969
- Holik resümiert den Verlauf der 39. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien, in deren Mittelpunkt die Frage der Verifikation und die Rüstungskontrollvorschläge des Warschauer Pakts vom 18. April und 11. Juni („Budapester Appell“) standen. Ferner stellt er Überlegungen an über die Einbeziehung von MBFR in ein Gesamtkonzept der konventionellen Rüstungskontrolle für ganz Europa.
- 185** 07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi S. 975
- Im Mittelpunkt stehen die Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts („Budapester Appell“) und die Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen, vor allem die Aussichten für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen, die Frage der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle und der KSZE-Prozeß.

- 186** 07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow S. 980
- Themen sind die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, vor allem mögliche Fortschritte bei der KVAE und bei MBFR, sowie die Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf.
- 187** 08.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Lehman S. 984
- Erörtert werden der Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, darunter der sowjetische Vorschlag zur nuklearen Rüstungskontrolle vom 11. Juni und mögliche Elemente einer amerikanischen Antwort.
- 188** 09.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar S. 989
- Die Gesprächspartner erörtern die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen zur Lösung des Afghanistan- und des Zypernkonflikts, ferner die Finanzkrise der Vereinten Nationen und die Notwendigkeit einer Strukturreform sowie einer Reform der UNESCO.
- 189** 10.07. Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling S. 997
- Schilling stellt wesentliche Elemente der Einheitlichen Europäischen Akte vor und erläutert deren Bedeutung als vertragliche Festschreibung der bisherigen Praxis der Europäischen Politischen Zusammenarbeit.
- 190** 10.07. Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, an das Auswärtige Amt S. 999
- Wietersheim berichtet von Plänen der französischen Streitkräfte zur Bestückung der Trägerrakete „Hades“ mit zweierlei nuklearen Gefechtsköpfen, darunter einen mit hoher Strahlungswirkung (Neutronenwaffe).
- 191** 10.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 1001
- Braunmühl schildert die Diskussion beim Vierertreffen der Politischen Direktoren über die Lage in Südafrika nach Verhängung des Ausnahmezustands am 12. Juni. Im Mittelpunkt stand das Für und Wider von Sanktionen.
- 192** 11.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oestreich S. 1006
- Oestreich untersucht die Versorgung der Wirtschaft in der Bundesrepublik mit strategischen Rohstoffen aus Südafrika und beurteilt die Auswirkungen von Lieferstörungen. Er be-

schreibt den Aufbau von Rohstofflagern in anderen Industriestaaten und weist auf das Fehlen einer Rohstoffbevorratung in der Bundesrepublik hin.

- 193** 11.07. Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1011
- Braunmühl informiert über das Vierertreffen der Politischen Direktoren, in dessen Mittelpunkt die gegenseitige Informierung über die Beziehungen zur UdSSR und den übrigen osteuropäischen Staaten sowie die nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle standen. Weitere Themen waren die KVAE und die KSZE-Folgekonferenz in Wien, schließlich der internationale Terrorismus und Berlin-Fragen.
- 194** 14.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Junejo S. 1023
- Im Mittelpunkt stehen die sowjetische Afghanistanpolitik und die Lage der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan. Weitere Themen sind die indisch-pakistanischen Beziehungen und die Rückkehr Pakistans zur Rechtsstaatlichkeit.
- 195** 14.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij S. 1030
- Nach Übergabe einer Mitteilung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, für Bundeskanzler Kohl erörtern die Gesprächspartner den geplanten Abschluß eines Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit drei Ressortabkommen und dazugehörigen Programmab-sprachen sowie die Einbeziehung von Berlin (West) in die Ab-sprachen.
- 196** 16.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1033
- Braunmühl resümiert den ersten Tag der Verhandlungen mit der UdSSR über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und weitere Ressortabkommen. Offen sei weiterhin die Einbeziehung von Vertretern von Organisationen aus Berlin (West) in die dazugehörigen Programmab-sprachen.
- 197** 17.07. Botschafter Negwer, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1037
- Negwer konstatiert, daß sich die deutsch-türkischen Beziehungen zum Nachteil der Bundesrepublik entwickelt hätten. Er bezieht sich dabei auf die Situation türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik bzw. von in der Türkei lebenden deutschen Staatsangehörigen sowie auf die Behandlung von Angehörigen fremder Missionen und amtlichen Besuchern aus der Bundesrepublik durch die türkische Regierung.

- 198** 17.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, S. 1040
an das Auswärtige Amt
Braunmühl berichtet, daß sich die sowjetische Haltung bei den Verhandlungen über ein Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und weitere Ressortabkommen verhärtet habe. Er nimmt ferner Stellung zu einer Weisung des Bundeskanzleramts in der Frage der Einbeziehung von Personen aus Berlin (West) in die Programmabsprachen.
- 199** 18.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident S. 1043
Mubarak
Hauptgesprächspunkt ist die Bitte von Mubarak um Unterstützung bei den Anstrengungen Ägyptens zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere in den Kreditverhandlungen mit dem IWF. Weitere Themen sind die Politik von Oberst Gaddafi, die ägyptisch-israelischen Beziehungen und die Beziehungen zwischen Israel, Jordanien, Irak und Syrien.
- 200** 18.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit S. 1049
Staatspräsident Mitterrand in Paris
Mitterrand informiert Genscher über seine Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU in Moskau. Er zeichnet ein Bild von der Persönlichkeit Gorbatschows und seiner Reformziele. Weitere Aspekte sind dessen Rüstungskontrollpolitik, Gorbatschows Haltung zu Europa und seine Einschätzung der deutsch-französischen Beziehungen.
- 201** 18.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram S. 1054
Bertram äußert sich zur mangelnden Unterrichtung durch das Bundesministerium der Verteidigung über die Gespräche des Generalinspektors der Bundeswehr, Altenburg, mit dem Chef des französischen Generalstabs, Saulnier, über Nuklearfragen.
- 202** 18.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, S. 1056
an das Auswärtige Amt
Braunmühl berichtet über die Verhandlungen mit der UdSSR über ein Abkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und weitere Ressortabkommen. Im Mittelpunkt standen ein weiterer Vorschlag der Bundesregierung zur Einbeziehung von Wissenschaftlern aus Berlin (West) in die Programmabsprachen und die sowjetische Anregung, beim Besuch des Bundesministers Genscher vom 20. bis 22. Juli vorerst nur das Rahmenabkommen zu unterzeichnen.
- 203** 18.07. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), S. 1061
an das Auswärtige Amt
Citron schildert den Verlauf der elften Runde der KVAE. In deren Verlauf hätten die NATO-Mitgliedstaaten einen Vermittlungsvorschlag gemacht und ihre Elemente zum Gewaltver-

zicht eingebracht, während die UdSSR Flexibilität hinsichtlich der Berücksichtigung von Luftaktivitäten und der Frage von Inspektionen vor Ort gezeigt habe.

- 204** 20.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 1070
- Die Gesprächspartner erörtern die geplante amerikanische Antwort auf den sowjetischen Vorschlag zur nuklearen Rüstungskontrolle vom 11. Juni, darüber hinaus die Weiterbeachtung des ABM-Vertrags und die Bedeutung von erfolgreichen MBFR- und KVAE-Verhandlungen für die konventionelle Rüstungskontrolle.
- 205** 21.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann an die Botschaft in Moskau S. 1074
- Hartmann nimmt Stellung zu dem vom amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am Vortag übermittelten voraussichtlichen Inhalt einer Antwort des amerikanischen Präsidenten auf den sowjetischen Vorschlag zur nuklearen Rüstungskontrolle vom 11. Juni.
- 206** 22.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Duisberg S. 1078
- Duisberg äußert sich zu den völkerrechtlichen Aspekten des Minenlegens inner- und außerhalb des Küstenmeeres sowie im Bereich der Wirtschaftszone und des Festlandsockels, die außerhalb der Hoheitsgewalt eines Küstenstaates liegen.
- 207** 22.07. Botschafter Ruth, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1080
- Ruth berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse über Fragen der Rüstungskontrolle. Im einzelnen wurden die Arbeiten in Genf an einem Abkommen über das Verbot chemischer Waffen, die Bedeutung der konventionellen Rüstungskontrolle und die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur nuklearen Rüstungskontrolle erörtert.
- 208** 22.07. Ministerialdirektor Edler von Braunnühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1086
- Braunnühl übermittelt weitere Informationen über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Behandelt wurden die Neuausrichtung der sowjetischen Innenpolitik, der Ausbau der bilateralen Beziehungen, die KSZE-Folgekonferenz in Wien und die friedliche Nutzung der Kernenergie.

- 209** 22.07. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1090
- Braunmühl schildert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Besprochen wurden die Möglichkeiten, die Ost-West-Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen, die Weiterentwicklung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, die Rüstungskontrollpolitik der UdSSR und der USA, der KSZE-Prozeß und die Rolle der Bundesrepublik beim Abbau der Spannungen in Europa.
- 210** 22.07. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1106
- Kastl berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse im Kreis der Delegationen. Er informiert über die Unterzeichnung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Paraphierung der drei Ressortabkommen. Weitere Themen waren die Vereinbarung von Konsultationen in den Bereichen der Rüstungskontrolle, der Reaktorsicherheit und zu politischen Themen, ferner die Einreise von Asylbewerbern über Ost-Berlin nach Berlin (West), der irakisch-iranische Krieg, der Nahost-Konflikt, Afghanistan und die Frage von Maßnahmen gegen Südafrika.
- 211** 22.07. Botschaftsrat I. Klasse Pieck, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1114
- Pieck informiert über den Bericht zweier Vertreter der Interessenvertretung der „Mengele-Zwillinge“ (CANDLES) nach ihrer Rückkehr von einem Besuch in der Bundesrepublik. Er äußert sich ferner zur bisherigen Position der Bundesregierung zu weiteren Entschädigungsleistungen für diese Opfergruppe.
- 212** 22.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1117
- Pleuger informiert über die Vorgeschichte und die beim Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR erreichte Lösung zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie weitere Ressortabkommen und Programmabsprachen.
- 213** 23.07. Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung S. 1122
- Erörtert werden zunächst Grundsatzfragen der jeweiligen Verteidigungspolitik, die Zusammenarbeit im Prozeß der Übernahme größerer verteidigungspolitischer Verantwortung sowie Fragen der Bedrohungsanalyse und der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Anschließend diskutieren die Teilnehmer Aspekte der militärischen Kooperation, insbesondere die Unterstützung des Einsatzes der Force d'action rapide im

sortabkommen sowie die Absprachen zur Intensivierung der bilateralen Konsultationen.

- 219** 25.07. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1162
Ruth faßt die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen, in denen Genscher über die rüstungskontrollpolitischen Teile seiner Gespräche vom 20. bis 22. Juli in der UdSSR informierte.
- 220** 28.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hellbeck S. 1169
Hellbeck stellt die Mitarbeit des Auswärtigen Amts bei den Bemühungen der Bundesregierung dar, der steigenden Zahl von Asylanträgen entgegenzutreten, etwa durch die Eindämmung des Mißbrauchs der Sichtvermerkserteilung und der Einreise von Asylbewerbern über Ost-Berlin nach Berlin (West), ferner durch Gesetzesänderungen, die Harmonisierung der europäischen Asylpolitik sowie die Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber.
- 221** 29.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1177
Braunmühl faßt den Stand der Vorbereitungen des Senats von Berlin und der DDR für die 750-Jahrfeiern 1987 zusammen. Er geht ferner auf die Teilnahme hochrangiger Vertreter der Drei Mächte und auf Verhaltensrichtlinien für die Beteiligung von Vertretern aus der Bundesrepublik und dem befreundeten Ausland ein.
- 222** 04.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1183
Hartmann geht der Frage nach, ob die SRINF in die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen einbezogen werden sollten. Er rekapituliert die Bündnisposition sowie die Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung und des Auswärtigen Amts.
- 223** 15.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1187
Vor Beginn der 40. Verhandlungsrunde erörtert Hartmann die Zukunft von MBFR und die Aussichten für deren Fortsetzung im Falle einer Einigung bei der KVAE. Er widmet sich ferner der Frage des Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa unter dem Dach der KSZE.
- 224** 21.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1195
Ploetz nimmt Stellung zum amerikanischen Vorhaben, ein „Emergency Support Team“ im Raum Frankfurt am Main zu stationieren. Aufgabe der Einheit solle sein, technische Unter-

stützung im Rahmen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus außerhalb des NATO-Gebiets zu leisten.

- 225** 26.08. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mitterrand in Heidelberg S. 1199
- Die Gesprächspartner erörtern den Fall Rudolf Heß, Fragen der Agrar- und Haushaltspolitik der Europäischen Gemeinschaften sowie die Rüstungskontroll- und Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Weitere Themen sind die Vorbereitungen zur neuen GATT-Runde, die Rolle Großbritanniens in Europa sowie Themen der nächsten deutsch-französischen Konsultationen, insbesondere die Förderung des Sprachenunterrichts und der gemeinsame Bau eines Panzerabwehrhubschraubers.
- 226** 28.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Jankowitsch in Wien S. 1206
- Themen sind die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die jeweiligen Beziehungen zur ČSSR und zu Ungarn, der Stand der KVAE und der Fortgang des KSZE-Prozesses, ferner die bevorstehende Europa-Reise des amerikanischen VN-Botschafters Walters sowie die Lage in Südafrika und die Frage wirtschaftlicher Sanktionen.
- 227** 28.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte S. 1212
- Witte gibt einen Überblick über gesellschafts- und außenpolitische Positionen des DGB und nimmt dabei auch dessen Stellung im internationalen Gewerkschaftssystem, seine Haltung zu Südafrika und zur Türkei, zum Asylrecht sowie zum europäischen Binnenmarkt in den Blick.
- 228** 29.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hellbeck S. 1217
- In der Folge eines Kabinettsbeschlusses zur Asylpolitik befaßt sich Hellbeck mit den Schritten, die das Auswärtige Amt zu dessen Umsetzung zu tätigen hat.
- 229** 02.09. Aufzeichnung der Ministerialdirigentinnen Finke-Osiander S. 1223
- Finke-Osiander faßt eine Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung für den Bundessicherheitsrat zusammen. Gegenstand ist die geplante Verabschiedung der Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO („General Political Guidelines“). Sie gibt eine Bewertung und unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen.
- 230** 03.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen VN-Botschafter Walters S. 1228
- Walters informiert über amerikanische Erkenntnisse hinsichtlich der Verbindungen Libyens zum internationalen Terrorismus. Ferner gibt er eine Einschätzung der wirtschaftlichen La-

ge Libyens und geht auf die Unterstützung von Terroristen durch andere Staaten ein. Weitere Themen sind der Nahost-Konflikt und die mögliche Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika sowie bilaterale Fragen im kulturellen Bereich.

- 231** 04.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Carlsson in Stockholm S. 1234
- Im Mittelpunkt stehen die beiderseitige Haltung zur Kernenergie und die Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz über Reaktorsicherheit, ferner die Ost-West-Beziehungen sowie die Beziehungen Schwedens zu den Europäischen Gemeinschaften.
- 232** 04.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim S. 1241
- Arnim übermittelt Informationen des Bundesministeriums der Verteidigung zur Zusammenarbeit mit Israel auf dem Rüstungssektor.
- 233** 05.09. Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), an das Auswärtige Amt S. 1244
- Stülpnagel gibt einen abschließenden Bericht über die Jahrestagung der Genfer Abrüstungskonferenz und geht dabei insbesondere auf die amerikanische bzw. sowjetische Haltung ein. Im einzelnen befaßt er sich mit den Themen nukleare Abrüstung, Verhinderung eines Atomkrieges, nuklearer Teststopp sowie Weltraum- und chemische Waffen.
- 234** 05.09. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1250
- Kurz vor dem Abschluß der Konferenz informiert Citron über den Stand der KVAE und bewertet die bisher erzielten Ergebnisse. Ferner behandelt er noch offene Fragen bei Manöverbeobachtungen und Inspektionen.
- 235** 05.09. Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt S. 1253
- Kullak-Ublick berichtet über ein Gespräch mit dem Mitglied der chilenischen Militärjunta, General Matthei. Gegenstand waren die Aussichten für einen Übergang Chiles zur Demokratie sowie die Haltung verschiedener Mitglieder der Junta gegenüber Präsident Pinochet.
- 236** 08.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klaiber S. 1256
- Klaiber informiert über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brocket Hall. Erörtert wurden mögliche Sanktionen gegen Südafrika, engere Konsultationen mit den USA sowie die KSZE-Folgekonferenz in Wien.

- 237** 08.09. Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Schäuble S. 1261
Meyer-Landrut äußert sich zum Anliegen der USA, im Raum Frankfurt am Main Experten zur Terrorismusbekämpfung zu stationieren („Emergency Support Team“). Dabei geht er auf notwendige Bedingungen aus Sicht des Auswärtigen Amtes ein.
- 238** 08.09. Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1263
Braunmühl berichtet über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Aussichten für ein Gipfeltreffen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, das jeweilige Verhältnis zu verschiedenen osteuropäischen Staaten, die KSZE-Folgekonferenz in Wien, die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die KVAE, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, MBFR, chemische Waffen sowie der nukleare Teststopp. Ferner wurden die Asylproblematik und die 750-Jahrfeier von Berlin besprochen.
- 239** 08.09. Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1275
Braunmühl unterrichtet über die Erörterung der transatlantischen Beziehungen beim Vierertreffen der Politischen Direktoren.
- 240** 08.09. Vortragender Legationsrat Hiller an die Botschaft in Pretoria S. 1278
Hiller informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der SWAPO, Toivo ya Toivo, in dessen Mittelpunkt die Lage in Namibia und die Politik der Bundesrepublik gegenüber Südafrika standen.
- 241** 11.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1281
Ruth befaßt sich mit amerikanisch-sowjetischen Expertengesprächen über INF und Überlegungen für ein Zwischenergebnis. Ferner legt er das Interesse der Bundesrepublik dar, die SRINF in einem Zwischenabkommen zu berücksichtigen.
- 242** 14.09. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1286
Mit Blick auf die Endphase der KVAE erläutert Citron Möglichkeiten, auf die Haltung der USA in der Frage des Inspektionsystems Einfluß zu nehmen, um ein substantielles Ergebnis zu erzielen.

- 243** 15.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1289
 Braunmühl analysiert die militärische und strategische Bedeutung eines Verzichts auf Pershing II und somit einer Kombination aus ballistischen Raketen und Marschflugkörpern im Falle eines INF-Zwischenabkommens. Dabei geht er auch auf die Haltung des Bundesministeriums der Verteidigung ein.
- 244** 16.09. Botschafter Eickhoff, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1296
 Eickhoff berichtet über die Konsultationen der NATO-Mitgliedstaaten zur Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Wien und legt die Haltung der Bündnispartner zu inhaltlichen und prozeduralen Fragen dar.
- 245** 17.09. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1300
 Hansen resümiert eine Unterrichtung der NATO-Mitgliedstaaten über den Stand der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf durch die amerikanischen Unterhändler. Dabei seien vor allem die amerikanischen Vorschläge zu START und Abwehrsystemen im Weltraum erläutert worden. Ferner sei über ein INF-Zwischenabkommen gesprochen worden.
- 246** 17.09. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1304
 Hansen informiert über dänische Bedenken, der Neufassung der Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen der NATO („General Political Guidelines“) zuzustimmen.
- 247** 18.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Rifa'i S. 1309
 Im Mittelpunkt stehen die Lage in Jordanien und der Nahost-Konflikt, besonders die Aussichten für eine internationale Friedenskonferenz. Rifa'i legt ferner Pläne für eine Verbesserung der Situation in den besetzten Gebieten dar und bittet um finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik.
- 248** 18.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1315
 Ruth faßt seine Konsultationen mit der DDR über Rüstungskontrolle zusammen. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf sowie die Aussichten für ein Gipfeltreffen, ferner die Frage eines nuklearen Teststopps, die KVAE, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, chemische Waffen und die Einladung von Manöverbeobachtern.

- 249** 19.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1321
Ruth analysiert die neuen amerikanischen Vorschläge zu START und bewertet die Aussichten auf ein Abkommen mit der UdSSR.
- 250** 19.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1324
Ruth befaßt sich mit der amerikanischen Position bei den Welt- raum- und Defensivwaffen und stellt die sowjetische Haltung gegenüber.
- 251** 22.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1327
chinesischen Außenminister Wu Xueqian in New York
Die Gesprächspartner erörtern die chinesisch-sowjetischen Be- ziehungen, das innerdeutsche Verhältnis sowie die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Chi- na, auch im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.
- 252** 22.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 1332
Trumpf faßt den Stand multilateraler Konsultationen über ei- ne abgestimmte Politik auf dem Gebiet des Exports nuklearfä- higer Raketen zusammen und erläutert die bislang erarbeiteten Dokumente. Ferner geht er auf die Interessenlage der Bun- desrepublik und das weitere Vorgehen ein.
- 253** 22.09. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), S. 1337
an das Auswärtige Amt
Citron informiert über den Abschluß der KVAE, rekapituliert die Verhandlungen und bewertet den Inhalt des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“.
- 254** 22.09. Botschafter Ruth, z. Z. New York, an Staatssekretär S. 1343
Meyer-Landrut
Ruth unterrichtet über eine Absprache zwischen Bundeskanz- ler Kohl und Bundesminister Genscher zur Frage eines INF- Zwischenabkommens und der Einbeziehung von SRINF.
- 255** 23.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Vertretern S. 1344
lateinamerikanischer Staaten in New York
Die Teilnehmer erörtern den Stand des Contadora-Prozesses und die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den lateinamerikanischen Staaten.
- 256** 23.09. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1347
Wallau übermittelt amerikanische Informationen über die Ge- spräche der Außenminister Shultz (USA) und Schewardnadse (UdSSR). Neben dem Fall des in der UdSSR verhafteten ame- rikanischen Journalisten Daniloff seien Menschenrechtsfragen, des weiteren INF, ein nuklearer Teststopp, die KVAE, chemi-

sche Waffen sowie die konventionelle Rüstungskontrolle besprochen worden. Außerdem seien die Lage im südlichen Afrika und im Nahen Osten sowie der irakisch-iranische Krieg, der internationale Terrorismus und bilaterale Themen erörtert worden.

- 257** 24.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nigerianischen Außenminister Akinyemi in New York S. 1353
- Im Zentrum steht die Frage von Sanktionen gegen Südafrika. Besprochen wird außerdem ein möglicher Überbrückungskredit für Nigeria.
- 258** 25.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1357
- Jansen informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer. Themen waren der Ausgang der KVAE, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Aussichten für ein Gipfeltreffen sowie die innerdeutschen Beziehungen, auch mit Blick auf die Einreise Asylsuchender nach Berlin (West) über Ost-Berlin.
- 259** 25.09. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1362
- Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Besprochen wurden die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach der Verhaftung des amerikanischen Journalisten Daniloff in der UdSSR und die Aussichten für ein Gipfeltreffen. Weitere Themen waren die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie die Frage von Sanktionen gegen Südafrika. Im bilateralen Bereich wurden der Termin für die D2-Weltraummission, das Zusatzabkommen zum Auslieferungsvertrag und die Idee eines deutsch-amerikanischen Jugendwerks erörtert.
- 260** 25.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in New York S. 1368
- Die Teilnehmer befassen sich mit der Lage in Südafrika, dem Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und der Politik gegenüber Polen.
- 261** 25.09. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1374
- Van Well berichtet, er sei vom Direktor der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Adelman, auf die angebliche Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten zur Herstellung chemischer Waffen an den Irak durch Firmen aus der Bundesrepublik angesprochen worden, und bittet um Weisung.

- 262** 25.09. Botschafter van Well, Washington, S. 1376
an das Auswärtige Amt
Van Well nimmt Stellung zum Wunsch des „Holocaust Memorial Center“ bei Detroit, im Gegenzug zu einer finanziellen Beteiligung der Bundesrepublik den ehemaligen Staatssekretär Duckwitz neben anderen Persönlichkeiten in einer Gedenkstätte zu würdigen.
- 263** 26.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf S. 1378
Trumpf skizziert die finanzielle Lage der Europäischen Gemeinschaften und weist auf Risiken für den Haushalt der Jahre 1986 und 1987 hin. Er befaßt sich mit der Möglichkeit einer Erhöhung der Eigeneinnahmen und geht auf längerfristige Finanzierungsperspektiven und Reformmöglichkeiten ein.
- 264** 26.09. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. New S. 1384
York, an das Auswärtige Amt
Braunmühl berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Im Mittelpunkt standen die KSZE-Folgekonferenz in Wien, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Erörtert wurde außerdem die Frage der Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR.
- 265** 26.09. Botschafter Ruth, z.Z. New York, an das S. 1390
Auswärtige Amt
Ruth informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Themen waren die KVAE und die KSZE-Folgekonferenz in Wien, die Frage eines nuklearen Teststopps, der Stand der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie die chemischen Waffen.
- 266** 27.09. Ministerialdirigent Loosch, Bundesministerium für S. 1394
Forschung und Technologie, z. Z. Wien, an das
Auswärtige Amt
Loosch berichtet über die Sondersitzung der IAEO-Generalkonferenz zur Reaktorsicherheit und die dort unterzeichneten Konventionen über Frühinformation und Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen.
- 267** 30.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1399
Hartmann
Hartmann bilanziert die KVAE und geht dabei besonders auf die Bedeutung der vereinbarten Maßnahmen und die Rolle und Interessen der verschiedenen Teilnehmerstaaten ein. Er beurteilt die Bedeutung des KSZE-Rahmens für die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

- 268** 30.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1404
Randermann
- Randermann gibt einen Überblick über die Ministertagung des GATT, auf der die Eröffnung einer neuen Runde multilateraler Handelsverhandlungen („Uruguay-Runde“) beschlossen wurde. Er weist auf die Erweiterung der zu verhandelnden Themen hin, die u. a. auch Dienstleistungen und den Schutz geistigen Eigentums einschließen sollten.
- 269** 06.10. Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, an das S. 1410
Auswärtige Amt
- Fröwis nimmt Stellung zur Frage, ob die Bundesregierung Bundesbürgschaften für Rüstungslieferungen an Thailand übernehmen sollte. Dazu skizziert er den Stand der bilateralen Beziehungen und beurteilt die Stellung Thailands innerhalb von ASEAN, seine Rolle im Kambodscha-Konflikt sowie seine innenpolitische Stabilität.
- 270** 06.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von S. 1413
Pfetten-Arnbach an Botschafter Kastl, Moskau
- Pfetten-Arnbach übermittelt eine Mitteilung des Bundeskanzlers für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Darin nimmt Kohl Stellung zum Stand der bilateralen Beziehungen, begründet das Interesse der Bundesrepublik an einem INF-Zwischenabkommen, an einer Regelung für die strategischen Nuklearsysteme und an Gesprächen über SRINF. Er stellt die Bedeutung des KSZE-Prozesses sowie von Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte heraus und umreißt seine Erwartungen an das Treffen zwischen Präsident Reagan und Gorbatschow in Reykjavik.
- 271** 07.10. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1419
- Vor Beginn des Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Reykjavik legt Kohl die Position der Bundesrepublik zur Rüstungskontrolle dar. Er geht besonders auf die Fortsetzung des KSZE-Prozesses, die Berücksichtigung der SRINF in den Genfer Verhandlungen, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und den nuklearen Teststopp ein. Er bittet Reagan ferner, die Frage rückläufiger Ausreisegenehmigungen für Deutschstämmige anzusprechen.
- 272** 08.10. Aufzeichnung des Botschafters Eickhoff S. 1423
- Eickhoff benennt die Ziele der Bundesrepublik für die KSZE-Folgekonferenz in Wien und legt die von der Delegation zu verfolgende Verhandlungslinie dar.

- 273** 08.10. Botschaftsrat I. Klasse Henatsch, Teheran, an das Auswärtige Amt S.1425
Henatsch berichtet über den Verlauf der Demonstrationen vor der Botschaft der Bundesrepublik in Teheran und das gewaltsame Eindringen von Demonstranten auf das Botschaftsgelände. Er äußert sich ferner zu den vermutlichen Hintergründen der Zwischenfälle.
- 274** 09.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 1429
Kastrup informiert über die deutsch-türkischen Staatssekretärsgespräche. Im Zentrum standen die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei, die Verteidigungshilfe einschließlich der Modalitäten einer Rüstungs-sonderhilfe, die Beteiligung der Bundesrepublik an einem Industrialisierungsfonds zur Investitionsförderung sowie Rechts- und Konsularfragen.
- 275** 09.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1434
Pleuger informiert über die Ergebnisse des Vorbereitungstreffens zur KSZE-Folgekonferenz in Wien. Er umreißt deren Stellenwert, stellt die Interessen der Bundesrepublik hinsichtlich der Durchführung des Konferenzmandats sowie die einzubringenden Vorschläge vor und beschreibt den Stand der Vorbereitungen im Rahmen von NATO und EPZ.
- 276** 09.10. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1439
Kastl berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse anlässlich der Übergabe einer Mitteilung des Bundeskanzlers Kohl für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu Fragen der Rüstungskontrolle. Weiteres Thema sind die Erwartungen an die KSZE-Folgekonferenz in Wien.
- 277** 09.10. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1442
Rantzau schildert den Verlauf der Konsultationen des Ständigen NATO-Rats mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze und der Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, über die Themen des bevorstehenden Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Reykjavik und zur amerikanischen Entscheidung über ein Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.
- 278** 10.10. Entwurf eines Schreibens an Bundeskanzler Kohl S. 1449
Thema des Schreibens sind die Verzögerung im Ratifizierungsverfahren der Einheitlichen Europäischen Akte und die Dringlichkeit, dem Bundesrat die Gegenäußerung der Bundesregierung sowie den Entwurf des Zustimmungsgesetzes umgehend

zuzuleiten, um das parlamentarische Verfahren noch in der laufenden Legislaturperiode abzuschließen.

- 279** 10.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1452
Hartmann
- Hartmann analysiert die Entscheidung des Präsidenten Reagan in der Frage eines Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Er erwägt Möglichkeiten, die USA davon zu überzeugen, die Verhandlungen in den KSZE-Prozeß einzugliedern und damit eine Teilnahme Frankreichs zu erleichtern.
- 280** 10.10. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1455
- Schoeller berichtet von einem Gespräch im französischen Außenministerium über den Rahmen von Verhandlungen zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa und über den amerikanischen Wunsch, diese direkt zwischen den beiden Bündnissen zu führen.
- 281** 11.10. Ministerialdirigent von Ploetz an die Botschaft in Paris S. 1457
- Ploetz schildert den Verlauf eines Gesprächs des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl mit dem französischen Botschafter Boidevaix. Behandelt wurden die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die Rolle Frankreichs und der USA für die europäische Verteidigung sowie die Frage eines Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.
- 282** 13.10. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 1463
Auswärtige Amt
- Hansen übermittelt Einzelheiten der Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den amerikanischen Außenminister Shultz über das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik.
- 283** 13.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, S. 1470
z. Z. Budapest, an das Auswärtige Amt
- Kaestner resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi über die Ergebnisse des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik und über die daraus zu ziehenden Schlüsse für den Fortgang der Rüstungskontrollverhandlungen.
- 284** 14.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1472
- Ruth stellt den Verlauf des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik dar, bewertet seine Ergebnisse und unterbreitet Vorschläge für die künftige rüstungskontrollpolitische Position der Bundesregierung.

- 285** 15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Karpow S. 1482
- Die Gesprächspartner erörtern Verlauf und Ergebnis des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik. Karpow beantwortet ferner Fragen zur sowjetischen Position hinsichtlich der Einhaltung des ABM-Vertrags, der Fortführung der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen und des Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.
- 286** 16.10. Gespräch des Bundesminister Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman S. 1491
- Im Zentrum steht das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik, insbesondere die Frage eines Junktims zwischen der sowjetischen Forderung nach Einschränkung der SDI-Forschung und einem Abkommen über die Reduzierung der nuklearen Mittelstreckensysteme. Weiteres Thema ist der Rahmen zukünftiger Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.
- 287** 16.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1499
- Ploetz faßt den zweiten Bericht der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe zusammen. Im Zentrum der Analyse stehen das Kräfteverhältnis zwischen den USA und der UdSSR im Bereich strategischer Waffen, deren Entwicklung bis zum Jahr 2000 sowie eine Prognose für die Zeit nach dem Jahrtausendwechsel.
- 288** 16.10. Hauserlaß des Staatssekretärs Meyer-Landrut S. 1501
- Meyer-Landrut kündigt eine nach der Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl notwendig gewordene Überprüfung der personellen und materiellen Sicherheitslage des Auswärtigen Amts an.
- 289** 16.10. Ministerialdirigent Kastrup an die Botschaft in Washington S. 1502
- Nach wiederholten amerikanischen Vorsprachen stellt Kastrup die Position der Bundesregierung zur Frage der Lieferung von Vorprodukten und Ausrüstungen zur Herstellung chemischer Waffen an den Irak dar.
- 290** 17.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond S. 1505
- Genscher und Raimond tauschen ihre Einschätzung des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik aus. Ferner erörtern sie die Frage der SRINF und die Folgen einer amerikanisch-sowjetischen Einigung im Bereich der LRINF für die westliche Verteidigung.

- 291** 17.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Raimond S. 1510
 Gegenstand sind die geplanten Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, vor allem der französisch-amerikanische Gegensatz in der Frage des Forums und ihre Bedeutung im Gesamtrahmen der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgespräche.
- 292** 17.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1513
 Ruth analysiert die amerikanischen und sowjetischen Interpretationen des ABM-Vertrags von 1972 im Hinblick auf die Zulässigkeit der Entwicklung und Erprobung von Komponenten eines weltraumgestützten Abwehrsystems. Er stellt ferner Überlegungen für eine Kompromißlösung an.
- 293** 17.10. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1518
 Ruth informiert über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO und die Sitzung der Stationierungsländer für amerikanische Mittelstreckensysteme mit den USA („Quint“). Themen waren das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik und die Präsentation der Position der Bundesregierung zur Einbeziehung von SRINF in ein INF-Zwischenabkommen.
- 294** 20.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Birendra S. 1521
 Im Zentrum stehen die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit, vor allem die Förderung von Projekten zum Bau eines Wasserkraftwerks und zur Abfallbeseitigung. Weitere Themen sind die Beziehungen Nepals zur Volksrepublik China sowie zu Tibet, Indien und Pakistan.
- 295** 20.10. Botschaftsrat Wendler, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1526
 Wendler schildert die Reaktionen in Israel auf die Kontroverse unter Historikern in der Bundesrepublik über den Umgang mit der deutschen Geschichte und die Frage der Einzigartigkeit des Holocaust („Historikerstreit“). Er analysiert ferner die Hintergründe für das große Interesse der israelischen Öffentlichkeit an der Debatte.
- 296** 23.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1532
 Van Well faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan zusammen. Themen waren Fragen der Ost-West-Rüstungskontrolle im Anschluß an das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik, ferner die Förderung des deutsch-amerikanischen Jugendaustauschs, die 750-Jahrfeier von Berlin und das Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

- 297** 23.10. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, S. 1536
z. Z. London, an das Auswärtige Amt
Richthofen berichtet von der Unterredung zwischen Bundeskanzler Kohl und dem amerikanischen Vize-Präsidenten Bush. Besprochen wurden die Reformpolitik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie die Entwicklung in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Erörtert wurden ferner der unterschiedliche Stellenwert rüstungskontrollpolitischer Themen für die Gesellschaften in der Bundesrepublik und den USA sowie die Bedeutung von Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr.
- 298** 23.10. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, S. 1541
z. Z. Washington, an Staatssekretär Meyer-Landrut
Richthofen resümiert das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl sowie der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Im Mittelpunkt standen die Menschenrechtslage in der UdSSR, der angekündigte Abzug sowjetischer Streitkräfte aus Afghanistan, der Rahmen für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie das weitere Vorgehen zur Lösung der Krisen in Südafrika und im Nahen Osten.
- 299** 23.10. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1549
Wallau faßt das Treffen des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Finanzminister Baker zusammen. Themen waren die Steuerreform der Bundesregierung und die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft als Voraussetzung dafür, protektionistischen Tendenzen in den USA wirksam zu begegnen.
- 300** 23.10. Brigadegeneral von Uslar-Gleichen, Washington, S. 1552
an das Auswärtige Amt
Uslar-Gleichen informiert über die Begegnung zwischen Bundeskanzler Kohl und dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. Dabei wurden u. a. der Stand der Verhandlungen über die Zukunft der amerikanischen Militärbasen in Spanien, der Rahmen für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, der Besuch von Weinberger in der Volksrepublik China und Fragen des Technologietransfers in die UdSSR besprochen.
- 301** 24.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz S. 1556
Seitz stellt die Bedeutung der Entscheidung der Bundesregierung heraus, sich an der Vorbereitungsphase der Entwicklung des Weltraumtransporters „Hermes“ zu beteiligen. Er formuliert Bedingungen für eine angemessene und gegenüber Frankreich gleichrangige Rolle bei der Durchführung des Projekts.

- 307** 30.10. Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Bremer S. 1586
- Angesichts der Verbindungen der syrischen Regierung zum internationalen Terrorismus erläutert Bremer die amerikanischen Gegenmaßnahmen im politischen und wirtschaftlichen Bereich und bittet um die Unterstützung der Bundesrepublik. Schlagintweit trägt die Haltung der Bundesregierung nach dem Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin (West) vor.
- 308** 30.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt S. 1590
- Teltschik vermerkt eine Vorsprache des sowjetischen Botschafters Kwizinskij bei Bundesminister Schäuble wegen Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl über den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im Rahmen eines Interviews mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“.
- 309** 30.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken S. 1592
- Heyken analysiert Inhalt und Ziele der Politik der „Glasnost“ des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Er geht dabei auch auf die außenpolitischen Aspekte einer neuen Informationspolitik und deren Ausrichtung auf die öffentliche Meinung in den NATO-Mitgliedstaaten ein.
- 310** 31.10. Gespräch des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kowaljow in Moskau S. 1598
- Inhalt des Gesprächs sind die Äußerungen des Bundeskanzlers Kohl über den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ und das sowjetische Verlangen nach einer Entschuldigung von Kohl.
- 311** 31.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Dane S. 1604
- Dane faßt den Verlauf des Treffes der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Jakarta zusammen. Schwerpunkte waren Kambodscha und die Verbesserung der Lage der Flüchtlinge sowie die Ost-West-Beziehungen nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik. Weiter wurden Wirtschaftsfragen erörtert, darunter die neue GATT-Runde und das Problem der Agrarüberschüsse, sowie Südafrika.
- 312** 31.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger S. 1607
- Pleuger informiert über die deutsch-französischen Konsultationen in Frankfurt am Main, deren Schwerpunkt auf der kulturellen Zusammenarbeit lag. Daneben wurden Fragen der Si-

-
- 318** 06.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1637
Ploetz befaßt sich mit dem Stand der Überlegungen innerhalb der NATO zur Ablösung des nuklearen Kurzstreckensystems Lance.
- 319** 07.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević in Wien S. 1640
Erörtert werden das Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und der Fortgang des KSZE-Prozesses.
- 320** 07.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schweizerischen Außenminister Aubert in Wien S. 1644
Themen sind die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die KSZE und das Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa sowie die Beziehungen der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften.
- 321** 11.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1649
Richthofen informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Bremer, das die amerikanischen Pläne zur Stationierung von Experten zur Terrorismusbekämpfung („Emergency Support Team“) im Raum Frankfurt am Main zum Inhalt hatte.
- 322** 11.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1650
Ploetz unterrichtet über Konsultationen mit Frankreich, Großbritannien und Italien zur sicherheits- und bündnispolitischen Lage nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik und zu den Folgen für die Sicherheit Europas.
- 323** 11.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten S. 1658
Schilling informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ. Themen waren die Frage eines KSZE-Expertentreffens über Menschenrechte in Moskau, die Asylproblematik und die Politik gegenüber Südafrika.
- 324** 11.11. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1662
Wallau berichtet über die bislang bekannten Einzelheiten der amerikanisch-iranischen Geheimkontakte und der offenbar unter Beteiligung Israels erfolgten Waffenlieferungen. Ferner gibt er einen Überblick über die Reaktionen anderer Staaten und das weitere Vorgehen der amerikanischen Regierung.

- 325** 12.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1667
Vor dem Hintergrund einer Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Schewardnadse befaßt sich Ruth mit dem Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen und der unterschiedlichen Auslegung des Verlaufs des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik.
- 326** 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1674
Anläßlich einer Anfrage der Grünen zur amerikanischen Militäraktion gegen Libyen untersucht Richthofen den Status des amerikanischen Hauptquartiers USEUCOM in Stuttgart und dessen Rolle bei amerikanischen Einsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets.
- 327** 13.11. Botschafter Ruth an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1681
Mit Blick auf die Konsultationen des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der amerikanischen Delegationen in Genf legt Ruth die Haltung der Bundesregierung zum weiteren Vorgehen bei den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen dar.
- 328** 13.11. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1684
Kastl berichtet über den Besuch einer Delegation der Grünen in der UdSSR. Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Gromyko, und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse standen Menschenrechtsfragen, die Frage der Souveränität der osteuropäischen Staaten sowie Abrüstungsthemen.
- 329** 14.11. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1688
Hansen schildert eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Mitgliedern der amerikanischen Delegation bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf über Stand und Perspektiven der Gespräche.
- 330** 16.11. Botschaftsrat Hauswedell, London, an das Auswärtige Amt S. 1692
Hauswedell unterrichtet über die WEU-Ministerratstagung. Besprochen wurden die europäischen sicherheitspolitischen Perspektiven, Rolle und Struktur der WEU sowie die Fragen der Rüstungskontrolle nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik.

- 331** 18.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel an die Botschaft in Washington S. 1698
Nagel bewertet erneute amerikanische Vorwürfe, Firmen aus der Bundesrepublik würden an der Herstellung chemischer Kampfstoffe durch den Irak mitwirken. Er gibt einen Überblick über die Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterbindung entsprechender Exporte und erteilt Weisung für ein Gespräch im amerikanischen Außenministerium.
- 332** 19.11. Deutsch-spanisches Regierungsgespräch in Madrid S. 1701
Themen sind die Lage in Lateinamerika, die Menschenrechtssituation auf Kuba, EUREKA, der Anteil Spaniens am Airbus, die wirtschaftliche Kooperation in Drittstaaten, die bilateralen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen und die 750-Jahrfeier von Berlin. Besprochen werden ferner die Haltung Spaniens zum Nichtverbreitungsvertrag, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zum Golfkooperationsrat, der internationale Terrorismus, Asylfragen, die europäische sicherheitspolitische Diskussion sowie die Zukunft der amerikanischen Stützpunkte in Spanien.
- 333** 20.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 1710
Mit Blick auf ein Strafverfahren in Berlin erläutert Sudhoff mögliche Reaktionen der Bundesregierung für den Fall einer vom Gericht festgestellten Beteiligung syrischer Stellen am Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin (West).
- 334** 20.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz S. 1722
Ploetz faßt seine Gespräche in den USA zusammen. Erörtert wurden die Bewertung des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik durch die Bundesregierung und dessen Bedeutung für die Strategie der NATO. Weitere Themen waren die europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit, chemische Waffen sowie das Forum für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.
- 335** 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1735
Bertele befaßt sich mit der Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen des Auswärtigen Amtes nach der Ermordung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl und legt die wichtigsten Neuregelungen dar.
- 336** 21.11. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1737
Van Well analysiert das Vorgehen der amerikanischen Regierung im Zusammenhang mit den Waffenlieferungen an den Iran und gibt eine Einschätzung der möglichen Folgen für Präsident Reagan sowie für verantwortliche Mitarbeiter.

- 337** 25.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Botschafter Salari S. 1741
 Die Gesprächspartner erörtern den Stand der bilateralen Beziehungen sowie die amerikanisch-iranischen Beziehungen. Ferner wird die Frage der Lieferung chemischer Substanzen in den Irak durch Firmen aus der Bundesrepublik angesprochen.
- 338** 25.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1744
 Jelonek informiert über einen Besuch des Staatssekretärs Ruhfus in den USA. Im Mittelpunkt der Gespräche standen wirtschaftspolitische Fragen wie COCOM, Airbus, Agrarfragen, die neue GATT-Runde, ferner eine mögliche Rückkehr der USA in die UNESCO, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die amerikanische Präsenz in der Bundesrepublik.
- 339** 25.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 1751
 Kastrup befaßt sich mit der Unterbrechung hochrangiger bilateraler Kontakte durch die sowjetische Regierung sowie mit der zunehmenden Kritik an Mitgliedern der Bundesregierung. Er analysiert die Motive und erläutert die möglichen Reaktionen der Bundesregierung.
- 340** 25.11. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1756
 Wallau informiert über die neueste Entwicklung in der Frage der amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran und geht dabei auf die Offenlegung von Zahlungen an die nicaraguansichen Contras und die daraus resultierenden personellen Veränderungen im amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat ein.
- 341** 26.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup S. 1759
 Kastrup erläutert Vorschläge Dänemarks, der Niederlande und der UdSSR für KSZE-Expertentreffen im Bereich der „Menschlichen Dimension“. Er äußert sich zu möglichen Risiken der drei Vorschläge und zum weiteren Vorgehen.
- 342** 26.11. Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt S. 1764
 Nowak informiert über den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Saudi-Arabien und erörtert insbesondere die Gespräche über mögliche Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik.
- 343** 27.11. Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem syrischen Botschafter Seifou S. 1768
 Nach der durch das Landgericht Berlin festgestellten Verwicklung syrischer Stellen in den Anschlag auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin (West) erläutert Schlagintweit die Maßnahmen der Bundesregierung gegen Syrien.

- 344** 02.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors S. 1770
Zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats befassen sich Kohl und Delors mit den Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zur Türkei und zu Ungarn, den Überlegungen der EG-Kommission zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaften und zur Reform der Agrarpolitik sowie mit Personalfragen.
- 345** 02.12. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Adamek S. 1780
Adamek vermerkt den Stand der Überlegungen in der High Level Group (HLG) der NATO zu den Auswirkungen eines LRINF-Abkommens auf die Verteidigungsstrategie der NATO und gibt die wichtigsten Punkte einer Analyse aus dem NATO-Hauptquartier wieder.
- 346** 02.12. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1784
Eickhoff berichtet über die bisherige Behandlung deutschlandpolitischer Themen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien und stellt die Ziele der Delegation der Bundesrepublik in diesem Bereich dar.
- 347** 03.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1789
Hartmann resümiert die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen der High Level Task Force (HLTF) der NATO zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa und geht insbesondere auf die noch ausstehende Einigung zu einem Forum für Verhandlungen ein.
- 348** 04.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1800
Hansen berichtet über die Ministersitzung der Eurogroup („Eurodinner“). Erörtert wurden die Lage der WEU und ihre mögliche Erweiterung sowie die sicherheitspolitische Situation nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik.
- 349** 05.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1803
Hansen informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Themen waren das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik und seine Folgen für die Verteidigungsstrategie des Bündnisses.

- 350** 05.12. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1811
Holik übermittelt den abschließenden Bericht zur 40. Runde der MBFR-Verhandlungen und äußert sich zu möglichen Schritten zur Überwindung der stagnierenden Gespräche.
- 351** 06.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in London S. 1814
Genscher und Andreotti befassen sich mit den Ost-West-Beziehungen vor dem Hintergrund der innenpolitischen Krise in den USA, ferner mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen, den Verbindungen Syriens zum internationalen Terrorismus, dem irakisch-iranischen Krieg und Libyen.
- 352** 08.12. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1821
Hartmann unterrichtet über die zwischen Frankreich und den USA erzielte Einigung in der Frage des Forums für Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, bewertet das Ergebnis und gibt Hinweise zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung.
- 353** 09.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening S. 1825
Erörtert werden das amerikanisch-sowjetische Treffen in Reykjavik und seine Folgen. Die Gesprächspartner stellen außerdem Überlegungen zur Rüstungskontrollpolitik bis zur Jahrtausendwende an.
- 354** 09.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Chevening S. 1835
Themen sind die Entwicklung des KSZE-Prozesses und der Stand der Wiener Folgekonferenz, der sowjetische Vorschlag für ein Expertentreffen über Menschenrechte in Moskau, außerdem die nachrichtendienstliche Tätigkeit von Mitarbeitern der Botschaften von Warschauer-Pakt-Staaten, die jeweiligen Beziehungen zu verschiedenen osteuropäischen Staaten, außerdem die Lage im südpazifischen Raum und in Ostasien.
- 355** 09.12. Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem Staatssekretär im schweizerischen Außenministerium, Brunner, in Bern S. 1844
Im Mittelpunkt stehen die Ost-West-Beziehungen, vor allem die KSZE, ferner die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran, die Politik gegenüber Südafrika, der Chemieunfall in Basel und Fragen der Haftung infolge der Verschmutzung des Rheins sowie die bilateralen Beziehungen.

-
- 356** 09.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich S. 1850
- Bitterlich notiert die Ergebnisse des Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am Rande der Tagung des Europäischen Rats in London. Themen waren Sanktionen gegen Südafrika, die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran und der irakisch-iranische Krieg, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Jugoslawien sowie zu den latein-amerikanischen Staaten.
- 357** 10.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Chevening S. 1853
- Genscher und Shultz besprechen die Zukunft der Rüstungskontrollpolitik, auch im konventionellen Bereich, sowie die Haltung der UdSSR zu Menschenrechtsfragen auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien.
- 358** 11.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit NATO-Generalsekretär Lord Carrington in Brüssel S. 1858
- Besprochen werden Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle, die Lage nach dem amerikanisch-sowjetischen Treffen in Reykjavik und die deutsch-sowjetischen Beziehungen.
- 359** 11.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1862
- Hansen berichtet über den Tagesordnungspunkt zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa auf der NATO-Minister- ratstagung. Erörtert wurden die von den Außenministern verabschiedete „Brüsseler Erklärung“, der Bericht der High Level Task Force (HLTF) und der Rahmen künftiger Verhandlungen mit den Warschauer-Pakt-Staaten.
- 360** 11.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1866
- Kastl gibt eine Einschätzung der gegenwärtigen sowjetischen Außenpolitik nach dem Treffen in Reykjavik und geht dabei insbesondere auf die Beziehungen zu den USA, den westeuropäischen Staaten, Japan, Indien und zur Volksrepublik China ein.
- 361** 12.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen S. 1872
- Richthofen gibt einen Überblick über die Bemühungen des Warschauer Pakts um Kontakte zur NATO in der Frage der konventionellen Rüstungskontrolle. Ferner informiert er über den Stand der Erörterungen in der NATO zu diesem Thema sowie über die Haltung der Bundesrepublik und unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen.

- 362** 12.12. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, S. 1879
z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt
- Richthofen berichtet über ein Vierertreffen der Politischen Direktoren. Besprochen wurden der sowjetische Vorschlag für ein KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte in Moskau, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa, zudem die Lage in Polen, in Südafrika und im Nahen Osten sowie der irakisch-iranische Krieg. Außerdem wurde die Situation in Nordkorea und im südpazifischen Raum erörtert, schließlich die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus.
- 363** 12.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 1893
Auswärtige Amt
- Hansen informiert über die NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Themen waren die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran, die Bedeutung des amerikanisch-sowjetischen Treffens in Reykjavik, die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa und der internationale Terrorismus.
- 364** 15.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff S. 1900
- Nach Gesprächen mit Großbritannien und den USA gibt Sudhoff eine Einschätzung der Aussichten für eine politische Initiative zur Überwindung der Apartheid in Südafrika.
- 365** 15.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1905
Richter
- Richter unterrichtet über Gespräche mit der ägyptischen Regierung in Stuttgart. Im Mittelpunkt standen die wirtschaftliche und finanzielle Lage Ägyptens und dessen Bitte um Unterstützung durch die Bundesrepublik und andere Staaten.
- 366** 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von S. 1907
Richthofen
- Richthofen gibt einen Überblick über den Stand der Arbeiten an einer Revision der Pläne für den militärischen Krisenfall um Berlin („Live Oak“).
- 367** 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek S. 1910
- Jelonek analysiert verschiedene Ansätze zur Überwindung der internationalen Verschuldungskrise.
- 368** 17.12. Aufzeichnung des Referats 411 S. 1919
- Untersucht werden das Angebot der Europäischen Gemeinschaften an die Türkei in der Frage der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer sowie die Reaktion der türkischen Regierung.

-
- 369** 17.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1923
Pleuger
Pleuger informiert über den Sachstand in der Frage der vermuteten illegalen Lieferung von Konstruktionsunterlagen zum Bau von U-Booten an Südafrika und übermittelt eine Sprachregelung.
- 370** 18.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1926
Hartmann
Hartmann befaßt sich mit Verlauf und Ergebnissen eines amerikanisch-sowjetischen Expertentreffens zu Fragen der Rüstungskontrolle und gibt eine Bewertung.
- 371** 18.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1929
Hartmann
Vor dem Hintergrund des Vierergesprächs der Außenminister in Chevening zur Frage strategischer Waffen und Weltraumwaffen bewertet Hartmann die Aussichten für eine Einigung zwischen den USA und der UdSSR.
- 372** 19.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1936
Hartmann
Hartmann legt die Differenzen zwischen der Bundesrepublik und den USA in der Frage dar, ob die für 1987 geplanten Manöver „Caravan Guard“ und „Winter Warrior“ notifiziert werden sollten.
- 373** 20.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1939
amerikanischen Botschafter Burt in Wachtberg-Pech
Themen sind die Schließung des amerikanischen Generalkonsulats in Düsseldorf, die 750-Jahrfeier von Berlin, Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa, ein Hilfsprojekt im Westjordanland, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, Persönlichkeit und Stellung des amerikanischen Außenministers Shultz vor dem Hintergrund der innenpolitischen Krise in den USA und die Frage der Notifizierung der Manöver „Caravan Guard“ und „Winter Warrior“.
- 374** 20.12. Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das S. 1947
Auswärtige Amt
Eickhoff informiert über den bisherigen Verlauf der KSZE-Folgekonferenz. Er legt die Interessenlage und Taktik der verschiedenen Teilnehmer dar und gibt einen Überblick über eingereichte Vorschläge. Ferner unternimmt er eine Einschätzung des Konferenzverlaufs.

- 375** 22.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von S. 1957
 Richthofen
 Richthofen befaßt sich mit den Möglichkeiten, mit Blick auf die von der Bundeswehr geplante Einführung eines „Mittleren Flugabwehr-Raketensystems“ eine europäische Alternative zu den amerikanischen Systemen „Hawk“ und „Patriot“ zu entwickeln. Dabei geht er vor allem auf deutsch-französische Bemühungen um Kooperation ein.
- 376** 22.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von S. 1963
 Richthofen
 Richthofen legt eine Grundsatzaufzeichnung zur Menschenrechtspolitik der Bundesregierung vor. Er erörtert Rahmenbedingungen, Ziele, politische und rechtliche Grundsätze, mögliche Zielkonflikte und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten.
- 377** 30.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1974
 Kastl zieht eine Bilanz der sowjetischen Politik des Jahres 1986. Dabei geht er auf Möglichkeiten und Grenzen der Politik des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, ein und gibt einen Überblick über innen- und außenpolitische Problemfelder.

Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahressbände 1949/50–1953, 1962–1984, München 1994–2015; 1985, Berlin/Boston 2016.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- ARAB-ISRAELI CONFLICT The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton, New Jersey 1991.
- BR DRUCKSACHEN Bundesrat. Drucksachen, Bonn 1949 ff.
- BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland. Sitzungsbericht, Bonn 1949–1953. Danach: Verhandlungen des Bundesrates, Stenographische Berichte, Bonn 1954 ff.
- BRANDT, Berliner Ausgabe Willy Brandt, Berliner Ausgabe. Bd. 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006.
- BT DRUCKSACHEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EG Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
- BUNDESANZEIGER Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- BUNDESGESETZBLATT Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Wien 1945 ff.

- CONSTITUTIONS OF NATIONS
Constitutions of Nations. Third Revised Edition. Band IV: The Americas (2 Teilbände), hrsg. von Amos J. Peaslee, Den Haag 1970.
- DEAR MR. PRESIDENT
Dear Mr. President... Reagan/Gorbachev & The Correspondence that Ended the Cold War, hrsg. von Jason Saltoun-Ebin, o. O. 2013.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN
The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1940 ff.
- DEPORTATION, SONDERSIEDLUNG,
ARBEITSARMEE
Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, hrsg. von Alfred Eisfeld und Victor Herdt, Köln 1996.
- DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE
ZUSAMMENARBEIT IM
BILDUNGSWESEN
Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungswesen. Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, Berufliche Bildung und Hochschule auf der Grundlage des deutsch-französischen Vertrages, eingeleitet und bearbeitet von Harald Kästner, Bonn 1999.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–
1959
Documents on Disarmament 1945–1959. Bd. I (1945–1956). Band II (1957–1959), hrsg. vom United States Department of State, Washington D.C. 1960.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963
Documents on Disarmament 1963, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C. 1964.
- DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1986
Documents on Disarmament 1986, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C 1991.
- DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND
SICHERHEIT
Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XXII: 1984, hrsg. von Doris Breuer, Sankt Augustin o.J. Band XXIII: 1985/86, hrsg. von Joachim Krause und Christiane Magiera-Krause, Sankt Augustin o. J.
- DzD II
Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied/Frankfurt a. M. 1992.
- ENTSCHEIDUNGEN DES
BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd.
73
Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, 73. Band, Tübingen 1987.
- EUROPA-ARCHIV
Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.

- FRUS 1961–1963 Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band X: Cuba 1961–1962, Washington D. C. 1997. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath, Washington D. C. 1996.
- FRUS, Malta and Yalta 1945 Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington D. C. 1955.
- FRUS, Washington and Casablanca Foreign Relations of the United States. The Conferences at Washington 1941–1942, and Casablanca 1943. Washington D. C. 1968.
- DE GAULLE, Discours et messages Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 5: Vers le terme (Janvier 1966–Avril 1969), [Paris] 1970.
- GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT Gemeinsames Ministerialblatt, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn/Köln 1950 ff.
- GENSCHER, Erinnerungen Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
- GORBATSCHOW, Reden Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 2: Februar 1984–Oktober 1985. Band 3: Oktober 1985–Juli 1986, Berlin [Ost] 1987. Band 4: Juli 1986–April 1987. Berlin [Ost] 1988.
- HANSARD Parliamentary Debates (Hansard). Sixth Series, Volume 97, House of Commons, Official Report. Third Session of the Forty-Ninth Parliament of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. Thirty-Fifth Year of the Reign of Her Majesty Queen Elizabeth II. Session 1985–86, London [1986].
- HONECKER, REDEN Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 11, Berlin [Ost] 1987. Band 12, Berlin [Ost] 1988.
- I.C.J. REPORTS International Court of Justice, Reports of Judgements, Advisory Opinions and Orders. 1949, 1982, 1985, 1986, o. O. o. J.
- INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
- JAHRESBERICHT 1986 Jahresbericht der Bundesregierung 1986, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn o. J.

- KABINETTSPROTOKOLLE 1951 Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Band 4, 1951, bearbeitet von Ursula Hüllbüsch, Boppard am Rhein 1988.
- KOHL, Erinnerungen Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.
- KWIZINSKI, Sturm Julij A. Kwizinkij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.
- LNTS League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements Registered with the Secretariat of the League of Nations, o. O. 1920–1946.
- NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974 Texts of Final Communiques 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980 Texts of Final Communiques (Volume II). Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group 1975–1980, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985 Texts of final communiqués (Volume III). Issued by ministerial sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group 1981–1985, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990 Texts of final communiqués (Volume IV). Issued by ministerial sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee and the Nuclear Planning Group 1986–1990, Brüssel o. J.
- NATO STRATEGY DOCUMENTS NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
- OFFICIAL GAZETTE OF THE ALLIED KOMMANDATURA BERLIN 1950 Official Gazette of the Allied Kommandatura Berlin 1950, hrsg. vom Office of the Chairman Chief of Staff, Berlin 1950.
- OSTEUROPA Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Stuttgart 1951 ff.
- OST-PROBLEME 1956 Ost-Probleme, Heft 25/26 vom 22. Juni 1956, hrsg. von Embassy of the U.S. of America, USIS, Press Division, Bad Godesberg.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1978 (4 Teilbände), 1985 (6 Teil-

- bände). 1986 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981, Washington D.C. 1981 bzw. 1982.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1969 Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President 1969, Washington D.C. 1971.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1981, January 20 to December 31, 1981, Washington D.C. 1982.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1982. Band I: January 1 to July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 bzw. 1985.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1984. Band I: January 1 to June 29, 1984. Band II: June 30 to December 31, 1984, Washington D.C. 1986 bzw. 1987.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1985. Band I: January 1 to June 28, 1985. Band II: June 29 to December 31, 1985, Washington D.C. 1988.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1986. Band I: January 1 to June 27, 1986. Band II: June 28 to December 31, 1986, Washington D. C. 1988 bzw. 1989.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1987. Band I: January 1 to July 3, 1987. Band II: July 4 to December 31, 1987, Washington D. C. 1989.
- REICHSGESETZBLATT 1929 Reichsgesetzblatt 1929, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1929.
- RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG Vereinte Nationen. Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung. Einundvierzigste Tagung, 16. September – 19. Dezember 1986. Generalversammlung, Offizielles Protokoll: Einundvierzigste Tagung, Beilage Nr. 53 (A/41/53), New York 1987.

- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1985 United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1985, Official Records: Fortieth Year, New York 1986.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1986 United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1986, Official Records: Forty-First Year, New York 1987.
- SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
- SCHNEIDER, Moskaus Leitlinie Eberhard Schneider, Moskaus Leitlinie für das Jahr 2000. Die Neufassung von Programm und Statut der KPdSU, München 1987.
- SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2 Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
- STRAUSS, Erinnerungen Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- TEHERAN – JALTA – POTSDAM Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
- TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III. Band 2: 19. Januar 1984–31. Dezember 1984, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1985. Band 4: 9. Januar 1986–31. Dezember 1986, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, and 16 September 1975, 3 Bände, New York 1986 und 1987.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, 24 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1973–1988.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie II United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988–1992.
- UNTS United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, New York 1946/47 ff.

-
- US STATUTES AT LARGE, Bd. 86 United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Ninety-Second Congress of the United States of America 1972 and Proposed Amendment to the Constitution and Proclamations. Bd. 86, Washington D. C. 1973.
- VERORDNUNGSBLATT FÜR GROSS-BERLIN 1950 Verordnungsblatt für Groß-Berlin, hrsg. vom Magistrat von Groß-Berlin, Berlin 1950.
- VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.
- WEU PROCEEDINGS Assembly of Western European Union. Proceedings. Thirty-Second Ordinary Session, Second Part, December 1986. IV: Minutes. Official Report of Debates, Paris [1987].
- YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information United Nations. 1981, New York 1985. 1982, New York 1986. 1984, New York 1988. 1986, Dordrecht/Boston/London 1990.

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria	B/BE/BEL	Belgien
AA	Auswärtiges Amt	BAW	Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen	BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
ABM	Anti-Ballistic Missile	BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency	BF	Belgischer Franc
ADM	Atomic Demolition Munition	BGS	Bundesgrenzschutz
AFCENT	Allied Forces Central Europe	BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
AFG	Afghanistan	BK	Bundeskanzler
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft	BK	Bundeskanzler(amt)
AGY	Ägypten	BKA	Bundeskriminalamt
AHG	Ad-hoc-Gruppe	BM	Bundesminister/ium
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga	BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehun- gen
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BMBW	Bundesminister/ium für Bildung und Wissenschaft
ALG	Algerien	BMD	Ballistic Missile Defense
AM	Außenminister	BME	Berne Meeting of Experts
ANC	African National Congress	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
ARG	Argentinien	BMI	Bundesminister/ium des Innern
ASAT	Anti-Satelliten(-Waffe/ -System)	BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	BMJFFG	Bundesminister/ium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
ATBM	Anti-Tactical Ballistic Missile		
ATM	Anti-Tactical Missile		
AV	Auslandsvertretung		
AWACS	Airborne Warning and Control System		
AZ	Aktenzeichen		

BMU	Bundesminister/ium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	CHN	China (Volksrepublik)
		CIA	Central Intelligence Agency
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr	CINCENT	Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe
BMVg/BMVtg	Bundesminister/ium der Verteidigung	CINCEUR	Commander-in-Chief Europe
BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft	CM	Cruise Missile
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	CNES	Centre national d'études spatiales
BND	Bundesnachrichtendienst	COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
Bo	Botschafter	COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
BPA	Bundespresseamt	COREU	Correspondence Européenne
BR	Bundesrepublik	CORRTEX	Continuous Reflectometry for Radius Versus Time Experiments
BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)		
BRA	Brasilien	CSBM	Confidence- and Security-Building Measures
BRD	Bundesrepublik Deutschland	CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
BSP	Bruttosozialprodukt	ČSSR	Československá Socialistická Republika
BSR	Bundessicherheitsrat	CSU	Christlich-Soziale Union
BStS	Büro Staatssekretäre	CTB(T)	Comprehensive Test Ban (Treaty)
BT	Bundestag	CVP	Christelijke Volkspartij
BUKA	Bundeskanzleramt	CWFZ	Chemiewaffenfreie Zone
BUL	Bulgarien	D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
BVerfG	Bundesverfassungsgericht	DB	Drahtbericht
C-/CW	Chemie- bzw. Chemiewaffen bzw. Chemical Weapons	DDR	Deutsche Demokratische Republik
CA/CAN/CDN	Canada	DE	Drahterlaß
CBM	Confidence-Building Measures	DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
CD	Committee on Disarmament	DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
CDE	Conference on Disarmament in Europe	DFVLR	Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands		
CH	Confederatio Helvetica	Del.	Delegation
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts	Dg	(Ministerial-)Dirigent
ChefProt	Chef des Protokolls		
CHL	Chile		

Abkürzungsverzeichnis

DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	ELF	Elfenbeinküste
DIHK	Deutsche Industrie- und Handelskammer	EP	Europäisches Parlament
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag	EPG	Eminent Persons Group
DK	Dänemark	EPI	Einzelplan
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
DL	Delegationsleiter	ER	Europäischer Rat
DM	Deutsche Mark	ESA	European Space Agency
DoD	Department of Defense	ETA	Euskadi Ta Askatasuna
DPC	Defence Planning Committee	EuGH	Europäischer Gerichtshof
DRC	Defence Review Committee	EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	EVP	Europäische Volkspartei
DW	Dritte Welt	EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
E/ESP	España	EWS	Europäisches Währungssystem
EAD	Europäisch-Arabischer Dialog	EZ	Entwicklungszusammenarbeit
EAGFL	Europäischer Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft	F/FR/FRA	Frankreich
EC	European Community	FAO	Food and Agriculture Organization
ECE	Economic Commission for Europe	FAR	Force d'action rapide
ECOSOC	Economic and Social Council	FBI	Federal Bureau of Investigation
ECU	European Currency Unit	FBS	Forward Based Systems
EEC	European Economic Community	FCO	Foreign and Commonwealth Office
EFTA	European Free Trade Association	FDP	Freie Demokratische Partei
EG	Europäische Gemeinschaften	Fed	Federal Reserve System
EGK	Europäische Gemeinschaften-Kommission	FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	FF	Französischer Franc
EH	Entwicklungshilfe	FIN	Finnland
EIB	Europäische Investitionsbank	FLS	Frontlinienstaaten
EL	Entwicklungsländer	FOFA	Follow-On Forces Attack
		FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
		FS	Fernschreiben
		Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
		FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
XC			

GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	IEPG	Independent European Program Group
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade	IGH	Internationaler Gerichtshof
GB/GRO	Großbritannien	i. G.	im Generalstab
GC	General Conference	IL	Industrieländer
GCC	Gulf Cooperation Council	IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
GD	Generaldirektor	IKSR	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins
GE/GER	Germany	IMF	International Monetary Fund
geh.	geheim	INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
GG	Grundgesetz	INI	Indien
GK	Gefechtsköpfe bzw. Generalkonsul/at	IRK	Irak
GL	Gruppenleiter	IRL	Irland
GLCM	Ground-Launched Cruise Missile	IRN	Iran
GNP	Gross National Product	ISDN	Integrated Services Digital Network
Ges. Pol.	Gesandter Politik	ISL	Island
GPG	General Political Guidelines	ISR	Israel
GR/GRI	Griechenland	IWF	Internationaler Währungsfonds
GS	Generalsekretär	JAN/JPN	Japan
GSG	Grenzschutzgruppe	JCS	Joint Chiefs of Staff
GV	Generalversammlung bzw. Gewaltverzicht	JOR	Jordanien
HH	Haushalt	JUG	Jugoslawien
HLG	High Level Group	KAB	Kambodscha
HLDG	High Level Defense Group	KAN	Kanada
HLTF	High Level Task Force	KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
HOTOL	Horizontal Take-off and Landing Satellite Launcher	KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
I/IT/ITA	Italien	KKW	Kernkraftwerk
IAEA	International Atomic Energy Agency	KMK	Kultusministerkonferenz
IAEO	Internationale Atomenergieorganisation	KOL	Kolumbien
ICAO	International Civil Aviation Organization	KOM	(Europäische) Kommission
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile	KP	Kommunistische Partei
ICE	Intercity-Express	KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
IDA	International Development Association	KPCh	Kommunistische Partei Chinas

Abkürzungsverzeichnis

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
KPI	Kommunistische Partei Italiens	MR	Menschenrechte bzw. Ministerrat
KRK	Konventionelle Rüstungskontrolle	MRK	Menschenrechtskommission bzw. Menschenrechtskonferenz
KS I	Kanzleisekretär I. Klasse	MRO	Marokko
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	MS	Mitgliedstaaten
KT	Kilotonnen	MT	Ministertagung
KVAE	Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa	MWSt.	Mehrwertsteuer
KWFZ	Kernwaffenfreie Zone	MX	Missile Experimental
KZ	Konzentrationslager	N/NO/NWG/ NOR	Norwegen
L/LU/LUX	Luxemburg	NAM	Namibia
LA	Lateinamerika	NASA	National Aeronautics and Space Administration
LDP	Liberaldemokratische Partei Japans	NATO	North Atlantic Treaty Organization
LIY	Libyen	NDL/NL	Niederlande
LLDC	Least Developed Countries	NEV	Nichterhöhungsverpflichtung
LMB	Leiter Ministerbüro	NfD	Nur für den Dienstgebrauch
LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)	NIC	Nicaragua
LRINF	Long-Range Intermediate-Range Nuclear Forces	N+N	Neutrale und Nichtgebundene Staaten
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions	NNA	Neutral and Non-Aligned States
MC	Military Committee	NO	Naher Osten
MD	Ministerialdirektor	NPG	Nukleare Planungsgruppe
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestags	NRW	Nordrhein-Westfalen
MDg	Ministerialdirigent	NS	Nationalsozialismus
MEZ	Mitteuropäische Zeit	NSC	National Security Council
MEX/MXI	Mexico	NTB	Nuclear Test Ban
MilAtt	Militärattaché	NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag
MIT	Massachusetts Institute of Technology	NVA	Nationale Volksarmee
MOD	Ministry of Defence	OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
MOU	Memorandum of Understanding	OAU	Organization of African Unity
MP	Ministerpräsident/in	OB	Oberbürgermeister
		ODA	Official Development Assistance
XCII			

OECD	Organization for Economic Cooperation and Development	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
OECS	Organization of Eastern Caribbean States	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
OIC	Organization of Islamic Cooperation	PVV	Partij voor Vrijheid en Vooruitgang
OSART	Operation Safety Review Team	RA	Rechtsanwalt
OST	Österreich	RAF	Rote Armee Fraktion
OTL	Oberstleutnant	RBM	Regierender Bürgermeister
o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt	RE	Rechnungseinheit
ÖVP	Österreichische Volkspartei	Ref.	Referat
OZ	Ortszeit	Res.	Resolution
PAC	Pan Africanist Congress	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
P/PO/PTG/ PORT	Portugal	RH	Rechtshilfe
PAK	Pakistan	RK	Rechts- und Konsular-
PAL	Palästina	RL	Referatsleiter
PAN	Panama	RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
PDC	Partido Demócrata Cristiano de Chile	RUM	Rumänien
PER	Peru	S/SP/SPA	Spanien
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine	SA	Südafrika bzw. Schlußakte
PHI	Philippinen	SAA	Sambia
PK	Politisches Komitee bzw. Pressekonferenz	SACBC	Southern African Catholic Bishops' Conference
PL/POL	Polen	SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
PLO	Palestine Liberation Organization	SALT	Strategic Arms Limitation Talks
PM	Premierminister/in	SAM	Sowjetisches Außenministerium
PNET	Peaceful Nuclear Explosions Treaty	SAR	Saudi-Arabien
POLAD	Political Advisor	SC	Stockholm Conference
PPG	Provisional Political Guidelines	SCC	Standing Consultative Commission
PR	Public Relations	SCG	Special Consultative Group
Präs.	Präsident/schaft	SCN/SWE	Schweden
PRL	Parti Réformateur Libéral	SCZ	Schweiz
PS	Parti Socialiste	SDI(O)	Strategic Defense Initiative (Organization)
PSC	Parti Social Chrétien	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
		SF	Suomi-Finnland

Abkürzungsverzeichnis

SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien	Tgb.	Tagebuch
SGV	Sondergeneralversammlung	TGV	Train à grande vitesse
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	TNF	Theater Nuclear Forces
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile	TNS	Teilnehmerstaaten
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile	TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
SNF	Short-Range Nuclear Force	TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale
SNR	Schneller Natriumgekühlter Reaktor	TSD	Tschad
SOW	Sowjetunion	TT	Technologietransfer
SP	Socialistische Partij	TTBT	Threshold Test Ban Treaty
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	TUN	Tunesien
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs	TZ	Technische Zusammenarbeit
SR	Sicherheitsrat	UA	Unterabteilung
SRAM	Short Range Attack Missiles	UDF	United Democratic Front
SRINF	Short-Range Intermediate-Range Nuclear Forces	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik	UK	United Kingdom
St(ä)V	Ständige Vertretung/ Ständige Vertreter	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
STABEX	Système de Stabilisation des Recettes d'Exportation	UNDP	United Nations Development Programme
START	Strategic Arms Reduction Talks	UNEP	United Nations Environment Programme
StM	Staatsminister/in	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
StS	Staatssekretär	UNFICYP	United Nations Peace-Keeping Force in Cyprus
Stv.	Stellvertreter bzw. Stellvertretender	UNG	Ungarn
SU	Sowjetunion	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
SUA	Südafrika	UNICEF	United Nations Children's Fund
SWAPO	South West Africa People's Organization	UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
SYR	Syrien	UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
SZR	Sonderziehungsrechte	UNO	United Nations Organization
T/TU/TUR	Türkei	UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
TDF	TéléDiffusion de France		

XCIV

US/USA	United States of America	VS	Verschlusssache
USAFE	United States Air Forces in Europe	VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei	VS-v	VS-vertraulich
USAREUR	United States Army Europe	VU	Volksunie
USCINCEUR	United States Commander-in-Chief Europe	WAA	Wiederaufarbeitungsanlage
USEUCOM	United States European Command	WEOG	Western European and Others Group
USNAVEUR	United States Naval Forces Europe	WEU	Westeuropäische Union
VAM	Vizeaußenminister	WHO	World Health Organization
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen	WP	Warschauer Pakt/ Wahlperiode
VEN	Venezuela	WT	Wiener Treffen
VK	Vereinigtes Königreich	WTZ	Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)	WV	Wiedervorlage
VM	Verteidigungsminister	WWG	Weltwirtschaftsgipfel
VMA	Vier-Mächte-Abkommen	ZA	Zentralamerika
VN	Vereinte Nationen	ZK	Zentralkomitee
VO	Verordnung		
VP	Vizepräsident		
VR	Volksrepublik		
VRC	Volksrepublik China		

**Organisationsplan
des Auswärtigen Amts
vom Mai 1986**

Stand: Mai 1986

Koordinator für die deutsch-amerikanische, zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit
Berndt von Staden, Staatssekretär a.D.

Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit
Dr. Rainer Barzel, MdB

Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Persönlicher Referent: VLR Ischinger

01 Leitungsstab	
010 Ministerbüro VLR I Dr. Jansen	012 Öffentlichkeitsarbeit VLR I Dr. Pleuger
	012-9 Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte Inland VLR Dr. Schumann
011 Parlaments- und Kabinettsreferat VLR I von Nordenskjöld	013 Pressereferat VLR I Chrobog

02 Planungsstab
Ministerialdirigent Dr. Seitz
Forschungs-Koordinierung
Schollwer

Staatssekretär
Dr. Jürgen Ruhfus
Geschäftsbereich: Abteilungen 4, 5 und 6
Persönlicher Referent: VLR Dr. Schweppe

Staatssekretär
Dr. Andreas Meyer-Landrut
Geschäftsbereich: Abteilungen 1, 2, 3 sowie 2 A und 7
Persönlicher Referent: VLR Dr. Frick

Staatsminister
Jürgen W. Möllemann
Persönlicher Referent: LR I Koebel

Staatsminister
Dr. Lutz G. Stavenhagen
Persönlicher Referent: LR I Lüdeking

014 Büro Staatssekretäre
VLR I von Schubert

1 Zentralabteilung Ministerialdirektor Dr. Haller		2 Politische Abteilung Ministerialdirektor Dr. von Braunnühl		2 A Bearertragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle Botschafter Dr. Ruth	3 Politische Abteilung Ministerialdirektor Dr. Sudhoff	4 Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration Ministerialdirektor Dr. Jelonek			5 Rechtsabteilung Ministerialdirektor Dr. Bertele Völkerrechtsberater	6 Abteilung für auswärtige Kulturpolitik Ministerialdirektor Dr. Witte Beauftragter für internationale Medienpolitik	7 Protokoll Botschafter Graf von der Schulenburg
Unterabteilung 10 Ministerialdirigent Huber	Unterabteilung 11 Ministerialdirigent Dr. Eiff	Unterabteilung 20 Ministerialdirigent Dr. von Ploetz	Unterabteilung 21 Ministerialdirigent Dr. Oesterhel	Vertreter VLR I Dr. Hartmann	31 Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik Ministerialdirigent Schlagintweit	Unterabteilung 40 Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen Botschafter Dr. Massion	Unterabteilung 41 Ministerialdirigent Dr. Trumpf	Unterabteilung 42 Ministerialdirigent Dr. Kastrop	Vertreter Ministerialdirigent Dr. Hellbeck	Unterabteilung 60 Ministerialdirigent Wagner	Vertreter Gesandter Dr. Holtermann
100 Allgemeine Personalangelegenheiten VLR I Palenberg	110 Organisation VLR I Jochum	200 Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten) VLR I Dr. Schilling	210 Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen VLR I Dr. Lambach	220 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START VLR I Dr. Hofstetter	32 Beauftragter für Afrikapolitik Ministerialdirigent Dr. Sulimna	400 Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der finanziellen Zusammenarbeit; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften; Multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank); DEG VLR I Dr. Borchard	410 Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beiträge, EG-Haushalt VLR I Dr. Kudlich	420 Wirtschaftsbeziehungen zum Westen VLR I Dr. Fischer-Dieskau	Gruppe 50 VLR I Dr. Duisberg	600 Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm VLR I Dr. Bläschmann	700 Staatsbesuche, Veranstaltungen (außer Diplomatisches Korps) VLR I Dr. Seemann
101 Höherer Dienst; Honorarkonsuln VLR I Dr. Rapke	111 Liegenschaften und Sachverwaltung der Vertretungen im Ausland VLR I Weindel	201 Atlantisches Bündnis und Verteidigung VLR I Lewalter	212 Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u.a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozess) VLR I Dr. Volmar-Libal	221 Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE) VLR I Dr. L. Buerstedde	33 Beauftragter für Lateinamerikapolitik Ministerialdirigent Dr. Kullak-Ublick	401 Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich: insbesondere UNIDO, UNDP; regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte VLR I Albrecht	411 Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT VLR I Dr. Randemann	421 Wirtschaftsbeziehungen West-Ost VLR I Dr. Gerhardt	500 Allgemeines Völkerrecht VLR I Dr. Duisberg	600-9 Kulturhaushalt, zentrale Mittelbewirtschaftung und Verwendungskontrolle OAR Bauer	701 Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden VLR Kiewitt
102 Ausbildung und Fortbildung Gesandter Kremer	112 Haushalt und Finanzen Beauftragter für den Haushalt VLR I Gründel	209 Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, militärische Angelegenheiten der WEU) VLR von Armin	213 Sowjetunion VLR I Dr. Heyken	222 Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung VLR I Dr. Metternich	34 Beauftragter für Asienpolitik Ministerialdirigent Dr. Keil	402 Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD; Internationale Rohstoffpolitik einschließlich Tiefseebau; Welternährungsfragen, insbesondere FAO VLR I Oestreich	412 Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem. Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD VLR I Dohmes	422 Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Messewesen VLR I von Wistinghausen	501 Völkerrechtliche Verträge VLR Dr. Graeve	601 Goethe-Institut, deutsch-ausländische Kulturgesellschaften VLR I Dr. Kilian	702 Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst VLR I Arz von Straussenburg
103 Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter VLR I Buchrucker	113 Besoldung VLR I Dr. Ellerkmann	202 Frankreich, Andorra, Monaco, Rumänien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein VLR I Holthoff	214 Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien VLR I Dr. Kaestner	223 Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen VLR Dr. Massmann	300 Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausstattungshilfe VLR I Dr. Holubek	403 Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Nichtnukleare Energiefragen in der EG und anderen internationalen Organisationen. Nichtnukleare Energieforschung VLR Broudré-Gröger	416 Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	423 Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationaler Tourismus (einschließlich WTO) VLR I Rosengarten	502 Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen VLR Gerster	602 Internationale Medienpolitik, Fernsehen, Hörfunk, Film, Literatur und Buchwesen VLR I Schönbeck	
104 Deutsches Personal bei Inter- und supranationalen Organisationen VLR Dr. Göttelmann	114 Chiffrier- und Fernmeldewesen VLR I Dr. Giesecke	203 Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden VLR I Dr. Kuhna	215 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR I Freiherr von Groll	224 Mittlerer Osten, Maghreb VLR I Dr. Strenziok	301 Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge VLR I Nöldike	404 Europäische Gemeinschaften: Wirtschaftspolitik; Europäisches Währungssystem. Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen: Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD VLR I Dohmes	417 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	424 Exportkontrollfragen; Koordinierungsausschuss für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport VLR I Dr. Nagel	503 Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland VLR Dr. S. Buerstedde	603 Arbeitsstab Antarktis-Konferenzen und Recht der Sondergebiete (See- und Weltraumrecht) VLR I Dr. Messer	604 Gesellschaftliche Gruppen, internationale gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung VLR I Dr. Schlingensiepen
105 Sprachendienst VLR I Kusterer	115 Innerer Dienst VLR Flimm	204 Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit VLR I Dr. von Studnitz	216 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR I Freiherr von Groll	302 Ostafrika N.N.	302 West- und Zentralafrika VLR I Ganna	405 Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Nichtnukleare Energiefragen in der EG und anderen internationalen Organisationen. Nichtnukleare Energieforschung VLR Broudré-Gröger	418 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	425 Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationaler Tourismus (einschließlich WTO) VLR I Rosengarten	504 Arbeitsstab Antarktis-Konferenzen und Recht der Sondergebiete (See- und Weltraumrecht) VLR I Dr. Messer	604 Gesellschaftliche Gruppen, internationale gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung VLR I Dr. Schlingensiepen	
106 Gesundheitsdienst Medizinaldirektor Dr. Huwald	116 Bibliothek und Dokumentation VLR I Waldner	205 Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit VLR I Dr. von Studnitz	217 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR I Freiherr von Groll	303 Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay VLR I Dr. Hallensieben	303 Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik VLR I von Jagow	406 Europäische und weltweite Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEA VLR I Dr. Ritter von Wagner	419 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	426 Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationaler Tourismus (einschließlich WTO) VLR I Rosengarten	505 Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht VLR I Wasserberg	605 Regionale und bilaterale Grundsatzfragen; Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika, Afrika, Naher Osten, Süd- und Südostasien, Korea; Kulturabkommen, Kulturhilfe, Kulturreferentatagen VLR I Dr. Graf von Schindling	611 Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika, Afrika, Naher Osten, Süd- und Südostasien, Korea; Kulturabkommen, Kulturhilfe, Kulturreferentatagen VLR Eberle
1 - I Inspekture ChefspektEUR Botschafter Dr. Verbeek	117 Politisches Archiv und Historisches Referat VLR I Waldner	206 Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten VLR I Dr. Schneppen	218 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR I Freiherr von Groll	304 Südostasien VLR I Freiherr von Pletten-Arnach	304 Südostasien VLR I Freiherr von Pletten-Arnach	407 Europäische und weltweite Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEA VLR I Dr. Ritter von Wagner	420 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	427 Internationale Verkehrspolitik; Internationales Post- und Fernmeldewesen; Rundfunk- und Fernsehplanung; Internationaler Tourismus (einschließlich WTO) VLR I Rosengarten	506 Staats- und Verwaltungsrecht VLRin Geisler-Kuss	610 B Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit - Arbeitseinheit I - VLR Dr. Merkel	612 Auslandsschulen, Schulwesen VLR I Dr. Wittmann
	118 Geheimerschutz und Sicherheit VLR I Dr. Weber	AS 20 Arbeitsstab Strategiefragen VLR I Daerr	219 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR I Freiherr von Groll	305 Ostasien VLR I Dr. Scheel	305 Ostasien VLR I Dr. Scheel	408 Europäische und weltweite Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEA VLR I Dr. Ritter von Wagner	421 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	428 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	507 Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung VLR I Heidt	610 A Regionale und bilaterale Grundsatzfragen; Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika, Afrika, Naher Osten, Süd- und Südostasien, Korea; Kulturabkommen, Kulturhilfe, Kulturreferentatagen VLR I Dr. Graf von Schindling	613 Wissenschaft und Hochschulen VLR I Graf Lambsdorff
	119 Vorprüfungsstelle VLR Haller		220 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR I Freiherr von Groll	306 Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik N.N.	306 Südostasien, Australien, Neuseeland, Pazifik N.N.	409 Europäische und weltweite Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEA VLR I Dr. Ritter von Wagner	422 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	429 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	508 Staats- und Verwaltungsrecht VLRin Geisler-Kuss	614 Jugend, Sport, Kirchen VLR I Schmitt	615 Multilaterale Zusammenarbeit VLR I Wendt
	11 A Arbeitsstab Informationsverarbeitung VLR Dr. Reiners		221 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin VLR I Freiherr von Groll			410 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	423 Europäische Gemeinschaften: Binnemarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung VLR van Edig	430 Europäische und weltweite Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAEA VLR I Dr. Ritter von Wagner	509 Staats- und Verwaltungsrecht VLRin Geisler-Kuss		

Dokumente

1

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

213-321.00 SOW-5/86 VS-vertraulich

6. Januar 1986¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Erste sowjetische Reaktion auf die SDI-Entscheidung der Bundesregierung vom 18.12.1985⁴

I. Die sowjetische Regierung hat auf den Kabinettsbeschuß vom 18.12.1985 negativ reagiert, aber „die Tür nicht zugeschlagen“. Zwar hat sie sich in unsere inneren Angelegenheiten eingemischt und erwartungsgemäß die eigene Presse mobilisiert, aber sie hat ihre Stellungnahmen in Ton und Inhalt sorgfältig kalkuliert. Sie setzt ihre bisherige restriktive Politik der Bundesregierung gegenüber fort, aber bisher sind keine Zeichen für weitere Einbrüche zu erkennen. Zugleich versucht die Sowjetunion, den Druck auf uns bezüglich SDI in der Hoffnung aufrechtzuerhalten, unser Verhalten in den nächsten Monaten beeinflussen zu können.

Im einzelnen

II. 1) Die wichtigste offizielle Reaktion bestand in der „mündlichen Erklärung“, die Botschafter Semjonow namens seiner Regierung am 27.12.85 gegenüber Staatssekretär Meyer-Landrut abgab.⁵ Sie enthält in der Hauptsache folgende Aussagen:

- Der Beschluß vom 18.12.85 sei „ein praktischer Schritt zur Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die Verwirklichung amerikanischer Pläne für die Entwicklung von Weltraumangriffswaffen“.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Januar 1986 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 20. Januar 1986 vorgelegen, der Ministerialdirektor Edler von Braunmühl um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 22. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Braunmühl verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Braunmühl am 23. Januar 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek „z[ur] K[enntnisnahme] (s. S. 5)“ sowie an Ministerialdirigent Oesterhelt und Referat 213 verfügte. Vgl. Anm. 12.

Hat in Vertretung von Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 24. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Pabsch und Jelonek „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Pabsch vorgelegen.

Hat Jelonek am 11. Februar 1986 vorgelegen.

Hat Oesterhelt vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 13. Februar 1986 erneut vorgelegen.

⁴ Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, gab am 18. Dezember 1985 bekannt, daß die Bundesregierung mit den USA über eine Vereinbarung zur Verbesserung der „Rahmenbedingungen für den wechselseitigen Transfer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und technologischer Erkenntnisse“ sprechen wolle. Dadurch sollten auch verbesserte Möglichkeiten für die Beteiligung von Unternehmen aus der Bundesrepublik an der SDI-Forschung geschaffen werden. Verhandlungen würden von Bundesminister Bangemann im Januar 1986 aufgenommen: „Die Bundesregierung strebt keine staatliche Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm an. Sie wird demzufolge keine öffentlichen Mittel für Kooperationsprojekte zur Verfügung stellen“. Vgl. BULLETIN 1985, S. 1279 f.

⁵ Für die Gesprächsaufzeichnung sowie die mündliche Erklärung vgl. Referat 213, Bd. 139307.

- Die Verwirklichung würde zur Intensivierung des Wettrüstens und zur Destabilisierung der internationalen Lage „mit äußerst negativen Folgen für die Sicherheit aller Staaten ohne jegliche Ausnahme“ führen.
- Die Handlungen der Bundesregierung liefen ihren Erklärungen (die teilweise genannt werden) zuwider und seien „mit dem Geist von Genf“⁶ unvereinbar.
- Es wird an die „Verantwortung eines jeden Staates“ erinnert und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bundesregierung, auch aufgrund der Vergangenheit, die Lage noch einmal bedenken möge.

Mit dieser Erklärung stellte die sowjetische Regierung den Kabinettsbeschluß in Inhalt und Ziel falsch dar und begab sich überdies auf das Feld der direkten Einmischung. Sie ignorierte die vielfältigen Beiträge der Bundesregierung zur Gestaltung des SDI-Prozesses sowohl intern als auch in der Allianz und bezog sich zu Unrecht auf den „Geist von Genf“. Auch die teilweise behelnde Diktion der Erklärung ist unangemessen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Erklärung sich der Polemik und plumper Drohungen enthielt und insgesamt, gemessen an denkbaren sowjetischen Interventionen, relativ vorsichtig und allgemein gehalten war. Hier sollten offensichtlich keine Möglichkeiten verbaut werden und weitere Optionen offenbleiben.

Wie die Botschaft Moskau berichtet, stellte die sowjetische Regierung den Briten eine ähnliche Erklärung zu.⁷

2) Am 20.12., zwei Tage nach der Entscheidung der Bundesregierung, gab Außenminister Schewardnadse gegenüber Botschafter Kastl bereits eine erste Stellungnahme ab.⁸

Schewardnadse kritisierte auf der bekannten Linie vor allem die USA wegen des SDI-Programms, und zwar hauptsächlich unter Bezugnahme auf den Genfer Gipfel und bezüglich der Aussichten für die nächste amerikanisch-sowjetische Spitzenbegegnung. In diesem Zusammenhang erklärte er u. a.:

- SDI sei ein „Spiel mit dem Feuer“ (er wiederholte dieses Bild im Laufe des Gesprächs noch zweimal). Deshalb reagiere die Sowjetunion so, wie sie es tue, auf unsere und die britische Entscheidung.
- Die USA hätten Großbritannien und die BR Deutschland zur Teilnahme an SDI gezwungen, möglicherweise werde auch Italien folgen.
- Die Bundesregierung habe ebenso wie die britische und die französische Regierung Einfluß in Washington und müsse ihrer Verantwortung gerecht wer-

⁶ Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

⁷ Der britische Verteidigungsminister Heseltine und sein amerikanischer Amtskollege Weinberger unterzeichneten am 6. Dezember 1985 in London ein Memorandum of Understanding über die britische Beteiligung an der SDI-Forschung. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte dazu am selben Tag mit: „Text wurde bisher nicht veröffentlicht. [...] Ratifizierung durch Parlament ist nicht vorgesehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2240; Referat 431, Bd. 145618.

Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 30. Dezember 1985 von einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom Vortag über die der Bundesregierung am 27. Dezember 1985 übermittelte sowjetische Erklärung. Er kam zu dem Schluß: „Inhalt entspricht weitgehend der sowjetischen Erklärung an die britische Regierung, die allerdings hier in Moskau von Stell[er]tredem] AM Ryschow Botschafter Cartledge übergeben wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4003; Referat 201, Bd. 143463.

⁸ Zu dem Gespräch vgl. AAPD 1985, II, Dok. 353.

den. Er sage ohne jede Diplomatie: Wenn der Prozeß jetzt nicht aufgehoben werde, werde später alles noch schwieriger.

- Abschließend warb Schewardnadse für ein globales friedliches Programm der technologischen Entwicklung (friedliche Zusammenarbeit im Weltraum).

Es ist kein schlechtes Zeichen, daß Schewardnadse Botschafter Kastl kurz nach der SDI-Entscheidung zu einem 1 1/2stündigen, substanzreichen, atmosphärisch ungetrübten Gespräch empfing. (In der TASS-Mitteilung über das Gespräch wurde der Kabinettsbeschluß in den Mittelpunkt gestellt und kritisch abgehandelt.⁹) Es ist ferner positiv zu werten, daß sich Schewardnadse nachdrücklich für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie – mit weniger Nachdruck – in anderen Bereichen (Wissenschaft, chemische Waffen, Vertrauensbildung) aussprach. Andererseits machte er klar, daß Moskau keine Normalisierung der politischen Kontakte wünscht. Eine Reise Gorbatschows nach Bonn schloß Schewardnadse vorläufig aus. (Schon kurz zuvor hatte Semjonow Bonn-Besuche von Gorbatschow und Schewardnadse als unwahrscheinlich bezeichnet, allerdings wegen Ryschkow eine Sondierung vorgenommen, über deren Hintergrund das Gespräch mit Schewardnadse keinen weiteren Aufschluß erbrachte.)

Speziell zum SDI-Komplex: Im Gegensatz zur bisherigen sowjetischen Taktik, uns an den Pranger zu stellen, nannte Schewardnadse uns zusammen mit London bzw. Rom als SDI-Unterstützer und richtete die Hauptkritik an die amerikanische Adresse. Seine Äußerungen hatten einen drohenden Unterton, die – ähnlich wie die Erklärung Semjonows vom 27.12. – wiederum nicht auf uns allein gemünzt waren. Im übrigen argumentierte Schewardnadse widersprüchlich, wenn er einerseits unsere SDI-Entscheidung als Ergebnis amerikanischen Zwangs hinstellte, andererseits die Bundesregierung im Verein mit Frankreich und Großbritannien zur Einflußnahme auf Washington aufforderte. Letzteres muß als ambivalent angesehen werden. Einerseits liegt darin unausgesprochen eine Anerkennung für unser bisheriges Verhalten in der SDI-Frage, andererseits wird hier erneut ein Spaltungsversuch unternommen.

3) Auch in seiner Rede für den rumänischen Außenminister Văduva am 24.12.85 ging Schewardnadse auf SDI ein. Er kritisierte scharf die USA und erklärte sodann: England sei unmittelbarer Teilnehmer bei der Ausdehnung des Wettrennens auf den Kosmos geworden. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sei nahe daran. Für das Verhalten der Regierungen dieser Länder sei charakteristisch der tiefe Abgrund zwischen ihren Erklärungen hinsichtlich einer Unterstützung der Ergebnisse von Genf und ihrer Handlungen, die diese Ergebnisse untergraben würden.¹⁰

III. Die Kommentierung des Kabinettsbeschlusses vom 18.12. bildete in den sowjetischen Medien naturgemäß ein Hauptthema, erfolgte aber nicht „ungebremst“ und war relativ facettenreich. Dabei schälten sich folgende Hauptlinien heraus:

⁹ Vgl. die Meldung „Besedy s poslami“; PRAVDA vom 21. Dezember 1985, S. 4.

¹⁰ Der rumänische Außenminister Văduva hielt sich vom 23. bis 27. Dezember 1985 in der UdSSR auf. Für den Wortlaut der Tischrede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 24. Dezember 1985 vgl. den Artikel „Sovetsko-rumynskie peregovory“; PRAVDA vom 25. Dezember 1985, S. 4.

- Stark wurde die These vertreten, daß die Bundesregierung unter Umgehung der nuklearen Phase Teilhabe an einer neuen Generation von Massenvernichtungswaffen anstrebe und sich auf die gleiche Stufe wie Frankreich und Großbritannien stellen wolle.
- Mehrmals wurde gesagt, daß die Deutschen schon früher gefährliche Irrwege eingeschlagen hätten, daß die Entscheidung im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung stehe und daß auf diese Weise der Kurs zur Unterminierung des Ost-West-Dialoges unterstützt werde.
- Auffällig ist die Tendenz, nicht pauschal die Bundesregierung mit Kritik zu überziehen, sondern innerhalb der Koalitionsparteien zu differenzieren.
- Der Hauptstoß richtete sich gegen den CSU-Vorsitzenden Strauß, der als Personifizierung des militärisch-industriellen Komplexes hingestellt wurde. Der Bundeskanzler wurde kaum erwähnt, also sichtlich geschont. Von der FDP hieß es, daß sie eine bremsende Rolle gespielt habe, Bundesminister Genscher habe eine Gegenposition zu Strauß eingenommen.
- Schließlich wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen sei.

IV. Die Sowjetunion hat ihre Reaktion auf unsere Haltung zu SDI bis zu einem gewissen Grad bereits im Frühjahr 1985 antizipiert, indem sie die Sicherheitsfragen in den Mittelpunkt der bilateralen Beziehungen stellte und daraus taktische Konsequenzen zog. Dennoch wäre ihre erste Reaktion auf den Kabinettsbeschuß vom 18.12. wahrscheinlich entschieden härter ausgefallen, wenn der Beschluß nicht das Ergebnis einer sehr gründlichen Diskussion gewesen wäre und wenn wir nicht die SDI-Debatte und konkrete Entscheidungen in der Allianz mitbestimmt hätten. Auch wenn der Kabinettsbeschuß, so wie er gefaßt wurde, in erster Linie auf Gründen beruht, die keine ostpolitische Relevanz haben, ist nicht zu übersehen, daß die differenzierte Haltung der Bundesregierung ein gewisses Maß an Zurückhaltung bei der SU und in Osteuropa bewirkt hat. Es ist offenbar gelungen, den Gedanken zu vermitteln, daß wir uns einerseits öffentlichem Druck nicht beugen, andererseits aber aus eigenem Interesse eine sehr abwägende Haltung gegenüber dem Projekt einnehmen.

Wir werden nichtsdestoweniger in den nächsten Monaten, wenn in Ausführung des Kabinettsbeschlusses die deutsch-amerikanischen Verhandlungen geführt werden, weiterhin sowjetischem Druck ausgesetzt sein. Die Tatsache, daß Großbritannien und Italien ebenfalls Regierungsvereinbarungen schließen bzw. anstreben, zwingt die Sowjetunion nicht zur Gleichbehandlung, wie die Entwicklung nach der INF-Stationierung zeigte. Deshalb sollten wir in der Bewertung sowjetischer Absichten und möglicher Konsequenzen weiterhin Vorsicht walten lassen, aber im übrigen an dem bisherigen Kurs gegenüber Moskau festhalten.

Vor allem müssen wir den differenzierten Charakter des Kabinettsbeschlusses vom 18.12. bei dessen Implementierung unbedingt aufrechterhalten: Wir müssen Versuche abwehren, die Bangemann-Reise¹¹ als kaschierte SDI-Mission er-

¹¹ Bundesminister Bangemann führte vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington Gespräche über die Verbesserung des wechselseitigen Technologietransfers und über Rahmenbedingungen für eine privatwirtschaftliche Beteiligung an der SDI-Forschung. Referat 431 vermerkte dazu am 20. Januar 1986, daß die amerikanische Regierung anfangs nur über letzteres, nicht aber über einen allge-

scheinen zu lassen, und von vornherein auf eine gesonderte SDI-Vereinbarung hinsteuern. Außerdem sollten wir uns aktiv – und nach außen erkennbar – um die Konsultationen in WEU und NATO über die politischen und strategischen Aspekte von SDI bemühen.¹²

Braunmühl

Referat 213, Bd. 139307

2

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris

202-321.00 FRA

7. Januar 1986¹

Deutsch-französische Außenministerkonsultationen am 7.1.1986 in Paris

Die o. a. Konsultationen, bei denen BM begleitet wurde von Botschafter Schoeller, D2², D4³, Leiter Planungsstab⁴, RL 202⁵, stellvertretender RL 010⁶ und stellvertretender RL 013⁷, hatten folgende Ergebnisse:

Fortsetzung Fußnote von Seite 6

meinen Technologietransfer habe verhandeln wollen, um Verhandlungen mit anderen Staaten nicht zu präjudizieren. Bagemann sei es nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz dennoch gelungen, einen Kompromiß auszuhandeln: „Beide Seiten einigten sich darauf, Konsultationen zur Festlegung und Entwicklung weiterer Vereinbarungen und Felder der Zusammenarbeit bei der Entwicklung fortgeschrittener Technologien und der wissenschaftlichen Forschung aufzunehmen. Sie vereinbarten weiterhin die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, ein Abkommen, das die Beteiligung der deutschen Industrie, deutscher Forschungsinstitute und anderer Einrichtungen am amerikanischen Forschungsprogramm über die strategische Verteidigung erleichtern soll, ad referendum vorzubereiten.“ Ende Januar bzw. Anfang Februar 1986 werde eine Delegation unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft nach Washington reisen, „um Einzelheiten der zu regelnden Materien zu erörtern“. Vgl. Referat 431, Bd. 145619.

¹² Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 1.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff gefertigt und über Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, die Billigung des Herrn BM einzuholen (D 4 hat mitgezeichnet).“

Hat Ministerialdirigent Schlagintweit vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 13. Januar 1986 vorgelegen.

² Gerold Edler von Braunmühl.

³ Alois Jelonek.

⁴ Konrad Seitz.

⁵ Horst Holthoff.

⁶ Klaus-Peter Klaiber.

⁷ Reinhard Bettzuege.

I. Reaktivierung des Elysée-Vertrags⁸

BM regte an, Zeichen für eine noch engere bilaterale Zusammenarbeit und Abstimmung unserer Positionen zu setzen.⁹ Geeignet wäre eine Rückkehr zur vollen Anwendung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963. Danach sollen die Außenminister, die für die Ausführung des Programms der deutsch-französischen Zusammenarbeit in seiner Gesamtheit Sorge zu tragen haben, sich alle drei Monate konsultieren. Auch sehe der Vertrag vor, daß die Leiter der Politischen, der Wirtschafts- und der Kulturabteilungen monatlich zu Konsultationen zusammenkommen. Ferner seien die Auslandsvertretungen zur engen Zusammenarbeit angehalten; die Missionschefs sollten sich mit ihren wichtigsten Mitarbeitern etwa viermal jährlich treffen. Darüber hinaus schlage er ein Austauschprogramm für junge Angehörige der beiden auswärtigen Dienste vor.

AM Dumas griff diesen Vorschlag auf. Es entspreche einer häufig geäußerten Feststellung des Präsidenten¹⁰, daß der Vertrag nicht veraltet, sondern nicht genügend genutzt sei.

Vereinbart wurde,

- dem Konsultationsrhythmus des Vertrags ab sofort zu entsprechen und
- die Politischen Direktoren¹¹ mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für ein Austauschprogramm junger Diplomaten zu beauftragen.

II. Sachfragen, die uns 1986 begleiten

1) *BM* sprach die europäischen Foren Stockholm¹², Bern¹³ und Überprüfungs-konferenz Wien¹⁴ an, die Teil des KSZE-Prozesses seien. Dieser stehe für uns im-

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

⁹ Am 2. Januar 1986 unterbreitete Ministerialdirigent Oesterhelt Bundesminister Genscher für das Gespräch Vorschläge zur Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. In der französischen Öffentlichkeit würden die bilateralen Beziehungen „nicht so sehr am positiven Bestand der erreichten Gemeinsamkeit“ gemessen, sondern „an ihren Defiziten, bezogen auf französische Erwartungen“: „Französischerseits glaube man zu registrieren, daß wir stärker als bisher unsere Politik nach nationalen Interessen ausrichten und dabei oft als kleinlich empfundene fiskalische Bedenken in den Vordergrund stellen, wenn es doch um zukunftsweisende Projekte gehen sollte.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 140635.

¹⁰ François Mitterrand.

¹¹ Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium war Pierre Morel.

¹² In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Die 8. Runde der Verhandlungen fand vom 5. November bis 20. Dezember 1985 statt. Am 13. Dezember 1985 einigten sich die Teilnehmerstaaten mit Blick auf den Beginn der Redaktionsarbeiten auf die Einsetzung von Koordinatoren aus der Gruppe der neutralen und nichtgebundenen Staaten für die fünf Arbeitsgruppen über den Gewaltverzicht (Österreich), Information, Verifikation und Kommunikation (Schweiz), Beschränkungsmaßnahmen und Jahreskalender (Schweiz), Notifizierung (Schweden) und Beobachtung (Finnland). Am 15. Dezember 1985 unterbreiteten die neutralen und nichtgebundenen Staaten ein „Positionspapier“ (CSCE/SC.7). Schließlich legten die Delegationen am 19. Dezember 1985 einen Zeitplan für das folgende Jahr fest, der vier weitere Verhandlungsrunden vorsah. Ferner wurde vereinbart, die Konferenz am 19. September 1986 mit ihren Ergebnissen „in Erwartung weiterer Entscheidungen des Wiener Folgetreffens“ zu vertagen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 361 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation) vom 20. Dezember 1985; Referat 221, Bd. 130097. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 336.

¹³ Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 77 und Dok. 156.

¹⁴ Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

mer unter einem über die Sachfragen hinausgehenden Aspekt, nämlich der Gefahr eines amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus entgegenzuwirken. Durch diese Foren müßten die Europäer größeren Einfluß auf das West-Ost-Verhältnis nehmen. Unter diesem Gesichtspunkt wünschten wir eine noch engere Zusammenarbeit mit Frankreich, auch im Hinblick auf die Formulierung der Haltung der Gemeinschaft und – für Stockholm – der Allianz. Stockholm sei in eine Phase eingetreten, die europäische Impulse brauche. Er beabsichtige, in Stockholm unsere Haltung in einer Rede vorzustellen. BM rege an, daß AM Dumas ebenso verfare und daß sie eventuell gemeinsam in Stockholm präsent seien. Dies setze voraus, daß die deutschen und französischen Positionen zur Deckung gebracht würden.

AM *Dumas* erklärte, Frankreich habe Stockholm stets mit besonderem Interesse verfolgt (Einwurf BM: Stockholm gehe ja auf französische Initiative zurück¹⁵). Er halte eine Harmonisierung der beiderseitigen Standpunkte für möglich. Die Idee gemeinsamer Präsenz in Stockholm sage ihm sehr zu.

Vereinbart wurde:

- am 28.1. oder später gemeinsam in Stockholm aufzutreten¹⁶,
- die Politischen Direktoren zu beauftragen, die Haltungen zu harmonisieren und für die Reden neue Elemente auszuarbeiten sowie
- für Bern und Wien einen gemeinsamen Approach zu erarbeiten.

2) EG–RGW¹⁷

BM regte Meinungs Austausch hinsichtlich Aufnahme offizieller Beziehungen EG–RGW an. Es handele sich dabei um eine hoch politische Frage. Die kleinen Ostblockstaaten seien besorgt, daß ein Abkommen EG–RGW zu Lasten ihrer bilateralen und EG-Beziehungen gehen könnte (Disziplinierung). Wenn dagegen ein solches Abkommen eine Art Dach darstellen würde, könnte dies zu einem größeren Bewegungsspielraum führen.

AM *Dumas* meinte, es sei schwierig, gegenwärtig zu einer Lösung zu kommen. Gleichzeitig anerkenne er die Notwendigkeit für eine Lösung. Man könne daher das Problem weder negativ noch distanziert angehen.

¹⁵ Die französische Regierung gab am 25. Januar 1978 die Einzelheiten einer Abrüstungsinitiative bekannt, in deren Mittelpunkt der Vorschlag einer Abrüstungskonferenz der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten stand. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1978, I, S. 36–38. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 27.

¹⁶ Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.

¹⁷ Die Ministerialdirigenten Oesterhelt und Trumpf führten am 27. Januar 1986 aus, daß die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW auf das Jahr 1974 zurückgingen. 1981 seien die Gespräche jedoch ohne Ergebnis eingestellt worden, da die RGW-Mitgliedstaaten die Aufnahme einer Meistbegünstigungsklausel und die Errichtung einer von den EG-Mitgliedstaaten als „Überwachungsorgan der SU gegenüber den kleineren RGW-MS“ empfundenen Gemischten Kommission gefordert sowie eine Berlin-Klausel abgelehnt hätten: „Die jetzt laufenden Kontakte wurden durch den RGW-Gipfel vom Juni 1984 eingeleitet, in dessen Abschlusserklärung die Bereitschaft zum Abschluß eines Abkommens zwischen RGW und EWG erklärt wurde. Fast ein Jahr später, am 29.5.1985, erfolgte die Gorbatschow-Initiative gegenüber Craxi. Es folgten die entsprechenden Schreiben des RGW-Sekretärs Sytschow an den EG-Ratspräsidenten, zuletzt vom 26.9.1985. In diesem Schreiben wird die Aufnahme offizieller Beziehungen im Wege einer Gemeinsamen Erklärung EG–RGW vorgeschlagen. Im weiteren Verlauf der Zusammenarbeit sollte die Möglichkeit geprüft werden, untereinander Abkommen zu schließen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131207.

Vereinbart wurde, daß die Leiter der Politischen und der Wirtschaftsabteilungen¹⁸ das Problem prüfen und dabei Kontakt zur Kommission halten.

3) Ungarn – EG¹⁹

BM bedauerte die Art und Weise, wie die EG-Kommission auf Ungarns Wunsch nach einem Vertrag mit der EG eingegangen sei. Sie habe kleinliche und unpolitische Argumente verwandt. Es wäre gut, wenn D und F – parallel zur Behandlung der Lage EG–RGW – durch grünes Licht für ein Abkommen signalisieren würden, daß wir Moskau nicht die Hand zu Disziplinierungsmaßnahmen reicheten.

Vereinbart wurde, die Frage gemeinsam zu prüfen, um sie auf dem Gipfel²⁰ zu behandeln.

4) Polen – kirchliches Hilfsprogramm²¹

AM Dumas berichtete, französische Regierung habe anlässlich des Jaruzelski-Besuchs in Paris²² deutlich zum Ausdruck gebracht, daß von Polen symbolische Akte erwartet würden, u. a. hinsichtlich des kirchlichen Hilfsprogramms. Diese Idee könne auch von anderen Staaten aufgegriffen werden. Paris würde es begrüßen, wenn dies im deutsch-französischen oder im Gemeinschaftskontext geschehe.

BM verwies darauf, daß die Entscheidung, was akzeptabel sei, nicht in den Westen verlagert werden dürfe, sondern nur von der katholischen Kirche in Polen im Einvernehmen mit dem Staat getroffen werden könne. Das Projekt müsse den Vorstellungen der Kirche entsprechen und das Placet des Staates haben. Wir hätten uns immer geweigert, die Frage, wie die Stiftung aussehen soll, mit der Regierung zu diskutieren, um nicht gegen die Kirche ausgespielt zu werden

¹⁸ Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium war Jean Vidal.

¹⁹ Referat 411 vermerkte am 20. Januar 1986: „1982 hatte Ungarn sein Interesse an einem Handels-, Präferenz- oder Kooperationsabkommen mit der EG signalisiert. Erste Überlegungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten mündeten dann in den Vorschlag für ein mögliches Handelsabkommen. In der Folgezeit ist es zu mehreren Sondierungsgesprächen zwischen der EGK und der ungarischen Regierung gekommen, in denen die ungarischen Wünsche hinsichtlich des Inhalts des Abkommens geklärt werden konnten.“ Allerdings sei eine von Ungarn angestrebte Aufhebung der bestehenden Kontingentierung unrealistisch, da die Folgen eines solchen Schrittes wegen seiner Präzedenzwirkung für andere RGW-Mitgliedstaaten nicht überschaubar seien. Schwierigkeiten werde es auch im Agrarbereich wegen der großen Überschüsse in den für Ungarn besonders wichtigen Bereichen Rindfleisch und Wein geben. Vgl. Referat 411, Bd. 131179. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 50.

²⁰ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 61.

²¹ Die katholische Kirche in Polen initiierte im Sommer 1982 ein Programm zur Förderung des privaten Sektors der polnischen Landwirtschaft, das von den Kirchen und den Regierungen westlicher Staaten finanziert und von einer Stiftung polnischen Rechts getragen werden sollte. Im Juli 1983 gab auch Ministerpräsident Jaruzelski seine Zustimmung zu dem Projekt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 287, und AAPD 1983, II, Dok. 197.

Zum Stand der Vorbereitungen stellte Referat 416 am 20. Januar 1986 fest, daß die Stiftung ihre Tätigkeit noch nicht habe aufnehmen können: „In den Verhandlungen zwischen polnischer Regierung und Kirche ist noch offen, welches Steuer- und Abgabenregime für die Stiftung gelten soll. [...] Polnische Kirche hatte auf Abschluß der Verhandlungen noch vor den Sejim-Wahlen im Oktober gedrängt. Durch Hinhaltenakt hat die polnische Regierung die Entscheidung hinausgezögert.“ Bis jetzt stünden bereits 18,28 Mio. Dollar zur Finanzierung der Pilotphase bereit, darunter 10 Mio. Dollar der amerikanischen Regierung, 3,5 Mio. Dollar der Europäischen Gemeinschaften sowie 4,78 Mio. Dollar der katholischen Kirchen der Bundesrepublik, Frankreichs, Luxemburgs und der USA: „Diese Gelder würden zum großen Teil wegfallen, wenn die Pilotphase nicht noch in diesem Jahr beginnt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139744.

²² Staatsratsvorsitzender Jaruzelski hielt sich am 4. Dezember 1985 in Frankreich auf.

und deren Stellung zu schwächen. Wir sollten uns für eine Einigung zwischen Kirche und Staat einsetzen. Enttäuschend sei der geringe finanzielle Beitrag, den die EG zur Verfügung gestellt und damit den Projektgegnern zusätzliche Argumente geliefert habe.

Es wurde vereinbart, die Leiter der Politischen und der Wirtschaftsabteilung mit der Prüfung zu beauftragen, wie das Projekt weiterverfolgt werden kann.

5) EG-Fragen

a) Binnenmarkt

Vereinbart wurde, die Leiter der Wirtschaftsabteilungen sollen prüfen, wieweit und in welchem Schrittmaß beide Länder zur zügigen Verwirklichung der Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarkts²³ beitragen können.

b) GAP²⁴

BM und *AM Dumas* stimmten überein, daß bei der Reform der GAP auch die politische Komponente (AM) beteiligt sein müsse, um zu brauchbaren Lösungen zu kommen.

Vereinbart wurde eine enge Abstimmung zwischen den Leitern der Wirtschaftsabteilungen.

c) Europäisches Gesellschaftsrecht²⁵

BM und *AM Dumas* stellten fest, daß deutsche und französische Industrie Kla-

²³ Referat 416 vermerkte am 24. Januar 1986: „Auf dem Weg zur Vollendung des EG-Binnenmarktes konnten 1985 entscheidende Marksteine gesetzt werden. Das von der EG-Kommission dem Europäischen Rat in Mailand vorgelegte Weißbuch enthält in 308 Einzelvorschlägen ein detailliertes und zeitlich gestaffeltes Programm zum Abbau der materiellen, technischen und Steuerschranken bis 1992. Ein weiterer Meilenstein auf dem Wege zur europäischen Integration konnte auf dem Europäischen Rat in Luxemburg durch die prinzipielle Einigung auf ein neues Beschlußverfahren gesetzt werden. Nach der Ratifizierung der Konferenzergebnisse wird es möglich sein, die überwiegende Zahl der Richtlinienvorschläge mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen. Des weiteren konnte durch die Einbeziehung der Steuerharmonisierung in das Zeitziel 1992 ein wesentliches Element zur Vollendung des Binnenmarktes in den gesamten Prozeß integriert werden.“ Vgl. Referat 416, Bd. 131010.

²⁴ Am 23. Juli 1985 legte die EG-Kommission eine „Mitteilung über die Perspektiven für die Gemeinsame Agrarpolitik“ vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1985, S. 12–17. Hierzu führte sie in der Folgezeit Anhörungen der Gemeinschaftsorgane und beteiligter Gruppen durch, auf deren Grundlage sie am 18. Dezember 1985 weitere „Orientierungen“ unterbreitete, welche der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 19./20. Dezember 1985 in Brüssel beriet. Dabei bestand Einigkeit, „daß die Gemeinschaft eine Globalstrategie für die Entwicklung der Märkte und der Agrarstrukturen braucht, die es ermöglicht, über den Gemeinschaftshaushalt auf den Agrarmärkten mit strukturellen Überschüssen ein Gleichgewicht wiederherzustellen“. Vgl. BULLETIN DER EG 12/1985, S. 21.

²⁵ Am 25. Juli 1985 billigte der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschaftsminister die Verordnung Nr. 2137 über die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Unternehmen und Angehörigen freier Berufe aus den EG-Mitgliedstaaten zu erleichtern. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 199 vom 31. Juli 1985, S. 1–9. Referat 416 erläuterte dazu am 21. Januar 1986: „Mit der Schaffung dieses Instruments der Unternehmenskooperation soll der Versuch gemacht werden, die Hindernisse zu überwinden, die sich bisher aus dem Fortbestehen unterschiedlicher Gegebenheiten des Gesellschafts-, Steuer-, Sozial- und Arbeits- sowie Wettbewerbsrechtes ergeben. [...] Für jedes Mitglied bleibt das einzelstaatliche Steuerrecht ebenso maßgebend wie das einzelstaatliche Recht für die Rechts- und Handlungsfähigkeit. Daneben aber wird den Mitgliedern weitgehende Freiheit bei der Gestaltung ihrer vertraglichen Beziehungen sowie der inneren Verfassung der Interessenvereinigung eingeräumt. Die volle Umsetzung der Verordnung, die nur für Interessenvereinigungen mit weniger als 500 Arbeitnehmer gilt, ist erst ab 1.1.1989 vorgesehen.“ Vgl. Referat 416, Bd. 131029.

ge über mangelnden Fortschritt auf diesem Gebiet führe. Dadurch werde die grenzüberschreitende Industriekooperation behindert.

Vereinbart wurde, mit Justizministern²⁶ zu sprechen.

d) Luxemburger Beschlüsse²⁷

BM erklärte sich zuversichtlich, was die Auflösung des dänischen Vorbehalts²⁸ angeht. Schwieriger sei der Vorbehalt Italiens, das sich von der Haltung des EP abhängig gemacht hat.²⁹

Vereinbart wurde, die für Europa zuständigen Staatsminister zu beauftragen, EP-Präsident Pflimlin und – wenn gewünscht – den EP-Fraktionen unsere Haltung in Straßburg zu erläutern.³⁰

6) EUREKA³¹

a) Sekretariat

AM *Dumas* berichtete, daß Straßburg als Sitz für das EUREKA-Sekretariat bei

²⁶ Hans A. Engelhard und Robert Badinter.

²⁷ Auf seiner Tagung am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg verständigte sich der Europäische Rat auf eine Reihe von Texten für eine Reform der Gemeinschaftsorgane (Einheitliche Europäische Akte): „Die Grundsatzvereinbarung [...] betrifft insbesondere die häufigere Anwendung der Mehrheitsabstimmung bei der Verwirklichung eines einheitlichen großen Marktes in der Gemeinschaft bis Ende 1992 sowie die Ausdehnung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft auf neue Bereiche: Währung, Forschung und Technologie, Umwelt, Stärkung der finanziellen Solidarität der Mitgliedstaaten, Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments und Rechtsrahmen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik.“ Vgl. BULLETIN DER EG 11/1985, S. 7.

Die Texte wurden auf der Regierungskonferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 16./17. Dezember 1985 in Brüssel abschließend behandelt. Die luxemburgische Ratspräsidentschaft gab anschließend bekannt, daß sie „unverzüglich“ den Mitgliedstaaten übermittelt sowie „rechtlich und sprachlich [...] in Vertragsform“ gebracht würden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 161.

²⁸ In Dänemark äußerten insbesondere die Sozialdemokratische Partei (SPDK) und die Gewerkschaften Bedenken gegen die im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte vereinbarte Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments sowie gegen Maßnahmen in den Bereichen Arbeits- und Umweltschutz. Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, meldete am 15. Januar 1986, daß Ministerpräsident Schlüter eine Volksabstimmung für den Fall angekündigt habe, daß die Akte am 21. Januar 1986 im dänischen Parlament abgelehnt werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 20; Referat 410, Bd. 130395.

Am 21. Januar 1986 billigte das dänische Parlament einen Antrag der SPDK, mit dem die Regierung aufgefordert wurde, „das erreichte Verhandlungsergebnis abzulehnen“ und statt dessen „weiterzuverhandeln, um ein für das Folketing befriedigendes Ergebnis zu erzielen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 33 von Jestaedt vom 21. Januar 1986; Referat 410, Bd. 130395.

²⁹ Botschafter Lahn, Rom, informierte am 23. Januar 1986, daß der italienische Außenminister Andreotti gegenüber dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen am Vortag ausgeführt habe, das italienische Parlament werde nicht mehr vor der nächsten EG-Ministerratstagung am 27. Januar 1986 in Brüssel über die Texte der Einheitlichen Europäischen Akte beraten: „I habe schon in Luxemburg den Vorbehalt gemacht, den Beschluß des EP zum Reformpaket abwarten zu wollen. Nun habe sich Straßburger Parlament nach zunächst ablehnender Haltung doch zu einem ‚gequälten Ja‘ (un si sofferte, a suffered yes) durchgerungen, was schließlich auch eine Form der Zustimmung sei.“ Er sei deshalb zuversichtlich, daß am Ende auch das italienische Parlament der Regierung „grünes Licht“ für eine Unterzeichnung geben werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 87; Referat 410, Bd. 130395.

³⁰ Staatsminister Stavenhagen und die Staatsministerin im französischen Außenministerium, Lalumière, führten am 9. Januar 1986 in Straßburg ein Gespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pflimlin. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 410, Bd. 130395.

³¹ In einem am 15. April 1985 vom französischen Botschafter Morizet übergebenen Schreiben an Bundesminister Genscher schlug der französische Außenminister Dumas vor, eine „Kordinierungsstelle für die europäische Forschung einzurichten (auf Englisch: European Research Coordi-

den Beteiligten auf Schwierigkeiten stoße, und fragte, wie Bundesregierung sich verhalten würde, wenn F Paris vorschläge.³²

BM erwiderte, solange F Straßburg vorschläge, unterstützen wir diese Kandidatur. So sehr wir für eine Beteiligung von Nicht-EG-Mitgliedstaaten seien, so sehr seien wir für den Sitz des Sekretariats in einem Mitgliedstaat. Bei uns gebe es auch Interessenten für das Sekretariat (Saarbrücken).

Vereinbart wurde, an Straßburg festzuhalten. BM bat um Unterrichtung für den Fall, daß Paris neue Überlegungen anstelle, um Thema mit BK zu besprechen.

b) Projekte

AM *Dumas* bedauerte, daß bisher nur zwei deutsch-französische Projekte existierten.³³ Für den Erfolg von EUREKA wäre es besser, wenn es mehr wären. Dem stünden Divergenzen der Analyse entgegen: Während F für marktnahe Projekte sei, bevorzugte BMFT offenbar marktferne Projekte.

BM sagte zu, sich um Angelegenheit zu kümmern.

7) Nahost-Terrorismus

a) Nach Gedankenaustausch über jüngste Terroranschläge in Rom und Wien³⁴ und die zu erwartenden US-Vorschläge zu Sanktionen gegenüber Libyen³⁵ wurde vereinbart, diesbezüglich in Kontakt zu bleiben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 12

nation Agency, „EUREKA“). Vgl. Referat 010, Bd. 178936. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 189.

Am 6. November 1985 verabschiedeten die EG-Mitgliedstaaten sowie Vertreter weiterer acht Staaten und der EG-Kommission auf einer Ministerkonferenz in Hannover eine Grundsatzklärung. Ziel von EUREKA sollte es demnach sein, „durch verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstituten auf dem Gebiet der Hochtechnologien die Produktivität und Wettbewerbstätigkeit der Industrien und Volkswirtschaften Europas auf dem Weltmarkt zu steigern“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 39–44. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EG 11/1985, S. 86 f.

³² Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 20. Februar 1986, daß die Hohen Repräsentanten der EUREKA-Teilnehmerstaaten noch keine Einigung in der Frage des Sitzes eines Sekretariats erzielt hätten: „Nach wie vor stehen Straßburg, für das lediglich F und D eintreten, und Brüssel, das von der Mehrheit der Teilnehmerstaaten akzeptiert werden könnte, zur Diskussion. Keine Erfolgsaussichten haben die Kandidatur von Saarbrücken und Aachen.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151118.

³³ Die EUREKA-Ministerkonferenz am 5./6. November 1985 in Hannover billigte zunächst zehn Projekte, darunter vier mit Beteiligung der Bundesrepublik. Ein deutsch-französisches Projekt widmete sich der Herstellung amorpher Siliziums zur Anwendung in der Fotovoltaik und der Elektronik; weitere Gemeinschaftsprojekte beschäftigten sich mit der Entwicklung eines „EURO-Lasers“ (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien), sowie – unter Mitwirkung der Bundesrepublik, Frankreichs, Finnlands, der Niederlande, Norwegens, Österreichs und der EG-Kommission – von Geräten zur Messung der Luftschadstoffausbreitung („EUROTRAC“). Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats Stechel vom 15. Januar 1986; Referat 203 (202), Bd. 151118.

³⁴ Am 27. Dezember 1985 verübten Terroristen Anschläge auf die Abfertigungsschalter der israelischen Fluggesellschaft El Al sowie der amerikanischen Fluggesellschaft TWA in den Flughäfen von Rom (Leonardo da Vinci) und Wien (Schwechat), bei denen 16 Personen ums Leben kamen. Vgl. den Artikel „Terror auf den Flughäfen in Rom und Wien“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 29./30. Dezember 1985, S. 1.

Referat 311 vermerkte dazu am 7. Januar 1986: „Über Hintergründe und Verantwortliche für die Terroranschläge liegen der Bundesregierung noch keine gesicherten Erkenntnisse vor. Verdachtsmomente verweisen auf radikale Palästinensergruppen (Abu Nidal) und deren Unterstützung durch Libyen. Sie reichen jedoch, auch nach Auffassung unserer europäischen Verbündeten, nicht als Beweis für eine Mittäterschaft Libyens aus. Vorwürfe könnten auch an die Adresse anderer Staaten (Syrien) gerichtet werden.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137904.

³⁵ Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

b) BM bedauerte, daß Europa in Nahost zu inaktiv sei. Die Anstrengungen Husseins und Mubaraks³⁶ bleiben ohne Resonanz. Gemeinschaft sollte diese Regierungen unterstützen.

Vereinbart wurde, in der EPZ zu prüfen, in welcher Weise dies geschehen könne.

8) Luftfahrt-Programm³⁷

Botschafter *Arnaud* gab einen Überblick über das Ergebnis seiner Informationsreise und stellte fest, daß der französische Vorschlag überwiegend positiv aufgenommen wurde. Nur das deutsche und britische Verteidigungsministerium hätten zurückhaltend reagiert.³⁸ Wie bei EUREKA sei Einflußnahme der Außenminister – ohne den Verteidigungsministerien die Kompetenz zu bestreiten – erforderlich, um dem Projekt zum Erfolg zu verhelfen.

BM sagte zu, Angelegenheit mit *BK* aufzunehmen.

9) Hochgeschwindigkeitsbahnen³⁹

D4 berichtete über den Stand des Projekts.

³⁶ Zu den Bemühungen des Königs Hussein und des Präsidenten Mubarak um eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 37.

³⁷ Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien unterzeichneten am 11. Oktober 1984 ein Planungsdokument über den Bau eines europäischen Kampflugzeugs („Jäger 90“). Die weiteren Arbeiten verzögerten sich jedoch wegen abweichender Vorstellungen Frankreichs hinsichtlich der technischen und organisatorischen Ausführung. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 198.

Auf ihrer Sitzung in Turin am 1. August 1985 verständigten sich allerdings nur die Rüstungsdirektoren der Bundesrepublik, Großbritanniens und Italiens auf die technischen Eckdaten des Flugzeugs. Mit Schreiben vom 20. August 1985 teilte Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach, Bundesministerium der Verteidigung, Bundeskanzler Kohl mit, daß Frankreich und Spanien Vorbehalte erhoben und eine Entscheidung bis zum 15. August 1985 angekündigt hätten. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 130022.

Referat 209 vermerkte am 16. September 1985, daß Ministerpräsident González am 30. August 1985 bekanntgegeben habe, Spanien habe „sich nun doch für eine Beteiligung entschieden“. Dadurch ergebe sich ein Beteiligungsschlüssel von 33 % für die Bundesrepublik und Großbritannien, 21 % für Italien und 13 % für Spanien. Vgl. Referat 201, Bd. 130022.

³⁸ Im Anschluß an den Rückzug aus dem Projekt zum Bau des Kampfflugzeugs „Jäger 90“ unterbreitete Frankreich einen Vorschlag zur Koordinierung der Bedarfsplanung beim Militärflugzeugbau in Europa. Auf der WEU-Ministerratstagung am 14. November 1985 in Rom kündigte Frankreich an, daß eine Delegation zur Erläuterung des Vorschlags in die Hauptstädte reisen werde. Bei Gesprächen in Bonn am 25. November 1985, denen weitere in Madrid, Den Haag, London und Rom folgten, präziserte der französische Sonderbotschafter Arnaud die französischen Vorstellungen dahingehend, daß das Projekt durch eine Ministerkonferenz der Independent European Programme Group (IEPG) unter Teilnahme auch der Außenminister eröffnet werden solle, um ein Mandat zu erteilen und „den erforderlichen politischen Druck zu erzeugen“. Anschließend sollten die Rüstungsdirektoren dieses Mandat umsetzen. Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte dazu am 26. November 1985: „Im AA wurde die Prüfung des Vorschlags einer Ministerkonferenz zugesagt. Zur Sache stünden deutscherseits auf absehbare Zeit nur das Marinepatrouilleflugzeug und Hubschrauber zur Verfügung für eine Koordinierung. Im BMVg wurde dagegen von einer Konferenz abgeraten, da sie einen politischen Erwartungsdruck erzeuge, der in der Praxis nicht zu befriedigen sei. Das BMVg lehnte die Einbeziehung der Außenministerien ab.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143331. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 305.

³⁹ Referat 423 notierte am 13. Januar 1986, daß Frankreich bereits Mitte der siebziger Jahre mit dem Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Paris und Lyon begonnen habe, die seit 1981 mit dem auf konventioneller Technik beruhenden TGV befahren werde. Auch in der Bundesrepublik werde an einem hochgeschwindigkeitsfähigen Schienennetz gearbeitet, allerdings für den zahlreiche neue Technologien einsetzenden ICE, dessen Prototyp im November 1985 vorgestellt worden sei: „Die Industrien verstehen sich bisher bei der Entwicklung des Hochgeschwindigkeitszuges

AM *Dumas* bedauerte langsamen Fortgang der Studien und der Industriekooperation.⁴⁰

BM erbot sich, der Frage nachzugehen.⁴¹

10) Friedrich-Ebert-Gymnasium⁴²

BM berichtete, er habe mit Botschafter Morizet eine „Schlacht“ zur Erhaltung des deutsch-französischen Gymnasiums in Bonn eingeleitet.

Er werde MP Rau telefonisch bitten, das deutsch-französische Verhältnis aus Wahlkampf und Parteienstreit herauszuhalten und den zuständigen Regierungspräsidenten entsprechende Anweisungen zu geben.

11) Kulturgipfel⁴³

BM erklärte, er sei über vorgesehene Terminplanungen für den Kulturgipfel nicht glücklich. Er erkenne keinen Grund, ihn auf 1987 zu verschieben, statt ihn im Herbst d.J. stattfinden zu lassen. 1986 werde ein Jahr zur Stärkung des europäischen Bewußtseins, in dem uns derartige Impulse gut anstünden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 14

grundsätzlich als Konkurrenten. [...] Eine gewisse Wende in der Zusammenarbeit hat es erst gegeben, als auf dem D-F-Gipfel 1983 die Regierungschefs initiativ den politischen Anstoß zu einer Inangriffnahme von Studien zur Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln gaben (später auf Wunsch NLS Amsterdam einbezogen). [...] Ende 1985 haben erste konkrete Kooperationsgespräche der Industrien über zukünftige gemeinsame Entwicklungen auf diesem Gebiet stattgefunden, deren Fortführung vorgesehen ist.“ Vgl. Referat 423, Bd. 159935. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 71.

⁴⁰ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 4. Februar 1986, daß der Abschlußbericht der Arbeitsgruppe über eine Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln/Amsterdam wegen der schwierigen grenzüberschreitenden Datenerhebung erst im Sommer 1986 vorliegen werde: „Im Rahmen der Vorarbeiten für die Schnellbahnverbindung [...] hat – nach verschiedenen Vorgesprächen – am 28.1.1986 ein erstes gemeinsames Gespräch zwischen Regierungen, Bahnverwaltungen und Industrien aller beteiligten Länder (D, B, F, NL, Beobachter: LUX) stattgefunden. Auf der Grundlage des inzwischen erstellten gemeinsamen Lastenheftes (Beschreibung der technischen Anforderungen) der beteiligten Bahnen werden jetzt die Industrien die Möglichkeit zur Kooperation prüfen.“ Für „langfristige Dispositionen auf Seiten der Wirtschaft“ sei aber eine „politische Entscheidung über den Bau der Schnellbahnstrecke“ unabdingbar. Vgl. dazu Referat 423, Bd. 159935.

⁴¹ Mit Schreiben vom 18. Februar 1986 an Bundesminister Dollinger machte Bundesminister Genscher auf den „ganz erheblichen Stellenwert“ des Projekts einer Hochgeschwindigkeitsbahn für die deutsch-französischen Beziehungen aufmerksam: „Darüber hinaus besitzt das Vorhaben eine europapolitische Dimension. Ein europäisches Schnellbahnnetz, für das die Schnellbahnverbindung Paris–Brüssel–Köln/Amsterdam die Keimzelle darstellen könnte, würde Europa in augenfälliger Weise enger zusammenrücken lassen. Das gilt um so mehr, als durch den jetzt von Frankreich und Großbritannien beschlossenen Bau eines Ärmelkanaltunnels auch die britischen Inseln in ein solches Netz einbezogen werden könnten.“ Genscher bat Dollinger, diese Aspekte „bei der abschließenden Meinungsbildung über das Projekt“ zu berücksichtigen. Vgl. Referat 423, Bd. 159935.

⁴² Bundesminister Genscher setzte sich gemeinsam mit anderen Persönlichkeiten für den Erhalt des zweisprachigen Friedrich-Ebert-Gymnasiums in Bonn ein, dessen Abitur auch zum Studium an einer französischen Universität berechtigte. Die Schule sollte nach Plänen der Stadt in eine Gesamtschule umgewandelt werden. Vgl. dazu den Artikel „Wie das Gesetz es befiehlt“, DIE ZEIT, Nr. 52 vom 20. Dezember 1985, S. 36.

⁴³ Der französische Kulturminister Jack Lang schlug bei den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach ein Gipfeltreffen beider Länder über kulturelle Fragen vor. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 294.
Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 28. Februar 1985 in Paris „wurde auf Vorschlag von AM *Dumas* vereinbart, daß einer der nächsten Gipfel einen kulturellen Schwerpunkt haben solle (also kein besonderer Kulturgipfel)“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte vom 14. Januar 1986; Referat 202, Bd. 151093.

Es wurde vereinbart, an dem ursprünglichen Termin (2. Gipfel 1986⁴⁴) festzuhalten.

Unterabteilung 31, Bd. 141117

3

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Oesterhelt

213-260.00-12/86 geheim

8. Januar 1986

Über Herrn D²¹ Herrn Staatssekretär² zur Unterrichtung

Betr.: Fall Semljakow und andere/heutige Besprechung bei StS Rehlinger

Anlg.: 1³

StS Rehlinger hat gestern RA Vogel in Berlin getroffen und über dieses Treffen den anliegenden Vermerk gefertigt. Wie sich aus dem Vermerk und den begleitenden Ausführungen von StS Rehlinger ergibt, ist erneut beabsichtigt, einen großen Austausch zustande zu bringen, wobei die DDR die Rolle des Vermittlers übernehmen will. Auslösendes Moment und Kernpunkt des Austausches dürfte sein, daß die SU Schtscharanskij⁴ ausdrücklich zur Disposition stellt. Relativ hoch auf der Wunschliste der SU, wenn nicht an erster Stelle, steht laut StS Rehlinger Semljakow.

In dieser Lage kam es darauf an, ein Angebot zu formulieren, das StS Rehlinger (nach einem folgenden heutigen Kontakt mit Botschafter Burt) morgen RA Vo-

⁴⁴ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Oktober 1986 in Frankfurt am Main vgl. Dok. 312 und Dok. 315.

¹ Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 8. Januar 1986 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 8. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 9. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Javorsky sehr unterstützen. 2) Der in Bezug genommene Vorgang betr. Karin Schumann fehlt. Ich halte das ständige Nachgeben in dieser Frage für unvertretbar. 3) WV mit Vermerk (s. Ziffer 2) am 9.1.“

Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 13. Januar 1986 vorgelegen, der zu Ziffer 2) des Vermerks von Genscher handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“ Ferner verfügte er die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Oesterhelt.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Oesterhelt am 14. Januar 1986 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 213 und RL 210 haben Kenntnis genommen.“

³ Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Staatssekretärs Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, vgl. VS-Bd. 13441 (213).

⁴ Am 14. Juli 1978 wurde der sowjetische Bürgerrechtler Schtscharanskij wegen Landesverrats und Spionage sowie antisowjetischer Agitation und Propaganda zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Vgl. dazu den Artikel „13 Jahre Zwangsarbeit für Schtscharanski“; DIE WELT vom 15./16. Juli 1978, S. 1.

Zu amerikanischen Bemühungen, eine Freilassung von Schtscharanskij während des KSZE-Folgetreffens 1983 in Madrid zu erwirken, vgl. AAPD 1983, I, Dok. 55, sowie AAPD 1983, II, Dok. 196 und Dok. 206.

gel übergeben wird und das folgenden für uns wesentlichen Gesichtspunkten Rechnung trägt:

- Von dem Prinzip Agent gegen Agent darf nicht abgewichen werden.
- Unsere Kaufleute⁵ müssen von dem Austausch profitieren.
- Um nicht weitere Pressionsversuche zu ermuntern, dürfen die Fälle der Kaufleute nur am Rande mitgelöst werden.
- Neben Schtscharanskij sollten echte Agenten einbezogen werden.
- Um den Austausch möglichst bald zu bewerkstelligen (auch angesichts zu erwartenden amerikanischen Drucks) sollte nach Möglichkeit die Zahl der Länder begrenzt bleiben, die zu beteiligen wären.
- Menschlich besonders gravierende Fälle sollten Vorrang genießen.

Für das Auswärtige Amt habe ich stark auf Beachtung der ersten vier Grundsätze gedrängt.

Das in Aussicht genommene „Paket“-Angebot sieht nunmehr wie folgt aus:

Wir bieten⁶:

Semljakow	bei uns
Kaczmarek	bei uns
Scharfenorth	bei uns
Ehepaar Köcher	in den USA.

Wir fordern dafür⁷:

Schtscharanskij	in der SU
Niestroj	in der DDR
Bieger	in der DDR
Frohn	in der DDR
Javorsky	in der ČSSR.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 7. Januar 1986, daß sich derzeit drei Geschäftsleute aus der Bundesrepublik in der UdSSR in Haft befänden: „Frau Schanzenbach ist am 30.10.85 wegen fortgesetzter Bestechung zu sieben Jahren Strafhaft verurteilt worden. Das Urteil wurde bereits in zweiter Instanz bestätigt. Frau Sch. befindet sich in desolatem Gesundheitszustand, sowohl psychisch als auch physisch. Ihr Kollege P. Arsene befindet sich bereits fast neun Monate in Untersuchungshaft. Auch seine Lage wird zunehmend schwieriger. Am 20.12. wurde der Mitarbeiter des Moskauer Siemens-Büros, Luetke, verhaftet. Auch ihm wird Bestechung vorgeworfen. [...] Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Verhaftungen bzw. die Verurteilung von Frau Sch. Repressalien der sowjetischen Seite sind, um den hier einsitzenden, wegen Spionage zu drei Jahren Haft verurteilten Sowjetbürger Semljakow freizubekommen.“ Bisherige Austauschbemühungen der Bundesregierung „auf der Linie Agenten gegen Agenten plus humanitärer Geste in Form der Freilassung der in Moskau festgehaltenen Kaufleute“ seien jedoch erfolglos geblieben. Vgl. VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 352.

⁶ Zu den folgenden Personen wurde in der Presse berichtet, außer dem Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB Semljakow handle es sich um „Detlef Scharfenorth (DDR-Ministerium für Staatssicherheit), Jerzy Kaczmarek (polnischer Nachrichtendienst) und das Ehepaar Köcher (tschechischer Geheimdienst)“. Vgl. den Artikel „Eine erfolgreiche, komplizierte Operation“; DER SPIEGEL, Nr. 8 vom 17. Februar 1986, S. 118.

⁷ Zu den folgenden Personen wurde in der Presse berichtet: „Niestroj und Frohn waren in der DDR Anfang der achtziger Jahre wegen Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Javorsky war in Prag wegen Fluchthilfe zu einer Freiheitsstrafe von dreizehn Jahren verurteilt worden.“ Vgl. den Artikel „Agenten-Austausch auf der Brücke in 40 Minuten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Februar 1986, S. 1.

Wir fordern ferner, daß am Rande dieses Austauschs die Fälle Schanzenbach, Arsene und Luetke zufriedenstellend gelöst werden.

Dieses Angebot ist in der Sicht des Koordinierungskreises ausgewogen. StS Rehlinger meinte, daß dies ein Angebot sei, das nach seinem Überblick von der anderen Seite durchaus ernsthaft erwogen werde und nicht als eine Art maximalistisches Eröffnungsgambit empfunden würde.

Zu Einzelheiten des Angebots stichwortartig:

Nach dem Eindruck von StS Rehlinger, gegen den sich Widerspruch nicht erhob, muß gegenwärtig auf Karin Schumann⁸ verzichtet werden (s. auch Vermerk); stattdessen wird Niestroj gefordert. BMJ war wegen der Grünen stark an Javorsky interessiert und plädierte auch aus diesem Grunde für Einbeziehung des tschechischen Ehepaares Köcher (USA). Frohn ist ein Deutscher, der für einen fremden Dienst gearbeitet hat und zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Es kümmert sich niemand um ihn. Das Ehepaar Gerhardt⁹ (in Südafrika) wurde aus verschiedenen Erwägungen vorerst nicht einbezogen. Sowohl BMI und BK (für die Dienste) als auch ich für das Auswärtige Amt hatten Zweifel, ob wir in der gegenwärtigen Lage den Austausch komplizieren sollten, zumal überzeugende Argumente gegenüber den Südafrikanern offensichtlich nicht zu Gebote stehen. Was Javorsky anbelangt, so erscheint dieser zwar nun nicht mehr als „Beipack“, da die ČSSR den Fall hartnäckig als Spionagefall behandelt. Es stand aber jedermann vor Augen, daß verschiedene Anzeichen für baldige Bewegung in diesem Fall sprechen, so daß durch die Aufnahme in das Austauschangebot vor allem ein Beschleunigungseffekt bewirkt werden soll.

StS Rehlinger bat um übergabefähige Notizen mit den persönlichen Daten von Frau Schanzenbach, Herrn Arsene und Herrn Luetke, die ihm im Laufe des Tages zugestellt werden. StS Rehlinger wird den Kreis erneut einberufen, sobald er mit Vogel gesprochen haben wird.

Sie werden über den weiteren Fortgang auf dem laufenden gehalten.¹⁰

Oesterhelt

VS-Bd. 13441 (213)

- ⁸ 1979 wurde Karin Schumann in der DDR wegen Spionage zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Bundesrepublik bemühte sich bereits 1983, Schumann für die Freilassung des Mitarbeiters der sowjetischen Handelsvertretung, Bataschow, freizubekommen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 141.
- ⁹ Der südafrikanische Marineoffizier Dieter Gerhardt wurde im Januar 1983 in New York unter dem Verdacht der Spionage für die UdSSR verhaftet und nach Südafrika ausgeliefert. Am 31. Dezember 1983 verurteilte ein Gericht in Kapstadt Gerhardt zu lebenslanger Haft. Seine Frau Ruth erhielt wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit für die UdSSR eine Haftstrafe von zehn Jahren. Vgl. dazu den Artikel „2 Spies Jailed in South Africa“; THE NEW YORK TIMES vom 1. Januar 1984, S. 10.
- ¹⁰ Ministerialdirigent Oesterhelt vermerkte am 17. Januar 1986, daß Rechtsanwalt Vogel am Vortag das Angebot des Staatssekretärs Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, mit dem Wunsch beantwortet habe, je eine weitere unter Spionageverdacht stehende Person in den Austausch einzubeziehen. Der Koordinierungskreis sei sich einig gewesen, daß das Interesse der DDR an einem Austausch genutzt werden sollte, „um in Sachen Karin Schumann einen Schritt voranzukommen“. Es sei vereinbart worden, „daß StS Rehlinger morgen ein Gegenangebot vorlegt, das im Grundsatz auf den Erweiterungswunsch der DDR eingeht, zugleich aber eine verbindliche Zusicherung verlangt, daß ein weiterer Austausch vor dem 1.4. (Verhandlungsmarge: bis 1.9.) stattfindet, bei dem Karin Schumann gegen den von der DDR dringend gewünschten Lothar Lutze ausge-

4

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl**213-320.10 E/S-21/86 geheim****9. Januar 1986¹****320-320.15 SUA/ANC-21/86 geheim**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Entscheidung

Betr.: Austausch Sacharow – Mandela⁴

Bezug: Weisung auf Schreiben von StS Rehlinger vom 8.1.1986⁵

Anlg.: 2⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 18

tauscht wird, der bereits zehn Jahre einsitzt (Strafende 1988).“ Vgl. VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

Am 20. Januar 1986 teilte Oesterhelt ergänzend mit, daß Vogel den Erweiterungsvorschlag von Rehlinger abgelehnt habe: „Die DDR könne gegenwärtig keine derartige Zusicherung in verbindlicher Form geben. [...] Vogel habe jedoch hinzugefügt: ‚Aber ich sehe Land‘.“ Oesterhelt fuhr fort: „Das Bundeskanzleramt ist sehr daran interessiert, daß der Austausch baldmöglichst zustande kommt. Man fühlt sich dort den USA gegenüber im Wort. BM Schäuble hat sich eingeschaltet. In dieser Lage ist zu empfehlen, es bei der begrüßenswerten bloßen Inaussichtstellung betreffend Karin Schumann zu belassen und auf eine weitere Konkretisierung nicht zu drängen, damit der Austausch nunmehr vonstatten gehen kann.“ Vgl. VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1986.

- 1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Heyken und Gerz konzipiert.
- 2 Hat Staatssekretär Ruhfus am 10. Januar 1986 vorgelegen.
- 3 Hat Bundesminister Genscher am 12. Januar 1986 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, Ministerialdirigent Oesterhelt und Referat 213 verfügte.
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[otschafter] am 14.1. empfangen, vom Sachverhalt informiert; 320 macht V[er]m[er]k.“
Hat Braunmühl am 15. Januar 1986 erneut vorgelegen.
Hat Oesterhelt vorgelegen.
- 4 Andrej Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt.
Nelson Mandela wurde am 12. Juni 1964 in Pretoria wegen Sabotage und Aufruf zum bewaffneten Umsturz zu lebenslanger Haft verurteilt.
- 5 Staatssekretär Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, informierte Staatssekretär Ruhfus darüber, daß Rechtsanwalt Vogel ihm am Vortag folgendes mitgeteilt habe: „GS Honecker habe am 6. Jan[uar] 1986 mit ihm den ganzen Komplex der ‚humanitären Bemühungen‘ erörtert. Dabei habe GS Honecker den Gedanken aufgeworfen, ob man nicht eine Verständigung suchen sollte, dem Ehepaar Mandela (Südafrika) und im Gegenzug dem Ehepaar Sacharow die freie Ausreise in ein Land ihrer Wahl zu ermöglichen.“ Rehlinger fuhr fort: „Auf meine Nachfrage, ob das Ehepaar Sacharow denn überhaupt ausreisen wolle, erwiderte RA Prof. Dr. Vogel: Beide seien krank und müßten sich einer Operation unterziehen. Sie hätten deshalb ihre Meinung inzwischen geändert; sie wollten nunmehr die UdSSR verlassen. RA Prof. Dr. Vogel wird diese Überlegungen auch an die USA (Botschafter Meehan/Burt) herantragen.“ Auf dem Schreiben vermerkte Ruhfus handschriftlich: „1) Eilt. 2) Unter Verschluß Herrn D 2: erbitte mit D 3 abgestimmten Vorschlag.“ Vgl. VS-Bd. 13443 (213); B 150, Aktenkopien 1986.
- 6 Dem Vorgang beigefügt war das Schreiben des Staatssekretärs Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, vom 8. Januar 1986 an Staatssekretär Ruhfus. Vgl. Anm. 5
Ferner war ein Interview der Wochenzeitung „Der Spiegel“ mit Winnie Mandela beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13433 (213). Für den Artikel „Sie würden mich gern physisch vernichten“ vgl. DER SPIEGEL, Nr. 2 vom 6. Januar 1986, S. 102–105.

I. Ein Eingehen auf den Vorschlag durch uns hat dann Sinn, wenn ausreichende Erfolgsaussichten bei allen Beteiligten bestehen.

1) Die sowjetische Haltung

1.1) Zunächst müssen wir davon ausgehen, daß die DDR den Vorschlag nicht ohne sowjetische Rückendeckung macht.

Allerdings würde das Angebot eine völlige Abkehr von der bisherigen sowjetischen Haltung bezüglich der Emigration Prof. Sacharows bedeuten. Zwar durfte Frau Bonner schon früher zur medizinischen Behandlung in den Westen reisen und befindet⁷ sich seit Ende November erneut im Westen⁸ (der innere Zusammenhang mit dem Genfer Gipfel⁹ ist gegeben). Aber die Sowjetunion versagte sich bis in die jüngste Zeit allen Appellen westlicher Staatsmänner, Prof. Sacharow selbst die Ausreise in ein Land seiner Wahl zu gestatten. (Sie hat noch 1984 gegenüber den Franzosen Sicherheitsgesichtspunkte geltend gemacht.)

1.2) Die sowjetische Führung wird eine sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile vorzunehmen haben. Dafür spricht:

1.2.1) Das langjährige Problem Sacharow, das als der prominenteste Menschenrechtsfall das sowjetische Ansehen im Westen bis heute strapaziert, würde gelöst werden. Auch dürfte Moskau in Rechnung stellen, daß Sacharow mit zunehmendem Alter und weiteren Gesundheitsbeschwerden sonst immer stärker zu einer Belastung wird. Allerdings ist auch zu bedenken, daß sich die Sowjetunion in all den zurückliegenden Jahren nicht allzu sehr von westlicher Kritik beeindrucken ließ.

1.2.2) Eine Ausreise des Ehepaares Sacharow würde der Sowjetunion viel Goodwill im Westen verschaffen, worauf sie wohl gerade im Hinblick auf die US-Öffentlichkeit großen Wert legt. Sie würde hoffen, die Aussichten für eine westöstliche Klimaverbesserung sowie für westliche und speziell amerikanische Konzessionen in anderen Bereichen zu erhöhen.

1.2.3) Die Sowjetunion würde, wenn sie zu einer Freilassung Mandelas entscheidend beitrüge, ihren behaupteten Einsatz gegen die Apartheidpolitik, gegen Kolonialismus und Unterdrückung mit einem spektakulären Akt untermauern. Allerdings würde das nur dann ihrer Dritt-Welt-Politik zugute kommen und ihre Position in den VN stärken, wenn diese Freilassung ohne Bedingungen erfolgen würde, wie dies von Nelson Mandela immer wieder gefordert worden ist.

Eine Unterstützung des politischen Anliegens der südafrikanischen Regierung, Nelson Mandela und seine politisch sehr aktive Frau ins Ausland abzuschieben, würde besonders bei den Schwarzafrikanern schärfstens kritisiert werden.

Nelson Mandela spielt als Symbol des schwarzafrikanischen Widerstandes gegen die Politik der Regierung Botha eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Apartheid.

⁷ Die Wörter „und befindet“ wurden von Bundesminister Genscher unterschlängelt. Das Wort „und“ wurde von Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „sie“

⁸ Jelena Bonner verließ am 2. Dezember 1985 die UdSSR für eine ärztliche Behandlung in Italien und einen Besuch in den USA. Vgl. dazu den Artikel „Jelena Bonner verläßt die Sowjetunion“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Dezember 1985, S. 1.

⁹ Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Ein Vergleich mit dem Präzedenzfall von 1976, nämlich dem Austausch des Dissidenten Bukowskij gegen den chilenischen KP-Chef Corvalán¹⁰, ist deshalb nur schwer möglich.

1.3) Gegen das Projekt spricht aus sowjetischer Sicht das bekannte Souveränitäts- und Prestigegeedenken der Sowjets, das ein Eingehen auf westliche Menschenrechtsforderungen stets außerordentlich erschwert. Gorbatschow müßte sich u. U. sogar persönlich Schwäche vorhalten lassen.

1.4) Trotz gewisser Skepsis ist jedoch nicht auszuschließen, daß Gorbatschow die Vor- und Nachteile neu bewertet. (Gromyko, der laut offizösem sowjetischem Hinweis an die Amerikaner vom Juni 1984 strikt gegen jedes Eingehen in Sachen Sacharow war, hat nicht mehr das damalige Durchsetzungsvermögen.) Möglicherweise wird Gorbatschow eine Entscheidung auch durch die Zusage Präsident Reagans auf dem Genfer Gipfel erleichtert, in Menschenrechtsfragen sowjetische Empfindlichkeiten schonen zu wollen. Allerdings liegen Unwägbarkeiten in der Bewertung der sowjetischen Interessenlage auf der Hand.

2) Die Haltung des Ehepaares Sacharow

Im April 1983¹¹ gab Prof. Sacharow seine ablehnende Haltung gegen eine Emigration auf, die er viele Jahre eingenommen hatte.¹² Wir haben keinen Hinweis darauf, daß er seine Einstellung erneut geändert habe. Seinerzeit waren das endgültige Reiseziel die USA. Um dies zu ermöglichen, wurde Prof. Sacharow 1983¹³ vom Präsidenten der DFG zu Gastvorlesungen in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen.¹⁴ (Einladungen anderer Länder liegen ebenfalls vor.)

II. Südafrika

1) Wenn das Projekt die Verpflichtung des Ehepaares Mandela, Südafrika zu verlassen, beinhalten würde, widerspräche dies dem erklärten Willen des Ehepaares (vgl. beigefügtes Interview von Frau Mandela im Spiegel vom 6.1.1986¹⁵). Dabei ist zu beachten, wie sehr Frau Mandela Wert legt darauf, als eigenständige politische Persönlichkeit (neben ihrem Mann) gewürdigt zu werden. Dieser Unterschied zur Situation des Ehepaares Sacharow muß berücksichtigt werden.

¹⁰ Der am 5. Januar 1972 zu sieben Jahren Haft und fünf Jahren Verbannung verurteilte sowjetische Schriftsteller Bukowskij wurde am 22. Dezember 1976 im Austausch gegen den seit 1973 inhaftierten Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Corvalán, freigelassen und in die Schweiz ausgeflogen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4823 des Botschafters Sahn, Moskau, vom 29. Dezember 1976; Referat 213, Bd. 112756.

¹¹ Korrigiert aus: „1984“.

¹² Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, gab am 20. April 1983 eine Mitteilung „aus dem Bekanntenkreis von Professor Sacharow“ weiter, daß Sacharow und seine Ehefrau bereit zur Ausreise aus der UdSSR seien. Eine Einladung aus Norwegen liege vor: „Familie Sacharow äußerte Überzeugung, daß es günstig wäre, wenn auch eine Einladung von deutscher Seite, möglichst hochrangig und substantiell, erfolgen könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1651; VS-Bd. 13368 (212); B 150, Aktenkopien 1983.

¹³ Korrigiert aus: „1984“.

¹⁴ Am 19. Mai 1983 berichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, daß Jelena Bonner eine Einladung des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Seibold, zu einem Forschungsaufenthalt in der Bundesrepublik übergeben worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2120; VS-Bd. 13380 (213); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 170.

¹⁵ Vgl. Anm. 6.

Die Bundesregierung hat sich wiederholt und nachdrücklich für die Freilassung von Nelson Mandela eingesetzt. Zusammen mit unseren westlichen Partnern, vor allem den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, haben wir stets eine bedingungslose Freilassung Mandelas gefordert.

2) Für die südafrikanische Regierung wäre die Auswanderung des Ehepaares Mandela gleichbedeutend mit einer angestrebten Schwächung der Anti-Apartheid-Bewegung. Im Ausland hätten die Mandelas nicht die gleiche Bedeutung wie in Südafrika. Das Operationspotential des ANC würde durch das Ehepaar nur unwesentlich gestärkt werden.

III. 1) Es überrascht ein wenig, daß Ost-Berlin – wie man annehmen muß, mit sowjetischer Unterstützung – an uns herantritt und somit Austauschverhandlungen über die beiden deutschen Regierungen laufen sollen.

Da Moskau offenbar aber nicht selbst in Erscheinung treten will, sieht es anscheinend in der deutsch-deutschen Verbindung die geeignetste Schiene, um zu einem Erfolg zu kommen. Bekanntlich laufen über diese Schiene auch noch weitere Kontakte, bei denen allerdings sowohl wir als auch Ost-Berlin unmittelbar betroffen sind (Semljakow).¹⁶

Es wäre politisch vorteilhaft, wenn wir zeigen könnten, daß die deutsch-deutsche Verbindung, die sowohl im Westen wie auch im Osten gelegentlich mit Mißtrauen betrachtet wird, funktioniert und sich bewährt. Hier liegt ein wichtiges Argument, das dafür spricht, den Ball aufzugreifen.

2) Ein Eingehen auf den Vorschlag der DDR sollte jedoch nur unter der Bedingung erfolgen, daß auf der einen Seite das Ehepaar Sacharow die freie Ausreisemöglichkeit erhält, andererseits Nelson Mandela aus humanitären Gründen bedingungslos freigelassen wird. Er wie seine Frau müssen frei entscheiden können, wo sie ihren Wohnsitz nehmen wollen.¹⁷

Nach einem eventuellen Gespräch zwischen dem südafrikanischen Botschafter¹⁸ und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts darf die südafrikanische Seite nicht die Möglichkeit haben, zu verbreiten, daß sich die Bundesregierung dafür einsetzt, daß Mandela freigelassen wird und Südafrika verläßt.

Selbst eine Freilassung und gleichzeitige „Bannung“ (d. h. Entzug aller staatsbürgerlichen Rechte, die ein Nichtweißer in Südafrika hat) wäre ein Fortschritt im Verhältnis zur Inhaftierung Mandelas. Es erscheint aber zweifelhaft, ob eine solche Lösung möglich wäre, wenn man vorher das Einverständnis von Nelson Mandela einholen sollte.

IV. Am Nachmittag des 10.1.¹⁹ hat der BMB auf Rückfrage inzwischen mitgeteilt, daß Moskau lt. RA Vogel über die Angelegenheit „locker unterrichtet worden“ sei. RA Vogel war im gleichen Gespräch mit dem BMB der Meinung, daß „Moskau durchaus mitziehen würde“. Wichtig sei allerdings – auch nach der

¹⁶ Zu den Bemühungen um einen Austausch von in der Bundesrepublik, den USA, der DDR und der UdSSR wegen Spionage verurteilter Personen sowie von Geschäftsleuten aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 3.

¹⁷ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ihre Freilassung muß bedingungslos erfolgen.“

¹⁸ Willem Rudolph Retief.

¹⁹ So in der Vorlage.

Meinung von Vogel –, „daß der Mann überhaupt wolle“. Wenn ja, werde er, Vogel, sich ein Mandat für das Weitere besorgen. Er empfehle im übrigen, den Anwalt von Winnie Mandela einzuschalten, der „mehr wisse als seine Mandanten“.

V. Es wird vorgeschlagen, daß der Staatssekretär unter Berücksichtigung der vorstehenden ergänzenden Mitteilungen des BMB auf der unter Ziff. III. 2) skizzierten Linie mit dem südafrikanischen Botschafter spricht.²⁰

D3²¹ hat zugestimmt.

Braunmühl

VS-Bd. 13443 (213)

5

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bangladeschischen Außenminister Choudhury

10. Januar 1986¹

Von BM noch nicht genehmigt

BM begrüßte den Gast.² Wir freuten uns über den Besucher aus einem Land, mit dem uns gute, problemfreie Beziehungen verbänden, einem Land, in dem in Kürze ein deutscher Staatsbesuch stattfindet.³

Bangladesch habe seine eigenen Probleme, angesichts derer wir Mitgefühl und Hilfsbereitschaft empfinden. Der AM komme von der wichtigen Konferenz aus

²⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz notierte am 14. Januar 1986, daß Staatssekretär Meyer-Landrut den südafrikanischen Botschafter am selben Tag davon unterrichtet habe, daß der Bundesregierung „von hoher Stelle“ der DDR die Bereitschaft der UdSSR übermittelt worden sei, „Sacharow und seine Frau ihren Wohnsitz frei wählen zu lassen, in der Sowjetunion oder außerhalb, wenn Südafrika dem Ehepaar Mandela Ähnliches erlaube“. Retief habe angedeutet, „über amerikanische Kanäle bereits davon Kenntnis zu haben, aber nicht auf dieser Ebene“. Er fragte sodann, ob aus dem Angebot, daß Ehepaar Sacharow die Möglichkeit haben solle, seinen Wohnsitz in der Sowjetunion oder anderswo zu wählen, zu schließen sei, daß das Ehepaar Mandela ebenfalls seinen Wohnsitz in der Sowjetunion wählen könne. StS: Das nehme er wohl an. Auf die Bemerkung von Botschafter Retief, daß es für den Fall, daß seine Regierung zustimme, „so etwas wie eine Garantie“ geben müsse, antwortete StS, wir seien für diesen Fall bereit, unsere guten Dienste anzubieten.“ Vgl. VS-Bd. 13625 (320); B 150, Aktenkopien 1986.

²¹ Jürgen Sudhoff.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach gefertigt.

Hat Legationsrat I. Klasse Zimmermann am 13. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Behrendt z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung]. Ministerbüro teilt mit, daß Vermerk verteilt werden kann.“

² Der bangladeschische Außenminister Choudhury hielt sich vom 9. bis 12. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

³ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Bangladesch vom 10. bis 14. Februar 1986.

Fes⁴, wir schätzen uns glücklich, von ihm Näheres über Verlauf und Ergebnisse zu hören.

AM *Choudhury* dankte für Empfang und zeigte sich befriedigt, wieder in Bonn zu sein. Er sei erster Botschafter seines Landes in Bonn gewesen⁵ und habe die Anerkennung von BD⁶ durch die BR Deutschland 1971 ausgehandelt.⁷ Er sei BM bereits damals begegnet. In der Tat bestünden keine bilateralen Probleme, vielmehr ein tiefer Fundus an gutem Willen des deutschen Volkes für sein Land. Seinem Land sei während des Freiheitskampfes und später viel Freundschaft entgegengebracht worden.

Von der OIC-Konferenz in Marokko berichtete er, daß er zum siebten Male am Treffen dieser Art teilnehme und mit der Organisation seit langem verbunden sei. Das diesjährige Treffen habe die Besonderheit gehabt, daß die Gastgeber wenig Interesse daran zeigten. So habe der König⁸ erstmalig die Beratung nicht selbst eröffnet. Dies habe überrascht.

Auf die Zwischenfrage warum, meinte er, die Ausrichter hätten keinen Grund nennen können. Zwei Themen hätten die Beratungen beherrscht:

- Libyen und sein Verhältnis zum Westen und Israel. Libyen habe eine starke Entschließung der Konferenz gewollt und betrieben. Es sei daraufhin zu einer diskret geführten Auseinandersetzung zwischen den gemäßigten und den konfrontationssuchenden Staaten gekommen. Letztere wären bis zu der Aussicht auf kriegerische Verwicklungen gegangen. Bangladesch wolle Frieden und nicht Krieg. Libyen fühle sich bedroht. Deshalb habe man sich bemüht, einen Erklärungstext zu erarbeiten, der zwar von friedlichem Vorgehen geprägt sei, sich jedoch mit dem Kernproblem befasse.⁹
- Der Palästinenserfrage mit dem Ziel, ihnen ihre legitimen Rechte einschließlich der eigenen Heimstatt zu beschaffen. Es gehe, wie anderswo, nicht an, daß fremde (israelische) Truppen arabisches Territorium besetzt hielten. Das Ergebnis sei ihm jedoch nicht mehr bekannt geworden, da er die Konferenz vor Abschluß habe verlassen müssen.

Ein weiteres Thema sei Ägypten gewesen. Syrer, Libyer und Iraner bemühten sich nach wie vor, Ägypten aus der OIC herauszuhalten. Nach Ansicht von BD

⁴ In Fes fand vom 6. bis 11. Januar 1986 die 16. Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz statt.

⁵ Humayun Rasheed Choudhury war von 1972 bis 1976 bangladeschischer Botschafter in Bonn.

⁶ Bangladesch.

⁷ Mit Note vom 4. Februar 1972 vollzog die Bundesrepublik die Anerkennung von Bangladesch und hob mit Wirkung vom selben Tag das Generalkonsulat Dhaka zur Botschaft an.

⁸ Hassan II.

⁹ Am 7. Januar 1986 verabschiedeten die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz in Fes eine Resolution zu Libyen. Darin bekundeten sie „ihre Solidarität mit dem libysch-arabischen Volk und ihre aktive Unterstützung für die Verteidigung der Souveränität und Integrität seines Territoriums und seiner territorialen Gewässer“. Ferner lenkten sie „die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die ständigen Provokationen und die Eskalation der Angriffe des internationalen Imperialismus und des zionistischen Gebildes gegen die Dschamaharija sowie auf die ernststen Konsequenzen, die sich daraus für die Sicherheit und den Weltfrieden ergeben. Die Konferenz ist der Ansicht, die imperialistisch-zionistische Bedrohung der Dschamaharija richte sich gegen die Gesamtheit der islamischen Staaten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 6 des Botschafters Montfort, Rabat, vom 8. Januar 1986; Abteilung 3, Bd. 158031.

gebe es in dieser Sache eine klare Gipfelentscheidung der OIC.¹⁰ Die Sache sei „res judicata“, und die Außenminister hätten keine Befugnis gehabt, die Sache erneut zu behandeln. Er habe nicht verstanden, warum der marokkanische Konferenzvorsitzende¹¹ die Debatte überhaupt zugelassen habe. Senegal habe schließlich dem durch den Antrag ein Ende gesetzt, die Sache in die Ausschüsse zurückzuverweisen.

Afghanistan und Kambodscha seien eher am Rande behandelt worden. Sie spielten zwar nicht so sehr für die Araber, wohl aber für die asiatischen islamischen Länder eine Rolle. Sie werden im Kommuniké genannt, aber eher nicht an sehr prominenter Stelle (Unterton des Bedauerns).

Zu Afghanistan vertrete Bangladesch eine klare Haltung:

- sowjetischer Truppenabzug,
- Hilfe an Pakistan für Flüchtlinge,
- Beunruhigung über laufende Verletzung des pakistanischen Luftraums.

Afghanistan in sowjetischer Hand sei deswegen ein Anlaß zur Beunruhigung, weil es traditionelle, historische Einfallspforte für Südasien sei und die Sicherheit der Region dadurch beeinträchtigt werde. Auch werde dadurch die bitter notwendige Entwicklung der Völker Südasiens zurückgeworfen, wenn sie für ihre Sicherheit zu aufwendig sorgen müßten. Für Entwicklung und verbesserte Lebensqualität der Bevölkerung brauche man Frieden und Zusammenarbeit.

Daher habe man den Weg zu einer regionalen Kooperation beschritten und SAARC ins Leben gerufen.¹² Man habe in der Vergangenheit neun Felder der Zusammenarbeit identifiziert; beim kürzlichen Gipfel in Dhaka seien zwei weitere von Bangladesch vorgeschlagen worden: Terrorismusbekämpfung und Drogenmißbrauch. Diese seien nunmehr den Sachverständigen zur Beratung zugewiesen worden. Südasien umfasse ein Fünftel der Menschheit. Man könne daher positive Ergebnisse erwarten. Er könne sich dabei eine Rolle für Deutschland und die Europäische Gemeinschaft vorstellen.

BM ging auf den letzten Punkt ein. Wir begrüßten den Anstoß zu einer regionalen Zusammenarbeit außerordentlich. Wir sind selbst Mitglied in einem engen Kooperationsverbund, der EG. Die Zusammenarbeit bewirke erhebliche Vorteile für die Mitglieder und ein Mehr an Stabilität. Angesichts der Bipolarität des Weltgeschehens zwischen Washington und Moskau erlaube regionale Zusammenarbeit kleineren und mittleren Mächten, sich zu behaupten und sich politische und wirtschaftliche Vorteile zu erwerben. Wir hätten daher die In-

¹⁰ Auf ihrer Tagung vom 16. bis 19. Januar 1984 in Casablanca beschlossen die Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz, Ägypten, das seit 1979 von der Mitarbeit in der OIC ausgeschlossen war, zu einem Wiedereintritt einzuladen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 30 des Botschafters Jesser, Rabat, vom 23. Januar 1984; Abteilung 3, Bd. 158031.

¹¹ Abdellatif Filali.

¹² Am 7./8. Dezember 1985 fand in Dhaka die Gründungskonferenz der South Asia Association for Regional Cooperation (SAARC) statt. Sie endete mit der „Verabschiedung einer Charta und einer Gipfeldeklaration. SAARC verbrieft die Zusammenarbeit der sieben Länder des Subkontinents – Indien, Pakistan, Nepal, Bhutan, Bangladesch, Sri Lanka und Malediven – auf allen Gebieten außer dem der bilateralen politischen Beziehungen“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 13. Dezember 1985; Arbeitsstab 34, Bd. 141094.

itiative für EG-ASEAN-Zusammenarbeit ergriffen¹³, zu der Konferenz von San José in Lateinamerika¹⁴ und den Kontakten mit dem Golf-Kooperationsrat¹⁵. Auch mit den Frontlinienstaaten¹⁶ im südlichen Afrika pflegten wir eine Kooperation. Unsere grundsätzliche Haltung sei positiv, dies gelte auch für die südasiatischen Kooperationsbemühungen. Wenn von dort Vorschläge kämen, würden wir zustimmend reagieren.

AM *Choudhury* griff diese Bemerkung auf. Die Initiativen des Bundesministers seien bekannt. Deshalb seien seine Ansichten sehr wertvoll. Die Herstellung von interregionalen Beziehungen mit der EG dürfte auch deshalb nicht so schwierig sein, weil alle Länder in Europa mit den beteiligten Partnern gute bilaterale Beziehungen unterhielten.

BM führte aus, die EG sei von allen regionalen Gruppierungen hinsichtlich des Integrationsgrades am weitesten fortgeschritten. Das Maß der möglichen Zusammenarbeit richte sich nach dem erreichten Integrationszustand der Partnerorganisation, bis zu welchem Punkt sich die andere Gruppierung bereits organisiert habe. Im übrigen habe sich bei der EG-ASEAN-Zusammenarbeit erwiesen, daß die Tatsache selbst auf die ASEAN einen anspornenden Effekt im Hinblick auf die dortige Integration ausgeübt habe. Es hätte sich Druck auf die Harmonisierung der Positionen für Zwecke der Begegnung mit der EG ergeben.

AM: Es gebe in Südasien noch bilaterale politische Probleme zu lösen (Indien–Pakistan, Indien–Sri Lanka, Verteilung des Ganges-Wassers neuerdings unter Einschluß der nepalesischen Quellflüsse). Absicht sei es, unter Minimierung der Probleme die Zusammenarbeit zu maximieren und damit zu einem Abbau bestehender Spannungen zu gelangen.

BM: Das entspräche im Ergebnis unseren Erfahrungen in Europa.

¹³ Seit 1978 fanden zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den ASEAN-Mitgliedstaaten Außenministerkonferenzen statt. Zum letzten Treffen am 15./16. November 1984 in Dublin vgl. AAPD 1984, II, Dok. 308.

Das nächste Treffen fand am 21./22. Oktober 1986 in Djakarta statt. Vgl. dazu Dok. 311.

¹⁴ Bei einem Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José beschlossen die Anwesenden regelmäßige politische Konsultationen sowie die Aufnahme von Verhandlungen über ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 41–45. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 260.

¹⁵ Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 30. Januar 1986 zu den Bemühungen um eine Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den arabischen Golfstaaten, daß letztere bereits 1980 vorgebrachte entsprechende Wünsche zunächst „mit Zurückhaltung“ aufgenommen hätten. Erst die Gründung des Golf-Kooperationsrats 1981 durch Bahrain, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie die Entwicklung auf den internationalen Ölmärkten hätten die Voraussetzungen hierfür verbessert: „1984 erteilte der Außenministerrat des GCC den Auftrag zu Vorgesprächen mit der EG über ein mögliches Kooperationsabkommen. Als ein Ergebnis hieraus kam im Oktober 1985 in Luxemburg ein Ministertreffen GCC (kuwaitischer Außenminister und Generalsekretär des GCC) mit der EG (Rat und Kommission) zustande. All die bisher geführten und für die nächste Zukunft noch vorgesehenen Gespräche über mögliche Inhalte eines Kooperationsabkommens sind noch als Explorationsgespräche gedacht. Über ein Mandat des Rates an die Kommission wird voraussichtlich erst frühestens im 2. Quartal 1986 beraten (dies ist abhängig vom Ausgang der Explorationsgespräche).“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141126.

¹⁶ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

AM: Und bei den ASEAN. Deshalb hätten sich die Staats- und Regierungschefs in Dhaka auch mit Begeisterung an diese neue Aufgabe gemacht. Man sei jetzt viel optimistischer als früher.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Römischen Verträge¹⁷ habe auch in Europa Skepsis bestanden. Dann seien die Erfolge gekommen. Heute seien Spanien und Portugal Mitglieder¹⁸, es gebe die EPZ, und das Europäische Parlament erhalte mehr Befugnisse¹⁹.

BM fragte, ob die Bemerkungen über eine Zusammenarbeit EG/SAARC die Ansichten des BD Außenministers oder des Vorsitzenden des SAARC-Ministerrates²⁰ wiedergäben?

AM sagte, die Gruppe wolle mit allen anderen regionalen Gruppierungen zusammenarbeiten. Er sondiere, bevor man konkrete Schritte ergreife („probing the minds before we make a move“).

BM: Bereits mit anderen darüber gesprochen?

AM: Genscher sei der erste. Er gehe jetzt nach Colombo, von dort auf die Malediven, dann nach Pakistan und Bhutan. Man wolle in den nächsten Monaten dann die EG ansprechen.

BM erklärte Bereitschaft,

- NL-Präsidentschaft über Gespräch zu unterrichten²¹ und
- bei nächstem EPZ-Ministerrat Ende Januar die Gelegenheit zu ergreifen, Angelegenheit mit Kollegen zu diskutieren, um zu einer ersten Meinungsbildung zu kommen. Wir würden BD über Ergebnis der Diskussion unterrichten.²²

AM: Er sehe Gelegenheit zur Zusammenarbeit in den Bereichen

- Terrorismus,
- Drogenhandel
- und Technologietransfer auf der Ebene von „absorbable basic technologies“.

¹⁷ Die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft wurden am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

¹⁸ Portugal und Spanien traten zum 1. Januar 1986 den Europäischen Gemeinschaften bei.

¹⁹ Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg; Dok. 2, Anm. 27.

²⁰ Der bangladeschische Außenminister Choudhury war amtierender Vorsitzender des SAARC-Ministerrats.

²¹ Bundesminister Genscher informierte den niederländischen Außenminister van den Broek mit Schreiben vom 24. Januar 1986 über das vom bangladeschischen Außenminister Choudhury geäußerte Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen der SAARC und den Europäischen Gemeinschaften und schlug vor, das Thema auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel zu behandeln. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 12 des Legationsrats I. Klasse Zimmermann vom selben Tag an die Botschaft in Den Haag; Arbeitsstab 34, Bd. 141092.

²² Mit Schreiben vom 25. März 1986 teilte Bundesminister Genscher dem bangladeschischen Außenminister Choudhury mit, daß die Frage einer Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der SAARC Thema der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 25. Februar 1986 in Den Haag gewesen sei: „Meine Kollegen und ich haben einhellig die Gründung und institutionelle Festigung dieser Regionalorganisation begrüßt.“ Vgl. Arbeitsstab 34, Bd. 141092.

Auch er werde Angelegenheit mit seinen Kollegen aufnehmen, sehe aber keine Probleme voraus.

BM stimmte den angeführten Gebieten der Kooperation ausdrücklich zu.

Wir strebten einer Europäischen Union zu, die über die Wirtschaftsgemeinschaft hinausführe. Daher insistierten wir in den Kooperationsabkommen darauf, nicht nur wirtschaftliche Themen, sondern auch andere Bereiche in die Zusammenarbeit einzuschließen. Das gelte auch für politische Themen, z. B. im Hinblick auf eine Abstimmung in den VN. Terrorismus und Drogenhandel seien aber Themen, die man unmittelbar angehen könne.

AM sprach sich für schrittweises Vorgehen aus, dort, wo dies möglich sei. In den beiden genannten Bereichen stelle es keine Schwierigkeit dar, die Dinge zu institutionalisieren. Später könnte man darüber hinausgehen.

BM fragte nach Kontakten mit ASEAN und Golf-Kooperationsrat.

AM: Noch keine. Sind in Explorationsphase. Dafür aber Bereitschaft USA durch Botschaft Präsident Reagans, dort, wo es gewünscht wird, mit SAARC zusammenzuarbeiten. Innerhalb von SAARC gäbe es allerdings zu Einzelthemen noch divergierende Ansichten (z. B. habe Indien andere Haltung zu Afghanistan, KAB). Man könne daher Schwierigkeiten bei der Formulierung gemeinsamer Positionen vorhersehen.

BM erwähnt, daß auch wir nur Schritt für Schritt vorankämen. Es wäre Illusion zu glauben, daß man in der Lage sei, von der Grundlage identischer Haltung zu beginnen.

Unterhaltung kam auf Libyen zurück. *BM* wollte wissen, ob Libyer zugegeben oder abgestritten hätten, an den Anschlägen von Rom und Wien²³ beteiligt zu sein.

AM: Libyscher Delegierter hätte sich auf Verabschiedung Resolution konzentriert, im privaten Gespräch auf seine, Choudhurys, Vorhaltungen jedoch Beteiligung abgestritten. In der Konferenz sei Schuld- oder Mitschuldfrage nicht angesprochen worden. In Südasien sei das Attentat von Rangun²⁴ unvergessen. Man wolle keine derartigen Vorkommnisse. Allgemein bemerkte *AM*, in derartigen Konferenzen redeten die Syrer, Libyer und Iraker. Die anderen schwiegen. Höchstens ließen sich die Ägypter vernehmen, wenn es um die Verteidigung des Camp-David-Prozesses²⁵ gehe.

²³ Zu den Anschlägen vom 27. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 34.

²⁴ Am 9. Oktober 1983 kam es während eines Staatsbesuchs des Präsidenten Chun Doo-hwan zu einem Sprengstoffanschlag, bei dem 16 Begleiter getötet wurden, der südkoreanische Präsident jedoch unverletzt blieb. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 260 des Botschafters Eger, Seoul, vom 10. Oktober 1983; Referat 340, Bd. 127270.

²⁵ Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Für den Wortlaut der am 17. September 1978 in Washington unterzeichneten Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.

Nach weiteren Verhandlungen vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David unterzeichneten Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

Jedoch dürfe man sich nicht täuschen lassen: Es gebe ein allgemeines Gefühl der Abscheu über die Untaten von Wien und Rom. Jedoch sei man gleichzeitig der Ansicht, daß jegliche militärische Aktion gegen Libyen unangebracht sei (would be uncalled for). Lediglich die Ägypter wären auch für einen Feuerzauber gegen ihr Nachbarland.

AM fragte BM, wie er die Nahostfrage sehe. Er fragte dies auch in der möglichen Eigenschaft eines GV-Präsidenten.²⁶

BM: Nach Besuch aller Beteiligten im NO-Bereich gehe er einig mit der OIC-Konferenz, daß es nötig ist, eine Lösung zu finden, die auch das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser einschließt. Wir hätten vergangenen Mittwoch²⁷ eine Erklärung veröffentlicht und auch mit dem US-Botschafter²⁸ darüber gesprochen.

Wir glaubten, daß die Anstrengungen König Husseins der vergangenen Monate²⁹ breite Unterstützung verdient hätten. Zuversicht habe man auch schöpfen können nach der Rede von MP Peres vor der VN-GV.³⁰ Leider habe sich in Israel danach als Folge innenpolitischer Zwänge eine gewisse Stagnation eingestellt. Die Schüsse in Rom und Wien hätten Menschen getroffen. Wie so oft seien sie aber auch auf die Lösungsversuche gezielt gewesen. Die politische Lösung sei schwieriger geworden. Die Extremisten auf beiden Seiten hätten Hand in Hand gearbeitet. Das dürfte uns nicht davon abhalten, alle Anstrengungen zu machen, einen Verhandlungsprozeß in Gang zu setzen.

Ein Positivum sei die Entwicklung der Beziehungen Israels zu seinen Nachbarn, diese seien nüchterner und realistischer geworden. Israel wisse heute besser, daß durch syrische Bemühungen eine gewisse Stabilisierung in Libanon eingetreten ist. Dieser Prozeß müsse sich fortsetzen. Zu lange hätten die Israelis geglaubt, daß Unruhe in der Nachbarschaft die beste Garantie ihrer Sicherheit sei. Heute erkennen sie, daß durch die Befriedung durch Syrien ihren Interessen besser gedient sei – selbst wenn sich dabei der syrische Einfluß ausdehnt. Daß sei wohl die Erklärung dafür, daß sie in der letzten Zeit schweigend zugehen hätten.

Wir wollten auf Schritte für den Frieden hinwirken. In den nächsten Tagen komme MP Peres nach Bonn.³¹

²⁶ Der bangladeschische Außenminister Choudhury wurde am 16. September 1986 zum Präsidenten der 41. Generalversammlung der Vereinten Nationen gewählt.

²⁷ 8. Januar 1986.

²⁸ Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burt am 9. Januar 1986 äußerte sich Bundesminister Genscher besorgt, „daß bei Ausbleiben von Lösungen im Nahen Osten die moderaten Kräfte zur Solidarisierung in falscher Richtung gezwungen werden könnten. Dies sehe man an den Reaktionen der Islamischen Konferenz und der arabischen Gremien auf die amerikanischen Maßnahmen gegen Libyen. BM sprach sich mit Nachdruck für ein konzertiertes Vorgehen der USA und ihrer wichtigsten europäischen Partner aus, gegenüber europäischen Initiativen äußerte er sich mit großer Zurückhaltung.“ Vgl. den Runderlaß des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 9. Januar 1986; Referat 010, Bd. 178916.

²⁹ Zu den Bemühungen des Königs Hussein um eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 37.

³⁰ Zur Rede des Ministerpräsidenten Peres am 21. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 37, Anm. 9.

³¹ Ministerpräsident Peres hielt sich vom 26. bis 29. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

Es wäre gut, wenn die arabische Welt auch offiziell mit Ägypten Frieden schließt. Inoffiziell tut sie dies ohnehin.

AM Antwort: „Arab world without Egypt does not work“. Man sehe keine Differenzen zu uns.

Er ging sodann auf bilaterale Beziehungen über. D habe seinem Land von Anfang an großzügig geholfen. Man sei dankbar. Wir seien in Bangladesch an einem Vorhaben des Fernsprechverkehrs beteiligt. Es gehe um dessen Modernisierung. Dabei gab es Meinungsverschiedenheiten. Er bitte darum, daß wir uns aus diesem Sektor nicht vollständig zurückzögen.

(In seinen Ausführungen gab es einen sachlichen Irrtum, der vom BM richtiggestellt wurde. *AM* glaubte, daß wir es seien, die uns für eine Aufspaltung des Projektes in zwei Hälften einsetzten, während wir in Wahrheit gerade daran Anstoß nehmen.)

BM argumentierte wie im Gesprächsführungsvorschlag und meinte auf Frage, was geschehen würde, wenn *BD* zu ursprünglichem Antrag mit einem einzigen deutschen System zurückkehrte, daß wir in einem solchen Fall, wenn wir den Gesamtzuschlag erhielten, wohl unsere Zusagen einhalten würden (have committed ourselves). *BM* kam auf bevorstehenden Staatsbesuch zu sprechen und erwähnte unseren Wunsch, daß der Bundespräsident auch Gelegenheit erhalte, mit Oppositionsvertretern zumindest bei Veranstaltungen zusammenzutreffen. Die deutsche Öffentlichkeit würde es kaum verstehen, wenn dies ausgeschlossen würde.

AM wollte sich um diese beiden Fragen kümmern³².

BM fragte nach Entwicklungen in Pakistan.

AM war zurückhaltend. Es gebe Anlaufschwierigkeiten (teething problems). Jetzt sei die Stabilität für die nächste Zeit „mehr oder weniger“ gesichert. Die Beziehungen zu Indien blieben „schwierig“. Auf beiden Seiten verdächtige man einander der nuklearen Ambitionen. In Dhaka hätten die Teilnehmer an beide Seiten den Appell gerichtet, von überzogenen (wasteful) Militärausgaben abzusehen. Die Luft sei noch nicht ganz rein, es gäbe noch immer andauernde Spannungen (some amount of tension). Indien bemühte sich unter Rajiv Gandhi aber, ein besseres Klima herzustellen. Darunter zähle auch, daß Indien Colombo versichert habe, daß es keine Teilung Sri Lankas und eine Verhandlungslösung wünsche.

Beide Minister stimmten sodann in der Beurteilung überein, daß in China wichtige Veränderungen eingetreten sind. *BM*: Diese seien für uns interessant, für die Sowjets dagegen besorgniserregend. Der *Gast* sprach von „wind of change“. Er fragte nach der Beurteilung des *BM* hinsichtlich des West-Ost-Verhältnisses.

BM führte aus, Genfer Gipfeltreffen³³ sei ein Ausgangspunkt gewesen. Über Tempo und Ausmaß der Bewegung könne man keine Voraussage treffen. *GS* Gorbatschow wünsche eine grundsätzliche Reform des Systems im Hinblick auf

³² Korrigiert aus: „annahmen“.

³³ Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

mehr Effizienz. Dies habe nichts mit Liberalisierung zu tun. Für seine Pläne bedürfe er des Westens. Das gäbe uns evtl. Chancen, zu Fortschritten bei der Rüstungskontrolle zu gelangen.

Die USA hätten inzwischen den Weltraum sozusagen technologisch „entdeckt“. Dies könne rüstungstechnisch auf eine gewisse Destabilisierung hinauslaufen. Um diese Gefahr zu überwinden, könne es nur eine engere Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington geben. In der Sache habe Genf keine Annäherung gebracht, wohl aber Türen geöffnet, durch die man jetzt hindurchschreiten müsse. Wir in Europa müßten helfen, daß diese Türen geöffnet blieben und ein Abbau des erschreckenden gegenseitigen Mißtrauens erfolge. Es sei gut, daß das ursprünglich für Sommer geplante nächste Treffen jetzt auf später verschoben werde.³⁴ Dies ist nach unserer Ansicht besser, weil man bis Juli kaum genügend substantielle Fortschritte in Sachfragen erzielen könne. Beim zweiten Zusammentreffen könne man sich nicht darauf beschränken, nur eine Klimaverbesserung festzustellen, sondern müsse auch Substanz vorzuweisen haben. Man gerate nah an den US-Wahlkampf³⁵ heran. Jedoch müsse man davon ausgehen, daß Präsident Reagan aufrichtig interessiert sei, Fortschritte zu erzielen.

Eine Unbekannte in der Gleichung seien die sowjetischen Militärs und wie sie reagierten. Selbst Breschnew mußte sie zufriedenstellen. Vielleicht sei das heute auch so.

AM: Als letzten Punkt griff der Gast noch das Nord-Süd-Thema auf und plädierte für eine angemessene IDA-VII-Auffüllung und eine Erhöhung von IDA VIII.³⁶ Es gelte, einen Durchbruch im Nord-Süd-Verhältnis zu erzielen.

³⁴ Gesandter Wallau, Washington, meldete am 2. Januar 1986, nach vertraulichen Informationen des amerikanischen Außenministeriums habe die UdSSR „kurz vor Neujahr auf den amerikanischen Vorschlag eines Gipfeltermins im Juni 1986 mit dem Gegenvorschlag September 1986 reagiert. Die für die Verschiebung inoffiziell gegebene sowjetische Begründung lautete, man wolle dem ‚Genfer Prozeß‘ mehr Zeit lassen. State Department hält dies für nicht übermäßig einleuchtend und neigt zu der Vermutung, Sowjets hätten einen Termin in der Nähe der US-Kongreßwahlen (November) gewählt, um amerikanische Seite unter innenpolitischen Erfolgsdruck zu setzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 213, Bd. 139348.

³⁵ Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

³⁶ Am 21. Januar 1986 vermerkte Ministerialdirektor Jelonek, daß die Verhandlungen für die achte Aufstockung der Mittel für die International Development Association (IDA VIII) bevorstünden: „Die Argumentation der IDA-Administration zielt auf einen Mindestbetrag von 12 Mrd. US \$. Hauptproblem wird sein, daß die USA zu einer (nominalen) Erhöhung der Mittel für IDA VIII gegenüber IDA VII (9 Mrd. US \$) nur bereit sein dürften, wenn eine gewisse Konditionalität und Differenzierung gegenüber den Empfängerländern durchzusetzen ist.“ Aus Sicht des Auswärtigen Amts solle auf folgende Linie hingearbeitet werden: „Das Volumen von IDA VIII wird so hoch angesetzt, daß der reale Wert von IDA VII einschließlich der Weltbank-Fazilität für Afrika südlich der Sahara erhalten bleibt, was nominal 12 Mrd. US \$ bedeutet. Eine Senkung des deutschen prozentualen Anteils unter 11,5 % sollte nicht vorgenommen werden, da andernfalls eine Verteilungsdiskussion in Gang gesetzt würde, die uns angesichts der zu erwartenden restriktiven Haltung einiger Geber nicht recht sein kann.“ Vgl. Referat 402, Bd. 133903.

Auf ihrer Tagung am 27./28. Januar 1986 in Paris beschlossen die IDA-Mitgliedstaaten, auf eine Erhöhung des Kapitals für IDA VIII auf 12 Mrd. Dollar „hinzuarbeiten“. In der Presse wurde dazu berichtet, daß sich Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Konditionalität der Mittelvergabe ergeben hätten: „Während eine Verkürzung der Laufzeiten der weichen Mittel von heute 50 bis möglicherweise sogar 35 Jahre oder ein früherer Rückzahlungsbeginn (nach 8 statt bisher nach 10 Jahren) eine gewisse Billigung fanden, stieß der Vorschlag einer Erhöhung der Zinsen und Gebüh-

BM: Wir waren froh, daß es bei IMF/Weltbanktagung in Seoul Ergebnisse gab.³⁷ Wir fragten uns, wie man den Dialog vernünftig und realistisch fortsetzen könne.

Vor sechs Jahren war das Treffen in Cancún eine gute Begegnung.³⁸ Am Schluß habe man den großen Fehler gemacht, keine Überprüfungskonferenzen vorzusehen, wie z. B. bei KSZE. Damit hätte man vermeiden können, daß die damaligen Ergebnisse in den Aktenschränken verschwinden. Die damaligen Ausrichter, Mexiko und Österreich, waren inzwischen wegen Wechsels der Personen nicht mehr so enthusiastisch. Aber inzwischen rege sich bei Österreich und in Jugoslawien wieder mehr Zustimmung. Er werde in Kürze in Wien darüber sprechen.³⁹ Der Vorteil bei Cancún sei die überschaubare Größe und die intelligente Auswahl der Teilnehmer gewesen.

Der *Gast* ließ Zustimmung erkennen. Er lud den BM (nach Festlegung des Textes einer kurzen gemeinsamen Presseerklärung) zu einem Besuch in Dhaka ein.

Referat 340, Bd. 144646

Fortsetzung Fußnote von Seite 31

ren (zurzeit rund 1%) auf die Ablehnung der großen Mehrheit.“ Vgl. den Artikel „Konstruktiver Wille zur Aufstockung des IDA-Kapitals“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 31. Januar 1986, S. 11.

³⁷ Die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank fand vom 8. bis 11. Oktober 1985 statt. Die dabei gefaßten Beschlüsse sahen u. a. vor: „Verlängerung des erweiterten Zugangs zu den Mitteln des IWF, der Kredite weit über die regulären Ziehungsgrenzen hinaus erlaubt, um ein weiteres Jahr; Wiedervergabe der Rückflüsse des Trust Funds (2,7 Mrd. SZR) an die ärmsten EL zu weichen Bedingungen; keine Übereinstimmung über Neuzuteilung von SZR (USA, GB, JAN und D ablehnend, da kein globaler Bedarf an zusätzlicher Liquidität; zustimmend u. a. F sowie EL); Diskussion über Verbesserung der Funktionsweise des Weltwährungssystems auf der Grundlage von Studien der G 10 (IL) und der G 24 (EL im IWF-Interimsausschuß); Aufnahme von Verhandlungen über achte Wiederauffüllung von IDA; grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den meisten Mitgliedstaaten (außer USA) über Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung der Weltbank; Verabschiedung der Konvention über eine multilaterale Investitionsversicherungsagentur“. Vgl. die Aufzeichnung der Referate 400, 412 und 422 vom 26. März 1986; Referat 422, Bd. 148934.

³⁸ In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz über Zusammenarbeit und Entwicklung statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

³⁹ Bundesminister Genscher hielt sich am 18./19. März 1986 in Österreich auf. Zum Gespräch mit dem österreichischen Außenminister Gratz vgl. Dok. 78.

6

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**424-411.10 SYR-12/86 VS-vertraulich****10. Januar 1986¹**Herrn Staatssekretär²Betr.: Lieferung chemischer Produkte nach Syrien, die möglicherweise zur Herstellung chemischer Waffen (CW) verwendet werden³Bezug: Ihre Bitte um Unterrichtung auf BND-Mitteilung vom 10.12.85 – 014-StS 1035/85 VS-v beigelegt (Anlage 1⁴)

Anlg.: 3 – nur bei Exemplar 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zeichnung beigelegten Schreibens an StS von Würzen⁵

I. Der BND hat in Antwort auf unsere erneut gestellte Frage nun eine ausführlichere Bewertung der Aktivitäten des syrischen Forschungsinstituts CERS⁶ im CW-Bereich übersandt (siehe Schreiben vom 27.12.1985 – 02-9-2704/85 geh. beigelegt, Anlage 2⁷). Hierin ist auch Stellung genommen, welche Bedeutung der Lieferung chemischer Vorprodukte durch deutsche Firmen bei der syrischen CW-Herstellung beizumessen ist. Es wird folgendes Bild gezeichnet:

a) Das CERS-Institut produziert CW – speziell das Nervengas Sarin – in erheblichem Umfang. Diese Feststellung wird nicht weiter relativiert. CERS sei „Tarnadresse für die syrische Kampfstofffabrik“; Syrien (und der Irak) besäßen „derzeit bereits vermutlich mehr Nervenstoff, als die NATO in Mitteleuropa verfügbar hat“, oder würden ihn in Kürze besitzen.

b) Lieferungen chemischer Vorprodukte an das CERS durch deutsche Firmen, und zwar – soweit bisher bekannt – 100t wasserfreier Flußsäure (hydrogen fluoride) Fa. Riedel-de Haën, 500t Thionylchlorid Fa. Gerrit van Delden (in griechischem Besitz), seien zur Herstellung von Sarin geeignet und würden vom CERS gemeinsam mit dem von anderen Lieferanten weltweit erworbenen Dimethylphosphit in einem dazu entwickelten Syntheseverfahren auch hierzu verwendet.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Horsten konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat laut handschriftlichem Vermerk vom 13. Januar 1986 Staatssekretär Ruhfus vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 14. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent Kastrup an Referat 424 verfügte.

Hat Kastrup bzw. Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 14. Januar 1986 vorgelegen.

³ Zur Ausfuhr von Flußsäure nach Syrien durch Firmen aus der Bundesrepublik vgl. AAPD 1985, I, Dok. 65 und Dok. 99.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 11.

⁶ Centre d'Étude et de Recherches Scientifiques.

⁷ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Aus der von CERS bisher beschafften Menge Dimethylphosphit (mindestens 1200t) ließen sich ca. 1600 bis 1700t Sarin herstellen. Dazu benötige man außerdem ca. 800 bis 850t wasserfreier Flußsäure sowie ca. 1400t Thionylchlorid.

Die vom CERS bei den deutschen Firmen gekauften Mengen der letztgenannten Stoffe überstiegen bei weitem den Bedarf eines Forschungsinstituts und seien auch nicht mit dem von syrischer Seite offiziell genannten „zivilen“ Verwendungszweck (Schiffslacke, Ätzmittel) zu erklären.

Für den BND scheint es keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß CERS CW – Sarin – in großen Mengen herstellt und hierzu auch chemische Vorprodukte verwendet, die u. a. in erheblichem Umfang von deutschen Firmen geliefert worden sind. Diese Beurteilung wird auf Erkenntnisse von Partnerdiensten (USA, ISR) und eigene physikalisch-technische Feststellungen gestützt.

II. Weiteres Vorgehen

1) Die Prüfung rechtlicher Eingriffsmöglichkeiten ergibt, daß sowohl wasserfreie Flußsäure wie auch Thionylchlorid genehmigungsfrei ausgeführt werden können. Die Ausfuhr beider Stoffe wird auch von den anderen westlichen Industrieländern, die wie wir gewisse chemische Vorprodukte unter Ausfuhrkontrolle gestellt haben⁸, nicht kontrolliert (Ausnahme USA, die Flußsäurelieferungen allerdings nur nach Syrien, Iran, Irak einer Genehmigungspflicht unterworfen haben). Die Begründung liegt darin, daß für beide Stoffe wesentliche zivile Anwendungsmöglichkeiten bestehen. Sie sind darüber hinaus nicht als unmittelbare CW-Vorprodukte anzusehen, da erst weitere Syntheseschritte zum CW-Endprodukt führen.

Bei den auf australische Initiative in Brüssel geführten Gesprächen konnte innerhalb der westlichen Industrieländer keine Einigung auf Ausweitung der kontrollpflichtigen Substanzen erzielt werden (siehe hierzu Aufzeichnung Ref. 424 vom 2.1.86 – 424-411.10 VS-NfD, Anlage 3⁹). Allerdings wurde Einigung über eine sog. „warning list“ erzielt, in der auch Flußsäure und Thionylchlorid enthalten sind. Sinn der „warning list“ ist es, die Industrie vor Vertragsschlüssen bei ungewöhnlichen Mengen oder dubiosen Abnehmern zu warnen.

⁸ Die Bundesregierung stellte mit der 52. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 14. Mai 1984 die Ausfuhr von Methylphosphonsäuredimethylester, Methylphosphonsäuredifluorid, Methylphosphonsäuredichlorid, Phosphoroxchlorid und Thiolglycol unter Genehmigungspflicht. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. BUNDESANZEIGER vom 15. Mai 1984, S. 4509.

⁹ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel bilanzierte das dritte Treffen von 15 Industriestaaten am 11./12. Dezember 1985 in der australischen Botschaft in Brüssel über die Einführung weiterer Exportkontrollen für chemische Substanzen. Dabei sei vor allem von Italien, Japan und der Bundesrepublik auf die laufenden Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Verbot chemischer Waffen hingewiesen worden: „Wenn überhaupt, komme deshalb nur ein inhaltlich begrenztes und zeitlich interimistisches Vorgehen im Rahmen der australischen Initiative in Betracht. [...] Wie auch immer man zu diesen grundsätzlichen Fragen stehen mag, zu denen die Scheu der großen Chemieproduzenten kommt, weitere Substanzen unter administrative Ausfuhrkontrollen zu stellen, sie führten jedenfalls dazu, daß eine Einigung im Sinne zusätzlicher Kontrollen in Brüssel nicht möglich war.“ Dessenungeachtet hätte eine Einigung über eine „warning list“ mit 35 Substanzen erzielt werden können: „Diese Liste dient der Bewußtmachung der chemischen Industrie und kann so eine echte Warnfunktion erfüllen. Sie macht auch der Industrie ihre Verantwortung auf diesem wichtigen Gebiet deutlich.“ Damit sei die australische Initiative „im wesentlichen abgeschlossen“. Vgl. Referat 424, Bd. 135876.

2) Entsprechend dieser „warning list“ sollte das federführende BMWi gebeten werden, auf die beteiligten Firmen einzuwirken, von den bereits mit dem CERS-Institut vereinbarten Lieferungen Abstand zu nehmen, jedenfalls keine weiteren Lieferungen von Stoffen der „warning list“ mit dem CERS zu vereinbaren. Darüber hinaus sollte der Verband der deutschen chemischen Industrie (und über ihn möglichst alle deutschen Chemieunternehmen) auch über die speziellen Verdachtsmomente gegen das CERS-Institut unterrichtet werden.

Diese Bitte sollte mit hierzu beigefügtem Schreiben des Herrn Staatssekretärs dem BMWi übermittelt werden, da in gleicher Sache (Lieferungen der Fa. Riedel-de Haën betreffend) ein Schriftwechsel auf StS-Ebene stattgefunden hat.¹⁰ StS von Würzen hatte seinerzeit Bereitschaft des BMWi zu erkennen gegeben, die chemische Industrie über problematische Vorgänge in diesem Bereich aufklären zu wollen. Eine Unterrichtung hat jedoch bisher – soweit hier bekannt – noch nicht stattgefunden.¹¹

Jelonek

VS-Bd. 13733 (424)

¹⁰ Staatssekretär Ruhfus bat Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, mit Schreiben vom 11. Juni 1985, die Firma Riedel-de Haën AG zu einem freiwilligen Verzicht auf weitere Lieferungen von Flußsäure nach Syrien zu bewegen und in einem Gespräch mit Vertretern der chemischen Industrie auf die Problematik der Ausfuhr chemischer Substanzen hinzuweisen. Für das Schreiben vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck vom 6. Juni 1985; VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

¹¹ Mit Schreiben vom 13. Januar 1986 erinnerte Staatssekretär Ruhfus Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, an seine Bereitschaft, „Verband und Firmen der deutschen chemischen Industrie über problematische Vorgänge“ bei der Ausfuhr von zur Herstellung chemischer Waffen geeigneter Substanzen aufzuklären: „Über diese allgemeine Unterrichtung hinaus halte ich eine erneute Kontaktaufnahme mit Vertretern der Fa. Riedel-de Haën und Gerrit van Delden für geboten, bei der den Firmen klargemacht werden sollte, daß ihre Lieferungen an das CERS-Institut mit großer Wahrscheinlichkeit der Herstellung chemischer Kampfstoffe dienen. Die Firmen sollten schon im eigenen Interesse, aber auch zur Vermeidung von außenpolitischen Belastungen, die der Bundesrepublik Deutschland insgesamt drohen, von der Auslieferung auch bereits kontrahierter Liefermengen Abstand nehmen. Auf keinen Fall sollten sie neue Verpflichtungen eingehen.“ Vgl. VS-Bd. 13733 (424); B 150, Aktenkopien 1986.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel vermerkte am 7. März 1986, daß das Bundesministerium für Wirtschaft ein entsprechendes Schreiben an die Firma Riedel-de Haën AG gerichtet habe, nicht jedoch an die Firma Gerrit van Delden GmbH, da es sich um ein „noch dazu in griechischem Eigentum“ befindliches Textilunternehmen handele: „Bei einer Besprechung im Verband der Chemischen Industrie am 3.3.1986 teilte der Vertreter der Fa. Riedel-de Haën mit, sein Unternehmen habe nicht die geringste Absicht, sich irgendwie mit dem Verdacht der Herstellung chemischer Waffen in Verbindung bringen zu lassen. Angesichts des mit Syrien geschlossenen Vertrages hätte das Unternehmen nicht von sich aus auf die Lieferungen verzichten können, als die Verdachtsmomente bekannt wurden. Der Brief des BMWi und der Hinweis auf den Wunsch der Bundesregierung, aus außenpolitischen Gründen die Lieferung zu verhindern, gebe ihm jedoch die Möglichkeit, vom Vertrag zurückzutreten. Der Vorstand habe dies bereits informell beschlossen; die förmliche Entscheidung des Vorstands werde in diesen Tagen getroffen.“ Vgl. VS-Bd. 13733 (424); B 150, Aktenkopien 1986.

7

Ministerialdirigent von Ploetz an die Botschaft in Washington

Dg 20-530.36 LIY-9/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 50

Aufgabe: 10. Januar 1986¹

Betr.: Gespräch BM–Botschafter Burt am 9.1.1986;
 hier: Terrorismusbekämpfung (Libyen)²

Nachdem BM im Zusammenhang einer gesamtpolitischen Lageanalyse davor gewarnt hatte, einen Zwang für die moderaten Kräfte im Nahen Osten zu erzeugen³, sich in falscher Richtung zu solidarisieren, wofür BM die Reaktionen aus dem Nahostraum auf die amerikanischen Maßnahmen gegen Libyen⁴ als Beispiel genannt hatte, nahm er Bezug auf die gestrige Unterrichtung Dobbins–D3 über die amerikanischen Beschlüsse und die dabei erfolgte erste deutsche Stellungnahme.⁵ Jetzt müsse man sich darüber verständigen, wie die von den USA vorgeschlagenen Konsultationen erfolgen sollten.

BM erläuterte, daß er es im Kabinett am 3.1. als unabdingbar bezeichnet habe, mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten – diese seien allerdings nicht rechtlicher Natur – dafür zu sorgen, daß deutsche Firmen keine kommerziellen Vorteile daraus ziehen würden, wenn die amerikanischen Maßnahmen Wirkung hätten. BM äußerte Verständnis für diesen wichtigen Punkt in der Reagan-Erklärung. GB verhalte sich ähnlich wie wir.

¹ Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 10. Januar 1986 zur Mitzeichnung vorgelegen.

² Vgl. dazu die Anschläge am 27. Dezember 1985 in den Flughäfen von Rom und Wien; Dok. 2, Anm. 31.

³ Korrigiert aus: „überzeugen“.

⁴ Am 7. Januar 1986 verordnete Präsident Reagan folgende Maßnahmen gegen Libyen: „Mit sofortiger Wirkung verboten sind: Gewährung oder Verlängerung von Krediten und Anleihen; Reisen von US-Bürgern oder auf Dauer in den USA niedergelassener Personen nach und aus Libyen [...]. Mit Wirkung ab 1.2.1986 verboten sind: Aus- und Einfuhr von Waren, Dienstleistungen und Technologien nach und aus Libyen – Ausnahmen: Publikationen, Nachrichtenmaterial und humanitäre Spenden; Transport und Verkehr nach und von Libyen; Ankauf von Waren zwecks Ausfuhr aus Libyen in Drittländer; Abschluß und Durchführung von Wirtschafts- und Handelsverträgen.“ Darüber hinaus kündigte Reagan am 8. Januar 1986 an, „daß ab sofort alle finanziellen Guthaben Libyens in den USA eingefroren werden“. Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sudhoff vom 9. Januar 1986; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986. Für den Wortlaut der Executive Orders Nr. 12543 und Nr. 12544 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd.86 (1986), Heft 2108, S. 37f.

⁵ Ministerialdirektor Sudhoff notierte am 9. Januar 1986, daß der amerikanische Gesandte Dobbins ihm am Vortag die von Präsident Reagan am 7. Januar 1986 erlassenen Sanktionen gegen Libyen vorgetragen und die Entsendung des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead zu weiteren Gesprächen angekündigt habe. Er, Sudhoff, habe zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung „eine vorherige Konsultation für hilfreich erachtet“ hätte, sei auf die Sanktionsmaßnahmen im einzelnen aber nicht eingegangen: „Bei einzelnen Maßnahmen habe ich jedoch darauf verwiesen, daß diese für uns ohnehin Realität seien: Wir exportieren nach Libyen weder Waffen, noch gibt es eine nukleare Zusammenarbeit, noch einen High-tech-Transfer. Die Einreise- und Visumsvorschriften gegenüber Libyen seien schon vor geraumer Zeit verschärft worden, unsere Sicherheitsmaßnahmen, auch an Flugplätzen, befänden sich auf höchstem Niveau. Was die von den US-Maßnahmen geschaffene Wirtschaftslücke angehe, so sei es eine Selbstverständlichkeit, daß wir von den deutschen Firmen erwarteten, [...] daß sie nicht auf Kosten der Amerikaner ihre Geschäfte ausweiten sollten.“ Vgl. VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1986.

Burt warf ein, Howe habe in diesem Sinne eine Erklärung abgegeben. Es sei wichtig, dies in die europäischen Konsultationen einzubringen.

BM hielt fest, wir hätten dies gestern erklärt und würden dies im Anschluß an das jetzige Gespräch erneut sagen.

Für uns sei wichtig, zur Verhinderung von terroristischen Akten eine noch engere Zusammenarbeit herzustellen. BK habe sich in diesem Sinn im Dezember gegenüber Shultz geäußert.⁶

BM erinnerte an die Terrorismuserfahrungen der Bundesregierung und unterstrich, daß die zuständigen inneren Behörden jede Möglichkeit zur Zusammenarbeit nützen müßten. Ereignisse wie die in Wien und Rom gäben dafür einen Impuls.

BM erinnerte daran, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Frage der Sichtvermerkerteilung an Libyer die schärfsten Maßnahmen unter den Europäern getroffen habe, was für ein Land mit vielen offenen Grenzen ein großes Problem darstelle.

Bei der Zusammenarbeit seien wir besonders an einem stärkeren Informationsaustausch über die Bewegungen bestimmter Personen interessiert. Durch Hinweise, auch aus dem arabischen Lager, habe vieles verhindert werden können. Die Entschlossenheit zur Zusammenarbeit solle sehr deutlich gemacht werden.

Burt warnte davor, das dringliche Problem der Terrorismusbekämpfung nicht zu einem europäisch-amerikanischen Problem werden zu lassen. Er selbst habe sich in seiner heutigen Pressekonferenz standhaft geweigert, eine kritische Stellungnahme zur Haltung der Bundesregierung abzugeben. Er habe die starke Verurteilung des Terrorismus durch die Bundesregierung begrüßt. Zu Libyen sollten die Bundesregierung und die anderen EG-Regierungen aber die Schritte des US-Präsidenten sehr deutlich ansehen. Es gebe starke, ja zwingende Gründe, Gaddafi zu „exkommunizieren“.

Burt warnte vor einer langen Diskussion über die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen, es gehe nicht um bilaterale Differenzen, sondern darum, daß ein Land den zivilisierten Nationen der Welt eine Art Krieg erklärt habe. Zu einem solchen Land solle man keine Kontakte haben. Die amerikanische Bitte gehe dahin, die US-Schritte zu prüfen und zu sehen, welche Schritte die Bundesrepublik und die EG unternehmen könnten.

Auf BM-Frage nach der beabsichtigten Wirkung erklärte Burt, Gaddafi sei gegenüber der westlichen Meinung nicht unsensibel. Außerdem spiele für ihn die Fähigkeit des Ölexportes (und die dafür notwendige technologische Unterstützung) eine große Rolle für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Man müsse ihn daher durch eine effektive, multilaterale Anstrengung vor die Wahl stellen – seine Haltung zum internationalen Terrorismus zu überdenken oder ernsthafte Probleme in Kauf zu nehmen.

Burt bezeichnete es als nützlich, einen amerikanisch-europäischen Dialog auf hoher Ebene vorzusehen. Er nahm Bezug auf einen – uns bisher nicht bekann-

⁶ Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Außenminister Shultz führten am 14. Dezember 1986 ein Gespräch in Ludwigshafen. Vgl. dazu die Meldung „Begegnung mit Kohl in Oggersheim“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Dezember 1985, S. 2.

ten – griechischen Vorschlag für ein AM-Treffen EG–USA, zu dem Shultz bereit sei. Auf nähere Nachfrage nach dem Forum wollte Burt keine Option ausschließen, äußerte aber Präferenz für EG–USA und Skepsis gegen NATO.

Burt regte ferner EG-Erklärung an, daß kein europäisches Unterlaufen der US-Maßnahmen stattfinden werde, und stellte die – inoffizielle – Überlegung an, ob die Ernennung eines hohen AA-Beamten für Fragen der Terrorismusbekämpfung (nach dem Muster von Oakley, Assistant Secretary to Combat Terrorism) als politisches Symbol nicht unwichtig wäre.

Zu den Beratungen im Siebener-Rahmen verwies Burt auf französische Zurückhaltung, die Zusammenarbeit über die Fragen der Luftfahrtsicherheit hinaus zu erweitern. BM begrüßte diese Versuche und verwies auf den in Paris gewonnenen Eindruck einer sehr positiven Haltung zur Zusammenarbeit bei der Terrorismusabwehr.⁷

Burt kündigte an, daß er mit BM Zimmermann über eine Intensivierung der Kontrollen von Libyern in der Bundesrepublik sprechen wolle⁸, und zwar sowohl der Angehörigen des Volksbüros und anderer Diplomaten wie auch der sogenannten Studenten.

Burt regte auch an, die Schließung des Volksbüros ernsthaft zu prüfen. Die USA hätten vor vier Jahren vor diesem Problem gestanden.⁹ Damals hätten sich über fünftausend US-Staatsangehörige in Libyen aufgehalten, man habe diese Präsenz inzwischen auf eintausendfünfhundert reduzieren können und wirke jetzt auch auf deren Ausreise hin.

Burt rechnete damit, daß zwar auch einige bleiben, aber Wirkung eintritt. Die Occidental Oil Company werde der US-Weisung entsprechen (ob sie ihre Gesellschaftsanteile in Libyen aufgeben wird, war Burt nicht bekannt). Die Bundesregierung solle ihre Staatsangehörigen zum Verlassen von Libyen auffordern.

BM erinnerte daran, daß die libysche Ölindustrie in allen sensiblen Bereichen durch US-Seite betrieben werde. Im übrigen unterstrich BM, daß das Geiselnahmeproblem für uns keine Frage der Zahl sei. Die Regierung werde erfahrungsgemäß auch dann um Hilfe angegangen und müsse helfen, wenn trotz nachhaltiger Warnungen Geiselnahmen stattfänden. BM erinnerte an Beispiele im Irak.

Burt versuchte moralischen Unterschied herauszuarbeiten, wenn es um das Leben unschuldiger Terrorismusopfer im eigenen Land und die Sicherheit von Bürgern gehe, die sich auf eigenes Risiko der Gefahr der Geiselnahme aussetzen.

BM erinnerte auch daran, daß unser Libyen-Handel in den letzten Jahren abnehmende Tendenz habe, was sich auch bei dem Rückgang der durch Hermes garantierten Libyen-Forderungen niederschlage. Die Wirtschaftsbeziehungen USA–Libyen hätten entgegengesetzte Tendenz. BM erinnerte im übrigen daran, daß Kredite bei uns in den Sanktionsbegriff fielen.

⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 7. Januar 1986 in Paris; Dok. 2.

⁸ Der amerikanische Botschafter Burt traf am 14. Januar 1986 mit Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Zimmermann: Den Terror nicht nur nach Anschlägen bekämpfen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1986, S. 1.

⁹ Das libysche Volksbüro in Washington wurde am 6. Mai 1981 geschlossen.

BM unterstrich, daß die Bundesregierung nicht erpreßbar sei. Deshalb habe sie gestern bewußt nicht auf das Geiselnisiko in Libyen oder wirtschaftliche Interessen hingewiesen. Der libyschen Seite sei dies aus gegebenem Anlaß über einen hochrangigen Beauftragten Gaddafis gesagt worden: Wir verzichteten auf Ankündigungen und große Erklärungen, über unsere Festigkeit solle sich aber niemand täuschen.¹⁰

Auf Frage nach Beweisen für die libysche Beteiligung an den Anschlägen in Rom und Wien erwähnte Burt sehr sensitive nachrichtendienstliche Erkenntnisse. Ein Bericht zur Information der Verbündeten sei in Vorbereitung.

BM faßte zusammen: Es werde kein Unterlaufen amerikanischer Maßnahmen geben. Wir würden uns auch für entsprechendes Verhalten der EG-Partner und eine europäische Erklärung in diesem Sinne einsetzen. Die USA würden uns bei jeder Maßnahme zur Abwehr terroristischer Anschläge auf ihrer Seite finden, im AA werde die Einrichtung eines Terrorismusreferats vorbereitet.¹¹ Wenn eine Ministerzusammenkunft gewünscht werde, würden wir den Vorschlag unterstützen. Es sei allerdings wichtig zu überlegen, was das Ergebnis sein solle.

Botschafter Burt dankte für die Ausführungen BMs. Die Botschaft werde mit dem AA in Verbindung bleiben und weiteres Material übermitteln.

Die im Anschluß an das Gespräch herausgegebene Erklärung des Pressereferats, die mit Burt abgestimmt war, ging der Botschaft bereits als Fernkopie zu. Dieser Erlaß ist von BM noch nicht genehmigt.

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 12994 (204)

¹⁰ Vgl. dazu das Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem ehemaligen libyschen Minister für äußere Sicherheit, Belgassem, am 28. Juni 1985; AAPD 1985, II, Dok. 179.

¹¹ Mit Schrifterlaß vom 5. Dezember 1985 informierte Staatssekretär Meyer-Landrut darüber, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in der Abteilung 5 des Auswärtigen Amts neben einem Arbeitsstab 50 für Völkerrecht ein Referat für Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung gebildet werde: „Das neue Referat für ‚Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung‘ erhält die Ordnungszahl 515. Der bisher u. a. für Luftsicherheit und Terrorismusbekämpfung zuständige Referatsteil 502-9 wird aufgelöst.“ Vgl. Referat 110, Bd. 198649.

8

Aufzeichnung des Botschafters Citron, z.Z. Bonn**221-370.10-32/86 geheim****15. Januar 1986¹**

Betr.: KVAE;

hier: Gespräch der vier Direktoren und der KVAE-Delegationsleiter am
14. Januar 1986 in Paris1) In Fortsetzung der Gespräche in London² und Bonn³ wurden bei den Konsultationen in Paris folgende Fragen erörtert:

- Westliche Verhandlungstaktik beim GV,
- Überlegungen zur Verhandlungsmasse (restructuring),
- Nutzung des Verhandlungszeitraums bis Herbst 86.

Teilnehmer der Gesprächsrunde waren:

F: Pierre Morel, Politischer Direktor; Botschafter Paul Henri Gaschignard, DL; Herr Couhadon.

GB: Derek Thomas, Politischer Direktor; Botschafter Michael Edes, DL; Miss Alyson Bailes.

US: Mr. C. Thomas, stellv. Politischer Direktor; Botschafter Robert Barry, DL; Mr. Klosson.

D: MD G. v. Braunmühl, D2; Botschafter Dr. K.J. Citron, DL; VLR I Dr. von Studnitz, RL 204.

2) Der französische Politische Direktor Morel leitete die Diskussion zum GV⁴ ein und betonte das französische Interesse, im kleinen Kreis bald eine Annähe-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl mit Begleitvermerk vom 16. Januar 1986 zusammen mit sieben weiteren Aufzeichnungen über das Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vortag in Paris an Staatssekretär Meyer-Landrut und Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Meyer-Landrut am 17. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Genscher am 20. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 21. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 21. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 23. Januar 1986 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 12979 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

² Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren sowie der Leiter der vier KVAE-Delegationen am 29. August 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 234.

³ Im Mittelpunkt des Vierertreffens der Politischen Direktoren am 25. November 1985 stand die Frage eines festen Endtermins für die KVAE in Stockholm sowie die Fortsetzung der Konsultationen zur Erörterung noch offener Sachfragen: „Es wurde schließlich Einigung erzielt, das verstärkte Direktorentreffen vor Wiederaufnahme der Stockholmer KVAE im Januar durchzuführen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz vom 27. November 1985; VS-Bd. 12978 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

⁴ Referat 221 notierte am 8. Januar 1986 zum Thema „Gewaltverzicht“ im Rahmen der KVAE in Stockholm: „Nach der Vereinbarung über die Arbeitsstruktur ist der Gewaltverzicht legitimes Thema in einer von fünf Arbeitsgruppensitzungen geworden. Der Westen konnte sich bisher – zumal nicht Demandeur – auf kritische Beiträge beschränken. Mit der Bestallung von Koordinatoren, auch für den Gewaltverzicht, und der Einführung eines umfassenden Textes der N+N zu Gewaltverzicht ist eine neue Lage gegeben, die der Westen mitgestalten muß. Etwaige Versuche des

zung zu erzielen, um ggf. schon am 23./24. Januar im Allianzrahmen⁵ über diese Thematik sprechen zu können.

Er erwähnte die geplante gemeinsame Reise des deutschen und französischen AM nach Stockholm am 28. Januar⁶ und gab zu verstehen, daß die Teilnahme von AM Dumas auch dazu diene, dem Eindruck (u. a. der SU) entgegenzuwirken, F sei nicht genügend an der KVAE interessiert.

Er erläuterte dann die französischen Überlegungen, für die GV-Redaktion einen neuartigen Ansatz zu suchen, u. a. um damit einen Redaktionsbeginn in Stockholm zu ermöglichen (oral drafting). In diesem Zusammenhang kritisierte er das britische Papier, zeigte jedoch Interesse an den von uns vorgeschlagenen „linkage“-Elementen⁷. F wolle an den Anfang eines GV-Textes die Darlegung der politischen Motive für einen GV stellen (im Sinne des Madrid-Mandats⁸) statt eines „legal patchwork“.

Herr Morel skizzierte folgende Elemente:

- Der GV der Schlußakte von Helsinki⁹ bleibe gültig, es gelte, ihn zu beachten (über die Implementierungskritik müsse in Wien¹⁰ gesprochen werden).
- Transparenz ist ein Schlüsselement, um das Vertrauen zu stärken.
- Transparenz soll als erster Schritt erscheinen, der später weitere Maßnahmen ermöglicht und schließlich zu Abrüstungsmaßnahmen führen kann.
- Das Mandat von Madrid: „Wirkung und Ausdruck ...“.
- GV müsse im Zusammenhang mit anderen Prinzipien gesehen werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 40

Ostens, Fortschritte beim Niederschreiben von konkreten VSBM in allen vier Gruppen von parallelen Fortschritten bei Texten über Gewaltverzicht abhängig zu machen, wären zurückzuweisen. Andererseits wird der Osten ohne eine gewisse Bereitschaft des Westens, erste Gewaltverzichtselemente festzuhalten, keine substantiellen Texte zu VSBM niederschreiben. [...] In jedem Fall muß sich der Westen über die Zielrichtung und Struktur eines GV-Textes klarer werden. Dazu gehören nach unserer Auffassung: kein Vertrag; möglichst nicht zu umfangreich, kein besonderes Dokument, sondern Teil eines Schlußdokuments; KVAE-bezogen, d. h. möglichst keine sachfremden Themen; falls möglich Besserung der Anti-Breschnew- und Erga-Omnes-Wirkung; detaillierte Verknüpfung des Konzepts der Transparenz mit dem Gewaltverzicht.“ Vgl. VS-Bd. 13435 (212); B 150, Aktenkopien 1986.

⁵ Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KVAE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am 24. Januar 1986 vgl. Dok. 21.

⁶ Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.

⁷ In einem von Referat 221 für das Vierertreffen der Politischen Direktoren mit den Leitern der vier KVAE-Delegationen am 14. Januar 1986 in Paris ausgearbeiteten Positionspapier vom 8. Januar 1986 hieß es, daß ein Text zum Gewaltverzicht im Schlußdokument der KVAE Elemente enthalten sollte, „die einen engen konzeptionellen Zusammenhang zwischen VSBM und Gewaltverzicht herstellen, also Formulierungen, wonach z. B. das Konzept der Transparenz dem Gewaltverzicht Wirkung und Ausdruck verleiht und in diesem Sinne weiterentwickelt“. Vgl. VS-Bd. 13435 (212); B 150, Aktenkopien 1986.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

⁹ Vgl. dazu Punkt II der Prinzipienklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

¹⁰ In Wien wurde am 4. November 1986 die dritte KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

US- und UK-DL stellten kritische Fragen und brachten dabei zum Ausdruck, daß sie den französischen Ansatz als einen Schritt zurück vom bisher in der Allianz in Erwägung gezogenen präambularen Text ansehen.

UK: Französisches Konzept könne allenfalls als taktischer Ansatz zur Verzögerung angesehen werden, er sei zu eng und letztlich nicht verhandelbar (auch nicht bei N+N). UK wies vor allem auf das Drängen der anderen Alliierten hin, um endlich eine gemeinsame GV-Position zu erarbeiten.

Herr Morel reagierte defensiv, versprach einen französischen Text in der nächsten Woche; Paris wolle die Verhandlungen keineswegs verzögern, sondern Brücken bauen, ohne die Pandorabüchse einer GV-Neuredaktion zu öffnen.

D2 schloß sich britischen Darlegungen an. Er erinnerte daran, daß die Bündnispartner nach Stockholm gegangen seien, um sicherheitspolitisch solide Ergebnisse zu erreichen: Implementierung von substantiellen CSBM in ganz Europa bis zum Ural (keine Abtrennung der KVAE vom KSZE-Prozeß; keine Sorge vor früher Abrüstungsphase 2, sondern nach Wien allenfalls weitere VSBM-Phase 1 b).

Er plädierte für baldigen Beginn der Drafting-Phase. Der GV sei westliche Karotte, auch um SU zur Bewegung bei VSBM zu bringen.

Es gebe mehrere Möglichkeiten, beim GV-Drafting zu beginnen:

- N+N-Texte¹¹ verändern,
- eigene westliche Texte einführen,
- dem Koordinator¹² Texte zuspieren.

Hierfür sollten Verbündete Konzept entwickeln.

Der UK-Entwurf biete einen guten Einstieg. Auch wir denken an präambulare Sprache (nicht zu lang), auf SA¹³ und VN-Charta¹⁴ basierend, eine Brücke zu den VSBM bildend. Beim französischen Ansatz begrüßten wir den Link zwischen GV und VSBM und dem Mandatsansatz. D2 regte an, britischen mit früheren GV-Elementen und französischem Ansatz zu verbinden, um in der Lage zu sein, die Unterstützung der anderen Alliierten und der N+N zu erhalten.

D2 ging dann noch kurz auf die US-Argumente zum UK-Text ein und erinnerte daran, daß es im europäischen Kontext vor allem darauf ankomme, der SU jede Gewaltanwendung unmöglich zu machen. Er schlug dann vor, die übrigen US-Überlegungen bei der Neufassung der britischen Texte zu berücksichtigen und evtl. die UK- und F-Texte zu verbinden. Wir behielten uns Stellungnahme zu all diesen Texten und falls notwendig eigene Beiträge vor.

¹¹ Die neutralen und nichtgebundenen Staaten brachten am 15. November 1985 den Vorschlag CSCE/SC.7 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen ein. Diese betrafen die Vorankündigung militärischer Aktivitäten, eine Jahresübersicht militärischer Aktivitäten, die Einladung von Beobachtern, die Ankündigung und Beobachtung kurzfristig angesetzter militärischer Aktivitäten, die Beschränkungen bestimmter militärischer Aktivitäten, die Beobachtung auf Verlangen, die Form und Behandlung von Informationen über die durchzuführenden Maßnahmen, die Konsultationsvorkehrungen und den Gewaltverzicht. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 330–337.

¹² Wolfgang Loibl.

¹³ Schlußakte.

¹⁴ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

UK (Thomas) regte an, mit Rücksicht auf F bei Aufnahme bzw. Neubestätigung von früheren Texten zu betonen, daß damit der Wert der ursprünglichen Dokumente nicht gemindert werde. Er sagte zu, einen neuen britischen Text zu liefern, welcher die Anregungen der Partner berücksichtige.

US-DL Barry warnte davor, GV-Texte in die langsame NATO-Maschinerie zu geben. Man sollte am 23./24. Januar in Brüssel die GV-Problematik in allgemeiner Form erörtern. Er habe zwar eine gewisse Sympathie mit dem politischen Ansatz Fs, zweifle jedoch, wie dieser aufgenommen werde; schon im Kreise der 16 werde dies als neu und problematisch angesehen werden, noch viel mehr bei den N+N. Im übrigen enthalte auch das Papier der N+N einen Passus zu den Menschenrechten.

Er plädierte im übrigen dafür, den bisherigen präambularen Ansatz mit dem französischen Ansatz zu verbinden. (US hat ebenfalls einen präambularen GV-Text im kleinen Kreis übergeben.¹⁵) Ein Versuch, die Transparenz als Schlüsselement des GV bei der SU durchzusetzen, dürfte auf Schwierigkeiten stoßen.

DL Citron schlug vor, daß sich die vier DL am Vormittag des 23.1. (vor dem NATO-Treffen) kurz treffen, um zu versuchen, die Texte miteinander zu verbinden, und um ihre GV-Argumentation abzustimmen. (Dabei muß der Eindruck gemeinsamer Vorabgespräche vermieden werden.) Er schloß sich britischer und amerikanischer Auffassung an, daß Erläuterung der politischen Motive für GV in Stockholm nicht genügen werde. Beide Ansätze müßten kombiniert werden, um genügend Material für die parallele GV-Verhandlung zu haben.

F (Morel) äußerte Sorge, daß SU immer mehr GV-Elemente fordern werde. Moskau begnüge sich nicht mit Wiederholung, sondern wolle Neues. F stimme im übrigen einer Verstärkung der Anti-Breschnew-Doktrin-Elemente zu.

D2 äußerte sich skeptisch, ob es möglich sei, gemäß dem französischen Sequentialismus Fortschritte in Stockholm zu erreichen.

F-DL Gaschignard gab zu erkennen, daß F nicht mehr gegen parallelen Beginn des Drafting ist; man sei bereit, erste Sätze zum GV aufzuschreiben, über die Zeitabfolge müsse in Stockholm entschieden werden.

F (Morel) erklärte, daß F die dargelegten Ideen in Texten niederlegen und den Partnern übermitteln werde.¹⁶ F sei bereit, die Vorteile der zwei Ansätze zu vergleichen. Man wolle die Allianz nicht blockieren.

3) Überlegungen zur Verhandlungsmasse (restructuring)

F (Morel) betonte, daß Paris kein neues Allianzdokument plane; Ziel der französischen Überlegungen sei es, lediglich Richtlinien (terms of reference) für die interne Abstimmung der vier Partner anzuregen. Man habe zunächst noch nicht vor, das geplante neue Papier in die Allianz einzuführen.

DL Citron begrüßte die französischen Hinweise auf die Notwendigkeit rechtzeitiger Vorbereitung auf die Verhandlungen. Die Partner müßten vorbereitet

¹⁵ Für das undatierte amerikanische Papier „Suggested Preambular Text on the Non-Use of Force“ vgl. VS-Bd. 11425 (221).

¹⁶ Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), übermittelte am 7. Februar 1986 ein französisches Papier zum Gewaltverzicht. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 20; VS-Bd. 11425 (221); B 150, Aktenkopien 1986.

sein auf eine wirkliche Verhandlung, das schließe auch gewisse Anpassungen der eigenen Positionen, wie sie in französischem Papier angedeutet seien, ein. Citron wies auf die zusätzlichen Überlegungen im deutschen Diskussionspapier, u. a. die Notwendigkeit, die Inspektionen stärker mit der Maßnahme 3¹⁷ zu verknüpfen, hin.

US-DL Barry plädierte dafür, in den bevorstehenden Verhandlungen gemäß dem Madrid-Vorbild Texte zu „draften“ (d. h. möglichst nur „vereinbarte“ Texte niederzulegen und nicht allzu viele Klammertexte nebeneinander zu stellen). Er sprach sich gegen den französischen Terminus „restructuring“ aus und gegen die Rückverweisung des Pakets an Brüssel. Das Paket müsse im Verlauf der Verhandlungen angepaßt werden. Die Frage, welche „Türen“ wir öffnen könnten, sollte im Kreis der Vier weiter erörtert werden.

Als Beispiele für die künftige Verhandlung nannte er die Informationsmaßnahme. Der Westen solle mehr Information in die Maßnahmen 2 und 3 einbauen, ohne schon die unabhängige Maßnahme 1 aufzugeben. Dabei könne der Westen andeuten, daß er zu gegebener Zeit auf eine unabhängige Maßnahme verzichten könne, wenn er genügend Informationssubstanz in 2 und 3 erhalte.

Zum Thema „constraints“ sagte Barry, daß man in Washington daran denke, die constraining elements des Kalenders zu stärken, u. a. dadurch, daß nicht im Kalender angekündigte Aktivitäten inspiziert werden müßten. Zusammenfassend erklärte er, daß die US-Delegation bereit sei, in Stockholm sofort mit dem Drafting zu beginnen.

UK (Thomas) stimmte US-Auffassung zum restructuring zu (einseitiges „conflating“=Zusammenlegen der Vorschläge würde die westliche Position schwächen). Der Westen stehe unter Druck bei den Maßnahmen 1 und 5, bei unabhängigen Luft- und Seeaktivitäten und bei constraints. Wenn immer der Westen sich bewegen müsse, brauche dies nicht vorab in einem Dokument niedergelegt zu werden. Bei unabhängigen Luft- und Seeaktivitäten habe der Westen keinen Spielraum; daher komme es darauf an, unsere Position besser zu präsentieren.

Er äußerte sich skeptisch zu den französischen Überlegungen, man könne das Ergebnis der KVAE schon im Frühsommer festlegen. Er nehme an, daß das Endgame eher im August stattfinden werde.

Britischer DL Edes stimmte US-Vorstellungen, die US-DL vorgetragen hatte, zu. Er gehe davon aus, daß die SU nicht VSBM-Texte vereinbaren werde, wenn

¹⁷ Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor. Für den Wortlaut des Dokuments CSCE/SC.1 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

In der fünften Runde der KVAE vom 29. Januar bis 22. März 1985 brachten sie hierzu erläuternde Arbeitspapiere ein: „Als erstes wurde ein Arbeitspapier zu Maßnahme 1 (Informationsaustausch über militärische Strukturen) am 30.1.1985 eingeführt. Es folgten das Arbeitsdokument zu Maßnahme 2 (jährliche Vorausschau von anzukündigenden Aktivitäten) am 7.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 3 (Notifizierung) am 12.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 4 (Einladung von Beobachtern) am 14.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 5 (Inspektion, Verifikation) am 20.2. und das Arbeitspapier zu Maßnahme 6 (Entwicklung von Kommunikationsmitteln) am 27.2.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats 221 vom 28. Mai 1985; Referat 212, Bd. 133522.

Die Vorschläge wurden am 8. März 1985 auf der KVAE als Gesamtpaket (CSCE/SC.1/Amplified) vorgelegt. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 86–93.

der Westen nicht gleichzeitig beim GV drafte (Skepsis gegen F „endgame“ im Juni). SU gibt traditionell ihre Konzessionen am Schluß.

D2 stellte die Frage nach den Auswirkungen des Zweier-Gipfels¹⁸ auf die KVAE.

US (Thomas) bestätigte, daß es beim Gipfel zweifellos die Neigung geben werde, auf die KVAE-Verhandlungen positiv Einfluß zu nehmen.

F (Morel) sprach die Hoffnung aus, daß der Gipfel im Juli (nicht im September) stattfinde. Im Juni/Juli könnte sich der Gipfel günstig für den Westen auswirken, Reagan und Gorbatschow könnten z. B. Weisungen für die Lösung offener Fragen erteilen. Bei einem September-Gipfel gerate der Westen unter Druck, z. B. falls die SU erst im letzten Augenblick Konzessionen mache.

F-DL kam noch einmal auf Drafting-Prozeß zurück und plädierte dafür, daß Fortschritte nicht im gleichen Tempo in jeder AG gesucht würden, sondern je nach Thema.

UK (Thomas) äußerte sich skeptisch zu den französischen „target dates“. Was geschehe z. B., wenn diese Termine (Mai/Juni) ohne die von F erwarteten „Konkturen der Ergebnisse“ vorbeigingen. Wir schafften unnötig öffentliche Erwartungen (dies sei zweischneidig). Er warnte ebenfalls davor, in den Reden der zwei Außenminister zu viele Erwartungen hinsichtlich eines Ergebnisses im Herbst zu wecken. Er gab aber zu, daß es im westlichen Interesse liege, deutlich zu machen, daß der Westen Fortschritte wolle.

Weitere KVAE-Beratungen

Grundsätzlich wurde zugestimmt, in diesem Frühjahr eine weitere Konsultation im kleinen Kreis (ggf. auf der Ebene D2A i. V.¹⁹, RL 221²⁰) vorzusehen (auf britischer Seite Mr. Daunt). UK-Idee, evtl. den Kreis noch zu erweitern (um CA²¹ und I), fand wenig Zustimmung (Sorge vor Leaks).

Citron

VS-Bd. 12979 (204)

¹⁸ Bei ihrem Treffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf kamen Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, überein, „in nächster Zukunft erneut zusammenzutreffen“. Vgl. die Gemeinsame Erklärung über die Gespräche; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 8. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

¹⁹ Rüdiger Hartmann.

²⁰ Ludger Buerstedde.

²¹ Kanada.

9

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 196****Aufgabe: 15. Januar 1986, 20.10 Uhr****Ankunft: 16. Januar 1986, 02.09 Uhr**

Betr.: Amerikanische Ermittlungs- und Ausbürgerungsverfahren gegen in die USA eingewanderte Personen, denen Beteiligung an NS-Verbrechen zur Last gelegt wird;

hier: Iwan (John) Demjanjuk, geb. 3.4.1920 in Dubowi Macharynzi/Saporosche, ukrainischer (nicht volksdeutscher) Abstammung

Bezug: Bericht des Generalkonsulats Detroit Nr. 21 vom 10. Januar 1986¹
Erlaß vom 19. Dezember 1985 – 511-531E Demjanjuk

Zur Unterrichtung

1) Die Botschaft rät dringend davon ab, dem Ersuchen des Verteidigers von Demjanjuk um Mithilfe bei der Beschaffung von Entlastungsmaterial zu entsprechen. Wir sind dazu rechtlich nicht verpflichtet und liefen dadurch Gefahr, ins Kreuzfeuer amerikanischer, israelischer und jüdischer Kritik zu geraten.

Demjanjuk ist der Paradefall des OSI², dem dessen ehemaliger Leiter Allan Ryan in seinem Buch allein 57 Seiten widmet.³ Er soll die Gaskammern in Treblinka betätigt und daneben zahlreiche Exzeßtaten, insbesondere Morde, begangen haben.

¹ Generalkonsul von Boehmer, Detroit, teilte mit, gegen den 1952 in die USA eingewanderten und später eingebürgerten John Demjanjuk seien 1979 „wegen dessen angeblicher Teilnahme am Massenmord an Juden im Zeitraum 1942–1943 im Konzentrationslager Treblinka“ Ermittlungen eingeleitet worden. 1981 habe das Bezirksgericht in Cleveland Demjanjuk für schuldig befunden, „in den Jahren 1942/43 im Konzentrationslager Treblinka als Wachmann und Bediener der Gaszufuhr am Massenmord an Juden maßgeblich beteiligt gewesen zu sein“. Demjanjuk sei die Staatsangehörigkeit abzuerkennen, und er sei in die UdSSR abzuschicken. Dieses Vorhaben sei jedoch nicht ausgeführt worden: „Im Oktober 1983 beantragte Israel die Auslieferung des ‚Iwan Grozny (Iwan des Schrecklichen) vom Vernichtungslager Treblinka‘, der mit Herrn Demjanjuk identisch sein solle, damit er der israelischen Gerichtsbarkeit zur Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen und Völkermord (war crimes and genocide) zugeführt werden könne. In dem Prüfungsverfahren über Zulässigkeit der Auslieferung stellte das US District Court in Cleveland (derselbe Richter wie im Verfahren des Jahres 1981) fest, daß Personenidentität vorliege und die Voraussetzungen für eine Auslieferung erfüllt seien. Das Verwaltungsgericht in Cleveland gab dem Auslieferungsantrag im Mai 1985 statt. Ein Berufungsverfahren auf Antrag Herrn Demjanjunks beim US Court of Appeal in Cincinnati hatte keinen Erfolg. Am 20.12.1985 beantragte Herr Demjanjuk die Zulassung des Revisionsverfahrens vor dem US Supreme Court in Washington. Die Entscheidung des Gerichts über diesen Antrag wird für etwa den 20. Januar 1986 erwartet. [...] Von dem in den bisherigen Verfahren verwandten Beweismaterial war insbesondere ein Dienstaussweis von Bedeutung, der angeblich von der damaligen SS-Behörde Lublin, Ausbildungslager Trawniki, auf den Namen des Herrn Demjanjuk ausgestellt wurde. Die Verteidigung des Herrn Demjanjuk bestritt die Echtheit dieses Ausweises bisher erfolglos. Der jetzige Verteidiger bat nunmehr das Generalkonsulat, eine Stellungnahme der deutschen Behörden einzuholen, ob und gegebenenfalls in welchen Punkten die Echtheit des Ausweises fraglich erscheine bzw. [er] offensichtlich gefälscht sei.“ Vgl. den Schriftbericht; AV, Neues Amt, Bd. 20255.

² Office of Special Investigations im amerikanischen Justizministerium.

³ Vgl. Allan A. RYAN, *Quiet Neighbors. Prosecuting Nazi War Criminals in America*, San Diego/New York/London 1984, S. 94–141.

Die USA haben sich 1983 bemüht, Israel zur Aufnahme und Strafverfolgung der ausgebürgerten NS-Belasteten zu bewegen. Nach der Botschaft glaubwürdig erscheinenden Pressenachrichten soll Israel dieses amerikanische Anliegen mit der Begründung abgelehnt haben, daß israelische Gerichte die aufgenommenen Personen u. U. wegen Mangels an Beweisen freisprechen würden und Israel sie sodann für den Rest ihres Lebens in seinem Lande dulden müsse.

Die einzige Ausnahme stellte Demjanjuk dar, um dessen Auslieferung Israel die USA ersucht hat.

Demjanjuk hat in den USA den gesamten Instanzenzug einschließlich des US Supreme Court durchlaufen und wird in Israel nochmals Gelegenheit haben, die Frage der angeblich gefälschten Ausweispapiere von einem unabhängigen Gericht überprüfen zu lassen. Sowohl die USA als auch Israel würden es voraussichtlich als Beleidigung ihrer Justiz betrachten, wenn wir uns ohne rechtliche Verpflichtung in diesen Fall einmischten.

Nach hiesigen Pressemeldungen stand die Auslieferung Demjanjucks bereits Ende November bevor. Es ist nicht auszuschließen, daß sein Verteidiger unter Berufung auf seinen Antrag beim Generalkonsulat Detroit einen Aufschub erwirkt hat. Die Botschaft empfiehlt daher, dem Verteidiger möglichst umgehend zu bedeuten, daß wir nur auf ein amerikanisches oder israelisches Rechtshilfeersuchen in dem von ihm gewünschten Sinne tätig werden könnten.

2) Ref. 511 wird gebeten, diesen Bericht als Beantwortung seines Erlasses vom 19. Dezember 1985 zu betrachten und aus den o. a. Gründen darauf zu verzichten, daß die Botschaft sich nach dem Stand des Auslieferungsverfahrens erkundigt.⁴

[gez.] van Well

B 83 (Referat 511), Bd. 1642

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus wies das Generalkonsulat in Detroit am 23. Januar 1986 an: „Der Verteidiger von Herrn Demjanjuk sollte geantwortet werden, daß die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ständiger Verwaltungspraxis Auskünfte in vergleichbaren Verfahren nur an staatliche Stellen, nicht aber an Privatpersonen geben und daß die Auskunftsuchenden insofern auf die Gerichte und die dort geltende Untersuchungsmaxime verwiesen werden. Sollte jedoch nach US-Recht für das anhängige Abschiebungsverfahren keine Verpflichtung der Gerichte bzw. der Behörde bestehen, Untersuchungen bzw. Beweiserhebungen von Amts wegen durchzuführen, wird gebeten, vor einer Antworterteilung noch einmal zu berichten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 562; AV, Neues Amt, Bd. 20255.

Demjanjuk wurde am 28. Februar 1986 nach Israel überstellt. Der Prozeß begann am 16. Februar 1987 in Jerusalem.

10

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Baden-Baden

Geheim

16. Januar 1986¹

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler Helmut Kohl, VLR I Dr. Hartmann als Protokollführer, VLR Siebourg als Dolmetscherin;

auf französischer Seite: Staatspräsident Mitterrand, Herr Musitelli als Protokollführer, Herr Weisser als Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit der Mitteilung, daß er bereit sei, an der Waldkonferenz in Paris² teilzunehmen. Er werde am 5. Februar mittags anreisen, könne aber nur bis abends bleiben. Aus diesem Grunde wäre er dankbar, wenn er seine Rede³ unmittelbar nach Präsident Mitterrand⁴ halten könne. Er habe, um seine Teilnahme zu ermöglichen, andere Termine umstellen müssen, um diese Demonstration der Gemeinsamkeit zu machen.

Der Bundeskanzler berichtet sodann über ein Gespräch mit MP Strauß über die Lage bei Airbus. Hier stehe man vor wichtigen Entscheidungen. Das Unternehmen müsse seine Modellpolitik umstellen. Zur Zeit lägen zwar rund 250 Bestellungen vor. Das Unternehmen brauche jedoch eine Garantie dafür, daß es weitergehe.⁵ Hierbei sei zu berücksichtigen, daß die Entwicklung bei dem Langstreckenmodell schneller vorangehe, als man zunächst geglaubt habe. Er

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 22. Januar 1986 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen „zur persönlichen Kenntnisnahme von BM Genscher“ übermittelt.

Hat Jansen am 23. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und um Übermittlung von Ablichtungen an Staatssekretär Meyer-Landrut und Ministerialdirektor Edler von Braumnühl bat.

Hat Genscher am 16. Februar 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1986.

² Zur Internationalen Konferenz zum Schutz von Baum und Wald („Silva“) vom 5. bis 7. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 42.

³ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 5. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 101 f.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 5. Februar 1986 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Januar/Februar), S. 63–65.

⁵ Das Bundesministerium für Wirtschaft bilanzierte am 3. Februar 1986: „Bis Ende 1985 hatte Airbus-Industrie von seinen Großraum-Modellen A 300 und A 310 insgesamt 330 Flugzeuge verkauft. Für weitere 62 Flugzeuge liegen Bestellungen vor. Bei dem kleineren Airbus-Modell A 320, das Anfang 1988 in Dienst gestellt werden soll, liegen bisher 90 feste Bestellungen vor und für 38 Flugzeuge liegen Vorverträge vor.“ Dagegen könne Airbusindustrie bisher kein Modell für die Langstrecke anbieten. Am 27. Januar 1986 habe der Aufsichtsrat des Unternehmens beschlossen, für zwei Modelle in die Vorbereitungsphase einzutreten: „Es handelt sich um das vierstrahlige Großraumflugzeug A 340 (bisher TA 11 genannt) für etwa 250 bis 270 Passagiere und eine Reichweite von ca. 12 500 km sowie das zweistrahlige Großraumflugzeug A 330 (bisher TA 9 genannt) mit etwa 310 Sitzen und einer Reichweite von ca. 9000 km. [...] Marktanalysen zeigen, daß die A 340 und die A 330 ab Beginn der 90er Jahre einsatzbereit sein müssen. Dies bedeutet, daß mit Programmentscheidungen nicht mehr gewartet werden kann. Dazu kommt, daß McDonnell Douglas plant, eine Langstreckenversion (MD 10) als Ableitung der alten DC 10 anzubieten. Daher muß die A 340 jetzt den Kunden angeboten werden, ehe sich Konkurrenzmuster etablieren.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160435.

habe zu diesem Fragenkomplex ein Memorandum angefordert, das er übersetzen und Präsident Mitterrand zuschicken lassen werde. Im übrigen empfehle er, daß Präsident Mitterrand hierüber auch ein Gespräch mit MP Strauß führe.

Wenn die Entwicklung so verlaufe, wie er vermute, müsse man auch die Frage der Finanzierung vorziehen. Dies werde wichtige Entscheidungen erfordern. Unter anderem werde sich auch die Frage stellen, ob die britische Premierministerin⁶ bereit sei, bei der Weiterentwicklung mitzumachen. Seines Wissens habe Großbritannien einen Anteil von 15 % an Airbus. Wenn die Briten ausstiegen, müsse man überlegen, den Italienern eine Beteiligung in dieser Höhe anzubieten. Er wolle nochmals betonen, daß wir in dieser Frage keine Zeit verlieren dürften. Die Amerikaner machten derzeit große Investitionen. Sie hätten soeben einen großen Auftrag aus Japan erhalten.⁷ Sie stünden auch – ebenso wie Airbus – mit Brasilien in Verhandlungen. Man müsse jetzt auf europäischer Seite investieren, um später Gewinn zu machen. Die Frage, wie es weitergehen solle, müsse daher im nächsten halben Jahr entschieden werden. Mehr wolle er heute hierzu nicht sagen, aber man könne auf die Angelegenheit beim deutsch-französischen Gipfel⁸ zurückkommen.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt sich damit einverstanden, bald über diese Angelegenheit eingehender zu sprechen.

Der *Bundeskanzler* schildert sodann kurz auf eine entsprechende Frage von Staatspräsident Mitterrand die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Er weist insbesondere auf die niedrige Inflationsrate hin und begrüßt ausdrücklich, daß in diesem Punkte auch die Entwicklung in Frankreich einen günstigen Verlauf nehme.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt dem zu und weist darauf hin, daß die Inflationsrate, die zu Beginn seiner Amtszeit⁹ bei rund 14 % gelegen habe, inzwischen auf 2,3 % gesunken sei, wobei die Zielvorgabe 2,5 % gewesen seien. Im Durchschnitt liege die Inflationsrate daher in Frankreich niedriger als in der Gemeinschaft. Nur die Bundesrepublik Deutschland schneide da günstiger ab.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, er finde diese Entwicklung sehr gut; leider fiele nur Italien aus dem Rahmen.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt dem zu und leitet sodann auf die Anfrage von MP Craxi bezüglich einer italienischen Teilnahme an der währungspolitischen Abstimmung der Fünfergruppe¹⁰ über. Er habe in seinem Antwortschrei-

⁶ Margaret Thatcher.

⁷ Botschafter Boss, Tokio, teilte am 27. Dezember 1985 mit, daß das japanische Außenministerium am Vortag über die Entscheidung der japanischen Fluggesellschaft ANA informiert habe, „Boeing den Zuschlag zum Kauf von 15 Flugzeugen (zwischen 1987 und 1990) und 10 weiteren Optionen zu geben“. Ausschlaggebende Gründe seien gewesen: „Betriebs- und Finanzierungskosten; Möglichkeit der Benutzung der bisherigen Flugsimulatoren bei der Pilotenausbildung; einheitliche Technologie und Ersatzteile wie für bisherige Flotte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1911; Referat 411, Bd. 160433.

⁸ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. Dok. 61.

⁹ François Mitterrand übernahm am 21. Mai 1981 das Amt des französischen Staatspräsidenten.

¹⁰ Referat 412 vermerkte am 6. Januar 1986, daß Ministerpräsident Craxi in einem am 30. Dezember 1985 übergebenen Schreiben an Bundeskanzler Kohl mit Blick auf das nächste Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 18./19. Januar 1986 in London „Beschwerde“ darüber geführt habe, „daß die italienische Regierung von Entscheidungen dieser Gruppe über Fragen des internationalen Währungssystems ausgeschlossen bleibe, die [...] Auswirkungen auf andere Staaten hätten. Italien

ben an Craxi hiergegen keine Einwände erhoben. Allerdings müsse man auch bedenken, daß in der Fünfergruppe nur die starken und international wichtigen Währungen vertreten seien, was man von der Lira nicht behaupten könne. Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß ein anderes Problem die Teilnahme des EG-Ratsvorsitzenden sei. Bisher habe sich dieses Problem nicht gestellt, da der Vorsitz bei einem Land gelegen habe, das in der Fünfergruppe vertreten sei. Er neige dazu, dem derzeitigen Vorsitz¹¹ in diesem Punkte entgegenzukommen.

Staatspräsident *Mitterrand* wiederholt, er habe Craxi wissen lassen, daß er gegen eine italienische Teilnahme keine Einwände habe, allerdings auch darauf hingewiesen, daß man sich in dieser Frage mit Deutschland und Großbritannien abstimmen müsse.¹²

Der *Bundeskanzler* kommt erneut auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen und erklärt, er rechne für 1986 mit einem Sinken der Arbeitslosenzahl unter die 2 Mio.-Grenze. Dabei müsse man sich allerdings immer vor Augen halten, daß diese Zahlen nicht das richtige Bild gäben. Es gebe rund 500 000 als Arbeitslose registrierte Personen, die in Wirklichkeit keine Arbeit aufnehmen, sondern schwarzarbeiten wollten.

Staatspräsident *Mitterrand* weist darauf hin, daß in Frankreich die Arbeitslosenzahl 1985 erstmals um 40 000 gegenüber dem Vorjahr gesunken sei. Auch der französische Außenhandel entwickle sich günstig. Frankreich würde einen Außenhandelsüberschuß haben, wenn es nicht das Handelsdefizit in Höhe von rund 34 bis 38 Mrd. Francs gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gebe. Insgesamt belaufe sich das Defizit beim Warenverkehr auf rund 20 Mrd. Francs. Die Zahlungsbilanz sei ausgeglichen. Frankreich wäre sicher noch in einer besseren Lage, wenn es über eigene Erdölvorkommen verfügen würde.

Der *Bundeskanzler* bezweifelt dies unter Hinweis auf die britische Entwicklung. Wegen der Einnahmen aus dem Erdöl, auf die sich Großbritannien verlasse, verringere sich der Zwang zu wirtschaftlichen Anstrengungen.

Staatspräsident *Mitterrand* leitet sodann auf sicherheitspolitische Fragen über. Er habe inzwischen die deutschen Aufzeichnungen¹³ erhalten und könne hierzu folgendes bemerken:

Fortsetzung Fußnote von Seite 49

nehme an den wirtschafts- und währungspolitischen Orientierungen des Wirtschaftsgipfels teil und sei über die Zugehörigkeit zum EWS an die Entwicklungen der DM gebunden. Niemand habe der 5er-Gruppe ein Mandat zu derartigen Entscheidungen gegeben. Ähnliche Schreiben sind auch an die Regierungschefs der übrigen Mitglieder der 5er-Gruppe gerichtet worden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130568.

¹¹ Vom 1. Januar bis 30. Juni 1986 hatten die Niederlande die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹² Bundeskanzler Kohl antwortete Ministerpräsident Craxi mit Schreiben vom 22. Januar 1986, daß er dem Wunsch nach einer „intensiveren Beteiligung der italienischen Regierung an allen grundlegenden Absprachen im Währungsbereich“ zustimme. Die Bundesregierung trete deshalb dafür ein, „die Beratung dieser Thematik in dem Kreis der Zehnergruppe, in der Italien traditionell ein besonderes Gewicht hat, kontinuierlich vorzunehmen. [...] In welcher Form daneben informelle Kontakte in kleineren Gruppen künftig durchgeführt werden, bedarf einer vertieften Erörterung, zu der meine Regierung gern bereit ist.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130568.

¹³ Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 22. Januar 1986, daß es sich vermutlich um eine Aufzeichnung handle, die „Generalinspekteur Altenburg seinem französischen Kollegen zugeleitet hat“. Vgl. VS-Bd. 12966 (202); B 150, Aktenkopien 1986.

- Im konventionellen Bereich könnten beide Seiten eine Reihe von Dingen gemeinsam tun.
- In der Frage der Vorwärtsverteidigung sei er nicht auf eine bestimmte Linie festgelegt, sprich die Linie Rotterdam–Karlsruhe, hinter der die französischen Streitkräfte stehen würden. Er könne akzeptieren, daß die französischen Streitkräfte – hierbei denke er vor allem an die FAR¹⁴ (Schnelle Eingreiftruppe) – auch jenseits dieser Linie stehen würden. Dies sei kein geographisches, sondern ein strategisches Problem. Im übrigen würde sich die Erste französische Armee nicht nach Paris zurückziehen, wenn es zu einer sowjetischen Offensive im konventionellen Bereich komme. Das Problem bestehe jedoch darin, daß die Truppen, die in Richtung Osten – also bis an die innerdeutsche und tschechoslowakische Grenze – bewegt würden, nicht dem integrierten NATO-Oberkommando unterstehen. Dies sei also eine Frage, die mit der NATO verhandelt werden müsse.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er gehe davon aus, daß die französische Struktur eine gegebene Größe sei. Wenn Frankreich die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland forcieren, so sei dies auch eine Hilfe für die NATO.

Staatspräsident *Mitterrand* fährt fort, im übrigen sei er damit einverstanden,

- Manöver verstärkt gemeinsam abzuhalten,
- Ausbildungsmaßnahmen in einer gemeinsamen Institution durchzuführen.¹⁵

Kurzum, alles, was die Verbindungen zwischen Frankreich und Deutschland stärken, werde von ihm bejaht.

Was den nuklearen Bereich angehe, so sei dies in erster Linie ein Problem der Anwendung im prästrategischen Bereich. Hier ließen sich Formeln finden. Natürlich müsse man berücksichtigen, daß der Einsatz dieser Waffen im Kriegsfall wenig Zeit lasse.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man könne zu einer Absprache kommen, wie sie zwischen ihm und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika bestehe.

Staatspräsident *Mitterrand* erwidert, er kenne diese Absprache nicht.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, diese Frage in Paris noch einmal zu besprechen.

Staatspräsident *Mitterrand* kommt sodann auf die Frage der Weltraumpolitik zu sprechen. Hier könne man Fortschritte machen.

Die französische Strategie sei auf Abschreckung ausgerichtet. Frankreich habe sich auf seine Abschreckungskraft verlassen und deshalb den Akzent auf die Eindringfähigkeit seiner strategischen Systeme in das Territorium der UdSSR gelegt. Demgegenüber habe man sich nicht auf den Schutz gegen Waffen konzentriert, die auf Frankreich gerichtet seien. Faktisch seien jedoch beide Be-

¹⁴ Force d'action rapide.

¹⁵ In einer Erklärung zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris erteilten Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand „ihre Zustimmung zu den Vorschlägen für eine gemeinsame Offiziersausbildung [...]. In einer ersten Phase, die spätere Fortentwicklungen einschließt, ist vorgesehen, ab 1986-87 gemeinsame Lehrgänge für Offiziere abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich abzuhalten.“ Vgl. BULLETIN 1986, S. 180.

sorgnisse gegeben. Deutschland, das nicht über Nuklearwaffen verfüge, müsse sich mehr gegen einen Angriff wappnen. Für Deutschland sei daher die rechtzeitige Erkennung und die Abwehr von Nuklearwaffen, sowohl solchen, die von ballistischen Raketen, als auch solchen, die von Flugzeugen transportiert würden, wichtig.

Er sei bereit, zusammen mit Deutschland die Möglichkeiten der Früherkennung und der Bodenverteidigung zu untersuchen. Man dürfe aber gleichzeitig den Weltraum nicht vernachlässigen. Es wäre falsch, wenn Deutschland auf Aktivitäten in diese Richtung verzichten würde. Zunächst gehe es um zivile Aspekte. Hier gebe es keine Beschränkungen für Deutschland. Es wäre daher ein Fehler, wenn Deutschland und Frankreich nicht gemeinsam ihre Politik auf den Weltraum richten würden. Dabei müsse man sehen, welche Projekte hierfür in Frage kämen. Zunächst gehe es aber darum, die entsprechende geistige Einstellung zu gewinnen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, hierbei müsse man auch die Konsequenzen von SDI bedenken. SDI berücksichtige nicht die Mittel- und Kurzstreckensysteme. Wir brauchten daher auch eine europäische Komponente. Dies sei kein Gegensatz zu SDI, und er habe im übrigen auch den Eindruck, daß die USA es gut fänden, wenn auf europäischer Seite diese Frage aufgegriffen werde. Natürlich wüßten wir, daß wir ohne die Nukleargarantie der USA nicht auskommen könnten. Aber die Geschichte gehe weiter. Er wisse nicht, was die Vereinigten Staaten an der Schwelle des nächsten Jahrhunderts tun würden. Zu Präsident Reagan habe er diesbezüglich absolutes Vertrauen. Bei ihm wisse man genau, was er wolle. Aber wer 1988 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werde, könne man beispielsweise nicht vorhersehen. Wenn es Bush werde, wisse man, woran man sei. Bei den Demokraten sei dies schon nicht mehr der Fall. Die Geschichte zeige, daß die amerikanische Politik Sprünge mache. Der Bundeskanzler weist in diesem Zusammenhang auf die amerikanische Politik Anfang der 20er Jahre nach Wilson hin.

Staatspräsident *Mitterrand* erwidert, das französische Problem mit SDI sei vergleichbar mit dem Problem, das Frankreich gegenüber dem integrierten Oberkommando der NATO habe. Frankreich werde sich deshalb nicht an SDI beteiligen, weil es nicht an der Entscheidung über den Einsatz von SDI beteiligt sei. Frankreich könne zwar an der industriellen Entwicklung teilnehmen¹⁶, aber selbst hier gebe es nicht einmal hinreichende Garantien für den Technologietransfer. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Ohne eine Beteiligung an der strategischen Entscheidung mache Frankreich bei SDI nicht mit.

¹⁶ Botschafter Schoeller, Paris, meldete am 30. Januar 1986, daß der französische Verteidigungsminister Quilès am 23. Januar 1986 zur Frage einer Teilnahme französischer Unternehmen an der SDI-Forschung folgende Erklärung abgegeben habe: „Die Regierung ist für eine Beteiligung französischer Firmen am SDI-Programm. ... Diese nehmen in mehreren Bereichen eine gute Position ein. ... Es wäre zu bedauern, wenn sie nicht an SDI-Kontrakten mit den Amerikanern teilnehmen könnten“. Schoeller fuhr fort, daß diese Äußerung in der französischen Öffentlichkeit als Neuigkeit herausgestellt worden sei: „Tatsächlich hatten schon Mitterrand nach dem letzten Bonner Gipfel und nach ihm andere Regierungsmitglieder (AM Dumas) eingeräumt, daß die militärstrategischen Bedenken gegen SDI und das Nein zu staatlicher Finanzbeteiligung nicht den Einstieg französischer Firmen in das Forschungsprogramm ausschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; Referat 209, Bd. 148674.

Deutschland befinde sich hier in einer anderen Lage. Es habe nicht die gleiche Autonomie wie Frankreich. Was die europäische Verteidigung gegen Mittelstreckenwaffen angehe, so könne Frankreich unter keinen Umständen zustimmen, daß ein solches System in SDI integriert werde.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er wolle dies auch nicht; ein europäisches System stehe aber nicht im Gegensatz zu SDI, sondern sei komplementär.

Staatspräsident *Mitterrand* fährt fort, natürlich sei man im gleichen Bündnis und damit auch in dieser Frage verbunden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, genauso sehe er das auch: Ein europäisches System solle komplementär zu SDI sein. Der Bundeskanzler weist sodann darauf hin, daß heute die deutsche Delegation aus den Vereinigten Staaten zurückkehrt.¹⁷ Er gehe davon aus, daß man bald eine Vereinbarung mit den Amerikanern treffen werde. Allerdings würden von deutscher Seite keine öffentlichen Mittel für SDI bereitgestellt. Demgegenüber wolle er allerdings klarstellen, daß man für ein europäisches System selbstverständlich auch Finanzmittel bereitstellen müsse. Es sei wichtig, daß die Deutschen und Franzosen gemeinsam diese Frage jetzt untersuchten.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit sei existenziell für die deutsche Politik – wie übrigens auch die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Er habe gestern dem Vorsitzenden des niederländischen CDA¹⁸ gesagt, wenn die deutsch-französischen Beziehungen exzellent seien, beklagten sich die Partner, sie würden majorisiert. Wären sie schlecht, dann laufe nichts in Europa. Dies habe sich ja ganz deutlich in Luxemburg¹⁹ gezeigt, wo es ohne das Drängen des französischen Präsidenten und des Bundeskanzlers nicht zu einem Ergebnis gekommen wäre.

Staatspräsident *Mitterrand* stimmt dem nachdrücklich zu und ergänzt, er hätte das jetzt erreichte Ergebnis in Luxemburg nicht erwartet, wobei er wohlge-merkt noch auf ein besseres Ergebnis gehofft habe.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, die Diskussion über die sicherheitspolitischen Fragen in Paris fortzusetzen. Bis dahin würden auch die Generalstabschefs²⁰ ihr Papier vorgelegt haben. Dann könne man auch noch einmal überlegen, welche Projekte in Angriff genommen werden sollten. Dabei seien natürlich auch die finanziellen Aspekte zu berücksichtigen.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt sodann, er wolle noch einmal auf das Raumfahrtprojekt Hermes²¹ zu sprechen kommen. Er wolle den Bundeskanzler in

¹⁷ Zu den Gesprächen des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11.

¹⁸ Vorsitzender des Christen Democratisch Appèl war Piet Bukman.

¹⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 27.

²⁰ Wolfgang Altenburg bzw. Jean Saulnier.

²¹ Zum Projekt des rückkehrfähigen Weltraumtransporters „Hermes“ vermerkte Referat 413 am 3. Januar 1986, daß auf der ESA-Ministerratstagung am 30./31. Januar 1985 in Rom beschlossen worden sei, zunächst „die Programme Columbus (Raumstation) und Ariane V/HM-60 (nächste Trägergeneration) als fakultative ESA-Programme einzuleiten“. Hingegen hätten die Minister „trotz französischen Drängens auf Aufnahme auch des Projekts Hermes lediglich begrüßt, daß Frankreich die Vorarbeiten weiterführen und die Partner im Hinblick auf eine spätere ‚Europäisierung‘ auf dem laufenden halten wolle“. Für die Bundesrepublik sei dabei der Kabinettsbeschluss vom 16.

dieser Frage nicht drängen. Das Problem sei aber, daß die beteiligten Unternehmen – hierzu gehörten auch die deutschen Firmen Dornier und MBB – drängten, und man könne sagen, daß die Politik hier sowohl von der Industrie als auch von der Technik unter Druck gesetzt werde.

Der *Bundeskanzler* bezieht sich auf das Gespräch in Paris²² und erklärt, unser Problem liege darin, daß wir unsere Planung auf 1987 ausgerichtet hätten. Dem geselle sich jetzt noch die finanzielle Problematik bei Airbus hinzu. Er sei aber bereit, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wolle noch einen Punkt ansprechen. Er lege größten Wert darauf, daß man sich in der Problematik Terrorismus und in der Frage, wie man sich gegenüber Libyen verhalte, untereinander abstimme. Er wolle ausdrücklich sagen, daß er die amerikanischen Vorschläge für Sanktionen gegen Libyen²³ nicht für glücklich halte.

Staatspräsident *Mitterrand* wirft ein, dies führe ohnehin zu nichts.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, die amerikanische Entscheidung sei vor allem eine innenpolitische Sache gewesen. Man müsse Verständnis dafür haben, da die Amerikaner auch immer die Opfer der Anschläge seien.

Staatspräsident *Mitterrand* erklärt, Frankreich befinde sich gegenüber Libyen in einer besonders exponierten Lage. Frankreich unterhalte Truppen im Tschad, was Gaddafi davon abhalte, dort zu intervenieren, da er dann einen militärischen Konflikt mit Frankreich riskiere. Im übrigen verkaufe Frankreich keine Waffen an Libyen. Auch was den Handel mit diesem Land angehe, stehe Frankreich erst an sechster Stelle.

Er habe kein besonderes Interesse daran, sich mit Gaddafi gutzustellen. Frankreich wolle aber andererseits keine Haltung einnehmen, die es in Gegensatz zu den arabischen Staaten bringe. Sanktionen, wie beispielsweise der Vorschlag, daß Tripolis nicht mehr angefliegen werden soll, brächten nichts. Damit treffe man nur das libysche Volk, nicht aber die Terroristen. Diese könnten nur mit polizeilichen Mitteln bekämpft werden.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu, ergänzt jedoch, dies sei auch ein Problem der Psyche von Gaddafi.

Staatspräsident *Mitterrand* fährt fort, er könne nicht verstehen, daß die Polizei mit dem Terrorismusproblem nicht besser fertigwerde. Hier müsse eine bessere Koordinierung erreicht werden. Er sei bereit, hierzu beizutragen. Wenn die Kontrollen für die Einreise von Terroristen vom Nahen Osten über Europa bis in die USA besser koordiniert würden, könne man weiterkommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 53

Januar 1985 maßgeblich gewesen, „wonach ‚mit Verwirklichung dieser beiden Programme (Columbus und Ariane V) die Möglichkeiten der Bundesregierung, zivile Raumfahrtvorhaben vergleichbarer Größenordnung in Angriff zu nehmen, unter den gegebenen Umständen erschöpft‘ sind. Nunmehr drängt Frankreich wieder, die Europäisierung von Hermes möglichst rasch, spätestens bis Mitte 1986, zu beschließen. Es behauptet, bei anderen ESA-Staaten (Italien, Belgien) schon Zusagen über weitere 40 % erreicht zu haben, so daß bei Übernahme der Hälfte der Kosten durch Frankreich auch ohne D und GB bereits 90 % gesichert seien.“ Vgl. Referat 431, Bd. 142061.

²² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 17. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 347.

²³ Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

Staatspräsident *Mitterrand* ergänzt, er sei sogar bereit, den Schußwaffengebrauch gegenüber Terroristen zu verschärfen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, in der Tat seien die bürokratischen Hemmnisse in diesem Bereich teilweise absurd. Der Bundeskanzler weist sodann auf den Arbeitsausschuß hin, der vom Weltwirtschaftsgipfel eingesetzt worden sei.²⁴ Diese Arbeitsgruppe solle sich mit der Frage befassen. Außerdem würden die Außenminister Ende dieses Monats im Rahmen der EPZ das Problem diskutieren.²⁵ Bei dieser Gelegenheit könne man auch die Überlegung anstellen, ob man die von Präsident Mitterrand angedeuteten Konsequenzen ziehen solle.

Staatspräsident *Mitterrand* betont abschließend noch einmal, daß er hierzu bereit sei.

VS-Bd. 14150 (010)

²⁴ Bei ihrem Treffen am 8. Juni 1984 in London kamen die Außenminister der G7 überein, eine Sachverständigengruppe damit zu beauftragen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu untersuchen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 166.

²⁵ Ministerialdirigent Schlagintweit, z. Z. Brüssel, berichtete am 27. Januar 1986 über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ: „In der Aussprache ergriff Bundesminister als erster das Wort. Er setzte sich dafür ein, daß Libyen beim Namen genannt und offen aufgefordert werde, in Wort und Tat jede Unterstützung des internationalen Terrorismus aufzugeben. Obwohl ihn einige Staaten unterstützten, wurde seinem Antrag in der Erklärung nur in allgemeiner Form entsprochen (We call on all countries that have supported or have been accused of supporting international terrorism, to renounce such support). [...] Bundesminister wies ebenfalls darauf hin, daß auch Wurzeln [des] internationalen Terrorismus gesehen und angegangen werden müssen, vor allem die ungelösten Konflikte im Nahen Osten. Auf deutsche Anregung wurde in Ziffer] 2 die Aufforderung aufgenommen, mit Staaten der Region über Terrorismus und seine Hintergründe Gespräche aufzunehmen, am besten im Rahmen EAD durch Troika-Kontakt, sowie Unterstreichung der Notwendigkeit, Fortschritte bei Friedenslösung zu erzielen, und Bereitschaft der Zwölf, dazu beizutragen. Deutscher Vorschlag, Notwendigkeit direkter Verhandlungen im Rahmen eines internationalen Rahmens zu erwähnen, dem alle betroffenen Parteien zustimmen können, wurde nicht in Erklärung aufgenommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 200, Bd. 134814. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 302 f.

11

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

411-420.30 TUR

16. Januar 1986¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Beziehungen EG–Türkei;

hier: Türkischer Vorschlag der Wiederbelebung der Assoziationsbeziehungen und baldiger Tagung des Assoziationsrates auf Ministerebene

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Billigung des unter Ziffer 6 vorgeschlagenen Vorgehens

Anlg.: 1⁴

1) Der türkische AM Halefoglul hat Anfang Januar in einem Brief an Sie⁵ sowie Ihre Amtskollegen in den EG-MS (außer Griechenland) eine Wiederbelebung der Assoziationsbeziehungen EG–Türkei durch ein Treffen des Assoziationsrates auf Ministerebene „zu einem frühen Zeitpunkt“ vorgeschlagen. Dieses Treffen solle mit einer offenen Tagesordnung abgehalten werden, der Evaluierung der Gesamtbeziehungen dienen und erster Schritt einer vertieften Kooperation EG–Türkei sein.

2) Der türkische Antrag wirft für die Gemeinschaft eine Reihe von grundsätzlichen Fragen auf. Der im Rahmen des Assoziierungsabkommens EG–Türkei von 1963⁶ und des Zusatzprotokolls von 1970⁷ zusammentretende Assoziierungsrat hat seit 1980⁸ nicht mehr getagt. Die Abkühlung der Beziehungen EG–Türkei war in erster Linie durch die dortige innenpolitische Entwicklung bedingt. Sie

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Hauswedell konzipiert.

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 17. Januar 1986 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 20. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr durchdachte, abgewogene Aufzeichnung.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 20. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 411 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 21. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Jelonek am 21. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Trumpf am 22. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 411 vermerkte: „Z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung] (S. 4/5).“ Vgl. Anm. 14 und 21.

⁴ Dem Vorgang nicht beigelegt.

⁵ Für das Schreiben vom 25. Dezember 1985 an Bundesminister Genscher, das mit Begleitschreiben vom 6. Januar 1986 vom türkischen Botschafter Iscen übermittelt wurde, vgl. Referat 413, Bd. 144907.

⁶ Für den Wortlaut des Abkommens vom 12. September 1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Türkei vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

⁷ Für den Wortlaut des Zusatzprotokolls vom 23. November 1970 zum Abkommen vom 12. September 1963 zwischen der EWG und der Türkei für die Übergangsphase der Assoziation und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 387–443.

⁸ Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

wurde auch durch Streitigkeiten im wirtschaftlichen Bereich (Textilsektor⁹) weiter vertieft. Bereits seit 1978 hatte die Türkei ihre wichtigsten Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen (Vertragsverpflichtungen zur Schaffung der Zollunion und der Wirtschaftsangleichung) einseitig suspendiert, weil sie wirtschaftlich nicht dazu in der Lage war. Trotz dieser „steckengebliebenen“ Assoziation hatten einige Gemeinschaftsländer, darunter vor allem wir selbst, stets das Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen bekundet und dabei über den EG-Rahmen hinaus auch die sicherheitspolitische Rolle der Türkei mitbedacht. Nachdem 1985 durch die türkischen Demokratisierungsfortschritte eine gewisse Annäherung EG–Türkei zu verzeichnen war, und vor allem nach der Ausräumung der Staatenklage im Europarat¹⁰, ist der türkische Vorstoß jetzt ein geschickter Versuch, der Zusammenarbeit einen neuen Anstoß zu geben. Die Gemeinschaft kann deshalb den türkischen Wunsch schlecht abschlagen. Ein Eingehen darauf empfiehlt sich auch deshalb, weil die Gemeinschaft den „goodwill“ der Türken für die im Sommer anstehenden Freizügigkeitsverhandlungen¹¹ braucht.

Probleme könnten jedoch dadurch entstehen, daß die Türkei die Ministertagung des Assoziationsrates auch benutzt, um Forderungen im Zusammenhang mit der Freizügigkeitsfrage zu stellen und um ihren Beitritts Hoffnungen Ausdruck zu geben. Beides, insbesondere aber eine Verknüpfung der beiden Themen, käme der Gemeinschaft ungelogen.

3) Es wird nicht leicht sein, Einigkeit unter den EG-MS über die Abhaltung eines derartigen Ministertreffens zu erzielen. Aus unterschiedlichen Beweggrün-

⁹ In einer ungezeichneten Aufzeichnung vom 18. November 1985 wurde festgestellt: „Die Handelsbeziehungen EG–Türkei sind seit einigen Jahren vor allem auf dem Textilsektor Belastungen ausgesetzt. Türkei war bislang als einziges Mittelmeerland nicht zum Abschluß eines Selbstbeschränkungsabkommens bereit. Verhandlungen darüber Anfang September 1985 scheiterten erneut an überzogenen türkischen Forderungen. Gemeinschaft ergriff daraufhin, wie schon öfter in den letzten Jahren, Schutzmaßnahmen (auf Antrag von F und GB). Die Türkei hatte ihrerseits Ende 1982 einen Retorsionszoll (ursprünglich 15 %, seit 84 noch 5 %) gegen ausgewählte Importe aus der EG verhängt, wovon vor allem die deutsche Stahlindustrie betroffen ist. D ist mit Abstand größter Abnehmer türkischer Textilien in der EG.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

¹⁰ Am 1. Juli 1982 legten Dänemark, Frankreich, die Niederlande, Norwegen und Schweden bei der Kommission für Menschenrechte Beschwerde gegen die Türkei wegen Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 ein. Am 7. Dezember 1985 billigte die Kommission einen Bericht, mit dem der Streit auf der Basis einer gütlichen Einigung beigelegt wurde. Die türkische Regierung stellte die Aufhebung des Kriegsrechts innerhalb von 18 Monaten in Aussicht und erklärte sich bereit, über die Einhaltung der Menschenrechtskonvention zu berichten. Eine von den klageführenden Staaten geforderte Amnestie für politische Gefangene unterblieb indes; statt dessen verpflichtete sich die türkische Regierung, „die Kommission von Entwicklungen auf diesem Gebiet zu unterrichten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 272 des Botschaftsrats I. Klasse Weise, Straßburg, vom 10. Dezember 1985; Referat 200, Bd. 141792.

¹¹ Referat 411 hielt am 13. September 1985 fest: „EWG und Türkei hatten in ihrem Assoziierungsabkommen vereinbart, sich von den Art. 48, 49 und 50 EWG-Vertrag leiten zu lassen, um untereinander bis 1.12.1986 die Freizügigkeit der Arbeitnehmer schrittweise herzustellen. Dies bedeutet, daß eine Verpflichtung besteht, die Freizügigkeit, wie sie innerhalb der Gemeinschaft gilt, in gleicher Weise auf die Assoziierung mit der Türkei zu übertragen. Arbeitsmarktlage und Schwierigkeiten bei der Integration von Ausländern haben die Bundesregierung dazu veranlaßt, den Anwerbestopp zu erlassen und später auch den Familiennachzug einzuschränken. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, der Türkei die volle Freizügigkeit einzuräumen. Die Bundesregierung will daher in den anstehenden Verhandlungen zwischen der EG und der Türkei über die endgültige Ausgestaltung der Freizügigkeit eine Regelung erreichen, die den weiteren Zugang von Arbeitnehmern aus der Türkei ausschließt.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

den nehmen F, GR und DK bisher noch eine abwartende Haltung gegenüber einer Revitalisierung des Verhältnisses EG–Türkei ein; dem für Mittelmeerpolitik zuständigen EG-Kommissar Cheysson wird ähnliches nachgesagt.

Wir vertreten zusammen mit der niederländischen Präsidentschaft und GB die Auffassung, daß eine Ministertagung des Assoziationsrates eine gute Gelegenheit zur Wiederbelebung der Beziehungen bieten würde (Signalwirkung) und daß die von der Türkei vorgeschlagene Form (offene Tagesordnung, Bestandsaufnahme des bisherigen Verhältnisses, Perspektive der Weiterentwicklung) auch für die EG eine Möglichkeit darstellt, der Türkei im Vorfeld der schwierigen Freizügigkeitsverhandlungen unsere Auffassung zum Stand der Assoziation, Interpretation der Freizügigkeitsproblematik und zu möglicherweise vorhandenen Beitritts Hoffnungen zu erklären.

Die bisherige Diskussion hat sich zu sehr auf die Freizügigkeitsproblematik verlagert, wo der Anschein entsteht, daß wir als Petenten auftreten müßten. Das Treffen auf Ministerebene bietet jedoch den Vorteil der Gesamtdiskussion des Fragenkomplexes EG–Türkei. Dabei gibt es eine Reihe von Themen, wo wir den Türken reinen Wein einschenken müssen, um keine unrealistischen Erwartungen aufkommen zu lassen. Bei anderen Themen, wie z.B. bei der Deblockierung der Finanzhilfe und der Sonderhilfe¹², sollten wir den Türken nach Möglichkeit Entgegenkommen signalisieren und die Wiederbelebung der Assoziation vorantreiben.

4) Die niederländische Präsidentschaft möchte das Verhältnis EG–Türkei und das spezielle Petikum des Briefes von AM Halefoglu beim Mittagessen des Rates vom 27./28. Januar ansprechen und strebt eine Ministertagung noch im März an, weil sie eine zügige Inangriffnahme der Gesamtproblematik geboten hält und die Tagung gern unter ihrem Vorsitz abwickeln möchte. (Ab 1. April hätte Türkei Vorsitz im Assoziationsrat.)

5) Die von der türkischen Seite für die Ministertagung vorgeschlagene offene Tagesordnung und Konzentration auf Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven der Assoziation EG–Türkei sollte von der EG als Gelegenheit gesehen werden, rechtzeitig auf hoher Ebene unseren Standpunkt darzustellen.

Bei folgenden Themen könnten wir bei rechtzeitiger vorheriger Einigung unter den EG-MS den Türken entgegenkommen:

¹² Referat 411 wies am 1. Februar 1986 darauf hin, daß Bemühungen um eine Wiederaufnahme der Finanzhilfe der Europäischen Gemeinschaften an die Türkei bislang erfolglos geblieben seien: „Das am 31.10.81 abgelaufene 3. Finanzprotokoll EG–Türkei (310 Mio. ECU), dessen Mittel praktisch vergeben sind, sollte an sich durch das am 19.6.81 paraphierte 4. Finanzprotokoll abgelöst werden (600 Mio. ECU, davon 225 Mio. ECU EIB-Darlehen, 375 Mio. ECU Mittel aus EG-Haushalt zu soft terms, davon 50 Mio. ECU Zuschüsse; Laufzeit 1981 bis 1986). Zur Inkraftsetzung des Protokolls bedarf es der Vorlage durch die Kommission an den Rat zwecks endgültiger Billigung und Unterzeichnung. Die Kommission hält das Protokoll bisher bei sich zurück, worauf sich die Außenminister am 17.11.81 verständigt hatten. Am Rande des Außenministerrats am 8.12.81 erweiterten die Minister ihre Entscheidung auf die bereits 1980 bewilligte Sonderhilfe von 75 Mio. ECU. Hier sind noch Mittel in Höhe von 29 Mio. ECU offen für zwei bereits ausgewählte Projekte. Die Bundesregierung hat sich wiederholt um die schrittweise Deblockierung der EG-Finanzhilfe bemüht. Die Wiederaufnahme selbst des Restbetrags aus der Sonderhilfe scheiterte jedoch am griechischen und dänischen Widerstand.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144907.

- Deblockierung von 47 Mio. ECU aus Ergänzungsprotokoll anlässlich der Beitritte von GB, DK und IRL¹³; Blockierung durch DK;
- Deblockierung von 29 Mio. ECU einer seit 1980 durch DK blockierten Sonderhilfe für die Türkei;
- Deblockierung des 4. Finanzprotokolls von 1981 über 600 Mio. ECU, bisher von DK, F und GR blockiert.

In folgenden Bereichen ist gegenüber der Türkei jedoch eine ungeschminkte Darstellung der Beziehungen notwendig:

- Stand der Assoziation: Hier ist die Türkei mit der Erfüllung ihrer Vertragsverpflichtungen zur Herstellung einer Zollunion im gewerblichen Bereich, zur Anpassung der türkischen Agrarpolitik an die GAP und zur Angleichung der Wirtschaftspolitiken (Wettbewerb, Steuern, Rechtsvorschriften) in Verzug bzw. hat sie bisher überhaupt nicht in Angriff genommen. Da die Schaffung einer Zollunion jedoch Voraussetzung dafür ist, daß ein türkischer Antrag auf EG-Mitgliedschaft überhaupt erst geprüft werden könnte (Art. 2 und 28 des Assoziationsabkommen von 1963) sollte sich die EG diese Ausgangslage zunutze machen, um möglicherweise geäußerte türkische Beitrittsabsichten von vornherein als unrealistisch zu bezeichnen.
- Freizügigkeit: Gleichzeitig müßte die EG darauf hinweisen, daß angesichts der türkischen Nichterfüllung der Assoziationsverpflichtungen auch die damit zusammenhängenden Freizügigkeitsverpflichtungen entwertet seien und in einem neuen Licht betrachtet werden sollten. Dies sollte unsere Zielsetzung erleichtern, in der Freizügigkeitsfrage¹⁴ eine abschließende, restriktive Regelung oder aber zumindest einen längeren Aufschub zu erreichen, der den Status quo zementiert.

Es ist zu erwarten, daß zum Zeitpunkt des Zusammentritts der Ministertagung der Mandatsvorschlag der EG-Kommission für die Freizügigkeitsverhandlungen vorliegt. Bisher gehen wir davon aus, daß er unseren Standpunkt¹⁵ wiedergeben wird.

- Mögliche Beitrittsabsichten: Falls die türkische Seite dieses Thema anspricht, müßte die EG auf die mangelnden materiellen Voraussetzungen (siehe: Stand

¹³ Im Zuge des EG-Beitritts von Dänemark, Großbritannien und Irland zum 1. Januar 1973 schlossen die Europäischen Gemeinschaften und die Türkei am 30. Juni 1973 ein Ergänzungsprotokoll zum Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963. Artikel 8 sah eine Erhöhung des im Finanzprotokoll vom 23. November 1970 gewährten Betrags von 195 Mio. RE auf 242 Mio. RE vor. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 168.

¹⁴ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt: „wenn möglich“. Vgl. Anm. 3.

¹⁵ In einer nichtgezeichneten Aufzeichnung vom 18. Oktober 1985 wurde ausgeführt: „Die Bundesregierung hatte bereits 1981 ein Konzept für die Verhandlungen zwischen der EG und der Türkei für die Gesamtregelung der Freizügigkeitsfrage über 1986 hinaus entwickelt. Davon ausgehend, daß angesichts der Zielvorstellung des Assoziierungsvertrages eine gewisse Zuzugskomponente gegenüber der Türkei offengehalten werden müsse, wurden der EG-Kommission mit Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen vom 1.6.1981 und vom 4.4.1985 die deutschen Vorstellungen für die zu vereinbarenden Regelung wie folgt mitgeteilt: Ausschluß des weiteren Zuzugs von Arbeitnehmern aus der Türkei; Besserstellung der hier befindlichen Türken in den Arbeits- und Lebensbedingungen; zweite Priorität, d. h. Zugang zu Arbeitsplätzen, die nicht mit Arbeitnehmern aus der Gemeinschaft besetzt werden können [...]; Aufrechterhaltung eines begrenzten Familiennachzugs im Rahmen nationaler Regelung.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

der Assoziation) hinweisen und damit einen solchen Wunsch unter den derzeitigen Umständen als unrealistisch charakterisieren. Für die EG kommt es darauf an, einen Beitrittsantrag bereits im Vorfeld zu entmutigen. Die Drohung mit einem Beitrittsantrag ist jedoch keineswegs eine „Wunderwaffe“ der Türkei, da sie sich augenblicklich ein klares Nein der Gemeinschaft einhandeln würde. Dies wäre dem Prestige der türkischen Regierung abträglich. Vor einer Verknüpfung von Freizügigkeitsproblematik und Beitrittsantrag müssen wir die Türken warnen.

Durch unsere Absicht, der Türkei auf einer Ministertagung des Assoziationsrates bei einigen Themen entgegenzukommen, um die Wiederbelebung der Assoziation zu fördern, gleichzeitig aber ihre überzogenen Erwartungen zu dämpfen, sollte es uns gelingen, innerhalb der EG selbst die bisher zurückhaltenden MS (F, DK, GR) von der Nützlichkeit einer Ministertagung zu überzeugen.

6) Es wird deshalb vorgeschlagen, daß wir im Rahmen der EG den türkischen Antrag auf baldigen Zusammentritt des Assoziationsrates auf Ministerienebene befürworten. Wir sollten in enger Absprache mit der niederländischen Präsidentschaft und GB darauf hinwirken, daß die Meinungsbildung bei der informellen Aussprache des Rates am 27. Januar in die gleiche Richtung läuft. Wegen der noch vorhandenen Widerstände ist dazu eingehende Vorbereitung erforderlich. Es werden folgende operative Schritte vorgeschlagen:

- gegenüber der EGK: ein Anruf von Ihnen bei dem zuständigen EG-Kommissar Cheysson;
- gegenüber F: ein Brief von Ihnen an AM Dumas¹⁶ sowie rechtzeitige Anmeldung des Themas für die deutsch-französischen Direktorenkonsultationen am 24.1. (D2¹⁷/D4¹⁸/D6¹⁹)²⁰;
- gegenüber I: ein Brief von Ihnen an AM Andreotti²¹;
- Einbringung im AStV vom 22./23. Januar (informeller Teil) durch unsere StV Brüssel²² mit dem Petitum einer positiven Antwort an die Türkei zur

¹⁶ Mit Schreiben vom 21. Januar 1986 an den französischen Außenminister Dumas befürwortete Bundesminister Genscher unter Hinweis darauf, daß die Türkei „in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte bei der Redemokratisierung gemacht“ habe, eine Einberufung des Assoziationsrates EG-Türkei auf Ministerienebene: „Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich in der Lage sähen, diesen Standpunkt bei den bevorstehenden Erörterungen zu unterstützen.“ Für das mit Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen vom 24. Januar 1986 an die Botschaft in Paris übermittelte Schreiben vgl. Referat 413, Bd. 144907.

¹⁷ Gerold Edler von Braunmühl.

¹⁸ Alois Jelonek.

¹⁹ Barthold Witte.

²⁰ Die Frage der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei war Gegenstand des Gesprächs des Ministerialdirektors Jelonek mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Vidal, am 24. Januar 1986 in Paris. Gesandter Rouget, Paris, teilte dazu am selben Tag mit: „Auch F anerkennt, daß die Position der Türkei in den internationalen und europäischen Gremien ‚angehoben‘ werden sollte. Der EG-Assoziierungsvertrag müsse belebt werden. EG-Mittel für die Türkei sollten deblockiert werden. Das gleiche gilt für die OECD. Im Euro-parat sei die Lage schwieriger.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 184; Referat 202, Bd. 151093.

²¹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier könnte ich mit StS Ruggiero telefonieren.“ Der Vermerk von Ruhfus wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“. Vgl. Anm. 3.

²² Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 23. Januar 1986 die Ständige Vertretung

Vorbereitung der Behandlung durch die AM am 27.1.²³ Tenor der Antwort sollte im AStV abgestimmt werden, Formulierung den MS überlassen bleiben.

Die Koordination mit GB und NL wird auf Arbeitsebene fortgesetzt. Gegenüber DK, dessen Zustimmung wichtig ist, muß zunächst die gegenwärtige Regierungskrise im Zusammenhang mit der EG-Reform²⁴ abgewartet werden.

7) Das deutsche Interesse an der Normalisierung der Beziehungen EG–Türkei ist u. a. wegen unserer besonderen Betroffenheit in der Freizügigkeitsfrage ausgeprägt. Wir haben stets eine Gesamtsicht der Problematik befürwortet, um eine einseitige Fixierung auf die Freizügigkeitsproblematik zu vermeiden. Wenn eine Ministertagung mithelfen kann, durch Deblockierung der Finanzhilfe und Anpassung des Assoziationsvertrages an den Beitritt eine „Vorfeld-Bereinigung“ zu erwirken, dann könnte dies mithelfen, unseren bilateralen Leistungsdruck in der Freizügigkeitsfrage abzumildern. Eine deutsche Unterstützung des türkischen Antrags ist aus Gründen der außenpolitischen Kontinuität geboten. Wir haben der Türkei zuletzt bei den deutsch-türkischen StS-Gesprächen im Dezember²⁵ unser Interesse für engere Beziehungen bekundet; die zweite Runde der StS-Gespräche im späten Frühjahr²⁶ sowie der geplante Besuch des Bundespräsidenten Ende Mai²⁷ sind Ausdruck unserer engen Kontakte.

Selbst wenn unsere Bemühungen um das Zustandekommen der Ministertagung nicht erfolgreich sein sollten, könnten wir gegenüber der Türkei doch auf unseren guten Willen verweisen.²⁸

Trumpf

Referat 413, Bd. 144907

Fortsetzung Fußnote von Seite 60

bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel über die Haltung der Bundesregierung zum Wunsch nach einer Einberufung des Assoziationsrats EG–Türkei auf Ministerebene und bat, „zur Vorbereitung der Diskussion beim AM-Mittagessen am 27.1.86 die Frage der Beantwortung des Briefs von AM Halefoglu an die EG-AM und die EGK aufzugreifen“. Allerdings sollte die Freizügigkeitsfrage „von uns nicht als zentrales Problem herausgestellt werden“. Vgl. den Schrifterlaß; Referat 410, Bd. 130277.

²³ Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 27. Januar 1986, daß die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei auf der EG-Ministerratstagung am selben Tag außerhalb der Tagesordnung besprochen worden seien: „Ratspräs[ident] AM van den Broek und BM Genscher unterstützten nachdrücklich türk[ischen] Wunsch. Griech[ischer] Staatssekretär Pangalos bestätigte bisherige ablehnende Haltung, wobei er besonders beanstandete, daß türk. Außenminister sein Schreiben nicht auch an Griechenland gerichtet hat. DK erhob dagegen keinen Widerspruch zu türk. Wunsch. Ratspräs. stellte abschließend fest, daß breite Zustimmung zur Wiederaufnahme des Dialogs mit Türkei gegeben sei und Tagung des Assoziationsrates in Aussicht genommen werden sollte. Die noch bestehenden Schwierigkeiten wird Präsidentschaft in bilateralen Kontakten mit GR und Türkei erörtern, bevor Angelegenheit erneut bei Tagung des EG-Rates (Allg[emeine] Angelegenheiten) im Februar 1986 aufgegriffen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 251; Referat 413, Bd. 144907.

²⁴ Zur Haltung Dänemarks bezüglich der Einheitlichen Europäischen Akte vgl. Dok. 2, Anm. 28.

²⁵ Zu den deutsch-türkischen Staatssekretärsgesprächen am 5./6. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 338.

²⁶ Die zweiten deutsch-türkischen Staatssekretärsgespräche fanden am 6./7. Oktober 1986 in Ankara statt. Vgl. dazu Dok. 274.

²⁷ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte die Türkei vom 26. bis 30. Mai 1986. Zum Gespräch mit Ministerpräsident Özal vgl. Dok. 154.

²⁸ In einem Schreiben vom 4. Februar 1986 informierte Bundesminister Genscher den türkischen Außenminister Halefoglu darüber, daß der EG-Ministerrat auf seiner Tagung am 27. Januar 1986 in Brüssel dem Ziel der Einberufung des Assoziationsrats EG–Türkei „ein gutes Stück näher gekom-

12

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead

204-530-30/86 geheim

20. Januar 1986¹Teilnehmer D: StS M-L², D²³, D³⁴, Dg⁵⁵, RL: 010⁶, 013⁷, 204⁸;

Teilnehmer USA: Botschafter Burt, Botschafter Oakley, Erster Sekretär Farrar, Erster Sekretär Burns.

BM begrüßte einleitend Besuch von Whitehead in Europa.⁹ Die wichtigen Fragen des Terrorismus, die die Gefühle der Völker in hohem Maße betreffen, müßten eingehend erörtert werden, damit Verständnis für die beiderseitigen Ansichten gewonnen werden könnte. Er bat StS Meyer-Landrut um kurzen Bericht über das zuvor stattgefundene Gespräch.

StS resümierte, es sei unberechtigterweise falsches Bild über deutsches Verhalten gegenüber Libyen in der amerikanischen Öffentlichkeit erzeugt worden.¹⁰ Whitehead habe amerikanischen Wunsch ausgedrückt, Europäer möch-

Fortsetzung Fußnote von Seite 61

men⁴ sei: „Ich teile Ihre Auffassung, daß die erste Tagung des Assoziationsrates auf Ministeriebene Gelegenheit zu einer umfassenden Bestandsaufnahme mit offener Tagesordnung bieten sollte.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144907.

- 1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz gefertigt. Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 21. Januar 1986 vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 22. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Hat Klaiber am 24. Januar 1986 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 204 verfügte.
- 2 Andreas Meyer-Landrut.
- 3 Gerold Edler von Braunmühl.
- 4 Jürgen Sudhoff.
- 5 Helmut Redies.
- 6 Michael Jansen.
- 7 Jürgen Chrobog.
- 8 Ernst-Jörg von Studnitz.
- 9 Am 9. Januar 1986 kündigte Gesandter Wallau, Washington, an, daß der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead „folgende Hauptstädte besuchen werde [...]: Ottawa, London, Paris (auch OECD), Brüssel (auch EG und NATO), Den Haag, Bonn, Rom, Athen und Ankara“. Hauptgegenstand des Gesprächs mit der Bundesregierung solle sein: „Fragen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus in einem breiteren Kontext, insbesondere eines gemeinsamen koordinierten Vorgehens gegen den Terrorismus; eingehende Erörterung der amerikanischen Boykottmaßnahmen gegen Libyen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 109; Referat 204, Bd. 135352. Whitehead hielt sich am 20./21. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.
- 10 Staatssekretär Meyer-Landrut führte gegenüber dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead am 20. Januar 1986 aus, die Bundesrepublik habe „niemals Waffen nach Libyen exportiert. Jetzt, wo Italien seinen Waffenexport einstelle, werde es dafür gelobt, während wir Kritik erführen, obwohl wir immer eine positive Haltung eingenommen hätten. Es sei nicht berücksichtigt worden, daß unser wirtschaftlicher Austausch mit Libyen seit 1975 rückläufig sei und um ca. 30 % abgenommen habe. Wir hätten unserer Wirtschaft deutliche Signale gegeben, den Handel mit Libyen zu reduzieren.“ Auch sei der Umfang der Hermes-Bürgschaften reduziert worden: „Was die Ölkäufe anbetreffe, gebe es keine staatlichen Verträge, sondern lediglich solche der Privatwirtschaft über internationale Firmen. Wir hätten für das Erdöl keine staatlichen Handelsorganisationen wie etwa Italien oder die Türkei. Vergleiche man unsere Aktivitäten mit denjenigen ande-

ten sich nicht auf Defensivaktionen gegenüber Gaddafi beschränken, sondern aktive Maßnahmen ergreifen, um Gaddafis Möglichkeiten zur Finanzierung des Terrorismus zu reduzieren.

Whitehead führte sodann zusammenhängend aus:

Er sei gekommen, um die Entschlossenheit des Präsidenten und des amerikanischen Volkes zum Ausdruck zu bringen, daß der Terrorismus als eine sehr ernste Bedrohung für die ganze Welt angesehen werde. Jedes Land habe schon jetzt seine einzelnen Erfahrungen damit gemacht. Jetzt aber werde der Terrorismus auf internationaler Ebene immer gefährlicher. Für die amerikanische Öffentlichkeit wie für den Präsidenten rangiere der Terrorismus sehr hoch auf der Agenda der außenpolitischen Probleme. Der Präsident sei überzeugt, daß Maßnahmen der Terrorismusabwehr, der Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen, der strengeren Kontrolle der grenzüberschreitenden Bewegungen noch nicht genug seien. Damit werde der Kern des Problems noch nicht angefaßt. Man müsse die Quelle des Terrorismus aufsuchen und dort Lösungen suchen.

Nach Auffassung des Präsidenten sei die Quelle eindeutig in Libyen und bei Gaddafi auszumachen. Gewiß sei dies nicht die einzige Quelle, es gebe auch andere Länder, insbesondere Syrien und den Iran. Darüber hinaus gebe es auch Terrorismusprobleme in anderen Regionen der Welt, nicht zuletzt auch in Nord- und Südamerika. Dennoch bleibe die wichtigste Quelle Gaddafi und Libyen. Eine große Menge nachrichtendienstlicher Erkenntnisse führe zu diesem Schluß. Er beziehe sich hier insbesondere auf einen geheimen Bericht, den er dem BM übergab, aus dem sich diese Schlußfolgerung ergebe.¹¹ Er bitte uns, die Erkenntnisse dieses Berichtes wirksam zu nutzen, aber auch die Quellen zu schützen. Er bat auch die Tatsache der Übergabe eines solchen Berichtes geheimzuhalten, da nicht alle Länder, die er auf seiner Reise besucht habe, diesen Bericht erhalten hätten. BM sagte dies zu. Wer diesen Bericht studiere, werde sehen, daß die von den USA vorgebrachten Argumente überzeugend seien. Vielleicht gehe er nicht so ins Detail, wie dies vielleicht erwünscht wäre, das sei aber aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich. Darüber hinaus sei es auch nicht erforderlich, da der Bericht nicht zeigen wolle, wer welche Akte begangen habe, sondern nur beweisen solle, daß diese Akte begangen worden seien und es nun darum gehe, Wiederholungen zu vermeiden. Zur Illustration möchte er darauf hinweisen, daß es in den USA mehr als 100 Fälle verhinderter Terroranschläge gegeben habe, worauf in der Öffentlichkeit nicht hingewiesen worden sei. Wichtig sei, daß nicht bekannt werde, wie die USA von diesen geplanten Anschlägen Kenntnis erlangt hätten. Jedenfalls ergebe sich aus dem Bericht, daß Gaddafi Terrorakte finanziert habe.

Man habe sogar Schecks gesehen, die von ihm unterzeichnet worden seien, durch die Terroristen bezahlt wurden. Die USA wüßten auch, daß er Waffen gestellt habe, deren Spuren ganz eindeutig auf Libyen zeigten. Terroristen würden in zwölf Lagern in Libyen ausgebildet. Die USA wüßten, wo sie seien, wer dort ausgebildet werde, welches die Ausbildungsziele im besonderen seien und

Fortsetzung Fußnote von Seite 62

rer Länder, so sei das Bild durchaus unterschiedlich und rückläufig.“ Vgl. VS-Bd. 12994 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

¹¹ Für den vom stellvertretenden amerikanischen Außenminister Whitehead am 20. Januar 1986 übergebenen Bericht „Libyan Support for the Abu Nidal Group“ vgl. VS-Bd. 12444 (515).

woher die Ausgebildeten und Ausbilder kämen. Bei der Ausbildung handele es sich keineswegs um eine normale militärische Ausbildung, sondern eindeutig um Terrorismustraining. Die Erkenntnisse beruhten sowohl auf Satellitenüberwachung wie auch auf Angaben von einzelnen, sowohl innerhalb wie außerhalb Libyens. Der dadurch gegebene Beweis sei überwältigend. Es sei nicht danach zu fragen, ob Gaddafi an dieser oder jener Aktion teilgenommen habe. Er habe sich selbst terroristischer Erfolge gerühmt¹², so daß AM Shultz mit Recht behauptet habe, Gaddafi selbst sei die qualmende Pistole.¹³

Der amerikanische Präsident sei fest davon überzeugt, daß die freie Welt etwas gegen einen Staat tun müsse, dessen erklärte Politik es sei, willkürlich unschuldige Menschen in Wien und Rom¹⁴ zum Opfer von Terroranschlägen zu machen. Für die USA sei es eine moralische Frage, daß sie dem nicht tatenlos zusehen könnten. Man könne die Beziehungen zu Libyen nicht einfach weitergehen lassen, als sei nichts geschehen. In dieser Frage müßten die USA die Führung übernehmen. Gaddafis Verhalten müsse geändert werden. Er müsse einsehen, daß die Nachteile aus einem solchen Verhalten größer seien als mögliche Vorteile. Dies sei der Grund für die von Präsident Reagan am 7. Januar verkündeten Maßnahmen.¹⁵ Er habe auch militärische Aktionen erwogen, sich aber vorbehalten, hierauf möglicherweise später zurückzukommen. Die amerikanische Regierung hoffe allerdings, daß dieses aufgrund wirksamer anderer Maßnahmen nicht nötig sein werde. Der Präsident habe zunächst drei Maßnahmen ergriffen:

- Alle geschäftlichen Transaktionen sollten beendet werden, es solle weder Ausführen noch Einführen nach Libyen geben, keinerlei Geschäfte sollten mit Libyen mehr getätigt werden.
- Alle amerikanischen Bürger würden aufgefordert, das Land zu verlassen. Die amerikanischen Gesetze geben hierzu die Möglichkeiten. Die USA rechnen nicht damit, daß diese Aufforderung zu 100% erfüllt werde, da einige Inhaber amerikanischer Pässe sich eher als Libyer denn als¹⁶ Amerikaner fühlen könnten, insbesondere dann, wenn sie mit Libyern verheiratet seien. Der Präsident habe eine Frist für die Ausreise bis zum 1. Februar gesetzt.
- Alle libyschen Guthaben in den USA, wie z. B. Bankguthaben, würden eingefroren, dadurch sollten Vergeltungsakte gegen amerikanisches Eigentum oder gegen amerikanische Bürger in Libyen verhindert werden. Diese Guthaben seien ausdrücklich nur eingefroren, nicht aber beschlagnahmt, d. h., sie verblieben ihren Eigentümern. Diese könnten allerdings zur Zeit nicht darüber verfügen, aber Zinsen würden weiter gutgeschrieben¹⁷ werden.

Insgesamt handle es sich um sehr harte, ernstgemeinte Maßnahmen. Der Aufruf der US-Regierung richte sich an die Verbündeten, mitzuarbeiten. Man ver-

¹² Korrigiert aus: „berühmt“.

¹³ Vgl. dazu den Artikel „U.S. says Qaddafi's Remarks Prove His Role in Terrorism“; THE WASHINGTON POST vom 17. Januar 1986, S. A 15.

¹⁴ Zu den Anschlägen vom 27. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 34.

¹⁵ Zu den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen vgl. Dok. 7, Anm. 4.

¹⁶ Korrigiert aus: „Libyer als“.

¹⁷ Korrigiert aus: „gutgebracht“.

stehe die amerikanische Aufforderung falsch, wenn gemeint werde, die Europäer sollten die gleichen Maßnahmen ergreifen. Gewiß bestehe in Europa eine andere Situation, so daß die US-Regierung dieses nicht fordere. Nun aber bitte sie die Verbündeten zu überlegen, wie die Europäer helfen könnten, die gleichen Ziele zu erreichen, die sich die USA gesetzt hätten. Er werde dieses nicht öffentlich sagen, aber die Verbündeten sollten doch wissen, daß Präsident Reagan außerordentlich enttäuscht gewesen sei, daß PM Thatcher¹⁸ und der Bundeskanzler¹⁹, die er beide als seine nächsten politischen Freunde betrachte, in aller Öffentlichkeit und in deutlichen Worten gesagt hätten, und zwar ohne dies vorher zu konsultieren²⁰, daß die von den USA verkündeten Maßnahmen nicht wirken könnten. Diese Äußerung alleine hätten die Amerikaner als deutliche Schwächung der amerikanischen Bemühungen aufgefaßt. Er sage dies nicht drohend und auch nicht in irgendeiner Weise herausfordernd, wünsche aber, daß wir wüßten, wie diese Äußerungen in Amerika aufgefaßt worden seien. Vielleicht hätten die Europäer recht, daß Sanktionen unwirksam seien. Gleichwohl sei diese Erklärung nicht hilfreich gewesen.

Er bat, es nicht falsch zu verstehen, sondern als Zeichen des offenen Dialogs unter Verbündeten zu werten, wenn er frage, welche Maßnahmen Deutschland ergreifen könne, um die amerikanischen Absichten zu unterstützen. Die Amerikaner möchten in diesem Zusammenhang einige Maßnahmen zu erwägen geben. An erster Stelle stehe der Bezug von Öl aus Libyen. Mit dem Einkauf von Öl im Werte von 2,1 Milliarden Dollar aus Libyen sei die Bundesrepublik nach Italien, das 1985 für 2,8 Milliarden Dollar Erdöl aus Libyen bezogen habe, der zweitgrößte Importeur, was wertmäßig etwa 25 % der gesamten libyschen Verkäufe ausmache. Der nächstgroße westliche Importeur folge erst mit erheblichem Abstand hinter der Bundesrepublik. Die amerikanische Sicht der Dinge sei, daß diejenigen, die libysches Öl kauften, damit die libysche Regierung unterstützen, deren Außenpolitik eindeutig durch den Terrorismus geprägt sei. Gewiß sei es nicht die Absicht der Bundesregierung, solche Ziele zu unterstützen, sie müsse aber sehen, daß die Einnahmen Gaddafis der Finanzierung von

¹⁸ Premierministerin Thatcher führte am 10. Januar 1986 vor amerikanischen Journalisten in London zur Frage von Sanktionen gegen Libyen aus: „I do not, alas, think that sanctions against Libya would work. The materials would be supplied by other countries. In theory, sanctions work but they only work if they are adopted 100%; and, alas, I do not know any case in which they have been adopted 100%“. Vgl. <http://www.margarethatcher.org/document/106300>.

¹⁹ Am 3. Januar 1986 äußerte Ministerialdirektor Schäfer, Presse- und Informationsamt, zur Frage von Sanktionen gegen Libyen: „Die Bundesregierung ist der Meinung, daß Wirtschaftssanktionen [...] kein geeignetes Instrument sind, sicher auch nicht in diesem Fall.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats 204 vom 20. Februar 1986; Referat 204, Bd. 135355.

Bundeskanzler Kohl kündigte am 9. Januar 1986 vor der Presse an, daß er Präsident Reagan die Gründe der Bundesregierung dafür mitteilen werde, sich den Maßnahmen der USA gegen Libyen nicht anzuschließen: „Als deutscher Bundeskanzler muß ich daran denken, daß 1500 Deutsche in Libyen leben.“ Er könne die amerikanische Reaktion verstehen, „aber ich habe nach meinem Amtseid deutsche Interessen zu vertreten“. Vgl. den Artikel „Kohl will gegenüber Gaddafi vorrangig deutsche Interessen vertreten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10.1.1986, S. 1.

Einen Tag später bestätigte Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt: „Nach wie vor ist die Bundesregierung der Ansicht, daß Wirtschaftssanktionen erfahrungsgemäß nicht die gewünschte Wirkung erzielen.“ Vgl. den Artikel „Bonn lehnt weiterhin Sanktionen gegen Libyen ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11.1.1986, S. 3.

²⁰ Der Passus „und zwar ... zu konsultieren“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Terrorakten dienen. Er wolle uns nicht zu nahe treten, zugleich aber auch darstellen, wie die Dinge in Amerika gesehen würden. Ein deutlicher Abfall der Deviseneinnahmen aus Ölverkäufen würde die Situation für Libyen drastisch verändern, das sich keineswegs in einer guten wirtschaftlichen Situation befinde. Derzeit stütze sich Libyen ausschließlich auf die Nettoeinnahmen aus Ölverkäufen. Wenn die Bundesrepublik für 600 Millionen Dollar nach Libyen exportiere, sei es auch nicht auf Bezüge im Werte von 2,1 Milliarden Dollar angewiesen. Die Athener Regierung, die er zuvor besucht habe²¹, habe z. B. geltend gemacht, daß im Falle Griechenlands einem Wert von 300 Millionen Dollar Einkäufen an Öl Exporte im gleichen Wert gegenüberstünden.²²

BM betonte, er habe die offene Sprache nicht als kränkend empfunden. Dies sei vielmehr Ausdruck der sehr engen, freundschaftlichen Beziehungen. Was hätte alle Arbeit vergangener Jahrzehnte genutzt, wenn man nicht unter Freunden offen miteinander sprechen könnte? Gerade hierin zeige sich die enge Verbindung der Menschen und Völker unserer beiden Länder.

Zur Sache wolle er ihn vor allem auf die Pressekonferenz des Bundeskanzlers verweisen, der in einer außerordentlich eindrucksvollen Stellungnahme sehr viel Verständnis für die Gefühle der Amerikaner und ihre Maßnahmen bewiesen habe. Natürlich sei der Bundeskanzler genötigt gewesen, unsere Haltung gegenüber unserer Öffentlichkeit darzutun. Er müsse sagen, daß wir uns von der amerikanischen Entscheidung überrascht gefühlt hätten. Wir seien nicht konsultiert worden.²³ Jetzt gelte es, gemeinsam zu überlegen, welches sei das Problem, vor dem wir stünden, und welches sei das Ziel, was wir gemeinsam erreichen wollten. Der internationale Terrorismus sei die gefährlichste Herausforderung, vor der die demokratischen Gesellschaften im Augenblick stünden. Er selbst sage dies als Außenminister und ehemaliger Innenminister, der sich seit 16 Jahren mit diesen furchtbaren Problemen persönlich habe auseinandersetzen müssen. Die Terroristen wollten uns zwingen, gerade das zu verletzen, was zu den höchsten Werten unserer Gesellschaften gehörte. Deshalb finde das grundsätzliche Anliegen der amerikanischen Regierung unsere volle Unterstützung.

²¹ Der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead führte am 19./20. Januar 1986 Gespräche mit der griechischen Regierung in Athen.

²² Im Gespräch mit Bundesminister Schäuble am 21. Januar 1986 führte der stellvertretende amerikanische Außenminister Whitehead aus, daß die USA der Bundesregierung neben der Einschränkung der Ölkäufe aus Libyen folgende weitere Maßnahmen vorschlugen: „Einschränkung des deutsch-libyschen Flugverkehrs: Lufthansa und die libysche Luftverkehrsgesellschaft hätten gegenwärtig pro Woche drei Flüge zwischen Frankfurt und Tripolis auf ihrem Flugplan. Nach amerikanischen Erkenntnissen würden dabei vielfach Ausrüstungen in das Bundesgebiet gebracht, die terroristischen Zwecken dienen. Passagiere aus Libyen würden in der BR Deutschland nicht schärfer überwacht als Passagiere aus New York. Die Bundesregierung möge den Flugverkehr mit Libyen entweder ganz unterbinden oder Passagiere und Fracht schärfer überwachen. Einschränkung der Exporte von Gütern der Hochtechnologie nach Libyen: Nach zugebenermaßen nicht ganz präzisen amerikanischen Erkenntnissen seien aus der Bundesrepublik Deutschland sowohl Fernmeldesysteme für die libysche Regierung wie komplizierte Computersysteme geliefert worden. Güter dieser Art könnten zu unerwünschten Zwecken verwendet werden. Überwachung des libyschen Volksbüros: Libysche Volksbüros hätten in anderen Ländern vielfach Terroristen als Unterschlupf gedient und sie mit Waffen versorgt. Eine besonders scharfe Überwachung sei daher unabweisbar.“ Vgl. VS-Bd. 12994 (204); B 150, Aktenkopien 1986.

²³ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Er müsse die Frage stellen, ob es reiche, sich auf eine gemeinsame Abwehr gegen Terroranschläge zu einigen, und zugleich feststellen, daß dies nicht der Fall sei. Die Tatsache, daß erst heute die soeben überreichte Dokumentation zur Verfügung stehe, zeige, daß noch sehr viel mehr getan werden müsse bei der gegenseitigen Information zur²⁴ gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus. Besonders wichtig sei es, daß er, Whitehead, auch mit dem Innenminister²⁵ sprechen werde. Wir hätten immer sehr auf einen solchen Informationsaustausch²⁶ der Sicherheitsbehörden gedrängt. Heute sei es so, daß sich die Terroristen modernster Techniken bedienten, das erfordere, daß wir auch unsererseits alle technologischen Möglichkeiten ausnutzten zu ihrer Bekämpfung. Hier könne noch sehr viel mehr Gemeinsames getan werden.

Darüber hinaus müsse aber auch nach den Ursachen des Terrorismus gefragt werden. Die eine Frage sei die, weshalb sich Terroristen immer wieder rekrutieren könnten. Hiermit stelle sich das unerhört schwierige, ungelöste Nahostproblem. Die andere Frage sei die, wie wir verhindern könnten, daß Terroristen immer wieder Unterstützung erhielten. Für den Terrorismus sei erste Vorbedingung, daß er immer wieder einen sicheren Platz finde, an den sich Terroristen zurückziehen könnten. Wo aber seien diese Plätze, natürlich in Libyen, auch in Syrien und im Iran, aber selbst dieses reiche noch nicht aus. Hier müsse gefragt werden, wie die Zahl solcher Zufluchtsorte reduziert werden könne. Nach der Islamischen Konferenz²⁷ hätten zwei Außenminister hier in Bonn vorgeschlagen und größtes Unbehagen darüber zum Ausdruck gebracht, daß sie genötigt worden seien, sich mit Gaddafi solidarisch zu erklären.²⁸ Die Saudis seien keineswegs glücklich, daß sie Gaddafi Geld zahlen sollten, falls es einen Ölboykott gebe. Die Außenminister der EG wollten am 27. Januar wirksame Maßnahmen beraten, wie terroristische Unterstützung durch geeignete Länder verhindert werden könne.²⁹ Er wisse, daß zahlreiche Freunde in der arabischen Welt genauso dächten.

Was unsere Beziehungen zu Libyen angehe, so hätten wir eigentlich doppeltes Lob verdient, wenn der Präsident Italien gelobt habe, weil es künftig keine Waffen mehr nach Libyen liefern wolle, weil wir nämlich niemals Waffen dorthin geliefert hätten. Auch unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Libyen seien rückläufig. Das hätten wir zwar nicht öffentlich gesagt, es sei aber eine Tatsache. Früher hätten wir mehr Öl aus dem Iran bezogen, langsam habe sich aber die Bezugsquelle wegen der kürzeren und damit billigeren Transportwege, aber auch wegen der höheren Qualität nach Libyen verlagert. Der Bundeskanzler habe in sei-

²⁴ Die Wörter „gegenseitigen Information zur“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

²⁵ Friedrich Zimmermann.

²⁶ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Austausch“.

²⁷ Vom 6. bis 11. Januar 1986 fand in Fes die 16. Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz statt.

²⁸ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bangladeschischen Außenminister Choudhury am 10. Januar 1986; Dok. 5.

Am 14. Januar 1986 empfing Genscher den malaysischen Außenminister Rithauddeen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 010, Bd. 178901.

²⁹ Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel vgl. Dok. 10, Anm. 25.

ner Pressekonferenz gesagt, daß wir zu Wirtschaftssanktionen eine prinzipielle Haltung einnehmen. Wir hätten überhaupt Zweifel, ob solche Sanktionen durchführbar seien, wir fragten nicht nur, ob die gewünschte Wirkung eintrete. Er wolle hier in der gleichen Offenheit, mit der Whitehead gesprochen habe, fragen, ob es z. B. richtig sei, daß die USA über die Bahamas immer noch Ölderivate im Werte von 1,6 Milliarden Dollar kauften. In gleicher Weise wolle er fragen, ob es richtig sei, daß die in Libyen tätigen US-Firmen ihre Anteile an ausländische Töchter verkauften.

Die Amerikaner sollten auch wissen, daß wir direkt mit den Libyern über Terrorismus gesprochen hätten. Vor zwei Jahren habe es ein Attentat auf Gaddafi gegeben³⁰, wobei nicht zu bestreiten gewesen sei, daß daran Libyer beteiligt gewesen seien, die zuvor in Deutschland gelebt hätten und im Zusammenhang mit dem Attentat Telefongespräche von einer in Libyen ansässigen deutschen Firma aus geführt hätten. In diesem Zusammenhang habe er den von Gaddafi Beauftragten gesagt, daß eine äußerste Reaktion zu erwarten sei, falls hier in der Bundesrepublik als Reaktion auf das Attentat etwas passieren würde, wobei er sich natürlich gehütet habe, zu spezifizieren, was eine solche äußerste Reaktion sein werde.³¹

Gemeinsam müßten wir im Westen überlegen, wie die westlichen Demokratien mit den arabischen Freunden in ein Gespräch kommen könnten. Im Augenblick fürchte er, daß jede Maßnahme von der arabischen Solidarität unterlaufen werde. Nichts sei unangenehmer, als wenn wir moderate Araber fester an Gaddafi herantrieben. Er bitte auch die amerikanische Regierung, dies in Rechnung zu stellen.

Wir hätten jetzt schon entschieden, daß keinesfalls amerikanische Maßnahmen von deutschen Firmen unterlaufen werden sollten. Er bitte um Informationen, wenn die Amerikaner von solchen Akten, die den amerikanischen Maßnahmen zuwiderliefen, erführen. Das uns überreichte geheime Dokument würden wir sehr genau studieren. Jede einzelne Aussage würden wir sehr ernst nehmen und in der Bundesregierung darüber beraten, was er, Whitehead, uns gesagt habe. Dies werde in einer Weise geschehen, wie es unter Freunden und Verbündeten angemessen sei. Er bitte ihn, auch unsere Sorgen sehr ernst zu nehmen. Die Bundesregierung gehe vor niemandem in die Knie. Wir handelten nicht aus Rücksicht auf Gaddafi, auch nicht aus Rücksicht auf unsere geschäftlichen Interessen, sondern in Erwägung dessen, was nach unserer Überzeugung der beste Weg sei, mit der Terroristendrohung fertig zu werden. Wenn er sage, wir gingen vor niemandem in die Knie, so sage er das aufgrund der Erfahrung, die er am eigenen Leibe gemacht habe, als er sich 1972 bei dem Überfall der Palä-

³⁰ In Tripolis kam es am 8. Mai 1984 zu Schießereien, bei denen mehrere Personen getötet wurden. Zum Hintergrund berichtete Botschafter Enders, Tripolis, am 16. Mai 1984, daß die Ereignisse im Zusammenhang mit der gegen die libysche Regierung gerichteten Tätigkeit Oppositioneller stünden. Ziel sei es gewesen, „Gaddafi selbst zu treffen“. Die libysche Führung habe die Ereignisse auf die Tätigkeit libyscher Oppositioneller im Ausland zurückgeführt und in diesem Zusammenhang die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik, den Sudan und Tunesien genannt. Sie gehe „hart und unerbittlich“ bei der „Eliminierung von Regimegegnern“ vor. Vgl. den Drahtbericht Nr. 232; Referat 311, Bd. 137792.

³¹ Am 13. Juni 1984 führte Bundesminister Genscher ein Gespräch mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit, Belgassem, über die Vorfälle in Tripolis am 8. Mai 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 172.

stinenser auf die israelische Olympiadelegation den Terroristen im Austausch für ihre Geiseln angeboten habe.³² Die hier von den Demokratien geforderte Festigkeit werde über das Schicksal der Demokratien im Westen entscheiden. Er habe Botschafter Burt bei dessen Antrittsbesuch bereits gesagt und wiederhole dies heute, daß Terrorismus gegen uns alle ziele, und derjenige, der sich auf die amerikanischen Truppen bei uns richte, ziele auf die Allianz.³³ Wenn er von Festigkeit spreche, bedeute dies, daß wir nicht zurückgehen, nicht aufgeben, aber wir müßten diejenigen Maßnahmen ergreifen, die wirklich Wirkung brächten. So hätten wir etwa auch im Falle Südafrikas anders entschieden als die amerikanische Regierung. Er wolle vor allem deutlich machen, daß wir uns jedes Argument sorgfältig anhören und großes Verständnis entgegenbringen, zugleich aber auch unsere Erfahrungen und unsere Grundsätze in diesem Meinungsaustausch unter Verbündeten einbringen müßten. Nach Prüfung des amerikanischen Dokuments würden wir bei der Außenministersitzung in der nächsten Woche im Kreise der EG beraten, was wir gemeinsam als Europäer tun könnten und welche Antwort den Amerikanern gegeben werden könne.

Whitehead bezweifelte, ob die moderaten Araber wirklich auf Gaddafis Seite gedrängt würden. Alle islamischen Länder hätten nach der Konferenz den Amerikanern erklärt, sie seien sehr besorgt gewesen und hätten es nicht so gemeint, wie sie sich dort geäußert hätten. Sie hätten vielmehr Genugtuung darüber bekundet, daß die amerikanische Regierung so stark reagiert habe. Sie fürchteten und haßten Gaddafi. Er sei aber so stark, daß keiner es gewagt habe, ihm die Stirn zu bieten. Die USA glaubten auch nicht an Wirtschaftshilfe der Araber an Gaddafi. Viele der Gemäßigten hätten gar nicht die Möglichkeit, zu helfen, und andere, die dies könnten, hätten ausdrücklich erklärt, daß sie dies niemals tun würden, das gelte auch für die Saudis. Diese seien sogar von Gaddafi schon gebeten worden, hätten aber Hilfe abgelehnt. Zwei der unmittelbaren Nachbarn von Gaddafi hätten sich enttäuscht gezeigt, daß die USA von militärischen Maßnahmen abgesehen und sich auf wirtschaftliche beschränkt hätten. Das könne man zwar nicht zum Nennwert nehmen, aber es sei doch ein gewichtiges Indiz. Jedenfalls sei festzustellen, daß trotz aller amerikanischen Handlungen Gaddafi keine Hilfe erhalten habe.

BM äußerte Zweifel, die *Whitehead* nicht ganz widerlegen wollte. Jedenfalls, so fuhr er fort, dürfe man Gaddafi nicht erlauben, so fortzufahren, wie er sich bisher aufgeführt habe. Niemand dürfe dabei still sitzen bleiben. Zur Frage, ob es indirekte Importe über die Bahamas gebe, könne er derzeit nichts sagen. Sie würden diese Frage prüfen und dann darauf zurückkommen. Das gleiche gelte für die Frage, ob eventuell amerikanische Interessen in Libyen an ausländische

³² Während der XX. Olympischen Sommerspiele in München drangen acht Mitglieder des „Schwarzen September“ am 5. September 1972 in das Olympische Dorf ein, erschossen zwei Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft und nahmen weitere neun als Geiseln. Im Rahmen von Gesprächen über die Verlängerung eines Ultimatums stellte sich Bundesminister Genscher im Austausch gegen die gefangengehaltenen israelischen Sportler als Geisel zur Verfügung. Der Vorschlag wurde von den Geiselnehmern abgelehnt. Vgl. dazu GENSCHER, Erinnerungen, S. 155 f. Zum Attentat vgl. auch AAPD 1972, II, Dok. 256.

³³ Bundesminister Genscher empfing den amerikanischen Botschafter Burt am 12. September 1985 zu dessen Antrittsbesuch. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6929/6930 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom selben Tag an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 12975 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

Töchter verkauft worden seien. Allerdings möchte er dies bezweifeln, da der Präsident ausdrücklich erklärt habe, Umgehungen würden nicht akzeptiert werden.

In diesem Zusammenhang fragte er, ob die Information richtig sei, daß Lufthansa den Hauptservice für die libyschen Transportflugzeuge, sei es militärischer oder ziviler Art, in Europa leiste. Die amerikanische Information gehe dahin, daß die Libyer alle Flugzeuge sowohl zivil wie militärisch nutzten und zur Wartung nach Frankfurt flögen. Sie würden dort dann von der Lufthansa gewartet und, da es sich meistens um Boeing-Maschinen handele, auch mit amerikanischen Ersatzteilen ausgerüstet. *BM* erklärte sich mit Nichtwissen, sagte aber zu, man werde diese Frage prüfen.

Whitehead fragte nach den Hermes-Garantien. Er habe gehört, da gebe es Außenstände im Werte von drei Milliarden Dollar. Er bat um Überprüfung dieser Kreditfinanzierungspolitik, da dies letztlich eine Finanzierung Gaddafis und Libyens sei. Dadurch würden deutsche Exporteure ermutigt, weiter mit Libyen Handel zu treiben.

BM antwortete, nach seiner Auffassung bestehe eine sehr viel engere Form der Zusammenarbeit mit Libyen, wenn amerikanische Firmen Eigentum in Libyen hätten, als wenn Exporte garantiert würden.

Whitehead entgegnete, diese Zusammenarbeit finde nun ein Ende, weil die Amerikaner das Land verließen.

BM fragte, was mit dem 49%igen amerikanischen Eigentumsanteil an libyschen Firmen geschehen werde.

Whitehead sagte, dies sei zur Zeit unklar. Hierzu habe es noch keine Anordnungen gegeben. Die US-Regierung beabsichtige nicht, die Eigentümer zu schädigen. Es sei auch nicht die Absicht, diese Rechte an Gaddafi zu übertragen. Jedenfalls sollten die amerikanischen Firmen nicht gezwungen werden, die Rechte zu verkaufen. Das Hauptziel sei, Gaddafis Politik zu ändern, nicht aber, amerikanische Interessen zu schädigen.

BM sagte zu, daß er den Bundeskanzler über das Gespräch mit *Whitehead* unterrichten werde. Ebenfalls hätten wir die Problematik, so wie sie von den Amerikanern gesehen werde, sehr wohl verstanden.³⁴

Whitehead resümierte seinen Eindruck dahingehend, daß die Ziele die gleichen seien, daß es wohl aber Auffassungsunterschiede hinsichtlich des Weges gebe und der einzuschlagenden Taktik.

Der *Bundesminister* stimmte zu. Er bat, noch ein anderes Thema anschnitten zu dürfen, das uns sehr bewege, nämlich dasjenige der jüngsten sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge.³⁵ Die ersten deutschen Reaktionen darauf entsprächen durchaus denjenigen, die auch Präsident Reagan³⁶ und AM Shultz geäu-

³⁴ Die Bundesregierung nahm am 30. Januar 1986 Stellung zu den Vorschlägen des stellvertretenden amerikanischen Außenministers *Whitehead* hinsichtlich einer Unterstützung der Maßnahmen gegen Libyen. Vgl. dazu Dok. 28.

³⁵ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

³⁶ In einer Stellungnahme vom 15. Januar 1986 begrüßte Präsident Reagan die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, über Abrüstung und Rüstungskontrolle und kündigte deren sorgfältige Prüfung gemeinsam mit den übrigen NATO-Mitgliedstaaten an. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1986, S. 58.

bert hätten. Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn jetzt eine gemeinsame gründliche Prüfung im Bündnis unternommen würde. Dabei müßte deutlich berücksichtigt werden, daß die sowjetischen Vorschläge in zwei Richtungen zielten, einmal auf die Genfer Verhandlungen³⁷, zum anderen aber auf die öffentliche Meinung im Westen. Nichts würde unangenehmer sein, als wenn der Westen darauf kontrovers antworten würde. Uns wäre sehr daran gelegen, wenn die Antwort übereinstimmte, jedenfalls zwischen den wichtigsten Staaten des westlichen Bündnisses. Daher seien wir so sehr daran interessiert, hierüber möglichst bald im Bündnis, aber auch bilateral zu beraten. Die jüngsten sowjetischen Vorschläge stellten ohne Zweifel die nächste Runde des Kampfes um die Herzen und Hirne der Europäer dar. Hier sei es besonders wichtig, daß dieser Kampf gemeinsam bestanden werde.

Whitehead stimmte dem Bundesminister voll zu. Er werde diese Botschaft mit nach Washington nehmen. Auch er halte enge Konsultationen unter den Verbündeten für außerordentlich wichtig. Es handle sich bei Gorbatschows Vorschlägen um dramatische, kühne Vorschläge, die vielleicht aussichtsreichere Elemente enthielten als frühere Initiativen.³⁸

Dieser Vermerk ist von BM noch nicht gebilligt.

VS-Bd. 12994 (204)

13

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević

214-321.11 JUG

20. Januar 1986¹

Vorbehaltlich Genehmigung durch BM

Besuch des jugoslawischen AM Dizdarević in der Bundesrepublik Deutschland (20./21.1.1986)²;

hier: Delegationsgespräch/bilateraler Teil³

BM begrüßt *AM* Dizdarević (D.) und betont unseren Willen, den dichten Dialog mit Jugoslawien gerade auch in dem sehr wichtigen und entscheidungsträchti-

³⁷ Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle wurden am 12. März 1985 wiederaufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 8 und Dok. 106.

Zur vierten Verhandlungsrunde vom 16. Januar 1986 bis 4. März 1986 vgl. Dok. 56.

³⁸ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunnühl handschriftlich eingefügt.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 21. Januar 1986 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 24. Januar 1986 vorgelegen.

² Zum Besuch des jugoslawischen Außenministers Dizdarević vgl. auch Dok. 14.

³ Ferner erörterten Bundesminister Genscher und der jugoslawische Außenminister Dizdarević im Kreis der Delegationen die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie den KSZE-Prozeß. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 214, Bd. 139592.

gen Jahr 1986 fortzusetzen. Wie D. wisse, sei für uns die Meinung seines Landes in allen wichtigen Fragen von großer Bedeutung.

BM teilt sodann mit, daß zusätzlich zum ausgedruckten Programm der BK D. am 21.1.1986, 16.00 Uhr, empfangen wird.⁴

Dizdarević bedankt sich für die Einladung und das bereits bei der Firma Bayer/Leverkusen absolvierte Programm. Er würdigt die Bedeutung des Treffens am Anfang des neuen Jahres, das – hierin sei er mit BM völlig einer Meinung – möglicherweise ein Jahr vieler bedeutender Entscheidungen sein werde.

BM und *Dizdarević* einigen sich, am heutigen Tage die bilaterale Thematik zu behandeln und mit der Erörterung der internationalen Lage zu beginnen – Fortsetzung dazu am zweiten Besuchstag.

Dizdarević würdigt die bilateralen Beziehungen als uneingeschränkt positiv, dies habe insbesondere auch das vergangene Jahr bestätigt: 1985 habe Fortschritte in den Beziehungen gebracht. Jugoslawien schätze insbesondere die Begegnungen und Kontakte zwischen Staatsmännern, Politikern und anderen Persönlichkeiten beider Länder hoch ein. Diese schon traditionellen Kontakte seien ein wichtiger Faktor für die weitere Förderung der Beziehungen, hin zu noch mehr Verständnis und noch mehr Vertrauen. Der Besuch von BK Kohl in Jugoslawien⁵ sei von außerordentlicher Bedeutung gewesen, weil er den Beziehungen positive Impulse gegeben habe. Auch der in Vorbereitung auf diesen Besuch durchgeführte BM-Besuch in Belgrad⁶ sei sehr nützlich gewesen, desgleichen die Begegnungen, die er – D. – mit BM anlässlich internationaler Treffen gehabt habe.

Sehr nützlich sei ferner auch der Besuch von BMWi Bangemann in Belgrad gewesen.⁷ D. würdigt sodann kurz die Besuche von BK a.D. Willy Brandt in Belgrad⁸ sowie die Besuche von ZK-Mitglied Ribičić⁹, Außenhandelsminister Bojanić¹⁰ und einer jugoslawischen Parlamentsdelegation in Bonn.

1986 werde durch weitere Fachministerbegegnungen geprägt: Ende Februar träfen BMI Zimmermann und Innenminister Čulafić zusammen.¹¹ Noch in diesem Monat werde der jugoslawische Verkehrsminister in die Bundesrepublik

⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 70; B 150, Aktenkopien 1986.

⁵ Bundeskanzler Kohl besuchte Jugoslawien vom 4. bis 6. Juni 1985. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 145 und Dok. 147.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich am 31. Januar und 1. Februar 1985 in Jugoslawien auf und sprach u. a. mit Ministerpräsidentin Planinc. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 26 und Dok. 27.

⁷ Bundesminister Bangemann hielt sich am 15./16. Oktober 1985 in Jugoslawien auf.

⁸ Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 24. Juni bis 26. Juni 1975 sowie vom 6. bis 8. September 1978 und vom 12. bis 14. Oktober 1985 in Jugoslawien auf.

In seiner Eigenschaft als Präsident der Sozialistischen Internationale hielt er sich vom 10. bis 13. Juli 1979 in Jugoslawien auf.

⁹ Das Mitglied des ZK des BdKJ, Ribičić, hielt sich am 13. März 1985 in Bonn auf.

¹⁰ Der jugoslawische Außenhandelsminister Bojanić besuchte die Bundesrepublik vom 15. bis 18. April 1985 anlässlich der Hannover-Messe.

¹¹ Der jugoslawische Innenminister Čulafić führte am 24./25. Februar 1986 Gespräche in der Bundesrepublik.

Deutschland kommen¹², und Jugoslawien erwarte Anfang März den Besuch von Herrn Wolff von Amerongen, DIHT¹³.

D. fährt fort, die Bundesrepublik Deutschland sei der erste Wirtschaftspartner Jugoslawiens in Westeuropa. Er wolle nicht alles wiederholen, was dazu mit BK Kohl und BMWi Bangemann in Belgrad besprochen worden sei, sondern sich auf die wichtigsten Fragen konzentrieren.

1) Handelsfragen

Nach jugoslawischer Auffassung sei es notwendig, neue Wege für das Wachstum des Warenaustausches zu suchen und dabei das jugoslawische Defizit zu beseitigen. Jugoslawien wolle dies nicht durch Drosselung der Importe erreichen, folglich müßten Mittel und Wege gefunden werden, die jugoslawischen Exporte in die Bundesrepublik Deutschland zu steigern. Jugoslawien wünsche den Abschluß langfristiger Kooperationsabkommen. Die Ende des vergangenen Jahres durchgebrachten neuen Wirtschaftsgesetze¹⁴ seien dafür eine gute Grundlage. Man stehe nicht erst am Anfang – vielmehr habe Jugoslawien mit der Bundesrepublik Deutschland die größte Anzahl von Abkommen über höhere Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit – insbesondere industrielle Kooperation – abgeschlossen. 1985 habe man auch drei Investitionen deutscher Firmen in Jugoslawien verzeichnet. In der Fortsetzung dieser Entwicklung sehe Jugoslawien die Möglichkeit für weitere Steigerung des Umfangs der Zusammenarbeit und für die Verkleinerung des Ungleichgewichts zu Lasten Jugoslawiens.

Auch die Zusammenarbeit im Tourismus solle und könne ausgeweitet werden: Dabei denke er nicht nur an den Verkauf von mehr Hotelplätzen, sondern auch an Investitionen.

2) Jugoslawien – EG

Jugoslawien sei sich sehr bewußt, daß der bilaterale Warenaustausch auch von den Beziehungen Jugoslawien – EG abhängt. Man stehe gerade vor Verhandlungen mit der EG über

- die Verlängerung des Handelsabkommens um weitere fünf Jahre und
- das zweite Finanzprotokoll.¹⁵

¹² Der jugoslawische Verkehrsminister Pljakić hielt sich vom 23. bis 28. Februar 1986 in der Bundesrepublik auf.

¹³ Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen, hielt sich vom 6. bis 8. März 1986 in Jugoslawien auf.

¹⁴ Referat 422 hielt am 8. Januar 1986 fest: „Ende 1985 hat das jugoslawische Parlament ein neues Investitionsgesetz verabschiedet. Kernstück [...] sind u. a. Neuregelungen im Bereich des Technologietransfers und der erlaubten Maximalbeteiligungen für ausländische Investoren bei Joint ventures, die sich auf ausländische Investitionen positiv auswirken könnten.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149187.

¹⁵ Am 2. April 1980 unterzeichneten die EG-Kommission und Jugoslawien ein Kooperationsabkommen. Dazu notierte Referat 411 am 9. Januar 1986, das Abkommen sei „einseitig präferentiell und sieht u. a. die Zollbefreiung eines großen Teils jugoslawischer Industriegüterexporte in die EG sowie spezifische Zugeständnisse im Agrarbereich vor. Durch ein Finanzprotokoll zum Abkommen wurden Jugoslawien für den Zeitraum bis 30.6.1985 EIB-Darlehen in Höhe von 200 Mio. ECU gewährt. Im Sozialteil des Abkommens werden jugoslawischen [Arbeit]N[ehmern] gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen wie den Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten zugesichert. [...] Beide Seiten sind übereingekommen, über die Verlängerung des handelspolitischen Teils des Abkommens und den Abschluß eines 2. Finanzprotokolls im Zusammenhang mit der Anpassung des Kooperationsabkommens an die Erweiterung der Gemeinschaft zu verhandeln.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131150. Die Verhandlungen wurden am 11. Februar 1986 in Brüssel aufgenommen.

Für beide Verhandlungen gebe es Mandate – und er müsse BM sagen, daß Jugoslawien mit diesen Mandaten nicht zufrieden sei. Hauptgrund sei, daß Jugoslawien mit dem Handelsabkommen eine bedeutsame Steigerung der jugoslawischen Exporte erstrebe – bekanntlich rühre 50% des jugoslawischen Außenhandelsdefizits aus dem Austausch mit den EG-Ländern. BM kenne die wirtschaftliche Situation Jugoslawiens und wisse um die Anstrengung, die sein Land unternommen habe, um die Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft einzugliedern und die Beziehungen zur EG enger zu gestalten. Deshalb der jugoslawische Wunsch nach einer günstigeren Regelung für seinen Handel mit der EG, d. h. mehr Exporte, keine Importdrosselung.

Jugoslawien werde im Februar die Verhandlungen mit der EG beginnen, obwohl das Mandat nicht befriedige. Deshalb würden wahrscheinlich einige der Fragen wiederum in den verschiedenen EG-Gremien, insbesondere im Ministerrat, auf den Tisch kommen: Dort bitte er – wie bereits gegenüber BK Kohl und BMWi Bangemann ausgedrückt – um die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Ferner stünden Verhandlungen über das zweite Finanzprotokoll an: Über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten habe man in Luxemburg ausführlich gesprochen.¹⁶ Er – D. – habe damals die Enttäuschung über die von der EG gebotenen Bedingungen zum Ausdruck gebracht. Während der bevorstehenden Verhandlungen werde dies wieder geschehen, sowohl was die Höhe der Mittel als auch den Verwendungszweck angehe. Insbesondere bleibe Jugoslawien bei seiner Forderung nach Einsatz von EG-Haushaltsmitteln, die Jugoslawien als einzigem Mittelmeerland verweigert werden solle.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betreffe die Verwendung: BM wisse, daß Jugoslawien erhebliche Mittel zum Ausbau seiner Infrastruktur – insbesondere der Nord-Süd-Autobahn – brauche. Diese Verkehrseinrichtung diene auch dem Verkehr zwischen EG-Staaten sowie deutschen Exporten in den Nahen Osten und darüber hinaus. Aus diesem Grunde erhoffe man auch in der Frage der Mittelverwendung Verständnis der EG und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland.

3) Umschuldung

Hinsichtlich der finanziellen Zusammenarbeit wisse BM, daß Jugoslawien eine mehrjährige Umschuldung anstrebe.¹⁷ Dies habe sich 1985 nicht verwirklichen

¹⁶ In Luxemburg fand am 18./19. Juni 1985 die dritte Sitzung des Kooperationsrats EWG–Jugoslawien statt.

¹⁷ Referat 422 notierte am 8. Januar 1986, daß die gesamte Auslandsverschuldung Jugoslawiens derzeit etwa 20,5 Mrd. Dollar betrage. Für das Jahr 1984 hätten die Gläubigerstaaten in einem Protokoll vom 22. Mai 1984 einer Umschuldung von 100% der Tilgungsfälligkeiten bis Ende 1988 zugestimmt. Seither bemühe sich die jugoslawische Regierung um eine mehrjährige Umschuldung der Kreditfälligkeiten der Jahre 1985 bis 1988. Demgegenüber sei am 24. Mai 1985 erneut eine Vereinbarung über eine Umschuldung der Tilgungsfälligkeiten vom 1. Januar 1985 bis 15. Mai 1986 unterzeichnet worden. Die Gläubigerstaaten hätten jedoch zugleich die Bereitschaft für Anschlußumschuldungen für die Jahre 1986 bis 1988 erklärt: „In welcher Weise diese weitere Umschuldungsregelung erfolgen kann, wird u. a. von der Qualität der Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und dem IWF nach Auslaufen des derzeit in Kraft befindlichen Bereitschaftskreditabkommens mit dem IWF (15.5.1986) abhängen. Die Bundesregierung ist nunmehr bereit, sich entsprechend den Ergebnissen der Wirtschaftsgipfel von London und Bonn im Pariser Club für eine mehrjährige Umschuldungsregelung zugunsten Jugoslawiens einzusetzen (eine mehrjährige Um-

lassen, nunmehr erstrebe sein Land es für den Zeitraum 1986–1988. Er – D. – wisse, daß der Standpunkt der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage positiv sei – und er rechne auch weiterhin mit dieser Haltung. Auch der IWF sei grundsätzlich positiv eingestellt.

4) FZ-Kredite

Was die bilateralen Finanzbeziehungen angehe, so bitte er – D. – die Bundesregierung, ihre Aufmerksamkeit den jugoslawischen Vorschlägen hinsichtlich der Kapitalhilfe aus den 1970er Jahren zu widmen.¹⁸ Hier spielten politische und humanitäre Aspekte eine Rolle – schließlich seien diese Mittel anstelle von Wiedergutmachung gewährt worden. Jugoslawien habe zwar mit der Rückzahlung der Kredite begonnen, würde es aber gern sehen, wenn wir mit der vorgeschlagenen Re-Investition von Zinsen und Tilgungen einverstanden wären.¹⁹

5) Jugoslawische Gastarbeiter

D. führt aus, er brauche die Bedeutung der Tatsache, daß viele hunderttausend Jugoslawen in der Bundesrepublik Deutschland lebten und arbeiten, nicht erneut zu würdigen. Beide Länder arbeiteten auf diesem Gebiet eng zusammen, Jugoslawien messe der Frage der Arbeits- und Aufenthaltssicherheit höchste Bedeutung bei. Deshalb verfolge man auch alle Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland, die ausländische Arbeitnehmer und ihren Aufenthalt betrafen. Man habe verschiedene Meinungen bemerkt, verschiedene Forderungen gehört – und einige davon gefielen Jugoslawien überhaupt nicht.

BM wirft ein: D. möge sich an die Bundesregierung halten.

Dizdarević erwidert, Jugoslawien setze Vertrauen in die Bundesregierung und den BM persönlich, deshalb wolle er nicht versäumen, BM auf verschiedene Forderungen aufmerksam zu machen, deren Verwirklichung für die bilateralen Beziehungen schwere Schäden bedeuten würde. Er hoffe sehr, daß derartige Forderungen nicht Überhand gewinnen.

Es sei auch an der Zeit, nunmehr die Verhandlungen über die Reintegration wiederaufzunehmen.²⁰ Eine nicht unbeträchtliche Zahl jugoslawischer Gastar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 74

schuldung haben die staatlichen Gläubiger erstmals Ende April 1985 mit Ecuador vereinbart).“ Vgl. Referat 422, Bd. 148944.

¹⁸ Jugoslawien erhielt von der Bundesrepublik im Dezember 1972 Kapitalhilfe in Höhe von 300 Mio. DM. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 5.

Am 10. Dezember 1974 unterzeichneten die Bundesrepublik und Jugoslawien ein Abkommen über die Gewährung von Kapitalhilfe in Höhe von 700 Mio. DM. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 363.

¹⁹ Ministerialdirektor Jelonek hielt am 18. November 1985 fest, daß die jugoslawische Regierung seit längerem darauf dränge, „die 1972 bis 1974 gegebenen Kredite über insgesamt 1 Mrd. DM, die zwar in einem gewissen Wiedergutmachungs-Kontext, aber als rückzahlbare Kapitalhilfe-Kredite gegeben wurden, nicht regulär zurückzuzahlen, sondern die Tilgungsraten in einem Fonds zu sammeln, aus dem jug[oslawische] Infrastrukturprojekte unter Beteiligung der deutschen Industrie finanziert werden sollen. [...] Wir sollten diesem Wunsch nicht entsprechen. Die Kredite sind vertraglich als rückzahlbar vereinbart worden. Die 1973 zwischen BK Brandt und Präsident Tito vereinbarte sog[enannte] ‚Brioni-Formel‘ bestätigt, daß es sich um rückzahlbare Darlehen handelte. Die Re-Investition der Tilgungsbeträge in einen Projektfonds würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131150.

²⁰ Zur Frage eines Abkommens zur Förderung der Reintegration jugoslawischer Arbeitnehmer notierten die Referate 401 und 513 am 14. Juni 1984, daß hierzu im Frühjahr 1984 unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit Vorverhandlungen stattgefunden hätten: „Im Abschlußprotokoll wurde als Reintegrationsmaßnahme für rückkehrwillige Gastarbei-

beiter sei bereits zurückgekehrt – mehrere Einhunderttausend –, denen man Arbeitsplätze und soziale Dienste bieten müsse. BM könne die Größe des Problems ermessen. Er – D. – hoffe deshalb, daß in der Frage des Reintegrationsabkommens die mit BMWi Bangemann in Belgrad skizzierte Lösung nun zu realisieren sei.

6) Exiljugoslawische Aktivitäten

Wenn es in den bilateralen Beziehungen eine ständig negative Frage gebe, so sei dies die Tätigkeit der feindlichen jugoslawischen Emigration in der Bundesrepublik Deutschland. Zu diesem Thema, das er bereits vor einem Jahr mit BM ausführlich erörtert habe, wolle er nur feststellen, daß es in letzter Zeit kleine Verbesserungen, aber auch gewisse Elemente der Verschlechterung gegeben habe. Das Problem verdiene ständige Aufmerksamkeit und dürfe nicht zu einer Störung für die Entwicklung der Zusammenarbeit werden. Seinen Ausführungen von vor einem Jahr in Belgrad wolle er nur hinzufügen: Eine große Zahl der damals angesprochenen Fragen sei noch aktuell. Deshalb begrüße Jugoslawien das bevorstehende Treffen zwischen BMI Zimmermann und Innenminister Čulafić, die diese Fragen sehr konkret erörtern sollten.

7) Presse- und Informationswesen

D. spricht sich für Förderung der Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet des Presse- und Informationswesens aus. Weder die deutsche noch die jugoslawische Regierung könne ihrer Presse Weisungen geben. Jedoch sollte man Möglichkeiten für Einfluß suchen und finden, um das Gesamtbild der Presse konstruktiver zu gestalten. Mit konstruktiv meine er sicher nicht unkritisch, wende sich aber gegen eine Tendenz zu sensationeller Negativberichterstattung über die inneren Verhältnisse seines Landes in der deutschen Presse. Nicht alles sei „schwarz“ – es gebe verschiedene Fortschritte, und Treffen wie das heutige könnten beitragen, daß in der Presse die Situation des Partnerlandes so widergespiegelt werde, wie sie tatsächlich sei.

8) Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit

Die Bundesrepublik Deutschland sei der erste westliche Partner Jugoslawiens auf diesem Gebiet, und er – D. – zweifle nicht daran, daß sie in Zukunft alles unternehmen werde, um diese Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Jugoslawien beabsichtige, den Kulturabkommen des Europarats²¹ beizutreten – dies werde ein weiterer Impuls auch für die Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit sein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 75

ter aus der Bundesrepublik Deutschland die Schaffung eines von beiden Ländern hälftig zu finanzierenden Fonds in Erwägung gezogen“. Allerdings hätten die Gespräche „ein Vorstadium noch nicht verlassen“. Vgl. Referat 421, Bd. 140282.

21 Der Europarat verabschiedete am 19. Dezember 1954 das Europäische Kulturabkommen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 1128–1132.

Für den Wortlaut des Europäischen Übereinkommens zum Schutz archäologischen Kulturguts vom 6. Mai 1969 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1286–1291.

Am 23. Juni 1985 billigte der Europarat das Europäische Übereinkommen über Straftaten im Zusammenhang mit Kulturgut (Delphi-Konvention). Für den Wortlaut vgl. <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/119.htm>.

Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 3. Oktober 1985 zum Schutz des architektonischen Erbes Europas (Granada-Konvention) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 624–633.

9) Rechts- und Konsularfragen

D. wertet die Zusammenarbeit als gut. Natürlich gebe es gerade auf diesem Gebiet eine Vielzahl von täglich zu lösenden Fragen – wenn dabei Probleme aufträten, so könnten sie nicht den Stand der Zusammenarbeit, der schon erreicht sei, mindern.

Er wolle hier nur kurz den konkreten Fall des Kindes Živojin Drlić ansprechen und bitte, die humanitäre Seite der Frage im Auge zu behalten: Das Weitere sollten die Mitarbeiter besprechen.

BM dankt für die Übersicht über die bilateralen Beziehungen. Auch wir hielten diese Beziehungen für sehr wichtig, wollten sie ausbauen und weiterentwickeln.

1) Wirtschaftsbeziehungen

Unsere Wirtschaftsbeziehungen – so BM – seien durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet: Wir hätten gegenüber Jugoslawien einen Außenhandelsüberschuß, Jugoslawien uns gegenüber einen Zahlungsbilanzüberschuß, bewirkt durch Ausgaben unserer Touristen und durch Überweisungen jugoslawischer Gastarbeiter. Die jugoslawischen Exporte hätten sich zudem in die Bundesrepublik Deutschland überaus günstig entwickelt: In den ersten elf Monaten 1985 Steigerung um 14 %.

Erfreulich sei auch, daß die jugoslawischen Anstrengungen um wirtschaftliche Stabilität Erfolge zeitigten. Er – BM – habe gut in Erinnerung, was ihm vor einem Jahr Frau Ministerpräsident Planinc dazu gesagt habe: Ihre Ankündigungen seien Wirklichkeit geworden. Wenn Jugoslawien auf diesem Wege fortfahre, werde es auch bei den Exporten in die Bundesrepublik Deutschland weitere Zuwächse geben.

Gemeinsame Frage müsse nun sein, welche Bereiche eine weitere signifikante Erweiterung der Handelsbeziehungen erlaubten. Er – BM – sehe die besten Möglichkeiten im Ausbau der Kooperationen und in der Verstärkung der Investitionen. Zu letzterem sei wichtig, nach nunmehr mehr als zehnjährigen Bemühungen den entsprechenden Vertrag endlich zustande zu bringen.²²

Dizdarević wirft ein, Jugoslawien sei zu Verhandlungen bereit. In den bereits erwähnten neuen Wirtschaftsgesetzen sei eine Reihe von Fragen geregelt, die bisher Hindernisse für den Abschluß eines Investitionsschutzabkommens gewesen seien.

BM hofft, daß dies auch für die Frage des Kapitalretransfers gelte.

2) EG–Jugoslawien

BM bestätigt unser Eintreten für weitere Liberalisierung. Dies falle uns nicht immer leicht, weil auch eigene Interessen berührt würden (Stichwort Sauerkir-

²² Die Bundesrepublik und Jugoslawien verhandelten seit 1974 über den Abschluß eines Investitionsförderungsvertrags. Zum Stand notierte Referat 422 am 8. Januar 1986: „Bei letzter Verhandlungsrunde im Juni 1981 hatte es im wesentlichen noch zwei offene Fragen gegeben: Die Berlin-Klausel und das Prinzip des freien Transfers. Während das Berlin-Problem inzwischen zufriedenstellend gelöst werden konnte, ist nach wie vor offen, ob die jugoslawische Seite bereit sein wird, in der für uns entscheidenden Frage des freien Transfers Zugeständnisse zu machen. Die Bundesregierung wäre äußerstenfalls beim Gewinntransfer zu einem gewissen Entgegenkommen bereit, muß aber beim Re-Transfer des Kapitals im Falle von Liquidation oder Veräußerung auf uneingeschränkter Transferfreiheit bestehen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149187.

schen²³), dies ändere aber nichts an tatkräftiger Förderung der Liberalisierung durch die Bundesregierung.

3) Mehrjährige Umschuldung

BM bestätigt auch zu diesem Punkt unsere weitere Unterstützung und erinnert daran, daß die Durchführbarkeit dieser Idee von der Gestaltung des Verhältnisses Jugoslawien zum IWF abhängt.²⁴

4) FZ

Hinsichtlich der Rückzahlungen aus den in den 1970er Jahren gewährten Krediten müsse er – BM – daran erinnern, daß wir bereits aufgrund des Londoner Schuldenabkommens²⁵ gehindert seien, dabei Umwandlungen vorzunehmen. Die Brioni-Formel²⁶ habe unmißverständlich klargestellt, daß bei Vergabe der Mittel Darlehen gemeint waren. Die Bundesrepublik Deutschland sehe sich schon jetzt Forderungen anderer – darunter eines unmittelbaren Nachbarn Jugoslawiens – ausgesetzt, die in die damaligen Vereinbarungen mehr hineinlegen wollten, als gemeint war.

5) Zusammenarbeit in Presse und Information

BM bestätigt, D. habe das Verhältnis der Bundesregierung zur Presse richtig dargestellt: Sie habe keinen Einfluß und wolle keinen Einfluß nehmen, weil dies nicht unserem Staats- und Freiheitsverständnis entspreche. Im übrigen möge D. unbesorgt sein: Hunderttausende unserer Landsleute reisten jedes Jahr nach Jugoslawien, hunderttausend Jugoslawen lebten bei uns und sähen die Wirklichkeit des Partnerlandes aus eigener Anschauung. Wenn es manchmal unangenehme Artikel gebe, könne dies die gute Grundstimmung nicht ändern.

²³ Referat 411 vermerkte am 18. November 1985, daß aufgrund von „Billigeinfuhren“ aus Jugoslawien 1984 und 1985 „der deutsche Markt zusammengebrochen“ sei: „Die Existenz zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe ist bedroht.“ Aus diesem Grund müsse eine von der EG-Kommission mit Jugoslawien auszuhandelnde Lösung eine Begrenzung der Kirscheinfuhren auf der Basis der Durchschnittsmengen der Jahre 1981 bis 1983 anstreben, ferner Mindestpreise als Schutz gegen Preisverfall sowie weitere Schutzmaßnahmen bei Erreichen der Einfuhrgrenze enthalten. Vgl. Referat 411, Bd. 131150.

²⁴ Ministerialdirigent Trumpf hielt am 25. April 1986 fest, daß am 17. April 1986 von den Gläubigerstaaten und Jugoslawien „ein multilaterales Umschuldungsprotokoll (Pariser Protokoll) über die Rahmenbedingungen für die Umstrukturierung der Zahlungsfälligkeiten zwischen dem 16.5.1986 und dem 31.3.1988“ habe paraphiert werden können. Die Verhandlungen hätten sich als äußerst schwierig erwiesen, da Jugoslawien nicht bereit gewesen sei, ein weiteres Bereitschaftskreditabkommen mit dem IWF abzuschließen, was „ein Abgehen von einem ehernen Prinzip des ‚Pariser Clubs‘“ bedeutet habe. Das endgültige Protokoll sehe nunmehr zwei Stufen mit unterschiedlichen Modalitäten vor, deren Inkrafttreten jeweils von Gesprächen mit dem IWF und der Erfüllung bestimmter Zielvorgaben abhängen („enhanced monitoring“). Vgl. Referat 214, Bd. 139600.

²⁵ Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485. Vgl. dazu ferner AAPD 1951, Dok. 210, AAPD 1952, Dok. 1, und AAPD 1953, I, Dok. 42.

²⁶ Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 16. bis 19. April 1973 in Jugoslawien auf und führte am 18./19. Juni 1973 Gespräche mit Präsident Tito in Brioni. Im Kommuniké wurde festgestellt: „Beide Seiten stimmen darin überein, daß auf Grund des erreichten Standes der Beziehungen und des Vertrauens, das durch die entwickelte und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen ihnen geschaffen worden ist, auch die noch offenen Fragen aus der Vergangenheit auf eine Weise zu lösen sind, die den Interessen des einen wie des anderen Landes entsprechen würde. Sie sind übereingekommen, daß dies durch eine langfristige Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und anderen Gebieten erreicht werden soll, über deren Formen baldmöglichst weitere Gespräche geführt werden sollen.“ Vgl. BULLETIN 1973, S. 428. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, I, Dok. 110 und Dok. 111.

6) Humanitäre Fälle

BM ist einverstanden, daß über den Fall Drlić unter den Mitarbeitern weitergesprochen wird. Er selbst setzt sich ein für

- Professor Čížek – Hinweise auf schlechten Gesundheitszustand, Bitte um Haftentlassung aus humanitären Gründen²⁷;
- Ivan Zugčić, Spieler beim VfL Bochum, der vorzeitig aus jugoslawischem Militärdienst entlassen werden will (Grundwehrdienst abgeleistet), um wieder in seiner Mannschaft mitspielen zu können²⁸, sowie
- Jovo Ilić (Häftling in Tuzla)²⁹.

Zum ersten und letzten Fall übergibt BM Papiere. Er unterstreicht, die jugoslawische Seite habe es in der Hand, durch humanitäre Lösung dieser Fälle das Klima, das wir zur Entwicklung der Beziehung brauchten, nachhaltig zu verbessern.

Dizdarević bemerkt zum Fall Čížek, er werde nicht das erste Mal angesprochen. Die jugoslawische Bewertung sei jedoch unverändert: Es handele sich um einen Mann, der in einer terroristischen Organisation aktiv tätig gewesen und deshalb rechtskräftig verurteilt sei. Er habe sich selbst vergewissert und könne BM bestätigen, daß Čížek bei guter Gesundheit sei. Er erinnere daran, daß es notwendig sei, den Terrorismus auf allen Seiten, nicht nur in Einzelfällen, zu bekämpfen.

Hinsichtlich des den VfL Bochum betreffenden Falles wolle er sich nach Möglichkeit für eine positive Lösung einsetzen; den dritten Fall kenne er nicht, man werde prüfen, was getan werden könne.

Referat 010, Bd. 178901

²⁷ Referat 214 vermerkte am 17. Dezember 1985, daß der jugoslawische Staatsangehörige Vjenceslaw Čížek 1978 vom Bezirksgericht in Sarajevo „wegen Staatsschutzdelikten“ zu 15 Jahren Haft verurteilt worden sei: „Professor Čížek lebte von 1972 bis 1977 in der Bundesrepublik Deutschland und war hier als Asylberechtigter anerkannt. Er betätigte sich aktiv in verschiedenen exilkroatischen Organisationen und schrieb gegen die jugoslawische Regierung gerichtete Artikel in Emigrantenzeitschriften. Von einer Reise nach Italien im November 1977 ist er nicht mehr zurückgekehrt. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe äußerte [...] den Verdacht, daß Professor C. über Italien nach Jugoslawien entführt worden ist.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139608.

²⁸ Mit Privatdienstschreiben vom 6. Januar 1986 teilte Staatsminister Möllemann Botschafterin Rheker, Belgrad, mit: „Herr Zugčić wurde bei einer Reise nach Jugoslawien zum Wehrdienst bei den dortigen Streitkräften eingezogen und steht damit seinem Verein bis auf weiteres nicht zur Verfügung. Da Herr Zugčić für den VfL Bochum eine wertvolle Verstärkung darstellt, würde ich gebeten, mich für eine vorzeitige Entlassung des Herrn Zugčić aus dem Wehrdienst zu verwenden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139607.

Legationsrat I. Klasse Hausmann notierte am 19. September 1986, daß nach Auskunft der jugoslawischen Botschaft „der Wehrdienst von Zugčić in Jugoslawien um 45 Tage abgekürzt worden sei und er seine Tätigkeit in Bochum wiederaufnehmen könne“. Vgl. Referat 214, Bd. 139607.

²⁹ In einem dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević am 20. Januar 1986 übergebenen Papier hieß es: „Der 38jährige Jovo Ilić aus Bosnien, der in der Bundesrepublik Deutschland gearbeitet hatte, wurde im Juli 1979 verhaftet, als er auf Urlaub in seinem Heimatdorf war. Im Dezember wurde er vom Bezirksgericht Tuzla zu neunehalb Jahren Gefängnis aufgrund der Paragraphen 131 („Teilnahme an feindlichen Aktivitäten“), 133 („feindliche Propaganda“) und 157 („Schädigung des Ansehens der SFRJ“) verurteilt.“ Die Anklage erhebe den Vorwurf, Ilić habe über Kontakte zu „führenden Mitgliedern einer Emigrantenorganisation der Tschetniks“ in der Bundesrepublik verfügt: „Die Gerichtsakten deuteten jedoch darauf hin, daß die einzigen ihm nachgewiesenen Kontakte zufälliger Natur und mit Arbeitskollegen waren, von denen einige mehr als 30 Jahre zuvor mit den Chetniks gekämpft hatten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139592.

14

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević

21. Januar 1986¹

Von BM noch nicht genehmigt

Frühstück BM mit jugoslawischem AM Dizdarević²

Teilnehmer: AM Dizdarević, Botschafter Dragović, Unterstaatssekretär Strbać; auf deutscher Seite: Botschafterin Frau Dr. Rheker, D2³, RL 010 i. V⁴.

BM nahm eingangs zum Stand der West-Ost-Beziehungen Stellung und zu den Möglichkeiten, die sich zu Beginn des Jahres 1986 für Europa ergäben. Eine Reihe interessanter Entwicklungen seien festzuhalten:

- Mit den Luxemburger Beschlüssen⁵ sei die EG insgesamt gestärkt hervorgegangen. Es habe sich gezeigt, daß insbesondere auch GB sehr konstruktiv mitgewirkt habe. Dies sei auf einen Umdenkungsprozeß in GB zurückzuführen, der auch in der französisch-britischen Verständigung über den Kanalbau⁶ wie in der Auseinandersetzung MP Thatcher/Heseltine⁷ zum Ausdruck kommt. Die pro-europäischen Kräfte in GB würden immer stärker.
- EUREKA⁸ sei ein wichtiges politisches Signal, ebenso wie das europäische Weltraumprogramm.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 21. Januar 1986 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragendem Legationsrat Ischinger am 21. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 22. Januar 1986 vorgelegen.

² Der jugoslawische Außenminister Dizdarević hielt sich am 20./21. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 13.

³ Gerold Edler von Braunmühl.

⁴ Klaus-Peter Klaiber.

⁵ Zur Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 vgl. Dok. 2, Anm. 27.

⁶ Bei einem Treffen in Lille am 20. Januar 1986 verabredeten Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher den Bau eines Eisenbahntunnels unter dem Ärmelkanal, dessen Fertigstellung für 1993 vorgesehen war. Der Auftrag mit einem Volumen von 2,23 Mrd. Pfund ging an das britisch-französische Konsortium „Channel Tunnel Group/France-Manche“. Vgl. dazu den Artikel „Thatcher and Mitterrand agree on rail tunnel“; THE TIMES vom 21. Januar 1986, S. 1.

⁷ Nach Kontroversen wegen der Sanierung des britischen Luftfahrtunternehmens Westland trat der britische Verteidigungsminister Heseltine am 9. Januar 1986 zurück. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 11. Januar 1986: „PM Thatcher hat Heseltines Rücktritt nicht gewollt. Das Ansehen der Regierung [...] ist durch den Kabinettsstreit über Westland nun wieder angeschlagen. Nachhaltig negativ dürfte sich für die PM Heseltines in der Pressekonferenz dargelegte Kritik an ihrem autoritären, präsidentiellen Führungsstil auswirken. Wohl haben schon in der Vergangenheit Vertreter ihrer Fraktion daran herungemäkelt, noch nie ist aber ein Regierungsmitglied so offen und hart mit ihr ins Gericht gegangen. Die Westland-Affäre hat bei der PM Wunden geschlagen, in die künftig ihre Gegner in und außerhalb der Partei immer wieder Salz streuen werden. PM Thatcher hat wahrscheinlich ihren Zenit überschritten. Das bedeutet freilich nicht, daß ihre Führungsrolle bereits gefährdet wäre, die Nachfolgefrage stellt sich z. Z. nicht. Aber die ‚Iron Lady‘ erscheint erstmals in einem blässeren Licht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 44; Referat 201, Bd. 143343.

⁸ Zum europäischen Forschungs- und Technologieprogramm EUREKA vgl. Dok. 2, Anm. 31–33.

– Das Kulturforum in Budapest⁹ signalisiere zunehmend europäisches Bewußtsein.

Das europäisch-amerikanische Verhältnis lasse sich langfristig nur stabilisieren, wenn das europäische Eigengewicht stark sei.

In bezug auf die SU sei noch unklar, was mit der Äußerung gemeint sei, die EG sei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Realität.¹⁰ Bedeute dies, daß SU Europa das Recht auf gleiche Sicherheit zugesteht? Es könne keine große Sicherheit für Große, kleine Sicherheit für Kleine geben.

Bei erster Prüfung der sowjetischen Vorschläge¹¹ sei beachtenswert, daß die Notwendigkeit der Verifikation grundsätzlich anerkannt werde. Erfreulich sei auch die enge gedankliche Verbindung zwischen den Genfer Verhandlungen und den Foren MBFR und KVAE.

BM fuhr fort, es komme nun darauf an, den Blick zu richten auf die Zeit nach den Atomwaffen. Sowohl USA wie UdSSR zielten – auf unterschiedlichen Wegen – in die gleiche Richtung. Man müsse sich fragen, wie das Gleichgewicht des Schreckens ersetzt werden könne. Ziel der Europäer müsse es sein, anstelle eines Nichtkrieges durch Abschreckung einen Frieden durch Vertrauen zu schaffen. Ein in diesem Zusammenhang wichtiger Aspekt sei die konventionelle Überlegenheit der SU. Hieraus folge, daß wir beispielsweise den Strategien

⁹ Das Kulturforum der KSZE in Budapest fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 4. Dezember 1985, rund 800 Delegierte, vor allem „führende Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kultur“, hätten in vier Arbeitsgruppen getagt. Die Debatten hätten „neben Vielfalt und Ideenreichtum der teilnehmenden Kulturpersönlichkeiten auch die (tiefen) ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West im Bereich der Kultur sichtbar werden lassen. Während Westen die Rolle des schöpferischen Individuums beim kulturellen Schaffen und bei kultureller Zusammenarbeit und die kulturellen Freiheiten hervorhob, wurden von den WP-Staaten Themen wie ‚Verantwortung des Künstlers für den Frieden und für die Gesellschaft‘, Kampf gegen die ‚Auswüchse‘ der Kulturindustrie in Vordergrund gestellt. Vor diesem Hintergrund war es nicht möglich, innerhalb des gesetzten beschränkten Zeitrahmens Konsens über ein substantielles Schlußdokument zu erzielen“. Die Verhandlungen über ein Schlußdokument seien von sowjetischer Seite am 25. November 1985 abgebrochen worden, und „eine kurzgefaßte, von Ungarn entworfene Schlußklärung, mit der Teilnehmerstaaten empfohlen wurde, alle in Budapest gemachten Vorschläge dem Wiener KSZE-Folge treffen (Beginn Nov[ember] 1986) zu unterbreiten, scheiterte schließlich am Widerstand Rumäniens.“ Die Bundesrepublik habe den Großteil ihrer Ziele erreicht: „Forum gab zahlreichen führenden Persönlichkeiten aus Ost und West reichlich Gelegenheit zu Begegnung und systemübergreifendem Meinungsaustausch. Auf diese Weise und durch unsere offiziellen Beiträge konnten wir die auf Verwirklichung der kulturellen Rechte und Freiheiten, auf mehr Kontakte, mehr bilaterale und vor allem auf mehr gemeinsame Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten ausgerichtete Politik der Bundesregierung deutlich machen.“ Der vom Schriftsteller Günter Grass angeregte Schaffung einer gesamteuropäischen Kulturstiftung sei zusammen mit Frankreich als offizieller Vorschlag eingebracht worden und solle nun „außerhalb der KSZE weiterverfolgt“ werden. Vgl. den Runderlaß Nr. 104/105 Ortex; Referat 213, Bd. 139354.

¹⁰ Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 31. Mai 1985, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gegenüber Ministerpräsident Craxi am 29. Mai 1985 in Moskau die Bereitschaft betont habe, „dort, wo die EG-Staaten als eine ‚politische Einheit‘ auftreten, auch in bezug auf konkrete internationale Probleme nach Verständigungsmöglichkeiten mit ihnen zu suchen“. Braunmühl zog den Schluß: „Die SU scheint hiermit eine grundsätzliche Wende in ihrer bisher negativen Einschätzung der EG als politischer Gemeinschaft zu vollziehen, vielleicht sogar einen neuen Schritt in ihrer Westeuropapolitik einleiten zu wollen. Während sie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft [...] inzwischen zumindest faktisch anerkennt, hat sie eine Anerkennung der Zehnergemeinschaft als politischen Zusammenschluß bisher vermieden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139359.

¹¹ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

den offensiven Charakter nehmen und durch defensiven Charakter ersetzen müßten. Ferner müsse daran gearbeitet werden, das Konfrontationsdenken zu eliminieren.

Schließlich sei zu prüfen, ob die SU in einer technologischen Zusammenarbeit mit Europa Eigenvorteile erkenne.

Die Bundesrepublik Deutschland verfolge eine Politik der Kontakte und Gespräche mit der SU und all ihren Verbündeten. Wie immer geartete Isolierungskonzepte seien Rezepte von gestern. Es dränge sich der Eindruck auf, daß SU hier Fehler in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland mache.

AM *Dizdarević* erwiderte: Der neue sowjetisch-amerikanische Dialog habe auch das Klima für Europa verbessert. Europa habe auch in Zeiten der Konfrontation richtigerweise bilaterale Beziehungen über die Blockgrenzen aufrechterhalten. Die Bundesrepublik Deutschland spiele eine wichtige Rolle; vernünftige Politik könne nicht um Deutschland herum gemacht werden. Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland und ihr Engagement für den KSZE-Prozeß seien Beweis genug für die besonders wichtige deutsche Rolle. Die derzeitige Zurückhaltung der SU könne er nur mit dem Stichwort SDI erklären. Dies stünde augenblicklich im Vordergrund sowjetischen Interesses.

Die neuen Gorbatschow-Vorschläge im Bereich der Mittelstreckenwaffen enthielten interessante Ansätze für Europa. In der Tat stelle sich dabei auch das Problem der konventionellen Rüstung in verstärktem Maße.

Auf Bitte von AM *Dizdarević* erläuterte *BM* die neuen westlichen MBFR-Vorschläge.¹² Zu SDI bemerkte *BM*, daß wir die von SU und USA formulierten Verhandlungsziele vom 8. Januar 1985¹³ unterstützten. Die Frage der „sogenannten deutschen Beteiligung“ sei einfach zu beantworten: Den Firmen aus wichtigen westlichen Ländern sei eine Teilnahme freigestellt. Die Bundesregierung selbst werde sich nicht beteiligen und stelle auch keine Mittel zur Verfügung.¹⁴ Die Gespräche von *BM* Bangemann in Washington¹⁵ hätten der Frage gegolten, die Bedingungen für den Technologieaustausch zwischen deutschen Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu verbessern.

AM *Dizdarević* sprach EUREKA an und erklärte sich mit den Zielsetzungen dieses Projekts voll einverstanden. Jugoslawien werde nicht abseits stehen; allerdings mache man sich keine Illusionen über das mit EUREKA bereits Erreichte noch über das Machbare. *BM* nahm jugoslawisches Interesse befriedigt zur Kenntnis und wies darauf hin, daß Zusammenarbeit in der Technologie auch eine vertrauensbildende Maßnahme sei.

AM *Dizdarević* ging sodann auf die europäischen Foren ein.

¹² Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten führten am 5. Dezember 1985 einen neuen Verhandlungsvorschlag ein. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

¹³ Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA); DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

¹⁴ Vgl. dazu den Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung; Dok. 1, besonders Anm. 4.

¹⁵ Zu den Gesprächen des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11.

- Zum Kulturforum teile er Auffassung des BM. Mit den Diskussionen könne man sehr zufrieden sein. Es sei zu hoffen, daß sich einige Vorschläge in praktische Politik umsetzen lassen.
- Für den KSZE-Prozeß seien drei Dinge von Bedeutung:
 - Zum einen sei ein Verhandlungserfolg in Stockholm¹⁶ bis zum Dezember 1986 notwendig, damit in Wien¹⁷ über eine zweite Phase entschieden werden könne.
 - In Bern¹⁸ müssten eine Konfrontation vermieden und im konstruktiven Geist Fortschritte erarbeitet werden. Diese seien insbesondere im Bereich der Familienzusammenführung möglich. Im Rahmen der N+N-Staaten setze sich Jugoslawien für die Erarbeitung von Vorschlägen schon vor Konferenzbeginn ein.
 - Für das Folgetreffen in Wien planten N+N-Staaten ein vorbereitendes Treffen auf Ministerebene.¹⁹
Jugoslawischerseits bestehe besonderes Interesse an einer besseren Implementierung des Korbes II²⁰.

BM erläuterte auf Bitten von *AM Dizdarević* kurz die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Wiederbelebung der WEU. In der WEU werde über europäische Sicherheitsinteressen gesprochen, wie z.B. die Bedeutung von SDI für die europäische Sicherheit. Das Ergebnis der Diskussion werde anschließend in das Bündnis eingebracht. Auf Frage von *AM Dizdarević*, welche Auffassung die Bundesregierung zu der Idee eines Treffens WP–NATO²¹ einnehme, meinte *BM*, diese Idee sei noch nicht ausgereift. Im übrigen seien in den besprochenen multilateralen Gremien alle Mitglieder von NATO und WP vertreten. Dort könne über wichtige Fragen gesprochen werden.

AM Dizdarević kam schließlich auf den Nahost-Konflikt zu sprechen. Anfang Februar werde er mit dem Ministerpräsidenten nach Ägypten fahren.²² Sein Eindruck sei, daß sich arabische Länder in ihrer Mehrheit für eine Lösung in Richtung des Fes-Planes²³ einsetzten, ebenso wie für eine multilaterale Konfe-

¹⁶ In Stockholm tagte seit 17. Januar 1984 die KVAE. Vgl. dazu Dok. 8.

¹⁷ In Wien wurde am 4. November 1986 die dritte KSZE-Folgekonferenz eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. Dok. 374.

¹⁸ Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. Dok. 156.

¹⁹ Die Außenminister der neutralen und nichtgebundenen Staaten kamen am 23./24. Oktober 1986 in Brioni zusammen. Vhl. dazu Dok. 226, Anm. 11.

²⁰ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

²¹ Auf seiner Tagung am 22./23. Oktober 1985 in Sofia schlug der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts „direkte Verhandlungen“ mit der NATO über ein Abkommen zum Gewaltverzicht, über eine Verpflichtung zur Nichterhöhung bzw. Reduzierung der Rüstungsausgaben und über ein Verbot chemischer Waffen in Europa vor. Für den Wortlaut der Erklärung „Für die Beseitigung der nuklearen Gefahr, für eine Wende zum Besseren in Europa und der Welt“ vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 304–312.

²² Der jugoslawische Außenminister Dizdarević hielt sich in Begleitung des Präsidenten Vljaković vom 3. bis 6. Februar 1986 in Ägypten auf.

²³ Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

renz. Bezüglich der PLO führe jede Spaltung zu Extremismus; deshalb müsse man den gemäßigten Arafat unterstützen.

BM erwiderte, eine Beurteilung der PLO und Arafats sei nicht einfach. Es gebe hierzu die widersprüchlichsten Auffassungen. Die Bundesregierung habe ein besonderes Verhältnis zur PLO einerseits und zu Israel – aufgrund unserer historischen Verantwortung – andererseits. Den Weg zur PLO müsse Israel selbst finden, hier könne die Bundesregierung nicht helfen.

Im übrigen weise er darauf hin, daß die Bundesregierung sich 1974²⁴ vor den VN als erstes westliches Land für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingesetzt habe.²⁵ Auch die bedeutende EG-Erklärung zum Nahost-Konflikt von Venedig 1980²⁶ enthalte diese Forderung. Aus deutscher Sicht sei die Initiative König Husseins²⁷ sehr interessant. In wenigen Tagen werde er, *BM*, Gelegenheit haben, hier in Bonn mit *MP Peres*²⁸ und Präsident Mubarak²⁹ Gespräche zu führen. Außerdem werde er in Kürze Marokko und Tunesien besuchen.³⁰

In bezug auf den Terrorismus sei die Erkenntnis wichtig, daß nur durch Fortschritte im Friedensprozeß der Sumpf des Terrorismus trockengelegt werden könne.

Referat 010, Bd. 178901

²⁴ Korrigiert aus: „1975“.

²⁵ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

²⁶ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

²⁷ Zu den Bemühungen des Königs Hussein um eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 37.

²⁸ Ministerpräsident Peres hielt sich vom 26. bis 29. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

²⁹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak am 31. Januar 1986 vgl. Dok. 29.

³⁰ Bundesminister Genscher hielt sich am 13./14. Februar 1986 in Marokko und am 14./15. Februar 1986 in Tunesien auf. Vgl. dazu Dok. 44 und Dok. 48.

15

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl**201-363.26-71/86 VS-vertraulich****21. Januar 1986¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziffer III

Betr.: Strategische und rüstungskontrollpolitische Implikationen von SDI;
hier: Behandlung in der NATOBezug: DB Nr. 46 vom 14.1.1986 – I 1-362.05/1-102/86 VS-v⁴

Es wird um Zustimmung zu dem unter Ziff. III vorgeschlagenen Verfahren gebeten. Botschafter Hansen wird für die im Februar stattfindende Erörterung im NATO-Rat die Weisung erhalten, an der vereinbarten breiten Erörterung festzuhalten, je nach Gang der Diskussion aber im Verfahren flexibel vorzugehen.⁵

I. Ausgangslage

Die NATO-AM haben – auf Vorschlag BM – anlässlich ihrer Brüsseler Herbsttagung am 12./13.12.1985 im engsten Kreis⁶ beschlossen, auf Fragen der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI auf der Frühjahrstagung in Halifax⁷ zurückzukommen. Sie vereinbarten, daß die Ständigen Vertreter im Februar im engsten Kreis prüfen sollen, wie diese Untersuchung am besten vorangetrieben werden könne:

„Ministers invited Permanent Representatives to meet in Restricted Session in February 1986 to consider further how best to carry forward examination of the implications of moving towards a strategic balance more dependent on defensive systems; agreed to return to this subject at the spring 1986 meeting; and noted that the United States would continue to keep the Allies briefed on developments in the Geneva negotiations relating to defence and space issues.“

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Geyer konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Januar 1986 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 26. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Strategie[diskussion] ist – durch die USA ausgelöst – in vollem Gange. Sie hat durch die sogenannten Vorschläge für vollständige atomare Abrüstung einen neuen Impuls bekommen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 27. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre sowie Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 27. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Ploetz am 28. Januar 1986 vorgelegen, der zusätzlich die Weiterleitung an den Arbeitsstab 20 verfügte und diesen sowie Referat 201 um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr am 29. Januar 1986 vorgelegen.

⁴ Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), übermittelte eine auf französischen Wunsch erstellte Neufassung des vom NATO-Ministerrat am 13. Dezember 1985 in Brüssel verabschiedeten Mandats an die Ständigen Vertreter, über die strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI zu beraten. Vgl. VS-Bd. 12127 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

⁵ Für die Weisung an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel vgl. Dok. 54.

⁶ Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. AAPD 1985, II, Dok. 345.

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1986 vgl. Dok. 158 und Dok. 159.

Gegenüber dem ursprünglichen Mandat sind in der Zwischenzeit zwei wesentliche Veränderungen eingetreten:

- Mit Schreiben an den NATO-Generalsekretär vom 19.12.1985⁸ hatte F mitgeteilt, die Entscheidung der Minister anders verstanden zu haben. Die Formulierung des Mandats in der vorliegenden Fassung könne den Eindruck erwecken, daß eine Änderung der Abschreckungsstrategie der Allianz erwogen werde und sich die Minister bereits über das Gleichgewicht zwischen Offensiv- und Defensivkräften geäußert hätten.

Auf die Anregung Frankreichs zu einer entsprechenden Änderung des Mandats (Fortfall mißverständlicher Passage) wurde in der Sitzung des Ständigen Rats im engsten Kreise vom 14.1.1986 Einigung über folgende Neufassung erzielt:

„Ministers invited Permanent Representatives to meet in Restricted Session in February 1986 to consider further how best to carry forward examination of the possible implications of SDI; (weiter wie ursprünglicher Text)“.

Die französische Sorge gewinnt dadurch an Gewicht, daß sich nunmehr auch die SU offiziell zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt bekannt hat⁹, allerdings wie die USA ohne Angabe darüber, wie in Zukunft gewährleistet sein wird, daß ein Krieg in Europa undurchführbar bleibt.

- Die Amerikaner haben – unterstützt von GB und dem NATO-Generalsekretär – die Befürchtung geäußert, eine hypothetische Diskussion über die Implikationen von SDI, wie sie zur Zeit nur möglich sei, könnte die NATO spalten und die Glaubwürdigkeit der bestehenden Strategie gefährden. Die Briten wollen aus diesem Grunde auch in der WEU eine solche Diskussion verhindern oder – falls unvermeidbar – deren Tempo drosseln.

II. Unsere Haltung

Wir teilen diese Bedenken nur bedingt. Die Strategiediskussion findet längst statt und wird andauern, unabhängig davon, wann die Forschungsergebnisse des SDI-Programmes vorliegen. Wie immer sind die Ansatzpunkte dieser Diskussion diesseits und jenseits des Atlantiks unterschiedlich. Finanzielle Zwänge im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms werden zu einer Prioritätensetzung führen. So weisen z.B. amerikanische Stimmen von Gewicht darauf hin, daß in der strategischen Relation zwischen den Großmächten Abwehrwaffen auch dann stabilisierend wirken, wenn sie keinen dichten Schutzschirm schaffen:

„Eine Abwehr, die weit weniger als lückenlos ist, kann die Anforderungen an offensive Streitkräfte so in die Höhe schrauben, daß Angriffe auf eine beschränkte Reihe von entscheidenden Zielen zu teuer und zu gefährlich erscheinen, während umfassende Angriffe auf militärische Ziele nicht in der Lage sein werden, den Wirkungsgrad des Angriffs und die Zuversicht über die Ergebnisse zu erzielen, wie sie vor dem Aufbau einer Abwehr bestanden haben.“ (Fred

⁸ Zum Schreiben an NATO-Generalsekretär Carrington vgl. den Drahtbericht Nr. 2053 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 23. Dezember 1985; VS-Bd. 12045 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

⁹ Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986; Dok. 16 und Dok. 19.

S. Hoffman, Direktor von Pan Heuristics, Marina del Rey (Kalifornien), am 1.3. 1985 vor dem Unterausschuß für Strategische und Mittelstreckenkerntwaffen des Senatsausschusses für die Streitkräfte, Europa-Archiv 21/85, S. 647.)

Damit könnte in den USA die Furcht vor einem „Fenster der Verwundbarkeit“ beseitigt und die Glaubwürdigkeit der extended deterrence gefördert werden.

Strategische und sicherheitspolitische Argumente werden in der Frage der Prioritätensetzung wichtige Kriterien sein. Es liegt in unserem Interesse, unsere Meinung hierzu zur Geltung zu bringen. Dies ist auch für unsere Öffentlichkeitsarbeit wichtig als Nachweis dafür, daß wir in den zuständigen Organen der NATO diese wichtige Debatte – wie angekündigt – führen und in ihr europäische Gesichtspunkte zum Tragen bringen. Es wäre allerdings falsch, die Debatte eng anzulegen und auf mögliche strategische Auswirkungen einer stufenweisen oder auch nur teilweisen Verwirklichung des SDI-Programmes zu beschränken. Die Diskussion muß im Gegenteil breit geführt werden und erlauben, ausgehend vom derzeit für die Europäer besonders ungünstigen Trend in der Entwicklung des Bedrohungspotentials, zu prüfen, wie neben der von den USA und der SU bipolar gesehenen strategischen Stabilität die Stabilität in Europa und damit die Nichtführbarkeit eines Krieges hier zu gewährleisten sind.

So könnten zum Beispiel in einer Erörterung der Bedrohungslage Europas Reaktionen auf die folgenden Entwicklungen erarbeitet werden:

- Es ist absehbar, daß ballistische und nichtballistische Flugkörper, die bisher praktisch ausschließlich für nukleare Einsätze vorgesehen sind, künftig zusätzlich konventionelle Rollen erhalten könnten; die klassische Flugabwehr muß als Antwort dieser veränderten Bedrohung angepaßt werden.¹⁰
- Wir müssen außerdem davon ausgehen, daß die SU seit Jahren Anstrengungen unternimmt, ihrerseits Abwehrmöglichkeiten gegen Raketen und Marschflugkörper zu entwickeln. Wie deutlich der Gesamtzusammenhang dort gesehen wird, ergibt sich daraus, daß bereits Mitte der sechziger Jahre die nationale Luftabwehr in die drei Kommandos, nämlich Luftabwehr, Raketenabwehr und Satellitenabwehr untergliedert wurde. Die Entwicklung sowjetischer Abwehrsysteme würde die zur Bündnis-Strategie gehörende Option selektiver nuklearer Einsätze¹¹, die ein Gegengewicht gegen die konventionelle Überlegenheit der SU darstellt, einschränken.
- Auch diese Fragen können entweder militärisch – durch neue, in diesem Falle defensive Waffensysteme – oder rüstungskontrollpolitisch – d.h. durch Verbote und Einschränkungen bzgl. vorhandener und¹² neuer Waffensysteme –

¹⁰ Zu ersten Überlegungen für eine erweiterte Luftverteidigung für Europa vgl. AAPD 1985, II, Dok. 351.

¹¹ Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

¹² Die Wörter „vorhandener und“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

gelöst werden. Wir geben auch hier der rüstungskontrollpolitischen Lösung den Vorzug.

III. Weiteres Vorgehen

Die Diskussion über diese Fragen muß – teilweise parallel – auf mehreren Ebenen geführt werden:

- Bildung der deutschen Position in engster Abstimmung AA–BMVg (hierzu kann besonders die wiederaufgenommene Gesprächsrunde auf der Ebene D2/Leiter des Planungsstabes und der Stabsabteilung III des BMVg dienen).
- Deutsch-französischer sicherheitspolitischer Dialog: Frankreich hat sich unserem Vorschlag angeschlossen, ein gemeinsames Papier in die SDI-AG der WEU einzubringen.¹³ Seine Erarbeitung gibt Gelegenheit zu einer ersten Strukturierung und Abstimmung der von beiden Seiten gesehenen Fragen.
- WEU: Auf der Grundlage des deutsch-französischen Papiers soll in der WEU ein organisierter Meinungs austausch stattfinden. Unser Ziel wird es sein, von den Außen- und Verteidigungsministern bei ihrer April-Tagung¹⁴ ein konkreteres Mandat zu erhalten und damit die bisherige britische Zurückhaltung auf politischer Ebene zu überwinden.
- NATO: Wenn die Erörterung im Ständigen Rat unüberbrückbare Gegensätze ergibt, sollten wir die Diskussion dort nicht forcieren, sondern die wenigen Monate bis zum Ministertreffen in Halifax abwarten, um das Mandat zu erneuern.
- Unabhängig hiervon sollten wir die begonnene Diskussion über diese Fragen im Viererkreis intensivieren, weil wir hier das entscheidende Forum sehen, offen und zur Sache in der gebotenen Vertraulichkeit zu sprechen. Der Gang der Erörterung hier dürfte für die Bereitschaft von USA und GB wichtig sein, an einer Erörterung im NATO-Rahmen teilzunehmen. Diese könnte im Viererrahmen vorstrukturiert werden, um die von den USA und GB befürchteten Auswirkungen möglichst zu verhindern.
- Unverzichtbar sind auch bilaterale Gespräche mit den USA. Wir bemühen uns darum, eine vom Pentagon vorgeschlagene High Level Defense Group auf die Außenministerien zu erweitern und damit für diesen Zweck zu instrumentalisieren.¹⁵

Braunmühl

VS-Bd. 12127 (201)

¹³ Zum geplanten Beitrag der deutsch-französischen SDI-Expertengruppe für die SDI-Arbeitsgruppe der WEU vgl. Dok. 51.

¹⁴ Zur WEU-Ministerratstagung am 29./30. April 1986 in Venedig vgl. Dok. 130.

¹⁵ Staatssekretär Ruhfus wies in einem Schreiben an Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, am 21. Februar 1986 darauf hin, daß an der ersten Sitzung der deutsch-amerikanischen High Level Defense Group am 19. März 1986 in Würzburg auch Vertreter des amerikanischen Außenministeriums teilnehmen würden: „Das Auswärtige Amt sollte deshalb ebenfalls an den Sitzungen der Gruppe teilnehmen. Es entspricht der Bedeutung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den USA, die mit der Verteidigungspolitik verknüpften Aufgabenbereiche der Außenministerien in den regelmäßigen Dialog in der HLDG einzubeziehen.“ Vgl. das mit Drahterlaß Nr. 264 vom selben Tag übermittelte Schreiben; VS-Bd. 12094 (201); B 150, Aktenkopien 1986. In einem Gespräch mit Ruhfus am 7. März 1986 erklärte Rühl, „er habe noch am 6. März mit Perle über dieses Problem gesprochen. Perle habe eine Teilnahme sowohl von State Department als auch

16

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij

220-370.70 SOW VS-NfD

22. Januar 1986¹

Von BM noch nicht genehmigt.

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986

Auf deutscher Seite nahmen teil: D 2A², D 2³, RL 220⁴, VLR I Dr. Klaiber, VLR Scheel.

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Semjonow, BR Jelisarjew, Botschaftssekretär Beljakow.

Nachdem zu Beginn Botschafter *Semjonow* dem Bundesminister einen schriftlichen Gruß von Außenminister Schewardnadse überbracht hatte, erläuterte Botschafter *Kwizinskij* die jüngsten sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge⁵ wie folgt:

Dem Bundesminister seien die jüngsten sowjetischen Vorschläge bekannt. Der Bundesregierung sei eine Botschaft des Generalsekretärs überbracht worden.⁶

Fortsetzung Fußnote von Seite 88

AA schroff zurückgewiesen. Er will dies jedenfalls für die nächste Sitzung nicht. Pentagon bestreite ähnliche bilaterale Gespräche mit anderen Ländern auch nur allein und wolle keinen Präzedenzfall schaffen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 262 des Ministerialdirigenten von Plotz vom 6. März 1986 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 12094 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

Die erste Sitzung der High Level Defense Group fand am 18. März 1986 in Würzburg statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte am 14. April 1986, nach Auskunft des Bundesministeriums der Verteidigung sei dabei das „Einverständnis erzielt worden, „daß fortan je ein Vertreter der Außenministerien (und zwar ein für Verteidigungsfragen zuständiger Beamter) teilnehmen solle. Die Sitzungen sollten etwa zweimal jährlich stattfinden; die nächste Sitzung also im Herbst 1986.“ Vgl. VS-Bd. 12094 (201); B 150, Aktenkopien 1986.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 22. Januar 1986 an Staatssekretär Meyer-Landrut und Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Meyer-Landrut am 23. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 3. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 3. Februar 1986 vorgelegen.

² Friedrich Ruth.

³ Gerold Edler von Braunmühl.

⁴ Rolf Hofstetter.

⁵ Am 15. Januar 1986 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Vorschläge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere im Bereich der Nuklearwaffen, für ein Verbot chemischer Waffen, für einen umfassenden Teststopp einschließlich der Frage der Verifikation sowie für MBFR und die KVAE. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. GORBATSCHOW, *Reden*, Bd. 3, S. 146–159. Vgl. dazu ferner Dok. 19.

⁶ Der sowjetische Botschafter Semjonow überbrachte am 16. Januar 1986 Bundesminister Schäuble eine mündliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Vorschlägen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dazu erklärte er, „er sei besonders beauftragt, auf das sowjetische Interesse an einer Befreiung Europas von Mittelstreckenwaffen hinzuweisen. Die Sowjetunion bemühe sich ernsthaft um einen ersten Schritt in Richtung auf eine spätere umfassende Vereinbarung. Endziel sei die Liquidierung aller nuklearen Waffen. Er sei ausdrücklich angewiesen, darauf hinzuweisen, daß Verhandlungen über Reduzierungen bei INF nicht gleichzeitig mit

Der Bundesminister habe in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, daß das Programm einer genauen Prüfung bedürfe und es Fragen gebe, die noch geklärt werden müßten.⁷ Sein, Kwisinskijs, Auftrag sei es, diese offenen Fragen zu beantworten. Auf sowjetischer Seite habe man mit Genugtuung festgestellt, daß die Bundesregierung auf die konstruktiven Elemente des jüngsten sowjetischen Vorschlags hingewiesen und sich bereit erklärt habe, diesen Vorschlag zu prüfen. Die Sowjetunion sei an einer Reaktion der Bundesregierung sehr interessiert.

Ein wesentlicher Teil der Vorschläge richte sich direkt an Europa. Es werde darin ausdrücklich festgestellt, daß bei der Herbeiführung einer Wende zu einem sichereren Frieden und zur Entspannung den europäischen Staaten eine besondere Rolle zufalle. Dies gelte in besonderem Maße für die Bundesrepublik Deutschland. Im deutsch-sowjetischen Verhältnis sei eine gewisse Abkühlung eingetreten. Auf die Frage, wessen Verschulden dies sei, wolle er nicht eingehen. Der jetzige Zustand brauche jedoch für die Zukunft nicht maßgebend zu sein. Das sowjetische Abrüstungsprogramm könne zu einer neuen Situation für Europa und die ganze Welt führen. Gerade einem Staat wie der Bundesrepublik Deutschland, der in der Vergangenheit so wesentlich zur Festigung des Friedens in Europa beigetragen habe, komme eine besondere Rolle zu. Das sowjetische Abrüstungsprogramm, das ein langfristiges sei, entspreche der objektiven Interessenlage beider Seiten. Alle Staaten seien aufgerufen, zur konsequenten Verminderung von Spannungen und zur Liquidierung der nuklearen Konfrontation beizutragen. In diesem Zusammenhang sei auch die Verminderung konventioneller Rüstungen und Streitkräfte von Bedeutung.

Das sowjetische Programm verlange ein neues Herangehen und mutige Entscheidungen. Die Sowjetunion habe mutige Entscheidungen getroffen und ein Angebot an andere Staaten gemacht. Die Einstellung zu diesem Programm sei ein Prüfstein für die Politik des jeweiligen Staates.

Die Genfer Verhandlungen seien zwar eine primäre Verantwortung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Dies könne aber nicht bedeuten, daß diese Thematik nicht Gegenstand des Gedankenaustausches mit anderen Staaten sein könne. Im Gegenteil, die Sowjetunion halte einen solchen Meinungsaustausch für wünschenswert. Deshalb sei er hier. Die Bundesrepublik Deutschland habe auch in diesen Fragen aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 89

Verhandlungen über ‚taktische‘ Systeme stattfinden sollten. Die Sowjetunion sei der Auffassung, daß eine INF-Zwischenvereinbarung verzögert würde, wenn man gleichzeitig über ‚taktische‘ Waffen spreche. Dieses Problem müsse nach einer solchen Vereinbarung angegangen werden.“ Die UdSSR sei im übrigen bereit, in diesem Zusammenhang vertrauliche Kontakte zwischen den Regierungen zu halten und den sowjetischen Sonderbotschafter Kwisinskij nach dem 20. Januar 1986 zu Gesprächen nach Bonn zu entsenden. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139307.

Für die Botschaft von Gorbatschow vgl. Referat 213, Bd. 139371.

⁷ In einer Stellungnahme des Bundesministers Genscher vom 16. Januar 1986 hieß es, daß die Bundesregierung die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom Vortag begrüße und gemeinsam mit den übrigen NATO-Mitgliedstaaten „sorgfältig prüfen“ werde. Weiter wurde ausgeführt: „Die heute beginnende neue Runde der bilateralen Verhandlungen bietet die Möglichkeit, die Vorschläge im Bereich der nuklearen Waffen unverzüglich zu erörtern und auszuloten. [...] Bei der Bewertung der sowjetischen Erklärungen und Vorschläge wird auch die Frage von Bedeutung sein, ob die Sowjetunion bereit ist, allen Staaten in Europa das gleiche Recht auf Sicherheit einzuräumen.“ Für die Stellungnahme vgl. Referat 213, Bd. 139369.

tung und wegen der Rolle, die sie im westlichen Bündnis spiele, ein besonderes Gewicht.

Es gehe um vitale Fragen der Sicherheit, ja um das Überleben der Menschheit. Unsere historischen Schicksale seien eng miteinander verbunden.

Er wolle jetzt auf die Einzelheiten des sowjetischen Vorschlags eingehen und die Aufmerksamkeit des Bundesministers vor allem auf den Kontext der ersten Etappe lenken, insbesondere auf den Vorschlag für die Liquidierung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen in Europa. Es sei nicht einfach gewesen, diesen Vorschlag zu machen. Aber man habe sich auch im Hinblick auf die Beziehungen zu den Europäern dazu entschlossen. Man hoffe, daß dieser Vorschlag gebührend eingeschätzt werde, nicht nur verbal, sondern auch hinsichtlich der praktischen Schlußfolgerungen. Sein, Kwizinskijs, Eindruck sei es gewesen, daß wir uns so etwas gewünscht hätten. Jetzt könne es Wirklichkeit werden. Ziel des gesamten Programms sei es, die Atomwaffen aus der Welt zu schaffen. Die Sowjetunion habe dies bereits 1946 vorgeschlagen, damals sei es jedoch nicht akzeptiert worden.⁸ Die Folge sei 40 Jahre Wettrüsten gewesen, durch das niemandes Sicherheit gestärkt worden sei. Enorme Summen seien verschleudert worden, die für bessere Zwecke – Umwelt, Entwicklungshilfe, zivile Forschung – hätten ausgegeben werden können. Wenn jede Seite die andere 67 Mal auslöschen könne, sei es völliger Unsinn, danach zu streben, ein 68. Mal zu erreichen. Alle Pläne, Überlegenheit zu erzielen, hätten sich als Illusion herausgestellt. Die Sowjetunion sei immer in der Lage gewesen, amerikanischen Entwicklungen eine sowjetische Entwicklung entgegenzustellen. Eine Politik des Ersteinsatzes sei selbstmörderisch. Das Streben nach Eskalationsdominanz auf jeder Stufe sei Unsinn. Jeder Rüstungsschritt auf nuklearem Gebiet verschärfe die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme. SDI sei keine Hilfe für diese Probleme. Die Existenz der Nuklearwaffen werde dadurch nur verlängert. Mit der Kombination von offensiven und kosmischen Schlagwaffen werde Überlegenheit angestrebt. GS Gorbatschow habe Präsident Reagan gesagt, daß diese Rechnung nie aufgehen werde.⁹ Die Sowjetunion werde alle notwendigen Maßnahmen ergreifen und ggf. auch selbst kosmische Waffen bauen. Die Idee „to prevail in a nuclear war“ werde wie eine Tontaube zerschellen.

Reagan habe gesagt, daß es das Ziel sei, Nuklearwaffen obsolet zu machen.¹⁰ Damit erkenne er an, daß ein nuklearer Wettbewerb zwecklos sei. Ein solcher

⁸ Am 14. Juni 1946 schlug der amerikanische Delegierte bei der „United Nations Atomic Energy Commission“, Baruch, die Schaffung einer internationalen Behörde vor, die sämtliche Phasen der Entwicklung und Nutzung der Atomenergie sowie ein Verbot von Atomwaffen überwachen sollte. Für den Wortlaut seiner Erklärung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, Bd. I, S. 7–16. Vgl. dazu ferner die erläuternden Memoranden der amerikanischen Regierung vom 2., 5. und 12. Juli 1946; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, Bd. I, S. 25–42.

Am 19. Juni 1946 schlug der sowjetische Delegierte Gromyko einen Vertrag zum Verbot der Herstellung und Anwendung von nuklearen Massenvernichtungswaffen sowie die Zerstörung der vorhandenen Bestände vor und unterbreitete Überlegungen zur internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, Bd. I, S. 17–24.

⁹ Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

¹⁰ Vgl. dazu die Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

Wettbewerb verursache nur schärferen Protest und den Haß der Menschen. Wenn die USA bereit seien, den Weg der Liquidierung der Nuklearwaffen zu gehen, dann gebe es dazu eine Möglichkeit. Der sowjetische Abrüstungsplan zeige sie auf. Er weise ausdrücklich darauf hin, daß es sich dabei nicht um Propaganda handle, wie Teile der deutschen Presse meinten. An diesem Plan sei lange gearbeitet worden. Wenn es noch offene Fragen gebe, sei man bereit, diese zu klären. Die Verwirklichung dieses Plans mache die Bahn frei für die Verwirklichung wichtiger Aufgaben der Menschheit. Hierzu zählten die „Explosion der Beziehungen zur Dritten Welt“, die Nutzbarmachung neuer Energiequellen, die friedliche Nutzung des Weltraums. Diese Probleme ließen sich auch unter der Bedingung der Existenz verschiedener Gesellschaftsordnungen lösen, allerdings nur miteinander, nicht gegeneinander. Es komme jetzt darauf an, sich über die nationalen Egoismen zu stellen. Dies seien die Motive, die hinter der Erklärung Gorbatschows vor dem Obersten Sowjet¹¹ und hinter der jüngsten Abrüstungsinitiative stünden. Eine Wende zum Besseren liege in unser aller Interesse.

Bundesminister wies darauf hin, daß wir in ersten Stellungnahmen darauf hingewiesen haben, daß es in dem sowjetischen Vorschlag positive Elemente, neue Positionen und bekannte Überlegungen gebe. Botschafter Kwizinskij habe darauf hingewiesen, daß es lange gedauert habe, bis dieser Vorschlag ausgearbeitet worden sei. Es brauche auch Zeit, diesen Vorschlag zu prüfen, national und im Bündnis. Die Bündniskonsultationen gäben uns die Möglichkeit, auch zu den Themen Stellung zu nehmen, für die wir nicht unmittelbar verantwortlich seien. Wir hätten Botschafter Semjonow bereits im Juli 1984 gesagt, daß es an der Zeit sei, in einen breiten Dialog über Fragen der Zusammenarbeit und der zukünftigen Sicherheitsstruktur einzutreten.¹²

Interessant am sowjetischen Vorschlag finde er die positiven Ausführungen zur Verifikation, die wir in der Vergangenheit oft vermißt hätten. Die sei auch für die Verhandlungen in Stockholm wichtig, wo im Herbst ein Ergebnis vorliegen sollte. Er selbst werde mit dem französischen Außenminister am 28.1.86 nach Stockholm reisen und vor der KVAE unsere Vorstellungen darlegen.¹³ Je mehr

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 27. November 1985 vor dem Obersten Sowjet in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 98–122.

¹² Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 6. Juli 1984; AAPD 1984, II, Dok. 185.

¹³ Botschafter Ruth vermerkte am 3. Februar 1986: „Zur Eröffnung der 9. Verhandlungsrunde der KVAE sind Außenminister Dumas und der Bundesminister am 28.1.86 zusammen in Stockholm aufgetreten. Die Gemeinsamkeit wurde unterstrichen durch die gleichzeitige Ankunft, gemeinsame Fahrt zur Konferenz, abgestimmte Plenarerklärungen, gemeinsame Pressekonferenz und – protokollarische Neuheit – gemeinsamer Empfang für KVAE-Delegationen, Sekretariat und Presse, wobei die Minister zusammen mit den einzelnen Delegationsleitern Gespräche führten. Ziele dieses gemeinsamen Auftritts waren: Herausstellen der deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit, gerade auch im sicherheitspolitischen Bereich; Betonung der deutsch-französischen Rolle als Motor für die Außenpolitik der Zwölf; Hervorhebung der Verantwortung der Zwölf für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie ihres Anspruchs auf gleiches Recht auf Sicherheit; angesichts der Gorbatschow-Vorschläge über nukleare Abrüstung Betonung der Notwendigkeit, die Gefahren, die vom konventionellen Ungleichgewicht in Europa ausgehen, auch durch Rüstungskontrollvereinbarungen in den Griff zu bekommen; Drängen auf ein substantielles Ergebnis bei der KVAE bis zum Herbst 1986, noch vor dem 3. KSZE-Folgetreffen in Wien.“ Vgl. Referat 221, Bd. 130092. Für den Wortlaut der Rede von Genscher vgl. BULLETIN 1986, S. 68–70. Für den Wortlaut der Rede von Dumas vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (Januar/Februar), S. 51–54.

und je schneller wir substantielle Fortschritte erreichten, desto eher werde die Mauer des Mißtrauens abgebaut.

Von besonderer Bedeutung sei, was Generalsekretär Gorbatschow in seinem Vorschlag zu den sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenwaffen ausgeführt habe. Hinsichtlich der französischen und britischen Systeme werde es die Aufgabe der Sowjetunion sein, mit den beiden Ländern zu sprechen.

Hinsichtlich eines INF-Zwischenabkommens fragten wir uns, ob ein solches Zwischenergebnis für sich möglich sei oder im Zusammenhang mit anderen Fragen stehe.

Kwizinskij antwortete, daß der sowjetische Stufenplan von der vollständigen Liquidierung der Mittelstreckenraketen spreche, ein Interimabkommen aber nicht erwähne. Die Sowjetunion verwerfe den Gedanken eines Interimabkommens jedoch nicht. Was vereinbart sei, sei vereinbart. Ein solches Abkommen könne eine Vorstufe zur Liquidierung der Mittelstreckenraketen sein. Wenn es US-Raketen in Europa gebe, dann gebe es allerdings keine 50%-Reduzierung.

Bundesminister erwiderte, daß der sowjetischen Seite bekannt sei, daß wir nicht darauf erpicht seien, daß sowjetische Raketen auf uns gerichtet und amerikanische Raketen hier stationiert seien.

Kwizinskij bemerkte, daß er zur Kenntnis nehme, daß wir den Fragen der Verifikation besondere Aufmerksamkeit schenken. Nach sowjetischer Auffassung müßten sich Umfang und Effizienz der Kontrollen nach den vereinbarten Reduzierungen richten. Da die Sowjetunion die völlige Beseitigung der Nuklearwaffen vorschläge, wolle sie, daß kein „cheating“ möglich sei.

Kwizinskij ging dann zu Fragen eines Teststopps über und führte aus, daß die Position der Bundesregierung, wie sie der Bundeskanzler kürzlich zum Ausdruck gebracht habe¹⁴, nahezu deckungsgleich mit sowjetischen Vorstellungen sei. Auch nach sowjetischer Auffassung müßte ein Teststopp im Kontext von Reduzierungen gesehen werden. Wenn er die Haltung der Bundesregierung zutreffend wiedergegeben habe, sei es die Aufgabe der Bundesregierung, sich für einen Teststopp einzusetzen. Dies sei sehr wichtig. Ein Teststopp sei ein Schritt zur praktischen Abrüstung. Die Sowjetunion habe einseitig ihre Tests eingestellt.¹⁵ Dieses einseitige Moratorium könne jedoch nicht ewig dauern.

Bundesminister warf die Frage nach den Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite auf. *Kwizinskij* bemerkte hierzu, daß diese Waffensysteme in einem Zug vernichtet würden. Dies sei wichtig, weil es sich bei diesen Systemen um den „Detonator“ eines nuklearen Konflikts handeln könne.

¹⁴ Am 9. Januar 1986 führte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz aus: „Nach meiner Auffassung gibt es jetzt eine Chance für durchaus aussichtsreiche Verhandlungen über eine Begrenzung und zukünftige Einstellung von Nukleartests und deren Verifikation. Ich will dabei aber ausdrücklich feststellen, daß ein Teststopp kein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener Waffenarsenale sein kann.“ Vgl. BULLETTIN 1986, S. 26.

¹⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gab in einer am 30. Juli 1985 veröffentlichten Erklärung bekannt, daß die UdSSR ab dem 6. August 1985, dem 40. Jahrestag des Abwurfs einer Atombombe auf Hiroshima, keine Kernwaffentests durchführen werde. „Unser Moratorium gilt bis 1. Januar 1986. Es wird jedoch auch darüber hinaus in Kraft bleiben, wenn die USA ihrerseits auf Kernexplosionen verzichten werden.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 369 f. In seiner Erklärung am 15. Januar 1986 kündigte Gorbatschow an, daß das Moratorium um drei Monate bis zum 31. März 1986 verlängert werde. Vgl. dazu GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 150.

Auf die Frage des *Bundesministers*, ob diese Waffensysteme Gegenstand der Verhandlungen in Genf seien, erwiderte *Kwizinskij*, sie könnten es werden. In diesem Sinne habe sich auch kürzlich der Bundeskanzler geäußert.¹⁶

Bundesminister betonte, daß neue Grauzonen vermieden werden müßten. Hierzu führte *Kwizinskij* aus, daß frühere Rüstungskontrollvorschläge sich nur mit einzelnen Waffensystemen beschäftigt hätten, der sowjetische Vorschlag fasse jedoch alle nuklearen Systeme unter einem Programm zusammen.

Bundesminister führte aus, daß niemand über die Nuklearrüstung glücklich sein könne. Wir teilten die Auffassung, daß die Beseitigung der Nuklearwaffen anzustreben sei. Man dürfe andererseits nicht vergessen, daß die schreckliche Entwicklung, die zur Anhäufung der Nuklearwaffen geführt habe, auch ihr Positives gehabt habe. Sie habe einen Krieg in Europa unführbar gemacht. Es stelle sich die sehr wichtige Frage, wie diese Errungenschaft aufrechterhalten werden könne. Wie können wir nach Abschaffung der Nuklearwaffen eine Sicherheitsstruktur schaffen, die Krieg ausschließt? Dazu reiche ein Gleichgewicht nicht aus. Die Frage sei, wie eine Kriegsverhütungsstrategie aufrechterhalten werden könne. Auch im Hinblick darauf sei Stockholm so wichtig, wo es um Elemente für eine dauerhafte Sicherheitsstruktur gehe. Wichtige Fragen stellten sich in diesem Zusammenhang. Wie sind die Strategien zu ändern, wie sind die konventionellen Disparitäten abzubauen? Stockholm und Wien¹⁷ seien hierfür wichtige Ansatzpunkte, um zu erreichen, daß ein Krieg in Europa dauerhaft unführbar gemacht werde.

Kwizinskij erwiderte hierauf, daß der sowjetische Plan die größere Gefahr bei den Nuklearwaffen sehe. Die Reduzierungen jeder Etappe müßten so erfolgen, daß zu keinem Zeitpunkt ein Anreiz für einen Erstschlag bestehe.

Die im sowjetischen Programm vorgesehenen Reduzierungen stünden unter der Bedingung des Verbots kosmischer Angriffswaffen. Es sei klar, daß es ein 100 % wirksames Abwehrsystem nicht geben könne. Ein System, das weniger als 100 % wirksam sei, setze eine Prämie für den aus, der als erster zuschlage. Das sowjetische Programm sehe ferner das Verbot anderer Massenvernichtungswaffen, insbesondere der chemischen Waffen, vor. Die Sowjetunion sehe den Zusammenhang zwischen nuklearer Abrüstung und den konventionellen Waffen. Parallel zu den Nuklearverhandlungen müsse auch der Abbau der konventionellen Kräfte stattfinden, an dem sich alle Staaten, die konventionell stark seien, beteiligen müßten.

Bundesminister wiederholte, daß wir für die Abschaffung der Nuklearwaffen seien, gleichzeitig aber die Frage beantwortet werden müsse, wie dauerhafte Kriegsverhinderung erreicht werden könne.

Kwizinskij kam dann auf die Bedrohung zu sprechen, die von chemischen Waffen ausgehe. Auf diesem Gebiet, ebenso wie bei der Ausarbeitung eines CTB, habe die Genfer Abrüstungskonferenz eine große Aufgabe.

¹⁶ Bundeskanzler Kohl erklärte am 9. Januar 1986 vor der Bundespressekonferenz: „Bei den Mittelstreckenraketen wäre eine Zwischenlösung im Rahmen beiderseitiger und ausgewogener Reduzierungen ein wichtiger Schritt, von dem sich die Bundesregierung auch einen Anstoß für die Frage der Reduzierung der sogenannten Kurzstreckensysteme, die für uns besonders wichtig sind, verspricht.“ Vgl. BULLETIN 1986, S. 25.

¹⁷ Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 59.

Bundesminister führte aus, daß er erneut hervorheben wolle, daß der sowjetische Vorschlag konstruktive Elemente enthalte, die genutzt werden sollten. Wir würden im Bündnis zur gemeinsamen Bewertung beitragen und dort, wo wir an den Verhandlungen selbst teilnähmen, konstruktiv mitarbeiten. So wichtig Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollverhandlungen seien, so wichtig sei auch, die politischen Beziehungen zu verbessern. Es komme auf politische Vertrauensbildung an. Dazu gehöre, daß man sich Gedanken über künftige Entwicklungen mache, darüber, wie eine auf Vertrauen gegründete europäische Friedensordnung geschaffen werden könne, eine Friedensordnung, wo Systeme verschiedener Gesellschaftsstrukturen friedlich nebeneinander existieren könnten und wo die Führbarkeit eines Krieges ausgeschlossen sei. Er wolle noch einmal unterstreichen, wie wichtig der konventionelle Bereich sei. Weil wir selbst technologisch stark seien, wüßten wir, daß ein konventioneller Krieg zu unvorstellbaren Verwüstungen führen würde. Das A und O sei Kriegsverhinderung in jedem Fall. Darum gehe es und nicht um ein statisches Gleichgewicht. In allen Verhandlungen sollte der Versuch gemacht werden, zu konkreten Fortschritten zu kommen. Botschafter Kwizinskij habe die Genfer Abrüstungskonferenz erwähnt, gleichermaßen wichtig seien Stockholm und Wien. Natürlich hofften wir auch, daß es bei den bilateralen Verhandlungen in Genf zu konkreten Fortschritten komme. Wir säßen im selben Boot, die einen weiter innen, die anderen weiter außen; wenn das Boot kentere, seien jedoch alle davon betroffen.

Der Bundesminister bat Botschafter Kwizinskij, seinen Dank für die Grüße an Außenminister Schewardnadse weiterzuleiten, und versicherte seinen sowjetischen Gesprächspartnern, daß wir entschlossen seien, unseren Beitrag zu leisten, damit es zu Ergebnissen komme. Er fügte hinzu, daß die jüngste deutsch-sowjetische Zusammenarbeit im humanitären Bereich in Aden¹⁸ ein gutes Beispiel für kooperative Friedenssicherung sei.

Referat 220, Bd. 130078

¹⁸ Am 13. Januar 1986 begannen in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) gewaltsame Auseinandersetzungen rivalisierender Gruppen innerhalb der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP). In der Folgezeit kam es zu einem kurzzeitigen Bürgerkrieg, dem mehrere tausend Personen zum Opfer fielen. Am 24. Januar 1986 entthob das ZK der JSP den bisherigen Staats- und Parteichef Ali Nasser Mohammed sämtlicher Funktionen. Vgl. den Artikel „Neuer Präsident im Südjemen proklamiert“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 25./26. Januar 1986, S. 2.

Referat 311 notierte am 21. Januar 1986: „In Zusammenarbeit mit unseren britischen und französischen Freunden und mit Unterstützung der SU, die durch Erzwingung eines Waffenstillstandes überhaupt erst eine Evakuierung möglich machte, und der DDR ist es uns gelungen, 12 von insgesamt 17 Deutschen nach Dschibuti zu evakuieren. Dabei wurden Frauen und Kinder von einem sowjetischen Schiff, die anderen Deutschen von der ‚Britannia‘ aufgenommen. Sie sind mittlerweile alle per Flugzeug in Deutschland eingetroffen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137893.

17

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe

22. Januar 1986¹

Von BM noch nicht genehmigt!

Gespräch BM/japanischer AM am 22.1.1986, 15.45 bis 18.00 Uhr²

BM begrüßt den japanischen AM mit Freude. Der japanisch-deutsche Meinungsaustausch sei in letzter Zeit immer dichter geworden, da auch die Fragen von gemeinsamem Interesse immer zahlreicher würden. Wir stünden am Beginn eines als wichtig anzusehenden Jahres: die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, die großen Aufgaben der Weltwirtschaft, vor uns liege der wichtige Gipfel in Tokio³, auf uns liege die internationale Verschuldungsproblematik – in allen großen Fragen: West–Ost, Abrüstung, Weltwirtschaft, Verschuldung seien die Interessen der Deutschen und Japaner ähnlich. Deswegen halte er Begegnungen mit dem japanischen AM für außerordentlich wertvoll und heiße ihn daher besonders herzlich willkommen.

AM erinnert an Besuch BMs im letzten Jahr in Tokio und nützlichen Meinungsaustausch⁴ und dankt dafür, daß sich BM für 13. regelmäßige AM-Konsultationen so viel Zeit genommen hat. Im politischen und wirtschaftlichen Bereich stünden wichtige Entwicklungen bevor. Der WWG⁵ in Tokio solle sich sowohl internationalen Wirtschafts- wie politischen Fragen widmen. Zwar sei die Zeit begrenzt, doch hoffe er, einen weiten Fächer von Fragen erörtern zu können.

Der erste Schwerpunkt liege auf den Ost-West-Beziehungen; er wolle gern den Besuch des sowjetischen AM in Japan⁶ ausführlich erläutern. Der zweite Schwerpunkt seien Wirtschaftsfragen, besonders im Blick auf den WWG, dessen Gastgeber Japan sei, besonders die internationale Wirtschaftslage (Hinweis auf Ergebnisse der G5⁷), das Problem der Verlangsamung des Wirtschaftswachs-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blau am 24. Januar 1986 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 29. Januar 1986 an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Billigung des Herrn Bundesministers einzuholen“.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 29. Januar 1986 vorgelegen, der am selben Tag den Rücklauf an Referat 341 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte unter Genehmigungsvorbehalt verteilen“. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 142633.

² Der japanische Außenminister Abe hielt sich am 22./23. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. Dok. 137.

⁴ Bundesminister Genscher hielt sich am 4./5. Juli 1985 in Japan auf. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 184.

⁵ Weltwirtschaftsgipfel.

⁶ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 15. bis 19. Januar 1986 in Japan auf.

⁷ Über das Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 18./19. Januar 1986 in London vermerkte Ministerialdirektor Jelonek am 21. Januar 1986, daß es sich um ein „Routinetreffen“ gehandelt habe: „Hauptthemen waren die Wechselkursentwicklung; die Wirtschaftslage in den fünf Teilnehmerländern; die künftige Entwicklung des internationalen Zinsniveaus; die internationale Verschuldungssituation, einschl[ießlich] Baker-Initiative.“ Die Teilnehmer hätten die auf ihrem letzten Treffen am 22. September 1985 in New York beschlossenen „koordiniert[e]n Interventionen zur Senkung des

tums, der Verschuldung und der Reibungen im Welthandel. Der WWG in Tokio solle einen optimistischen Blick in die Zukunft richten, Anstöße geben – man solle sich gemeinsam bemühen, ihn zum Erfolg zu machen. Der dritte Schwerpunkt sei SDI: D habe bereits eine Entscheidung getroffen.⁸ Er wäre dankbar für eine Darlegung unserer Haltung, da Japan noch nicht so weit sei.

BM bittet um Unterrichtung über Schewardnadse-Besuch in Tokio.

AM: Seit zehn Jahren habe kein sowjetischer AM Japan besucht; dies widerspiegele die Kälte der Beziehungen, die z. B. durch Abschluß der KAL-Maschine⁹ sich weiter abgekühlt hätten. Aber seit Gorbatschows Amtsantritt¹⁰ sei die Atmosphäre „in Bewegung geraten“, es hätten sich Möglichkeiten zur Wiedereröffnung des japanisch-sowjetischen Dialogs ergeben. Bei Treffen mit AM Schewardnadse im September 1985 bei VN-GV habe er Einladung ausgesprochen, die angenommen wurde. Er habe in vier Sitzungen insgesamt elf Stunden mit AM Schewardnadse internationale (Lage in Asien, Nah-/Mittelost, Ost-West-Beziehungen) und bilaterale Fragen erörtert, habe auch ausführliche Erläuterungen der neuen sowjetischen Abrüstungsvorschläge¹¹ erhalten. Bei Fragen der internationalen Lage und der regionalen Konflikte seien die Meinungsverschiedenheiten unverändert. An den Grundsätzen der SU habe sich nichts geändert. Bei bilateralen Fragen sei das Territorialproblem das größte Problem gewesen, d. h. die japanische Forderung nach Rückgabe der vier Inseln (auf denen die SU jetzt sogar Militärbasen errichtet habe).¹² Japan habe als größte Aufgabe angesehen, die SU an einen Verhandlungstisch über einen Friedensvertrag zu bringen, bei dem Territorialfrage nicht ausgeklammert werden könne. Bis Mitte der 70er Jahre habe SU zugestanden, daß „offene Fragen“ bestünden, aber seitdem behaupte sie, daß das territoriale Problem gelöst und nichts mehr offen sei.¹³ Diese „sehr ungerechte“ Haltung der SU habe die Beziehun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 96

Außenwertes des Dollars“ bestätigt, aber keine weiteren Wechselkurskorrekturen beschlossen. Auch ein Beschluß zur „Senkung des internationalen Zinsniveaus“ sei nicht zustande gekommen, mit dem vor allem Japan die Folgen einer in New York vorgenommenen Aufwertung des Yen habe abmildern wollen. Vgl. Referat 412, Bd. 130568.

⁸ Vgl. dazu den Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 über Technologietransfer und über eine Beteiligung an der SDI-Forschung; Dok. 1, besonders Anm. 4.

⁹ Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Anchorage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

¹⁰ Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretärs des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

¹¹ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

¹² Seit 1946 beanspruchte die UdSSR die von ihr zuvor besetzten, vor der japanischen Nordküste gelegenen und zu den Kurilen gehörenden Inseln Kunashiri, Etorofu, Shikotan sowie die Habomai-Gruppe. Gesandter Jung, Tokio, teilte am 7. Januar 1986 mit: „Militärisch hat die SU seit 1978 ihre Truppenstärke auf den Inseln Kunashiri und Etorofu erheblich verstärkt und 1979 erstmals Truppen auf Shikotan disloziert. Sie unterhält auf Etorofu einen Luftwaffenstützpunkt, und die Stärke ihrer Heerestruppen wird auf Divisionsstärke geschätzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 341, Bd. 142642.

¹³ Zur Frage eines japanisch-sowjetischen Friedensvertrags informierte Botschafter Jung, Tokio, am 7. Januar 1986: „Ausgangslage ist die, daß bisherige Friedensvertragsverhandlungen mit SU (1955/56 und 1972/73 bis 1978) letztlich an Problem ‚Nordterritorien‘ scheiterten. Chruschtschow hatte 1955/56 Rückgabe der beiden südlichen Inseln angeboten; bei Gesprächen Tanaka/Breschnew 1973 war

gen abgekühlt. Er (Abe) habe sehr lange und sehr hitzig über die Territorialfrage diskutiert. Größtes Problem sei gewesen, daß es nach seiner Ansicht keine gemeinsame Erklärung (Abschlußkommuniqué) hätte geben können, wenn die SU nicht bereit gewesen wäre, dieses Problem zu erwähnen und Konzessionen zu machen.¹⁴ Die sowjetische Haltung sei in der Substanz unverändert, aber sie sei – bisher habe sie jede Diskussion abgelehnt – bereit gewesen, das Problem „am Tisch“ zu diskutieren und diese Diskussion fortzusetzen. D. h., die sowjetische Haltung habe sich doch geändert.

BM fragt, warum sich wohl die sowjetische Haltung geändert habe.

AM: Sowjetische Seite lege heute größeren Wert auf Japan, im Unterschied zur Gromyko-Zeit, der Japan ignoriert habe (er habe dazu eigene Erfahrungen). Seit Gorbatschows Amtsantritt sei SU auf dem Wege, ihre Politik gegenüber Japan zu ändern.

Zu anderen bilateralen Fragen: Vereinbarung regelmäßiger AM-Konsultationen, Einrichtung eines bilateralen Wissenschaftskomitees (ausgesetzt nach Polen¹⁵ und Afghanistan¹⁶) und Dialog auf höchster Ebene. Im Verhältnis zur SU habe sich die Atmosphäre geändert, in der Substanz zeige sich keine Änderung, diese werde erst in zukünftigen Gesprächen angesprochen werden müssen. Er (Abe) habe in vier Tagen den Eindruck eines im Vergleich zu Gromyko völlig anderen Stils der sowjetischen Diplomatie („softer“) gewonnen. Schewardnadse zeige verbindliches Auftreten, diskutiere sehr gern und ausführlich, zeige immer ein Lächeln, besonders in der Öffentlichkeit und vor den Medien. Herr und Frau Schewardnadse hätten bei Industriebesichtigungen, Kabuki-Besuch etc. stets gelächelt – in Japan bestehe eine starke Aversion gegen die SU, aber Schewardnadse habe einen guten Eindruck hinterlassen.

Sicher sei die Haltung der SU grundsätzlich dieselbe geblieben, aber Schewardnadse selbst sei sicherer, selbstbewußter geworden. Er habe seine guten Beziehungen zu Gorbatschow unterstrichen. Er (Abe) habe ihn beim Essen gefragt, ob er (Schewardnadse) Außenminister werden wollte, und habe als Antwort erhalten: Er habe auf einen wichtigen Posten gehofft, aber nicht unbedingt Außenminister. Schewardnadse sei freier, selbstsicherer, habe an Selbstvertrauen gewonnen. *AM* Shultz habe ihm bestätigt: Schewardnadse sei sehr verbindlich, ein angenehmer Gesprächspartner, spreche eher indirekt, aber wenn man später im Protokoll nachlese, habe er nichts anderes als Gromyko gesagt. So: Der

Fortsetzung Fußnote von Seite 97

Territorialproblem noch als offene Frage betrachtet worden; erst 1978 verkündete Moskau, daß für SU kein Territorialproblem mit Japan existiere, was de facto Ende der Friedensvertragsverhandlungen bedeutete.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 341, Bd. 142642.

¹⁴ Im Kommuniqué über den Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 19. Januar 1986 in Japan hieß es: „Die beiden Außenminister haben auf der Grundlage der in der gemeinsamen Erklärung vom 10. Oktober 1973 festgestellten Übereinstimmung Verhandlungen über den Schluß eines Friedensvertrags, einschließlich der Probleme, die möglicherweise Bestandteil dieses Vertrages sein könnten, geführt. Beide Seiten sind übereingekommen, daß bei den nächsten Konsultationen in Moskau diese Verhandlungen fortgesetzt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 93/94 des Gesandter Jung, Tokio, vom 20. Januar 1986; Referat 213, Bd. 139337.

¹⁵ Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365. Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

¹⁶ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

Stil sei anders, aber keine grundsätzliche Änderung. Bei Diskussion über Aufnahme der territorialen Frage in das Kommuniqué habe Stv. AM Kapiza Abbruch der Verhandlungen und Abreise vorgeschlagen, aber AM Schewardnadse habe gesagt, er spreche nicht als AM, sondern als Politiker – und daher Verhandlung in 4. Runde fortgesetzt. Er sei ein taktischer und sehr harter („tough“) AM. Wie gesagt, die Grundlinie bleibe dieselbe, nur der Anschein sei anders. Daher müsse der Westen sehr vorsichtig sein und miteinander über diesen Anschein sprechen und sich nicht täuschen lassen.

BM: Schewardnadse habe ein enges Verhältnis zu Gorbatschow, bereits seit vielen Jahren, seit den Komsomolzen.¹⁷ Dies sei ein großer Vorteil für jeden Gesprächspartner: Er kenne nicht nur die Meinung Gorbatschows, sondern sei auch voll in die Meinungsbildung einbezogen. Der jetzigen größeren Aufmerksamkeit der SU für Japan entspreche Ähnliches gegenüber Europa. Gromyko sei eindeutiger Bilateralist gewesen, fixiert auf die SU-USA-Beziehungen. Selbst auf dem Höhepunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen (nach Vertragsabschluss¹⁸) habe Breschnew weit mehr Interesse an uns gezeigt als Gromyko. An einem Beispiel erläutert: Bei Besuch im Frühsommer 1980¹⁹ in Moskau (vor Nachrüstungsbeschuß, aber schon Hauptthema) habe Breschnew ein 30minütiges Statement mit sehr harten Formulierungen verlesen, dann gesagt, dieses sei sehr scharfe Erklärung gewesen, sie habe auch sein AM entworfen, jetzt wolle er eine eigene, in der Nacht überlegte, am Morgen diktierte Erklärung abgeben, die sehr viel verbindlicher war.²⁰ Die neue sowjetische Führung habe Japan wiederentdeckt und möchte auch Europa wiederentdecken. Dazu gehöre auch Gorbatschows Erklärung, die Europäische Gemeinschaft habe nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Bedeutung.²¹ In den jüngsten Vorschlägen Gorbatschows zur Abrüstung seien einige, die sich speziell auf Europa beziehen. Jetzt gelte es, nüchtern die Entwicklungen anzuschauen, ob sich substantielle Veränderungen abzeichnen oder ob es sich nur um taktische Züge handelt, den einen gegen den anderen, d. h. Europa und Japan gegen die USA, auszuspielen.

Für uns entscheidend zur Beurteilung der möglichen Öffnung der SU sei, ob diese bereit ist, Europa das gleiche Recht auf Sicherheit zuzugestehen, das sie für sich selbst in Anspruch nimmt. Wichtiges Kriterium der Bewertung sei, wie sich in Zukunft tatsächlich die Bedrohung Westeuropas und Japans durch die SS-20 entwickelt. Zusätzlich spiele für Westeuropa die konventionelle sowjetische Überlegenheit eine entscheidende Rolle. Die SU habe ein erhebliches Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit Japan und Europa; sie sehe darin eine Chance für die eigene Entwicklung.

¹⁷ Eduard Amwrossijewitsch Schewardnadse war von 1957 bis 1961 Erster Sekretär des Komsomol der Georgischen SSR, Michail Sergejewitsch Gorbatschow von 1955 bis 1962 Erster Sekretär zunächst des Stadtkomitees, dann des Regionalkomitees des Komsomol in Stawropol. Beide lernten sich bei einer Tagung des ZK des Komsomol in Moskau kennen und blieben seitdem in Kontakt. Vgl. dazu Eduard SCHEWARDNADSE, Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek 1991, S. 63 f.

¹⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

¹⁹ Korrigiert aus: „1979“.

²⁰ Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

²¹ Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 14, Anm. 10.

Wenn wir die Lage in Moskau nüchtern betrachten: Gorbatschow habe ein sehr schweres Erbe übernommen. Seit den letzten Jahren der Breschnew-Ära befindet sich die SU in einer innen- und außenpolitischen Stagnation. Dies komme auch in demokratischen Staaten vor, aber in der SU werde die Wirtschaft vom Staat gemacht, d. h., staatliche bedeute auch wirtschaftliche Stagnation. Die neue sowjetische Führung sei weiterhin in die Fesseln der Mißwirtschaft, Korruption und Bürokratie verstrickt. Demgegenüber sehe sie das große Dreieck Japan–Europa–USA mit seiner technologischen, zukunftsorientierten Entwicklung. Das allein gebe Anlaß zur Beunruhigung.

Hinzu komme: Die VR China wage ein großes wirtschaftliches Experiment, das Erfolge haben und den Abstand zwischen der SU und China verkleinern könne. Er (BM) sei sicher, daß dies die SU noch mehr beunruhige als die Entwicklung im Westen. Er glaube, daß die Last der inneren Entwicklung mit maßgeblich sei für die Bemühungen der SU, die Beziehungen zu Japan und zu Westeuropa zu entwickeln.

Auf jeden Fall liege ein Vorteil darin, daß wir es jetzt mit einer Führung zu tun haben, die für längere Zeit die Geschicke der SU gestalten werde. Wichtig sei vor allem, daß keine Illusionen (bei der SU) erweckt werden, die westlichen Staaten auseinanderdividieren, gegeneinander ausspielen zu können. Wenn hier jeder Zweifel ausgeschlossen sei, sei der Weg für viele neue Entwicklungen offen. Im Interesse der westlichen Einheit sei daher wieder bei WWG eine gemeinsame politische Meinungsäußerung wünschenswert.

AM stimmt BMs Meinung voll zu. AM Schewardnadse habe ihm ausführlich dargelegt, daß wichtigste Aufgaben der SU seien, die Wirtschaft wiederzubeleben, die wissenschaftlich-technologische Entwicklung zu fördern und den Lebensstandard des Volkes zu heben. Dafür sei der Weltfrieden erforderlich, daher wolle man auch die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit Japan.

Es sei jedoch nicht die Politik Japans, zugunsten atmosphärischer Verbesserungen seine Grundsatzpositionen aufzugeben. Die Territorialfrage bleibe die wichtigste. Es bestehe keine Absicht, Handel und Zusammenarbeit mit der SU zu verbessern vor der Verbesserung der politischen Beziehungen – dies gelte auch für die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Japan lege Wert darauf, Teil der westlichen Welt zu sein; die Einheit des Westens sei für Japan wichtiger als wirtschaftliche Vorteile im Verhältnis zur SU. Eher würde sich Japan gegenüber der SU negativ verhalten. Der Dialog mit der SU sei wichtig, nicht zuletzt deswegen, um ihr ganz klarzumachen, daß es nutzloses Unterfangen sei zu versuchen, den Westen auseinanderzudividieren.

Für den WWG sei es daher wichtig, neben einer Erklärung zu den Wirtschaftsfragen eine Erklärung zu verabschieden, die die Einheit der westlichen Staaten ganz klarmache. Japan, als Gastgeber des WWG, möchte versuchen, hierzu einen Konsensus herzustellen.

BM begrüßt und unterstützt diese Absicht. Um die SU zu verstehen, sei es jedoch nötig, tiefer zu bohren. Die SU habe die dritte Stufe der Gestaltung ihrer Beziehungen zum Ausland erreicht. Bis zum Zweiten Weltkrieg sei die SU wirtschaftlich und politisch autonom gewesen. Mit dem Zweiten Weltkrieg sei sie in die internationale Politik, später auch in die internationale Wirtschaft ein-

getreten (vom Nord-Süd- und Ost-West-Verhältnis sei auch COMECON nicht unberührt geblieben). Jetzt stünden wir an der Schwelle des Informationszeitalters, in dem Informationen zum Hauptproduktionsfaktor geworden seien. Für jeden Staat, jede Gesellschaft, jede Volkswirtschaft stelle sich die unausweichliche Alternative, sich international absolut einzuschließen oder sich abzukapseln und damit hoffnungslos zurückzufallen. Für die offenen Gesellschaften des Westens bringe dies keine Probleme, für ein starres kommunistisches System bedeute es jedoch eine große Herausforderung. Wir brauchten nicht besorgt, sondern könnten zuversichtlich sein. Wir riskierten nichts in der Zusammenarbeit mit der SU, sondern könnten Kräfte der Veränderung in sie hineinbringen.

AM fragt nach Bewertung der neuen SU-Abrüstungsvorschläge.

BM: Heute früh habe ihm der sowjetische Verhandlungsführer in Genf (Kwizinskij) diese ausführlich erläutert und dabei besonders den europäischen Ansatz der Vorschläge herausgestellt. Zweifellos seien darin neue substantielle Elemente enthalten. Wichtig für Europa sei vor allem die Änderung der sowjetischen Haltung zur Frage der Maßnahmen einer effektiven Verifikation. Diese sei in Vergangenheit immer die Hemmschwelle jedes Schritts zur Abrüstung gewesen. Nach 1984 habe Gromyko gesagt, mit dieser Forderung wollten wir nur ein Loch in den Vorhang bohren, um hineinschauen und alles erfahren zu können. Er (*BM*) habe darauf gesagt, es handele sich nur um ein Loch, während bei uns alles einsehbar sei, da wir keinen Zaun errichtet hätten.

Weiterhin neu in den Vorschlägen sei, daß in erster Stufe der Reduzierung der Mittelstreckenraketen die GB- und F-Systeme nicht berücksichtigt werden sollen. Zudem sei die neue Haltung zum weltweiten Bann der chemischen Waffen interessant. Aber es gebe ein Bündel offener Fragen bei den Themen, die für Europa von existentieller Bedeutung sind: So werde z.B. die große konventionelle Überlegenheit der SU in Europa nicht angesprochen. Die SU habe offensichtlich einen Mangel in der US-Verhandlungsposition für Genf ausgenutzt. Am 8.1.1985 habe man sich auf drei Verhandlungsthemen verständigt²²: Weltraumrüstung, internationale strategische Waffen, Mittelstreckenraketen, aber nichts gesagt über das Kräfteverhältnis unterhalb der Mittelstreckenwaffen. Er (*BM*) habe heute dem sowjetischen Gesprächspartner gesagt, alle seien für Beseitigung der A-Waffen, die Welt sei ohne sie besser als mit ihnen. Aber er müsse auch feststellen: Die Existenz von A-Waffen habe seit Jahrzehnten einen Krieg unführbar gemacht; Krieg sei nicht mehr führbar. Die Frage sei: Wie können wir die Nichtführbarkeit eines Kriegs sichern ohne die Existenz von A-Waffen? Die Vernichtungskraft der angesammelten konventionellen Waffen und Kräfte sei so groß, daß wir auch einen konventionell geführten Krieg nicht überleben würden.

Von der Sache abgesehen, sei die Gorbatschow-Initiative ein propagandistisch geschickter Vorschlag; er zeige eine ideenreiche Führung in Moskau. Er lehre uns: Wir brauchten im Westen nicht nur Waffen, sondern auch Gehirne und Herzen unserer Völker. Die Vorschläge müßten substantiell genau geprüft werden –

²² Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA); DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

er (BM) sei froh, daß erste Reaktionen, auch aus den USA, konstruktive Wertungen enthielten.

AM stimmt zu. Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000, totales Verbot von Atomtests, Ächtung der C-Waffen etc. seien reizvolle Vorschläge. Auch die neuen Vorschläge zur Verifikation und zur Nichteinbeziehung der GB- und F-Mittelstreckenraketen zeigten eine Änderung der sowjetischen Haltung. Für Japan als asiatischen Staat lege der Vorschlag zu großen Wert auf Europa, besonders bei den Mittelstreckenraketen. Der asiatische Raum werde überhaupt nicht erwähnt. Die SS-20 seien sehr mobil, daher rühre japanische Besorgnis, daß Asien ausgespart wurde. Für Japan sei es unabdingbar, daß das Mittelstreckenproblem global, nicht auf Europa beschränkt, gesehen und gelöst werde. Die Definition strategischer Waffen, d.h. nur solche, die die USA oder die SU direkt erreichen, sei für Japan nicht akzeptabel.

BM: Wir hätten vor einigen Jahren den Grundsatz eines globalen Verhandlungsansatzes in die Verhandlungen eingebracht. Der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, Botschafter Ruth, habe heute das Gespräch mit Kwizinskij fortgesetzt, besonders mit der Absicht, zu klären, was mit den sowjetischen SS-20 im asiatischen Raum der SU geschehen solle (gegenüber früheren Zusicherungen, daß ihre Zahl nicht erhöht werden solle, also keine Verschiebung vom Westen der SU in den Osten vorgesehen sei).²³ Er (BM) habe Kwizinskij gesagt, daß die Definition der strategischen Waffen nicht akzeptabel sei, daß Sicherheit nur zwischen den Großmächten hergestellt werden solle. Dies bedeute: große Sicherheit für die Großen, kleine Sicherheit für die Kleinen. Dies vertrage sich nicht mit unseren Sicherheitsvorstellungen.

AM: Sowjetischer Vorschlag enthalte konstruktive und problematische Elemente. Man solle sich bemühen, positiv zu reagieren und akzeptable Elemente aufzugreifen im Interesse der Fortführung der Verhandlungen. Der Westen müsse gemeinsam beraten, wie er SU/USA-Verhandlungen positiv beeinflussen könne.

BM: Europa, auch Japan, habe großes Interesse daran, Einfluß auf die West-Ost-Verhandlungen auszuüben. An drei der vier Verhandlungstischen sei die BR Deutschland anwesend: bei MBFR in Wien, bei der KVAE in Stockholm, im CD in Genf (chemische Waffen und Atomteststopp).

AM: Der sowjetische Vorschlag sei mit vollem Bewußtsein gegen die US-Pläne zu SDI gemacht worden – das Ziel sei dasselbe: Überflüssigmachen der A-Waffen. Japanische Haltung zu SDI sei: a) Verständnis für Forschungsbemühungen, b) keine Entscheidung bisher über Beteiligung, daher Bitte um Darlegung deutscher Haltung.

BM: Im März 1985 habe Bundesregierung erklärt, daß Forschung gerechtfertigt sei.²⁴ Dann habe es eine lautstarke Diskussion gegeben, wobei nicht alle den

²³ Im Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation am 22. Januar 1986 fragte Botschafter Ruth auch nach der Einbeziehung der nuklearen Mittelstreckensysteme der UdSSR im asiatischen Raum. Kwizinskij antwortete, „diese sollten zunächst auf ihrem gegenwärtigen Stand eingefroren werden. Ihre spätere Beseitigung sei in dem Programm vom 15.1.1986 eingeschlossen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130078.

²⁴ Vgl. dazu die Stellungnahme der Bundesregierung zu SDI vom 27. März 1985; BULLETIN 1985, S. 289f. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 87.

Komplex voll übersehen zu haben scheinen. Im Dezember 1985 habe die Bundesregierung eine klare Entscheidung getroffen:

- a) keine staatliche Beteiligung der Bundesregierung an SDI;
- b) keine finanzielle Beteiligung der Bundesregierung an SDI;
- c) aber: Deutsche Unternehmen und Institute könnten sich frei beteiligen, dafür bedürfe es jedoch einer Regelung der Bedingungen der Zusammenarbeit, d. h., die Bedingungen für die technologische Zusammenarbeit und den Technologietransfer müßten verbessert werden, nicht nur auf SDI begrenzt, sondern generell.

Im Vordergrund z. Zt. stünden die wirtschaftlichen Aspekte und die Schaffung von Rahmenbedingungen für die private Industrie. Daher habe er (BM) auch vorgeschlagen, daß die Verhandlungen mit den USA vom Wirtschaftsminister geführt werden²⁵, um deutlich zu machen, daß die industriellen und wirtschaftlich-technischen Fragen im Vordergrund stehen.

Man habe festgestellt, daß man nicht einer, sondern vielen Meinungen in den USA gegenüberstehe. Während Weinberger nur über SDI verhandeln wolle, verstünden andere, daß die technologische Zusammenarbeit und der Technologietransfer insgesamt verbessert und auf eine neue Grundlage gestellt werden müßten.

Er (BM) habe Verständnis für Weinberger; er stünde in einem schweren Abwehrkampf – es sei allgemein übereinstimmende Meinung, daß das Haushaltsdefizit abgebaut werden müsse. D. h., im Wahljahr 1986²⁶ seien einschneidende Einzelentscheidungen nötig. Aber wo? Sicher nicht bei sozialen Aufwendungen, eher im Verteidigungsetat. Daher möchte sich Weinberger der Unterstützung der Freunde und Verbündeten versichern, den vorgesehenen SDI-Haushalt durchzuziehen. Man müsse nun den Verhandlungsgang abwarten, der hoffentlich möglichst schnell abgeschlossen werden könne. Insgesamt sei dies nur ein minimaler Aspekt der gewaltigen Probleme, die mit SDI als strategischem Komplex verbunden seien.

AM dankt und geht über zu WWG-Tokio. Die IL seien konfrontiert mit Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, sinkenden Rohstoffpreisen, der Verschuldungsproblematik. Zwar habe die G5 Erfolge erzielt, zu denen Japan beigetragen habe, doch blieben Probleme der Reibungen im Welthandel (Uausgewogenheit von Handelsüberschüssen und -defiziten). Vor diesem Hintergrund müsse der WWG in Tokio zum Erfolg geführt werden und einen „rosigen“ (so der japanische Dolmetscher) Blick in die Zukunft werfen. Es dürfe kein Pessimismus aufkommen. Japan bitte um Zusammenarbeit aller Teilnehmer und um Unterstützung, dieses Ziel zu erreichen.

Als politische Frage stehe beim Gipfel das Ost-West-Verhältnis im Vordergrund. Japan wolle eine allgemeine politische Erklärung, nach dem Vorbild der vor-

²⁵ Zu den Gesprächen des Bundesministers Bangemann vom 13. bis 15. Januar 1986 in Washington vgl. Dok. 1, Anm. 11.

²⁶ Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

hergehenden Gipfel in Bonn²⁷ und London²⁸. Frage liege z.Zt. bei den Sherpas.²⁹ Japan werde sich weiter um den erforderlichen Konsensus bemühen und bitte um unsere Mitwirkung, dem Tokio-WWG zum Erfolg zu verhelfen. Zusätzlich stellten sich sicher Probleme bei Terrorismusbekämpfung, Drogen u. a., aber in der Grundlinie eines „politischen Gipfels“ müsse man sich einig sein.

BM: Wir seien genauso an einem Erfolg des WWG interessiert. Wichtig sei, daß in Tokio ein deutliches Signal gegen den wachsenden Protektionismus gesetzt und die Frage des Verschuldungsproblems behandelt wird. Wir möchten Auskunft haben, wie die einzelnen Länder die Entwicklung der Weltwirtschaft in den nächsten Jahren sehen und welche Rolle sie übernehmen.

D sei ein Land, das von der Überbewertung des Dollars profitiert habe; es gebe zwar Kritik am überhöhten Dollarkurs, aber die deutschen Exporteure seien sehr froh über ihre dicken Auftragsbücher. Das werde sich ändern; wenn die Dollarbewertung realistischer werde, verändere dies auch die Wettbewerbsbedingungen. Es werde komplizierter, wenn rückläufige Entwicklung in den USA die Weltwirtschaft beeinflusst, d. h. Rückführung des jetzt kritisierten Haushaltsdefizits der USA – führt sie zu weicher Landung oder zu hartem Aufprall der Weltwirtschaft? Es könnte dazu führen, daß Japan und Deutschland wieder in einem Boot sitzen und erwartungsvolle Blicke auf Tokio und Bonn gerichtet werden, etwas zur Ankurbelung der Wirtschaft zu tun. Auf dem vorletzten Bonner WWG, 1978³⁰, war uns die Aufgabe der „Lokomotive“ zugewiesen worden – ich war dagegen, doch der stärkere Koalitionspartner setzte, mit diesem Anstoß, auf Expansion der staatlichen Ausgaben zur Konjunkturankurbelung. Er (BM) sei sich mit Finanzminister³¹ einig, daß man sich nicht wieder auf eine „Lokomotive Bundesrepublik“ einlassen dürfe. Er sehe jedoch gern die BR Deutschland (und Japan) an der Spitze als „Lokomotive der Stabilität“, die zur Gesundung, nicht zur Aufblähung der Weltwirtschaft beitragen. Wir seien für freien Welthandel, doch stelle sich die Frage von wirtschaftlichen Sanktionen mit dem Ergebnis, daß wir gegenüber vielen Staaten den Handel unterbinden.

27 Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292f. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 112 und Dok. 113.

28 Für den Wortlaut der Erklärungen des Weltwirtschaftsgipfels vom 8. bzw. 9. Juni 1984 über die demokratischen Werte sowie zu Ost-West-Beziehungen und Rüstungskontrolle, zum internationalen Terrorismus und zum irakisch-iranischen Krieg vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 375 und D 379f. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, I, Dok. 170.

29 Eine erste Sitzung der Beauftragten der Teilnehmerstaaten am Weltwirtschaftsgipfel („Sherpas“) fand am 21./22. November 1985 in Kyoto statt. Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, vermerkte dazu am 25. November 1985, daß die japanische Regierung u. a. eine politische Erklärung wünsche, die sich „vor allem mit den Perspektiven für die Zukunft (Ausblick auf das 21. Jahrhundert) befassen soll. PM Nakasone möchte offensichtlich insbesondere positive Perspektiven für die wirtschaftliche, kulturelle und zivilisatorische Entwicklung sowie die dafür erforderlichen Anstrengungen aufzeigen. Die Voraussetzungen dafür sieht er insbesondere in einer stärkeren Kooperation der verschiedenen Teile der Welt (Fernost, Amerika und Europa) sowie in der Bereitschaft zu den erforderlichen Veränderungen und Anpassungen. Volle Klarheit über den möglichen Inhalt einer solchen Erklärung scheint die japanische Seite aber noch nicht zu haben.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130563.

Die zweite Sitzung fand vom 30. Januar bis 3. Februar 1986 in Honolulu statt: „Zentrales Thema war die internationale Wirtschaftslage und die weltwirtschaftlichen Aussichten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek vom 6. Februar 1986; Referat 412, Bd. 130563.

30 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 225.

31 Gerhard Stoltenberg.

Japan sei besser dran, da es Öl aus dem Iran beziehe, wir dagegen von Libyen (wenn auch nicht so viel wie die Amerikaner).

Wir möchten, daß auf dem Tokio-Gipfel auch die Nord-Süd-Fragen ausführlich erörtert werden, und wären dankbar, wenn Sie darauf großen Wert legen würden, daß diese Frage nicht vernachlässigt wird.

AM: Auch er hoffe, daß der Protektionismus des amerikanischen Kongresses nicht auf die ganze Welt Pressionen ausübe, daher sei es wichtig, den freien Welthandel aufrechtzuerhalten und eine neue GATT-Runde³² einzuleiten.

BM: Ja.

AM: Seine Meinung zur Lokomotivtheorie sei: Japan habe seinerzeit seine Rolle als Lokomotive übernommen und seinen Beitrag zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur geleistet. Jetzt leide Japan an hohem Haushaltsdefizit, das staatliche Anreize zur Importförderung erschwere. Trotzdem bemühe sich Japan,

- die Inlandsnachfrage zu erhöhen,
- die Importneigung des Japaners zu fördern und
- die Marktöffnungsmaßnahmen weiter effektiv zu betreiben.

Er (Abe) selbst habe sich diesem Kurs verschrieben. Wichtig für den WWG sei, daß jeder seine eigene Verantwortung übernehme und diese mit den anderen koordiniere. Japan habe das große Problem des Handelsbilanzüberschusses. Es werde alles tun, diesen abzubauen, aber es sei nicht Schuld Japans allein (s. z. B. die Überbewertung des Dollars etc.). Japan wolle nicht die Verantwortung abwälzen, aber es habe seinen Beitrag, z. B. in der G5 (Aufwertung des Yen³³), geleistet. Von einer Änderung der Währungsprobleme erhoffe man sich langsame Wirkungen. Es sei eine Studie in Auftrag gegeben, die die langfristige strukturelle Entwicklung der japanischen Wirtschaft erfassen soll; sie solle im

³² Vom 25. bis 28. November 1985 fand in Genf die Jahrestagung der Vertragsparteien des GATT statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte dazu am 3. Dezember 1985, daß dabei „das Verfahren für die offizielle Einleitung einer neuen GATT-Runde in Gang“ gesetzt worden sei: „Die Genfer Beschlüsse haben Kompromiß-Charakter. Die Befürworter einer neuen GATT-Runde (insbes[ondere] USA, Japan, EG, rest[liche] OECD-Staaten, unterstützt von ASEAN und AKP, aber auch die Staatshandelsländer des europäischen Ostblocks) haben drei Punkte durchgesetzt: Einsetzung des Vorbereitungsausschusses (VA; Preparatory Committee), Zeitplan und Ministerkonferenz. [...] Auch die Gegner einer neuen GATT-Runde, die um Brasilien, Indien, Jugoslawien, Argentinien und Ägypten gescharten ‚Hardliner‘ unter den EL, können mit den Genfer Beschlüssen zufrieden sein. Sie lehnen die neue Runde nicht prinzipiell ab, sondern wollen nur sicherstellen, daß die bisher unerledigten Punkte des Arbeitsprogramms der GATT-Ministertagung von 1982, die besonders die EL interessieren (wie z. B. Schutzklausel, Textilien, tropische Produkte), mit Priorität behandelt werden. Außerdem gehen sie Mißtrauen gegen die Behandlung der Dienstleistungen, da sie die übermächtige Konkurrenz der westlichen IL auf ihren eigenen Dienstleistungsmärkten befürchten.“ Diese Interessen blieben durch die Genfer Beschlüsse gewahrt. Vgl. den Runderlaß Nr. 106; Referat 411, Bd. 131325.

³³ Bei ihrem Treffen am 22. September 1985 in New York bekundeten die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA ihre Bereitschaft, durch ein koordiniertes Vorgehen auf den Devisenmärkten eine weitere Verteuerung des Dollar zu verhindern. Dadurch sollte eine Aufwertung der DM und des Yen bewirkt werden mit dem Ziel, das Handelsdefizit der USA zu verringern und Forderungen des amerikanischen Kongresses nach protektionistischen Maßnahmen zu begegnen. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 26. September 1985; Referat 412, Bd. 130568.

März erscheinen.³⁴ Man erhoffe sich von ihr Aufschlüsse, was Japan noch tun solle. Japan sei ohne freien Welthandel nicht lebensfähig und müsse versuchen, in gegenseitiger Abstimmung zu konkurrieren und zu koordinieren.

BM: Wir gehen und denken in die gleiche Richtung. Wir beide haben vom freien Welthandel den größten Gebrauch gemacht.

Beide Minister verabreden sich zum Abendessen am selben Abend³⁵ und zum Frühstück am nächsten Morgen³⁶ zur Fortsetzung des Gesprächs.

Referat 341, Bd. 142633

18

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman

220-370.70 USA-83/86 VS-vertraulich

24. Januar 1986¹

Von BM noch nicht genehmigt.

Gesprächsvermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Botschafter Kampelman am 24. Januar 1986²

Auf deutscher Seite nahmen teil: D2A³, Dg20⁴, LMB⁵, RL 220⁶, VLR I Weber.

Auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, BR Grobel.

³⁴ Die Beratergruppe unter Leitung des ehemaligen Gouverneurs der japanischen Notenbank, Maekawa, legte ihren Bericht zur strukturellen Anpassung der japanischen Wirtschaft („Report on Economic Structural Adjustment for International Harmony“) am 7. April 1986 vor. Für den Bericht vgl. Referat 341, Bd. 142645.

³⁵ In seinem Haus in Wachtberg erörterte Bundesminister Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe die Erforschung des Weltraums, die Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China, den Stand der Ausreisen aus der DDR sowie Fragen der Währungs- und Energiepolitik. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 142633.

³⁶ Bundesminister Genscher und der japanische Außenminister Abe befaßten sich am 23. Januar 1986 mit den militärisch-strategischen Auswirkungen von SDI und einer möglichen Beteiligung an der SDI-Forschung, ferner mit der Entwicklung in Korea. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 142633.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 24. Januar 1986 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Meyer-Landrut am 27. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 3. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 4. Februar 1986 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 5. Februar 1986 vorgelegen. Vgl. den Beleitvermerk; VS-Bd. 11305 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

² Der amerikanische Sonderbotschafter Kampelman hielt sich am 23./24. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf.

³ Friedrich Ruth.

⁴ Hans-Friedrich von Ploetz.

⁵ Michael Jansen.

⁶ Rolf Hofstetter.

Auf die einleitende Frage des *Bundesministers*, wie die Welt zu Beginn des neuen Jahres aussehe, antwortete Botschafter *Kampelman*, daß der Ausblick etwas hoffnungsvoller sei. In Genf habe man von März bis Oktober auf sowjetische Vorschläge gewartet. Erst dann habe sich Bewegung gezeigt, die mit dem Gorbatschow-Vorschlag vom 15.1.1986⁷ einen gewissen Höhepunkt erreicht habe. Er selbst habe mit dem sowjetischen Verhandlungsführer am 15.1. ein längeres Gespräch geführt, in dem dieser die neue Initiative mit keinem Wort erwähnt habe. Das Gespräch sei um 15 Uhr zu Ende gegangen, und um 17 Uhr habe die amerikanische Delegation erfahren, daß Radio Moskau den Gorbatschow-Vorschlag bekanntgegeben habe. Als er Karpow später darauf angesprochen habe, habe dieser geantwortet, daß er keine Weisung gehabt habe, die amerikanische Delegation zu unterrichten. Der Bemerkung Kampelmans, daß er, Karpow, falls er Weisung gehabt hätte, wahrscheinlich nicht gewußt hätte, was er hätte sagen sollen, habe der sowjetische Verhandlungsleiter nicht widersprochen.⁸

Ähnlich sei es bei den sowjetischen Vorschlägen vom 30. September/1. Oktober 1985⁹ gewesen, wo es 14 Tage gedauert habe, bis die sowjetische Delegation in Genf in der Lage gewesen sei, amerikanische Fragen zu beantworten. Dasselbe habe für die Äußerungen Gorbatschows in Paris¹⁰ gegolten. Botschafter Ruth habe ihn davon unterrichtet, daß Kwizinskij in Bonn dezidiert die Auffassung vertreten habe, eine Null-Lösung für INF hänge von einem SDI-Verbot ab.¹¹ In

⁷ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. Januar 1986 vgl. Dok. 16 und Dok. 19.

⁸ Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 17. Januar 1986 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach die sowjetische Delegation in der ersten Plenarsitzung der vierten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle am Vortag in Genf die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vorgetragen habe: „Auf amerikanische Frage hätten Sowjets erklärt, daß alle Elemente des neuen Vorschlags miteinander verbunden seien. Falls es nicht möglich sei, auf der Grundlage des neuen sowjetischen Vorschlags Fortschritte zu erzielen, könne auf die bisherigen sowjetischen Vorschläge zurückgegriffen werden. [...] In informellem Gespräch ließ Karpow Kampelman wissen, daß auch die sowjetische Delegation von dem neuen sowjetischen Vorschlag erst am Nachmittag des 15.1. erfahren habe. Karpow sei in gewisser Verlegenheit gewesen, weil er bei Mittagessen mit Kampelman am 15.1. den neuen Vorschlag noch nicht erwähnt habe. Insgesamt habe sowjetische Delegation den Eindruck von Ratlosigkeit gemacht, noch ausgeprägter als nach den Vorschlägen Gorbatschows vom Oktober 1985. US-Delegation stelle sich darauf ein, daß es noch Wochen dauern könne, bevor sowjetische Delegation über volle Instruktionen zu dem neuen Vorschlag verfügen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 244; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

⁹ Zu den sowjetischen Vorschlägen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 270.

¹⁰ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Am 3. Oktober 1985 erklärte er in einem Treffen mit französischen Parlamentariern die Bereitschaft der UdSSR, ein gesondertes Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme zu schließen, „ohne unmittelbaren Zusammenhang mit dem Problem der Weltraum- und strategischen Rüstungen“. Darüber hinaus wiederholte er den Vorschlag, mit den USA eine Vereinbarung über das Verbot von Weltraumangriffswaffen zu schließen und die Nuklearwaffen, die das Territorium des jeweils anderen erreichen könnten, um 50 % zu reduzieren. Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 510 f.

¹¹ Botschafter Ruth führte am 22. Januar 1986 gegenüber dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij aus, daß „das künftige Verhältnis von Offensiv- und Defensivsystemen entscheidend auch vom Umfang der Offensivsysteme bestimmt würde und von den beiden Großmächten einvernehmlich gestaltet werden müßte. Gegenwärtig komme es auf die Grenzziehung zwischen Forschung und Entwicklung an, er frage deshalb, wo die SU diese Grenze sehe. Kwizinskij antwortete zunächst, eine perfekte Raketenabwehr sei unmöglich. Deshalb bedeute jede Erweiterung von Defensivsystemen ein Plus zum Offensivpotential einer Seite. Der Sinn neuer Defensivsysteme könne daher nur darin liegen, eine Erstschlagskapazität zu erlangen. [...] Die Aufforderung zum Bau neuer Waffen in der Hoffnung, auf diese Weise die Nuklearwaffen zu beseitigen, sei ein ‚grotesker Unsinn‘. Wenn es gemäß dem sowjetischen Programm keine Kernwaffen mehr gäbe, so bestünde

dem Gespräch, das Botschafter Glitman gestern nachmittag mit seinem Counterpart Obuchow geführt habe, habe dieser ein solches Junktim nicht erwähnt. Obuchow habe allerdings auch nicht gesagt, daß es ein solches Junktim nicht gebe. Auch in der Frage der sowjetischen SS-20 in Asien habe Obuchow nicht viel zu sagen gehabt. Er habe sich auf den Hinweis beschränkt, daß im Falle eines Abkommens diese Frage nur von temporärer Bedeutung sei, da in einer späteren Phase auch die asiatischen Systeme beseitigt würden. Er, Kampelman, sei nicht sicher, was hinter diesen Äußerungen stecke. Möglicherweise versuchten die Sowjets, die europäischen Verbündeten dafür zu gewinnen, in Sachen SDI Druck auf die USA auszuüben.

Bundesminister fragte, wie die geänderte sowjetische Haltung zu den französischen und britischen Systemen zu erklären sei. *Kampelman* wies darauf hin, daß am Ende der letzten Runde im November¹² Kwizinskij ihm gegenüber betont habe, daß man dieses Problem nicht unterschätzen dürfe. Ein Interimsabkommen ohne Anrechnung dieser Systeme gebe es nicht. Abweichend davon habe sich Obuchow zu dieser Frage eher zurückhaltend geäußert.

D2A wies darauf hin, daß die Äußerungen Kwizinskis in Bonn in dieser Frage ganz eindeutig gewesen seien.¹³ Es komme jetzt darauf an, aus den sowjetischen Vorschlägen (dem früheren Interimsvorschlag und den jüngsten Gorbatschow-Vorschlägen) das herauszunehmen, was für uns akzeptabel sei. Wenn es gelinge, die Diskussion hierauf zu konzentrieren, seien Fortschritte möglich.

Kampelman stimmte dieser Auffassung zu.

Auf die Bemerkung von Botschafter *Burt*, die Behandlung von SDI sei schwierig, sagte *Kampelman*, daß die Russen nur widerstrebend über SDI reden würden. Sie seien nicht bereit, darüber zu sprechen, was erlaubt und was verboten sei. Kwizinskij, der eigentlich für diese Weltraumfragen zuständig sei, schalte sich auch bei INF ein, so daß manches Mal unklar sei, wer eigentlich für INF

Fortsetzung Fußnote von Seite 107

auch keine Notwendigkeit mehr für Defensivsysteme. Auch die FOFA-Pläne, die ebenfalls der Vorbereitung eines Erstschlags dienen, würden dann überflüssig.“ Was SDI betreffe, so sei die UdSSR bereit, „über die Grenzen der erlaubten Forschung“ zu sprechen; sie sei jedoch gegen „zielgerichtete Forschung“. Er, Kwizinskij, könne keinen Sinn darin erkennen, „etwas zu entwickeln, was anschließend sofort gemäß Art[ikel] 8 ABM-Vertrag zu zerstören wäre“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130078.

¹² Die dritte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle in Genf fand vom 19. September bis 7. November 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 304.

¹³ Im Gespräch des Botschafters Ruth mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986 stellte Ministerialdirigent von Ploetz die Frage, „wie sich der sowjetische Vorschlag einer europäischen Null-Lösung zur Zwischenlösung verhalte, ob insbesondere die sowjetische Forderung auf Anrechnung der Drittstaatensysteme zurückgestellt sei: „Kwizinskij antwortete auf letzteres mit einem klaren Nein. Im Falle einer europäischen Null-Lösung entstünde qualitativ eine andere Situation, in der die Nichtausweitung der britischen und französischen Potentiale genüge. Eine Zwischenlösung, die den Verbleib amerikanischer, britischer und französischer Systeme in Westeuropa bedeutet, sei ohne Anreiz für SU.“ Eine Zwischenlösung „unterscheide sich für die SU grundsätzlich von der einer europäischen Null-Lösung, weil bei einer Zwischenlösung zu den britischen und französischen Systemen amerikanische Erstschlagswaffen hinzuträten. Im übrigen verzichtete SU im Falle der europäischen Null-Lösung nicht auf die Anrechnung der britischen und französischen Systeme, sondern nähme eine andere Anrechnung vor. Der Vorschlag einer europäischen Null-Lösung sei im Kontext der gesamten ersten Etappe des sowjetischen Programms zu sehen, d.h. auch im Kontext mit dem Verbot kosmischer Angriffswaffen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 220, Bd. 130078.

das Sagen habe, Kwizinskij oder Obuchow. Zwischen beiden gebe es offensichtlich Schwierigkeiten. Von den beiden sei Kwizinskij mit Sicherheit der härtere. *Bundesminister* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Kwizinskij von Anfang an an der sowjetischen Reaktion auf die NATO-Nachrüstung maßgeblich beteiligt gewesen sei. Er wolle jetzt nachweisen, daß er recht gehabt habe. Die anderen Verhandler seien weniger mit Vorurteilen belastet. Kwizinskij sei sozusagen der letzte Überlebende des alten Konzepts, das er weiterhin verteidige.

In den Gesprächen mit Kwizinskij¹⁴ sei es uns darauf angekommen, folgende Punkte ganz klar zu machen:

1) Die sowjetischen Vorschläge betreffen gesamte Allianz, d. h., es kann nur um die Reaktion des gesamten Bündnisses gehen und nicht um eine bilaterale deutsche Reaktion. Natürlich sind Konsultationen möglich, aber die Festlegung der Position ist eine Allianzangelegenheit. Mit dieser Feststellung hätten wir von vornherein sowjetischen Bestrebungen entgegenwirken wollen, in dieser Sache mit uns bilateral etwas bewegen zu können.

2) Er, *Bundesminister*, habe Kwizinskij nach der Philosophie gefragt, die hinter den sowjetischen Vorschlägen stehe. Kwizinskij habe daraufhin den europäischen Ansatz des Programms betont. Ohne das Bild Gorbatschows vom europäischen Haus zu benutzen, habe er an diese Vorstellung angeknüpft. Er, *Bundesminister*, habe deutlich gemacht, daß der Prüfstein für uns sei, ob diese Vorschläge uns das gleiche Recht auf Sicherheit einräumten oder nicht. Man dürfe nicht vergessen, daß der philosophische Grundansatz für die Aufstellung der SS-20 der Gedanke der sowjetischen Dominanz über Europa gewesen sei. Deshalb müsse die westeuropäische Antwort – und dies sagten wir auch öffentlich – sein: gleiches Recht auf Sicherheit wie für die Sowjetunion. Der Definition des Begriffs „strategische Waffen“ komme daher ganz besondere Bedeutung zu.

3) Er habe ferner Kwizinskij eindeutig darauf hingewiesen, daß, wie immer die Entwicklung ausgehe, ob alle Atomwaffen beseitigt würden oder nicht, für uns die Frage maßgebend sei, wie die Kriegsverhinderung auch in Zukunft garantiert werden könne. Wie könne gewährleistet werden, daß auch in Zukunft ein Krieg unführbar sei? Zum einen gehe es um den Abbau konventioneller Disparitäten. Aber auch ein konventionelles Gleichgewicht schließe kriegerische Konflikte, wie man im Falle des Ersten Weltkriegs gesehen habe, nicht aus. Man müsse sich deshalb Gedanken machen, wie die Zukunft Europas aussehen werde. Eine erste Stufe sei die KVAE in Stockholm. Dort müßten Fortschritte erzielt werden. In demselben Sinne habe sich auch der amerikanische Präsident geäußert. Stockholm sei der erste Test für die veränderte Lage.

Es komme jetzt darauf an, in der Allianz eine Position zu formulieren, damit der Westen die Führungsposition auch in bezug auf die öffentliche Meinung sichtbar übernehme. Es müsse eine Entwicklung vermieden werden, wo sich verschiedene Gruppierungen, Regierungen, Parteien und andere Gruppen in

¹⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Sonderbotschafter Kwizinskij am 22. Januar 1986; Dok. 16.

unterschiedlicher Weise äußerten. Die Allianz dürfe nicht zu spät kommen. Es gehe um eine Gesamtreaktion der Allianz. Die ersten Reaktionen, unsere eigene, die der USA und anderer Staaten, seien nahezu identisch gewesen. Wie er gestern abend von einem Abgeordneten der CSU erfahren habe, betrieben Ostblockdiplomaten in Bonn, aber wahrscheinlich auch anderswo, eine Art Volksbefragung der politisch Maßgeblichen, um sich über die Einschätzung und die Trends zu unterrichten. Dies zeige, wie wichtig es sei, daß die Allianz eine Leitfunktion übernehme.

Für uns besonders wichtig sei, daß zu INF eine Position formuliert werde. Die Aufgabe beschränke sich aber nicht auf INF, sondern müsse auch alle anderen Fragen, z. B. die Verhandlungen in Stockholm, Wien¹⁵ und Genf, umfassen, genauso wie die Implikationen für den konventionellen Bereich. Wenn die Sowjetunion von einem europäischen Ansatz spreche, werde die propagandistische Stoßrichtung klar. Er wolle noch einmal hervorheben, daß es das Allerwichtigste sei, daß wir gemeinsame Positionen entwickelten.

Auf eine entsprechende Frage von Botschafter Burt führte der Bundesminister aus, daß die SCG das geeignete Gremium für diese Aufgabe wäre, wenn Frankreich, das von den sowjetischen Vorschlägen unmittelbar betroffen sei, daran teilnehme. Er rege an, daß möglichst rasch Experten der Vier zusammenträten und danach der NATO-Rat unter Hinzuziehung von Experten aus den Hauptstädten sich mit dieser Angelegenheit befasse.

Auf die Bemerkung von Botschafter *Burt*, die USA hätten versucht, Frankreich für die Mitarbeit in der SCG zu gewinnen, wiederholte der *Bundesminister*, daß es das beste wäre, wenn Frankreich sich an der SCG beteilige. Vielleicht sei dies unter den veränderten Umständen möglich. Er selbst treffe Außenminister Dumas am Montag.¹⁶

Botschafter *Kampelman* bemerkte, daß die amerikanischen Verhandlungsleiter am 3. Februar mit dem NATO-Rat in Brüssel zusammenträfen.¹⁷ *D2A* bemerkte, daß wir in Washington um eine Vorverlegung der SCG gebeten hät-

¹⁵ Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 59.

¹⁶ Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Dumas trafen anlässlich der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 27. Januar 1986 in Brüssel zusammen.

¹⁷ Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 3. Februar 1986, daß im Mittelpunkt der Aussprache über die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch die amerikanischen Sonderbotschafter Glitman, Kampelman und Tower die Bewertung der Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gestanden habe: „F erklärte, die Vorschläge enthielten keine wirklich neuen Elemente. Die sowjetische Seite stelle höhere Forderungen auf als vorher. Bei SDI gebe es kein Zugeständnis für erlaubte Forschung, bei den strategischen Waffen werde die bekannte sowjetische Position wiederholt, die INF-Vorschläge enthielten unakzeptable zusätzliche Bedingungen und seien wegen der Forderungen an die Drittstaaten nach einem Einfrieren und Verbot der Modernisierung darauf gezielt, Uneinigkeit in der Allianz herbeizuführen. [...] Eine ähnliche negative Bewertung wurde von GB vorgetragen. Die SU werde am Ende der drei Phasen konventionell erdrückend überlegen sein. Gorbatschow habe die bedeutende Frage konventioneller Waffen nicht ausreichend behandelt. Der Hauptzweck der Vorschläge sei propagandistischer Natur. Andere (NL, B) zeigten eine in Nuancen positivere Einschätzung der Vorschläge. Übereinstimmung bestand jedoch darin, daß es notwendig sei, die vielen Aspekte und Elemente der Vorschläge so intensiv wie möglich zu untersuchen und positive Ansatzpunkte zu nutzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1986.

ten.¹⁸ Außerdem hielten wir es für erforderlich, daß sich an die Sitzung des NATO-Rats am 3. Februar eine Expertensitzung anschließe.

Kampelman führte aus, daß in Washington zur Zeit eine eingehende Analyse vorbereitet werde. Er habe Einblick in die bisherigen Ergebnisse genommen und könne sagen, daß den Bündniskonsultationen ein ganz hoher Stellenwert eingeräumt werde.

Auf die Frage Kampelmans, welchen Rat der Bundesminister ihm nach Genf mitgebe, führte der *Bundesminister* folgendes aus: Es gehe darum, umfassend zu antworten, das heiße, man müsse die Elemente, die weiterführten, aufführen und auch als solche herausstellen und dort, wo die sowjetische Position unakzeptabel sei, unsere Position klar entgegensetzen, auch wenn dies früher bereits geschehen sei. Vermieden werden müsse eine Detailkritik. Unser eigenes Konzept müsse sichtbar werden. Wenn man nur einzelne Punkte kritisieren, bleibe immer noch das sowjetische Gesamtprogramm. Seiner Meinung nach sei das sowjetische Programm sozusagen die erste Stufe einer Rakete. Auf dem Parteitag¹⁹ solle die zweite Stufe gezündet werden. Die Sowjetunion wolle sichtbar machen, daß sie zu politischer und militärischer Stabilität bereit und ihre Politik für die nächsten 15 Jahre kalkulierbar sei. Der Westen müsse dem sein eigenes Konzept gegenüberstellen. Die von ihm bereits erwähnten „Umfragen“ der Ostblockdiplomaten dienten dazu, herauszufinden, welche Teile des Programms hier ankämen und was noch geändert werden müsse. Auch dies müsse man im Zusammenhang des Parteitags sehen, mit dem eine neue Ära eingeläutet werden solle. Botschafter *Kampelman* fügte hinzu, daß es in diesem Zusammenhang interessant sei, daß die Sowjetunion als Ende der vierten Runde den 4. März 1986 vorgeschlagen hätte.²⁰

Kampelman fuhr fort mit der Bemerkung, daß es beim KSZE-Folgetreffen für die USA immer günstig gewesen sei, die neutralen und ungebundenen Staaten zu benutzen. Die Sowjetunion habe ihre Positionen nicht der Amerikaner wegen ändern müssen. Bei den bilateralen Verhandlungen in Genf sei die Lage anders. Deshalb komme auch seiner Meinung nach einer gemeinsamen Allianzposition eine besondere Bedeutung zu.

D2A führte aus, daß die Geschlossenheit des Bündnisses angesichts der langfristigen Perspektive des sowjetischen Vorschlags von fundamentaler Bedeutung sei.

Botschafter *Burt* fragte nach der Rolle, die ein CTB in der deutschen öffentlichen Diskussion spiele.

Bundesminister antwortete, daß die Teststoppfrage von größter Bedeutung in der Öffentlichkeit sei. Die westliche Argumentation sei der schwächste Punkt in der Allianzposition.

D2A bemerkte, daß die Teststoppfrage als Vehikel benutzt werde, um die Glaubwürdigkeit der westlichen Position anzugreifen.

¹⁸ Die für Ende Februar vorgesehene Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO fand am 12. Februar 1986 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 38.

¹⁹ Zum XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau vgl. Dok. 68.

²⁰ Zur vierten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle vom 16. Januar bis 4. März 1986 in Genf vgl. Dok. 56.

Kampelman antwortete, daß er die Schwierigkeiten sehe. Auch in Washington sei dies eine schwierige Frage. Wie weit solle man den ernstgemeinten Rat militärischer Experten akzeptieren? In Genf hätten die Russen den Teststopp nie zu einem Hauptthema gemacht. ASAT habe eine viel größere Rolle gespielt. Auch für die Russen stelle sich das Problem, daß die Militärs einen Teststopp nicht für wünschenswert hielten.

Bundesminister führte aus, daß die Opposition die Teststoppfrage zur Speerspitze ihres Angriffs machte. Das sei gestern im Bundestag ganz deutlich geworden.²¹

D2A wies auf die Erklärung von Staatsminister Möllemann in der gestrigen Debatte hin. Botschafter *Burt* sagte auf persönlicher Basis, daß er dieses Problem durchaus sehe, aber den Eindruck habe, daß man in Washington sich über die Tragweite nicht im klaren sei. Auf dem Gebiet der Verifikation hätten wir noch die stärksten Argumente. In diesem Zusammenhang wolle er auf die von Präsident Reagan ausgesprochene Einladung zur Entsendung von Experten hinweisen.²²

Bundesminister führte aus, daß er es für das Zweckmäßigste halte, wenn die Angelegenheit zunächst unter den Verbündeten besprochen werde und dann eine hochrangige amerikanische Stellungnahme zu dieser Thematik abgegeben werde, auf die wir uns dann als nicht unmittelbar Betroffene berufen könnten. Bisher hätten wir bei unserer Argumentation den Nachdruck auf die Verifikation gelegt, wenn in Washington nun auch das Argument benutzt werde, daß man Tests aus anderen Gründen brauche, lasse sich diese Argumentationslinie nicht mehr halten, zumal die Sowjetunion ihre Bereitschaft zur Lösung der Verifikationsfrage betone. Botschafter *Kampelman* bemerkte an dieser Stelle, daß eine Antwort Gorbatschows auf den Brief Reagans noch nicht vorliege. Botschafter *Burt* fügte hinzu, daß man bereits vor einem Jahr den Sowjets signalisiert habe, daß eine sowjetische Geste auf dem Gebiet der Verifikation manches in Bewegung bringe. Darauf sei bisher keine Antwort erfolgt.

D2A vertrat die Auffassung, daß wir jetzt eine ernsthafte Perspektive brauchen. Der Eindruck, daß ein CTB niemals Realität werde, dürfe nicht entstehen.

VS-Bd. 11305 (220)

²¹ Auf Antrag der SPD-Fraktion fand am 23. Januar 1986 eine aktuelle Stunde zur Haltung der Bundesregierung zu einem nuklearen Teststopp statt. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHT, 10. WP, 190. Sitzung, S. 14377–14383, bzw. 191. Sitzung, S. 14385–14392.

²² Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 19. Dezember 1985 über einen Bericht der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom Vortag zur Frage eines nuklearen Teststopps. Darin sei ausgeführt worden, die UdSSR sei für den Fall, daß die USA einem wechselseitigen Moratorium zustimme, bereit, sich „über einige Kontrollmaßnahmen vor Ort zur Beseitigung möglicher Zweifel hinsichtlich der Einhaltung eines solchen Moratoriums“ zu verständigen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3939; Referat 222, Bd. 130111. Vgl. ferner den Artikel „Jadernye vzryvy – pod zapret“; PRAWDA vom 19. Dezember 1985, S. 5.

In einer am 19. Dezember 1985 veröffentlichten Mitteilung lehnte das amerikanische Präsidialamt ein Moratorium für Nukleartests ab, erklärte jedoch, daß die USA eine Bereitschaft der UdSSR begrüßen würden, gegenseitig Beobachter zu nuklearen Testanlagen zu entsenden. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 60.

19

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-370.70 SOW VS-NfD****24. Januar 1986¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn BundesministerBetr.: Sowjetischer Stufenplan zur Beseitigung der Kernwaffen vom
15.1.1986³;

hier: Grundsätzliche Bewertung des Konzepts der vollständigen nuklearen Abrüstung

Bezug: Ihre Weisung in der Hausbesprechung vom 20.1.1986

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung (insbesondere zusammenfassende Folgerungen unter III., S. 9 ff.⁴)

1. 1) Das Ziel der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen ist nicht neu. Es findet sich (als Element der allgemeinen und vollständigen Abrüstung) in Rüstungskontrollverträgen, in früheren amerikanischen und sowjetischen Erklärungen sowie auch in der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8.1.1985.⁵ Eine tiefere argumentative Auseinandersetzung mit diesem Ziel hat sich bisher schon deshalb erübrigt, weil es allgemein als ein Fernziel begriffen wurde, dessen Verwirklichung eher unwahrscheinlich ist und das keinen konkreten Bezug zu aktuellen Rüstungskontrollverhandlungen hat.

2) Das Besondere an dem sowjetischen Vorschlag vom 15.1.1986 ist, daß er die Verwirklichung des Fernziels bis zum Jahr 2000 in Aussicht stellt und in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den gegenwärtigen Verhandlungen stellt. Den aktuellen sowjetischen Vorschlägen für die drei Verhandlungsbereiche in Genf soll dadurch eine besondere Attraktivität und Legitimation verliehen werden. Sie sollen als notwendiger und vernünftiger Schritt auf dem Wege zur Verheißung einer von Nuklearwaffen freien Welt erscheinen.

3) Die USA haben mit SDI Entsprechendes versucht, doch der sowjetische An-

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

² Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[siehe] beigelegte Bemerkung.“ Vgl. Anm. 14.
Hat Meyer-Landrut am 12. Juni 1986 erneut vorgelegen, der die Wörter „über Herrn Bundesminister“ strich.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 12. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 13. Juni 1986 erneut vorgelegen.

³ Am 15. Januar 1986 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Vorschläge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 146–159. Vgl. dazu ferner Dok. 16.

⁴ Vgl. Anm. 13.

⁵ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

satz ist wesentlich einfacher und – jedenfalls vordergründig – realitätsnäher angelegt:

- Die Vorstellung, mit SDI einen Prozeß der Abschaffung der Nuklearwaffen einzuleiten, war von vornherein mit dem Makel der visionären Spekulation behaftet. Die amerikanische Regierung hat auch nie verhehlt, daß SDI an den Notwendigkeiten der nuklearen Abschreckung und der Modernisierung der strategischen Offensivsysteme auf absehbare Zeit nichts ändern werde.
- Die SU dagegen schlägt den direkten Weg ins nach-nukleare Zeitalter vor – ohne den Vorbehalt technologischer Ungewißheit, ohne die Gefahr eines neuen Wettrüstens und ohne Kosten.

Das sowjetische „Programm zur vollständigen Beseitigung der Kernwaffen in der ganzen Welt“ vom 15.1.1986 bedeutet deshalb eine unmittelbare konzeptionelle Herausforderung für unsere Sicherheitspolitik.

II. 4) Die sowjetischen Vorschläge müssen daran gemessen werden, ob sie dem obersten Ziel unserer Sicherheitspolitik, der Kriegsverhütung, dienen. Bei der Bewertung sind zu unterscheiden:

- Das Ziel der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen als solches.
- Der sowjetische Stufenplan, mittels dessen dieses Ziel erreicht werden soll.

a) Das Ziel der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen

5) Militärstrategisches Fundament der Kriegsverhütungspolitik des westlichen Bündnisses ist die nukleare Abschreckung. Ihr Beitrag zu 40 Jahren Frieden in Europa ist unbestritten. Die hohe konventionelle Überlegenheit des WP erfordert, daß sich das Bündnis für den Verteidigungsfall den nuklearen Ersteinatz vorbehält. Ohne grundlegende Änderung des konventionellen Kräfteverhältnisses läge die vollständige Beseitigung der Kernwaffen nicht in unserem Interesse.

6) Die militärstrategische Situation Europas wird bestimmt durch die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Teilung in Ost und West, durch das konventionelle Übergewicht der im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Staaten Osteuropas sowie durch die strategische Tiefe des WP, die ihm die SU mit ihren asiatischen Territorien verleiht. In dieser Lage hätten die dem westlichen Bündnis angehörenden Staaten Europas bei einem rein konventionell geführten Krieg das größere Schadensrisiko zu tragen. Der Warschauer Pakt könnte die Option einer konventionellen Kriegführung auch dafür einsetzen, durch politische Druckausübung Vorherrschaft in Europa zu erreichen. Das macht die zielstrebig entwickelte Option konventioneller Angriffsfähigkeit für die SU attraktiv. Für die europäischen Bündnisstaaten ist es hingegen entscheidend, daß es nicht zu einer Situation wie vor 1945 kommt, daß ein konventioneller Krieg nicht wieder führbar und gewinnbar erscheint. Daher ist die Verhinderung jeder Art von Krieg, von politischer Druckausübung oder Erpressung Ziel der Bündnisstrategie.

7) Der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts, der in ihr liegenden Angriffsfähigkeit und dem auf der kommunistischen Weltanschauung aufbauenden Vormachtstreben ist der Westen bisher mit der Option der nuklearen Eskalation geschlossen und erfolgreich entgegengetreten. Wenn wir angesichts der geographischen und geopolitischen Asymmetrie in Europa in Frieden und Freiheit leben, so deswegen, weil

- die NATO-Doktrin der Abschreckung mit der flexiblen Reaktion⁶, die selektive nukleare Optionen einschließt und so ein Kontinuum der Abschreckung herstellt bis hin zum nuklearstrategischen Potential der USA, und
- die Nutzung der technologischen Möglichkeiten des Westens zur Stärkung der konventionellen Verteidigung bisher verhindern konnten, daß sich diese sowjetische Überlegenheit zu aktueller Instabilität konkretisiert.

8) Selbst bei konventionellem Gleichgewicht wäre der Wegfall der nuklearen Abschreckung nicht ohne Risiken. Militärisches Gleichgewicht per se kann nicht mit strategischer Stabilität gleichgesetzt werden. Es gibt keinen geschichtlichen Erfahrungssatz, wonach ein Gleichgewicht konventioneller Rüstungen kriegsverhütend wirkt. Erst unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters konnte das Gleichgewicht diese Funktion erfüllen: Weil ein Nuklearkrieg nicht mehr führbar ist, besteht eine wirksame Abschreckung von jedem Krieg, der das Risiko der nuklearen Eskalation in sich trägt. Die Geschichte seit 1945 hat dies eindrucksvoll bestätigt: Kriege gab es nur gegen Staaten, die sich nicht unter dem Schirm nuklearer Abschreckung befanden. Eine nuklearwaffenfreie Welt als Idealziel wird auch von den Europäern nicht abgelehnt. Jedoch kann sie für uns sinnvollerweise erst dann in Betracht kommen, wenn gleichzeitig die militärischen und politischen Voraussetzungen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen sind.

9) Unter den gegenwärtigen politischen und militärstrategischen Rahmenbedingungen läge die vollständige Beseitigung der Kernwaffen nur dann in unserem Interesse, wenn wir der Verhinderung eines Nuklearkriegs absolute Priorität einräumten, wohingegen wir die erhöhte Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Krieges in Kauf nähmen. Die SU ist offensichtlich erneut bemüht, unsere Meinungsbildung in diese Richtung zu lenken. In der Gorbatschow-Erklärung vom 15.1. findet sich die implizierte Gleichsetzung von „Frieden“ und „Verhinderung eines Nuklearkriegs“:

„Wenn es um die Erhaltung des Friedens, um die Bewahrung der Menschheit vor der Gefahr eines Kernwaffenkrieges geht ...“

In der vorbereiteten Erklärung Samjatins für die Pressekonferenz vom 17.1.1986 wird der Zweck des neuen Stufenplans einleitend wie folgt umrissen:

„... Beseitigung der ... sehr ernsthaften Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges ...“

Im Schlußsatz heißt es wiederum:

„... Lösung des größten und dringendsten Problems unserer Zeit, das da lautet: Beseitigung der Gefahr eines atomaren Krieges ...“

Dagegen ist von dem im Gipfelkommuniqué vom 21.11.1985⁷ einvernehmlich bekundeten Willen, jeden Krieg zu verhindern, nicht mehr die Rede.

10) Für uns hat die sehr hohe Wahrscheinlichkeit, jeden Krieg zu verhüten, aus guten Gründen Priorität vor der zweifelhaften Gewißheit, (nur) einen Nu-

⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 15, Anm. 11.

⁷ Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

klearkrieg zu verhindern. Am Ende der Flucht aus dem nuklearen Dilemma stünde immer das Wissen um die Herstellung von Kernwaffen. Sie können nicht „wegerfunden“ werden. Selbst unter der hypothetischen Annahme eines weltweit akzeptierten, streng kontrollierten Vertrages über die Beseitigung aller Kernwaffen müßte erhebliches Mißtrauen verbleiben, da eine lückenlose Kontrolle spaltbaren Materials kaum vorstellbar ist.

b) Der sowjetische Stufenplan als Mittel zur Beseitigung der Kernwaffen

11) Selbst wenn man zu dem Ergebnis käme, daß eine Politik der Verhütung jeden Krieges auch ohne nukleare Abschreckung möglich wäre, so bliebe das nicht ohne Grund seit vierzig Jahren ungelöste Problem, den geeigneten Weg zum Ziel der Beseitigung aller Kernwaffen zu finden. Dieser Weg müßte so beschaffen sein, daß zu keinem Zeitpunkt des nuklearen Abrüstungsprozesses neue Stabilitätsrisiken entstünden. Der sowjetische Stufenplan erfüllt diese Voraussetzung nicht.

12) Die Stabilität der nuklearen Abschreckung in der Übergangszeit bis zum Jahr 2000 litte darunter, daß die Unausgewogenheit der bisherigen sowjetischen Vorschläge für die Genfer Verhandlungen größtenteils in den Abrüstungsfahrplan inkorporiert wäre:

- Auf der strategischen Ebene zwischen den USA und der SU wäre es vor allem die sowjetische Definition strategischer Systeme, die den USA destabilisierende Vorleistungen abverlangte.
- Im Mittelstreckenbereich wäre es dieselbe Definition, die das gleiche Recht der westeuropäischen Staaten auf Sicherheit in Frage stellte, auch wenn diese Unausgewogenheit durch das bemerkenswerte neue Element einer „europäischen Null-Lösung“ abgemildert würde. Es bliebe die Kategorisierung der „forward based systems“ als strategisch, was eine einseitige Anrechnung der amerikanischen flugzeuggestützten Mittelstreckensysteme bei den strategischen Offensivwaffen bedeutete. Es blieben ferner die potentielle Bedrohung NATO-Europas infolge der Mobilität der asiatischen SS-20 und (in der ersten Etappe des sowjetischen Plans) die unveränderte Bedrohung durch die sowjetischen SRINF.

13) Die schwerwiegendsten Nachteile für unsere Sicherheit ergäben sich aus der äußerst kursorischen Natur der sowjetischen Vorschläge für die flankierende Stabilisierung des konventionellen Kräfteverhältnisses. Wie oben bereits ausgeführt, wäre ein Verzicht auf Nuklearwaffen für uns allenfalls dann akzeptabel, wenn ein grundlegender Wandel im konventionellen Kräfteverhältnis einträte und wenn dieser Wandel von stabilisierenden, d.h. verlässlich verifizierbaren und völkerrechtlich verbindlichen Rüstungskontrollvereinbarungen im nichtnuklearen Bereich begleitet wäre. Die SU hat bei früheren Gelegenheiten den Zusammenhang zwischen konventioneller und nuklearer Abrüstung anerkannt. So heißt es in der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8.1.1985:

„Beide Seiten sind der Überzeugung, daß die anstehenden Verhandlungen letztlich, wie auch die Bemühungen allgemeiner Art zur Begrenzung und Verringerung von Waffen, zu der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen allerorts führen sollten.“

Auch in Art. VI des NVV⁸ sowie in der Präambel des ABM-Vertrages⁹ kommt der Gedanke zum Ausdruck, daß nukleare und allgemeine Abrüstung nicht voneinander zu trennen sind.

14) Der sowjetische Stufenplan geht jedoch nur hinsichtlich der nuklearen (und chemischen) Abrüstung ins Detail. Der Hinweis, daß der Stufenplan „sich zweifellos günstig“ auf die multilateralen Verhandlungen auswirken werde, reicht nicht. Gorbatschows Ausführungen zu MBFR und KVAE haben nicht den gleichen Grad der Konkretheit und sehen nicht ebenso drastische Schritte vor wie der Stufenplan zur nuklearen Abrüstung und sind mit ihm nur allgemein verknüpft.¹⁰ Andererseits zielt Gorbatschow mit seinem Vorschlag, die „Entwicklung nicht-nuklearer Rüstungen ...“, die auf neuen physikalischen Prinzipien basieren und mit ihrer Vernichtungskraft den nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen nahe kommen“, zu verbieten, insbesondere auf die für die konventionelle Verteidigung des Westens notwendige Nutzung der technologischen Basis ab. Kwizinskij bestätigte diese Zielsetzung am 22.1.1986 mir gegenüber mit der Erklärung, bei Verwirklichung der sowjetischen Vorschläge müßte die NATO auch die „Erstschlagszwecken dienenden“ FOFA-Pläne¹¹ fallenlassen.¹² Ein Verzicht auf die militärische Verwendung von Zukunftstechnologien ist für den Westen nur im Rahmen eines Systems annehmbar, das über alle Bereiche bis hin zu dem der konventionellen Rüstung Stabilität schafft.

15) Für die Bewertung des sowjetischen Stufenplans als eines Mittels ist ferner von Bedeutung, daß er geeignet ist, Interessenunterschiede unter den Bündnispartnern zu akzentuieren. Das Besondere ist dabei, daß diese Gefahr in verschiedenen Richtungen besteht und wechselnde Fronten nicht nur transatlantischer Natur entstehen lassen könnte.

16) Insoweit der Stufenplan zu einer nuklearwaffenfreien Welt aufruft, befindet er sich im Einklang mit Reagans SDI-Vision. Diese Übereinstimmung ist geeignet, bipolare Tendenzen zu fördern, da SU und USA beide ein Interesse daran haben, von der gegenseitigen nuklearen Bedrohung freizukommen. Dieser Ak-

⁸ Für den Wortlaut von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

⁹ Für den Wortlaut der Präambel des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14 bzw. 18. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392.

¹⁰ Am 15. Januar 1986 führte der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, aus, daß sich bei den MBFR-Verhandlungen in Wien „gewissermaßen die Konturen eines möglichen Beschlusses über die Reduzierung der sowjetischen und amerikanischen Truppen und über das nachfolgende Einfrieren der Truppenstärken der einander gegenüberstehenden Gruppierungen in Mitteleuropa“ abzeichnen: „Wir gehen davon aus, daß eine mögliche Vereinbarung über die Truppenreduzierung natürlich einer vernünftigen Kontrolle bedarf. Dazu sind wir bereit. Was die Einhaltung der Verpflichtung über das Einfrieren der Truppenstärken anbelangt, so könnte man, ergänzend zu den nationalen technischen Mitteln, ständige Kontrollpunkte einrichten, die die Verlegung jeglicher Truppenkontingente in die Reduzierungszone überwachen.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 154 f.

¹¹ Am 9. November 1984 billigte der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf der Ebene der Ständigen Vertreter die Langzeitplanungsrichtlinie (Long Term Planning Guideline, LTPG) zur Verteidigung gegen die zweite Staffel konventioneller Streitkräfte des Warschauer Pakts („Follow-on Forces Attack“ – FOFA). Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 12. November 1984; VS-Bd. 12025 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

¹² Zu den Äußerungen des sowjetischen Sonderbotschafters Kwizinskij vgl. Dok. 18, Anm. 11.

zent des sowjetischen Plans ist tendenziell auf eine Distanzierung der USA von NATO-Europa gerichtet.

17) Andererseits wird den Nuklearängsten Europas die Verheißung der Beseitigung der Kernwaffen im Gegenzug gegen die Aufgabe der SDI durch die USA angeboten (besonders deutlich im Hinblick auf die europäische INF-Null-Lösung). Dies soll die Distanzierung Westeuropas von den USA weiter fördern.

18) Daneben könnte gerade der INF-Vorschlag jedoch auch innereuropäische Fronten aufbrechen lassen: Die sowjetische Bedingung der Nicht-Erweiterung der Drittstaatensysteme könnte uns beispielsweise in einen Gegensatz zu Frankreich bringen, das seine ehrgeizigen Pläne zur Modernisierung der Force de frappe nicht so ohne weiteres aufgeben wird. Ferner stellt sich die Frage, was die von F und GB in der zweiten Etappe zu übernehmende Verpflichtung, ihre Kernwaffen nicht „auf den Territorien anderer Länder zu haben“, für die europäische verteidigungspolitische Integration bedeuten würde.

¹³19) Insgesamt drängt sich hier der Schluß auf, daß die SU das mit der SS-20-Rüstung nicht erreichte Ziel einer Spaltung des Bündnisses mit anderen Mitteln, insbesondere durch die Aushebelung der Bündnisstrategie, aber auch durch eine Taktik differenzierter Köder, zu erreichen sucht.

20) Für diesen Schluß spricht auch eine nüchterne Einschätzung des sowjetischen Interesses an umfassender Abrüstung. Die SU hat zwar aus innen- und wirtschaftspolitischen Gründen ein starkes Interesse daran, einen Rüstungswettbewerb im Bereich Defensivsysteme zu vermeiden und will deshalb SDI verhindern. Die Abrüstung ihres bestehenden Militärpotentials ist jedoch eine gänzlich andere Frage. Was die Beseitigung der Kernwaffen betrifft, so ist beispielsweise schwer vorstellbar, daß sich die SU für ihre Sicherheit gegenüber China allein auf konventionelle Streitkräfte verlassen wird. Selbst wenn aber die SU zur Beseitigung ihrer Kernwaffen wirklich bereit wäre, dann gewöhnen ihre konventionellen Streitkräfte eine solche Bedeutung, daß ihr Abbau in dem Maße, wie wir es in einer nuklearwaffenfreien Welt fordern müßten, kaum in Frage käme. Solange der Weltmachtstatus der SU rein militärisch begründet ist – und eine alternative Machtbasis ist einstweilen nicht erkennbar –, müßte die SU gerade in einer von Kernwaffen freien Welt ihre konventionelle Überrüstung beibehalten.

III. Folgerungen für unsere Haltung¹⁴

21) Unsere Antwort auf die sowjetischen Vorschläge vom 15.1.86 sollte sich an folgenden Leitgedanken orientieren:

- Für die dauerhafte Sicherung des Friedens in Europa bedarf es neben der rüstungskontrollpolitischen Stabilisierung des gesamten militärischen Kräfteverhältnisses des Abbaus der politischen Spannungsursachen.

¹³ Beginn der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 4.

¹⁴ Staatssekretär Meyer-Landrut vermerkte am 27. Januar 1986 handschriftlich: „Zu den Abschnitten 21 ff. möchte ich doch anmerken, daß mir die Sachaussage durchaus schlüssig und richtig erscheint, das emotionale Element in der Beurteilung des Vorgangs ‚Abschaffung von Kernwaffen‘ dürfen auch wir nicht übersehen. Deshalb sollten wir bei aller Betonung der für uns als Europäer bedeutenden Elemente der Rüstungskontrolle eine negative Beurteilung des Gedankens der Abschaffung von Kernwaffen in der Öffentlichkeit möglichst vermeiden.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 220, Bd. 130078.

- Die positiven Elemente des Gorbatschow-Plans bedürfen der entsprechenden Resonanz auf westlicher Seite, um das Momentum des Rüstungskontrolldialogs aufrechtzuerhalten.
- Gleichzeitig sollten wir mit aller Deutlichkeit auch öffentlich darlegen, in welchem Maße wir es hier mit Lösungsvorschlägen zu tun haben, die unserer Sicherheit nicht dienen. Täten wir dies nicht, gerieten wir in Zugzwang gegenüber unserer öffentlichen Meinung, liefen die Gefahr ernster Spannungen mit unseren Verbündeten diesseits und jenseits des Atlantiks und trügen dazu bei, uns und unsere Partner am Verhandlungstisch in die Defensive drängen zu lassen.
- Unsere rüstungskontrollpolitische Antwort sollte es sein, der ihrer Scheinattraktivität entkleideten Zukunftsverheißung ein pragmatisches Konzept gegenwartsbezogener Einzelschritte entgegenzusetzen, diese aber gleichzeitig mit einer stabilitätsorientierten, langfristigen Perspektive zu verbinden.

Diese Leitgedanken könnten inhaltlich wie folgt ausgefüllt werden:

a) Darlegung der Voraussetzungen einer dauerhaften Friedenssicherung in Europa

22) Erster Ausgangspunkt einer auch an die Öffentlichkeit gerichteten Darstellung unserer sicherheitspolitischen Grundsatzposition ist unser existentielles Interesse an der Verhütung jeden Krieges in Europa. Zweiter Ausgangspunkt ist die Einsicht, daß nicht Waffen, sondern unvereinbare politische Gegensätze Kriege auslösen. Hierauf sollte eine entdämonisierende Klarstellung der Funktion der nuklearen Abschreckung folgen. Daraus ließe sich dann folgender Schluß ableiten: Die vollständige Beseitigung der Kernwaffen ist nur scheinbar die wichtigste Aufgabe der Rüstungskontrollpolitik. Worauf es wirklich ankommt, ist die Stabilisierung des gesamten Kräfteverhältnisses mittels pragmatischer Einzelschritte auf allen Gebieten der Rüstungskontrolle. Diese militärische Stabilisierung muß im Sinne des Harmel-Konzepts¹⁵ durch politische Schritte begleitet werden, die zur Überwindung der politischen Ursachen des Ost-West-Konfliktes beitragen. Ohne gleichzeitige Stabilisierung sowohl des konventionellen Kräfteverhältnisses wie auch der politischen Rahmenbedingungen brächte uns die Beseitigung der Kernwaffen nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Sicherheit.

b) Kritik der strukturellen Mängel des sowjetischen Stufenplans

23) Während Einzelelemente des sowjetischen Plans sehr positive Ansatzpunkte pragmatischer Rüstungskontrolle bieten, ist das Grundkonzept wenig geeignet, zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa beizutragen:

- Der Akzent liegt zu einseitig auf der Beseitigung der Kernwaffen.
- Der Gesichtspunkt der Stabilisierung des konventionellen Kräfteverhältnisses kommt zu kurz. Darüber hinaus enthält der Plan Elemente, die offenbar dar-

¹⁵ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

auf ausgerichtet sind, dem Ausgleich dieses Kräfteverhältnisses dienende ver-
teidigungspolitische Maßnahmen des Westens zu unterbinden.

- Die ebenfalls notwendige Bereitschaft zum politischen Ausgleich scheint noch zu fehlen. Die aggressiv-polemischen Ausführungen zum Thema Abrüstung und Entwicklung sind insofern wenig hilfreich. („Mehr als 250 Milliarden Dollar, die jährlich aus den Entwicklungsländern herausgepreßt werden, sind eine Summe, die mit dem Ausmaß des gigantischen Rüstungsbudgets der USA praktisch übereinstimmt. Und ihrem Wesen nach ist diese Übereinstimmung durchaus kein Zufall.“)

c) Unser rüstungskontrollpolitisches Alternativkonzept

24) Nach der Vision des amerikanischen Präsidenten, mittels SDI das Nuklearzeitalter zu überwinden¹⁶, und nach dem Gorbatschow-Plan bedarf es keiner dritten visionären, wohl aber einer realistischen Perspektive. Unser Interesse muß es sein, den Rüstungskontrolldialog wieder auf eine realistische und pragmatische Ebene zurückzuholen. Es gilt nicht nur, dem gefährlichen Verführungsaspekt des Gorbatschow-Plans entgegenzusteuern. Die Argumente, die das Bündnis jetzt gegen den Gorbatschow-Plan formuliert, werden auch ihre Wirkung in der SDI-Diskussion haben. Sie könnten dazu beitragen, die illusionären Gedanken mancher SDI-Begründung in Richtung auf das konkret Machbare und Wünschbare umzulenken.

25) Wir sollten die SU mit ihrem erklärten Willen, Durchbrüche bei der Rüstungskontrolle zu erzielen, in Stockholm und Wien beim Wort nehmen. In Stockholm und Wien böte sich der SU die Gelegenheit, etwa ihren Positionswandel in der Verifikationsfrage unter Beweis zu stellen. Die erste Phase der KVAE muß bis zum Herbst abgeschlossen sein, in MBFR liegt ein realistischer Reduzierungsvorschlag auf dem Tisch¹⁷. In Stockholm und Wien liegt Erreichbares näher als in Genf. Stellt Moskau bei KVAE und MBFR seinen guten Willen unter Beweis, wird dies auch den Genfer Verhandlungen helfen.

26) Eine weitere konkrete Möglichkeit eines Verhandlungserfolgs bieten die Bemühungen der CD in Genf um ein CW-Verbot.¹⁸ Insofern kann uneingeschränkt positiv die entsprechende Passage des Gorbatschow-Plans aufgegriffen werden.

¹⁶ Vgl. dazu die Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

¹⁷ Am 14. Februar 1985 führten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten in Wien Elemente für ein Interimsabkommen ein. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 45. In der Plenarsitzung vom 5. Dezember 1985 legten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten „Ergänzungen und Änderungen“ zu dem Vorschlag vor. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 339.

¹⁸ Referat 222 vermerkte am 21. Januar 1986 zum Stand der Arbeiten der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) an einem Abkommen über das Verbot chemischer Waffen: „Ein großer Teil der vorgesehenen Präambel und der 16 Vertragsartikel ist weitgehend ausgearbeitet.“ Noch divergierende Positionen betrafen erstens „die Überwachung der zivilen Produktion, durch die verhütet werden soll, daß chemische Produkte für CW-Herstellung zweckentfremdet werden (Artikel VI). Mit dieser Frage in Zusammenhang steht die Frage, ob bestehende C-Waffen-Fabriken in Anlagen für die zivile Produktion umgewandelt werden können (Art. V) und wie die Produktion supertoxischer Stoffe organisiert wird. Hier verlangt der Osten Produktion in einer einzigen Fabrik pro Land, was mit der westlichen Wirtschaftsordnung nicht zu vereinbaren ist“. Zweitens gebe es noch keine Einigung in „Fragen der Verdachtskontrolle (Art. IX)“. Vgl. Referat 222, Bd. 130108.

27) Hinsichtlich der bilateralen Genfer Verhandlungen gilt es, die Aufmerksamkeit wieder auf die Gipfelvereinbarungen zu lenken, deren Implementierung am ehesten Ergebnisse erwarten läßt. Zum einen bedeutet dies eine Intensivierung der Verhandlungen über die strategischen Offensivsysteme mit dem Ziel der 50%igen Reduzierung, wobei als erster Schritt eine Rückkehr der SU zur SALT-Definition „strategischer“ Systeme¹⁹ erwartet werden muß.

28) Zum zweiten, und hier liegt unser Hauptinteresse, muß der auf dem Gipfel gemeinsam bekundete Wille zu einem INF-Zwischenabkommen in die Tat umgesetzt werden. Die INF-Passage des Plans bietet insoweit einen positiven Ansatz, den es konsequent zu sondieren und weiterzuentwickeln gilt. Der sowjetische Vorschlag auf Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckensysteme in Europa hat für uns vor allem drei negative Punkte, die modifiziert werden müßten:

- Junktim mit Aufgabe der SDI. Hier muß zunächst geklärt werden, inwieweit dieses Junktim besteht. (Kwizinskij hatte es uns gegenüber deutlich formuliert, Kampelman teilte uns dagegen mit, Obuchow habe in Genf den gegenteiligen Eindruck vermittelt²⁰.) Argumentativ wäre diesem Junktim die eigene sowjetische Argumentation zu SDI entgegenzuhalten: SU erklärt, SDI sei deshalb so bedrohlich, weil unter dem Schutz eines BMD-Schildes das Schwert der weiterhin existierenden Offensivsysteme für einen Erstschlag gebraucht werden sollte. Wenn es aber in Europa keine amerikanischen PII und CMs mehr gäbe, so gäbe es insofern auch kein Schwert mehr, dessen Existenz die Aufgabe der SDI verlangte.
- Beibehaltung der asiatischen SS-20. Hier könnte versucht werden, das entsprechende Element des amerikanischen Interims-Vorschlags einzuführen: Reduzierung dieser SS-20 auf ca. 100, Recht der USA zur Kompensation, das aber nicht ausgeschöpft würde.
- Keine Berücksichtigung der SRINF. Wir können auf die Einbeziehung dieser Systeme in ein INF-Abkommen nicht verzichten. Eine vorläufige Verhandlungslösung bestünde darin, die sowjetischen Systeme auf dem Stand von 1982 einzufrieren und gleichzeitig ein Recht der USA auf Ausgleich zu statuieren.

29) Im Verhandlungsbereich Defensiv- und Weltraumwaffen schließlich sollten wir darauf hinwirken, daß Washington ein konkretes rüstungskontrollpolitisches Konzept entwickelt, das für die nächsten 15 bis 20 Jahre einen berechenbaren politischen Handlungsrahmen bietet. (Eine gesonderte Aufzeichnung hierzu ist in Vorbereitung.) Die Ungewißheit für die Zeit nach Abschluß der SDI-Forschung muß überwunden werden, um der sowjetischen SDI-Polemik den Boden zu entziehen.

30) Zusammenfassend ist zur Grundlinie unserer rüstungskontrollpolitischen Antwort auf den Gorbatschow-Plan festzustellen:

¹⁹ Artikel II des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) legte die Waffensysteme fest, für welche die getroffenen Absprachen gelten sollten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 24–28. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–374.

²⁰ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman am 24. Januar 1986; Dok. 18.

- Es gilt, die positiven Elemente des Plans auf der ganzen Breite des Rüstungskontrolldialogs fruchtbar zu machen.
- Die geschichtliche Erfahrung seit 1945 zeigt jedoch, daß „große“ Lösungen zur Beseitigung der Nuklearwaffen wenig erfolgversprechend sind. Sie verleiten zu hypothetischen Zukunftsdiskussionen und verstellen den Blick auf die konkret anstehenden Rüstungskontrollfragen.
- Fortschritte verspricht am ehesten ein pragmatischer Ansatz: Schritt-für-Schritt-Lösung der anstehenden Probleme auf den dafür jeweils vorgesehenen Foren. Festhalten an der Perspektive umfassender Abrüstung, aber kein Schnüren überladener Paketlösungen, die die Gefahr der gegenseitigen Blockierung verschiedener Verhandlungsbereiche und -foren in sich bergen.

Referate 201 und 213 haben mitgewirkt.

Ruth

Referat 220, Bd. 130078

20

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz

214-322.00 RUM/USA-28¹/86 VS-vertraulich

24. Januar 1986¹

Lieber George,

im Dezember letzten Jahres hatten wir uns am Vorabend Ihrer Reise in einige Hauptstädte des Warschauer Paktes² auch über Rumänien unterhalten.³ Vom erfolgreichen Verlauf Ihrer Besuche und dem wesentlichen Ergebnis Ihrer Gespräche in Bukarest sind wir inzwischen unterrichtet worden, wofür ich Ihnen danke.⁴

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß mit Begleitschreiben vom 24. Januar 1986 an die Botschaft in Washington mit der Bitte übermittelt, „das BM-Schreiben nebst Höflichkeitsübersetzung weiterzuleiten“. Vgl. VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1986.

² Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember in Rumänien, vom 15. bis 17. Dezember in Ungarn und am 17./18. Dezember 1985 in Jugoslawien auf.

³ Für das Gespräch vom 14. Dezember 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 346.

⁴ Der amerikanische Botschafter in Bukarest, Kirk, unterrichtete die Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten am 17. Dezember 1985 über die Gespräche des amerikanischen Außenministers Shultz am 15. Dezember 1985. Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, berichtete am selben Tag über das Gespräch mit Präsident Ceauşescu: „Shultz habe ohne Umschweifen die Situation in den USA, was die Beziehungen zwischen beiden Ländern, bes. die Menschenrechtsfragen, angehe, als besonders schwierig geschildert. Das gelte für den Kongreß, aber auch in zunehmendem Maß für die öffentliche Meinung. [...] Selbst wenn Reagan im Juni 1986 die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel für Rum[änien] empfehle, sei die notwendige Billigung durch beide Häuser des Kongresses keineswegs sicher. Auch wenn es sich um innerrumänische Angelegenheiten handle, seien Konse-

Es ist dabei von Ihren Mitarbeitern die Frage aufgeworfen worden, ob sich die von den Vereinigten Staaten bisher eingeräumte Meistbegünstigung nach unserer Einschätzung noch als Hebel zur Durchsetzung humanitärer Anliegen einsetzen lasse.⁵

Nach meiner Auffassung dürfte weiterhin die Meistbegünstigung zwar ein wichtiges Kriterium für die Konzessionsbereitschaft der rumänischen Regierung bei der Lösung von Einzelschicksalen sein. Ich glaube aber nicht, daß sich die allgemeine Haltung der rumänischen Führung in Menschenrechtsfragen, insbesondere was ganze Gruppen von Menschen anbelangt, dadurch nachhaltig beeinflussen ließe.

Bei meiner Einschätzung berücksichtige ich einerseits den Wert der rumänischen Exporte in die USA, die Meistbegünstigung genießen: nach unserer Kenntnis etwa 150 Mio. \$ pro Jahr.

Diese Summe erscheint angesichts der rumänischen Gesamtexporte in Hartwährungsländer – etwa 3,5 Mrd. US\$ – nicht allzu gewichtig. Auch weiß Ceauşescu, daß die Verwirklichung der Menschenrechte in Rumänien auch bei gelegentlichem Entgegenkommen ein von der Weltöffentlichkeit behandeltes Thema bleiben wird.

Andererseits beeindruckt die Konsequenz, mit der Rumänien in den letzten Jahren seine Westverschuldung abgetragen hat. Da Ceauşescu nach jüngsten Äußerungen entschlossen scheint, diese Politik fortzusetzen, wird Rumänien auch in Zukunft jeden US-Dollar und jede Deutsche Mark benötigen, die es aus Exporten in unsere Länder Erlösen kann. Schon aus diesem Grund dürfte Ceauşescu – trotz mancher Unberechenbarkeit seiner Reaktionen – jedenfalls nicht von sich aus auf die Meistbegünstigung verzichten und einen Entzug schmerzlich spüren.

Hinsichtlich des Umfangs möglicher Konzessionen ist es allerdings meine Einschätzung, daß Ceauşescu sich bei Weitergewährung der Meistbegünstigung zwar bereit finden dürfte, einige humanitäre Einzelfälle, die mit besonderem Nachdruck vertreten werden, zu lösen. Wesentlich schwieriger dürfte es dage-

Fortsetzung Fußnote von Seite 122

quenzen für das bilaterale Verhältnis nicht auszuschließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 965; Referat 204, Bd. 135308.

⁵ Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 20. Dezember 1985 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach Außenminister Shultz am 15. Dezember 1985 in Bukarest „überaus deutlich“ auf die „akute Gefährdung der Meistbegünstigung über Juni 1986 hinaus“ hingewiesen habe: „Allerdings frage man sich intern auf amerikanischer Seite, ob der Hebel der Meistbegünstigung noch funktioniere. Vielleicht sei dies nicht mehr der Fall, a) sei es, weil die Rumänen in triumphaler nationalistischer Geste auf Meistbegünstigung von sich aus verzichteten, um sich im selben Atemzug Kritik an ihrer Menschenrechtspraxis zu verbitten; b) oder sei es, weil Ceauşescu für Milderungen in der religiösen Verfolgung (um die es in erster Linie gehe) Kritik vor allem aus Moskau zu gewärtigen habe und sich hier keine unnötige offene Flanke schaffen wolle.“ Dem amerikanischen Außenministerium stellten sich deshalb drei Fragen: „1) Hat Bonn eine Antwort oder eine plausible Vermutung auf die oben formulierte Frage, ob Gefahr besteht, daß Ceauşescu aus verletzter Souveränität oder aus Blockerwägungen auf Meistbegünstigung von sich aus verzichten könnte? 2) Hält Bonn es für sinnvoll und erfolgversprechend, gemeinsam mit USA bei den Rumänen mehr Verständnis dafür zu wecken, daß Einlenken bei humanitären Gravamina ein Schritt im rumänischen Interesse und nicht ein Gefallen an die Adresse der USA ist? 3) Kann Bonn sich gegenüber Bukarest dafür verwenden, daß Bereitschaft zum Eingehen auf amerikanische Menschenrechtsbedenken zunimmt?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5827; VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

gen sein, Zugeständnisse hinsichtlich ganzer Gruppen, die in Rumänien leben und bleiben wollen – etwa Religionsgemeinschaften, aber auch Minderheiten – zu erreichen, weil derartige „Privilegierungen“ dem totalitären Charakter des Regimes zuwiderliefen.

Die Frage der Menschenrechte in Rumänien ist auch in unseren Gesprächen mit der rumänischen Führung ein zentrales Thema. Dabei sind wir in besonderer Sorge um die in Rumänien lebenden Deutschen, beziehen aber auch andere humanitäre Anliegen – wie z. B. vor einem Jahr die Forderung nach Ausreise des Priesters (Father) Calciu⁶ – mit ein.

Wir beabsichtigen, in diesem Jahr den hochrangigen politischen Meinungsaustausch mit Rumänien fortzusetzen.⁷ Wir sind gern bereit, dabei auch Sie interessierende Einzelschicksale anzusprechen. Wenn Sie dies wünschen, werde ich Sie gerne unterrichten, sobald Termine feststehen.

gez. Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 13463 (214)

21

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-344/86 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 101

Aufgabe: 24. Januar 1986, 20.15 Uhr¹
Ankunft: 24. Januar 1986, 20.32 Uhr

Betr.: KVAE;
hier: Allianz-Konsultationen mit Stockholmer Delegationsleitern am
24.1.1986

Bezug: 1) DE Nr. 520 vom 22.1.1986 – 221-373.16 VS-NfD
2) DB Moskau Nr. 177 vom 22.1.1986 – Pol 372.00/1²
3) Büronote vom 22.1.1986 – I-341.44-171/86 VS-v

Zur Unterrichtung

⁶ Bundesminister Genscher setzte sich im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 13. Februar 1985 für die Freilassung des rumänischen Staatsangehörigen Gheorghe Calciu-Dumitreasa ein. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139537.

⁷ Vgl. dazu den Besuch des rumänischen Außenministers Văduva vom 16. bis 19. April 1986 vgl. Dok. 110 – 112.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 2. Februar 1986 vorgelegen.

² Gesandter Arnot, Moskau, übermittelte Ausführungen des Mitglieds der sowjetischen KVAE-Delegation, Rachmaninow, zur Haltung der UdSSR in den Bereichen Gewaltverzicht, Notifizierung, beschränkende Maßnahmen, Verifikation, Jahreskalender und Konsultationen. Rachmaninow habe die sowjetische Bereitschaft bekräftigt, „auf KVAE bis September 1986 zu ‚ersten Vereinbarungen‘ zu kommen. [...] Den Sowjets schwebte in Stockholm in diesem Jahr eine ‚Interims-Lösung‘ vor. R. erklärte diesen Gedanken am Beispiel der Notifizierung von Seeaktivitäten. Wenn Gorbatschow jetzt konzidiere, diese Frage auszuklammern, sei sie damit nicht gelöst, sondern nur auf die nächste Phase verschoben.“ Vgl. Referat 221, Bd. 144792.

I. Zusammenfassung

1) In der Sitzung mit KVAE-Delegationsleitern am 24.1.1986 hörte der NATO-Rat eine Zusammenfassung der Sitzung der Delegationsleiter am 23.1.1986 in Brüssel durch den dänischen KVAE-Botschafter³ (Text folgt mit Kurier). Es schloß sich ein Gedankenaustausch zu Stand und Fortgang der KVAE an, in dem insbesondere folgende Punkte behandelt wurden: Einigung auf sofortigen Beginn der Textarbeiten in Stockholm, Inhalt eines für den Westen akzeptablen Ergebnisses (Verhältnis KVAE/KSZE), Gewaltverzicht und Beschränkungsmaßnahmen, insbesondere mit Bezug auf die Position der NNA⁴ im Vorschlag SC.7⁵, Bedeutung der KVAE-Passage in der Erklärung Gorbatschows vom 15.1.1986⁶ und Zusammenwirken zwischen den Alliierten-Delegationen in Stockholm und dem NATO-Hauptquartier.

2) F und ich wiesen auf die große Bedeutung der KVAE hin, die durch den beabsichtigten gemeinsamen Besuch der AM Genscher und Dumas⁷ unterstrichen werde. Der Rat nahm das Allianz-Papier zu den Beschränkungsmaßnahmen billigend zur Kenntnis, das mit Bezug zu 3) übermittelt worden war. Anstatt der Bezeichnung ISD/361 (3rd revised) vom 20.1.1986 trägt es jetzt die Bezeichnung CM (86) 4 vom 22.1.1986.⁸

II. Im einzelnen

1) Ich sprach auf der Grundlage des Bezugs-DE und wies aufgrund des Bezugs zu 2) auf die Relativierung der KVAE-Passage zum Thema Seeaktivitäten in der Erklärung Gorbatschows vom 15.1.1986 durch die Erläuterung Rachmaninows gegenüber der Botschaft Moskau hin. Die Klarstellung Rachmaninows, Gorbatschows Äußerung hinsichtlich der Seeaktivitäten beziehe sich nur auf die Notifizierung, nicht aber auf den Kalender, fand ebenso Interesse wie die Präzisierung, die Verifikation sei bei KVAE bewußt nicht erwähnt worden, da bei VSBMs nur „adäquate“ Verifikation „entsprechend dem Inhalt der Maßnahmen“ in Frage komme – im Gegensatz zur sowjetischen Bereitschaft zu weitgehenden Schritten bei der Verifizierung von Abrüstungsmaßnahmen. Diese Erläuterungen wurden von einigen Sprechern (NWG, KAN, GB) mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der genauen Prüfung der sowjetischen Absichten aufgegriffen.

³ Skjøld G. Mellbin.

⁴ Neutral and Non-aligned Countries.

⁵ Zum Vorschlag CSCE/SC.7 der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. November 1985 vgl. Dok. 8, Anm. 11.

⁶ In seiner Erklärung nahm der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auch Stellung zu den noch offenen Fragen der KVAE in Stockholm: „Der kritische Punkt ist dort bekanntlich die Frage der Vorankündigung großer Übungen der Land-, See- und Luftstreitkräfte. Das sind natürlich ernste Probleme, und sie müssen grundlegend, im Interesse einer Vertiefung des Vertrauens in Europa, gelöst werden. Wenn es jedoch einstweilen nicht gelingen sollte, sie im Komplex zu lösen, warum sollte man dann nicht nach Teillösungen suchen? Sagen wir einmal, jetzt über die Ankündigung von großen Manövern der Land- und Luftstreitkräfte übereinzukommen, aber die Frage militärischer Aktivitäten auf See auf die nächste Etappe der Konferenz zu verschieben.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 155.

⁷ Zum gemeinsamen Auftritt des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas bei der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 16, Anm. 13.

⁸ Für das Papier „Constraint Measures at the CDE“ der CSBM-Arbeitsgruppe vgl. VS-Bd. 13435 (212).